

**Eichmann Trial
Exploited
for Defamation Campaign against
the Federal Republic
by Eastern Propaganda and Agitation**

- Documentary Report -

Date: 22 February 1961

NWC 000583

**NAZI WAR CRIMES DISCLOSURE ACT
2000**

DECLASSIFIED

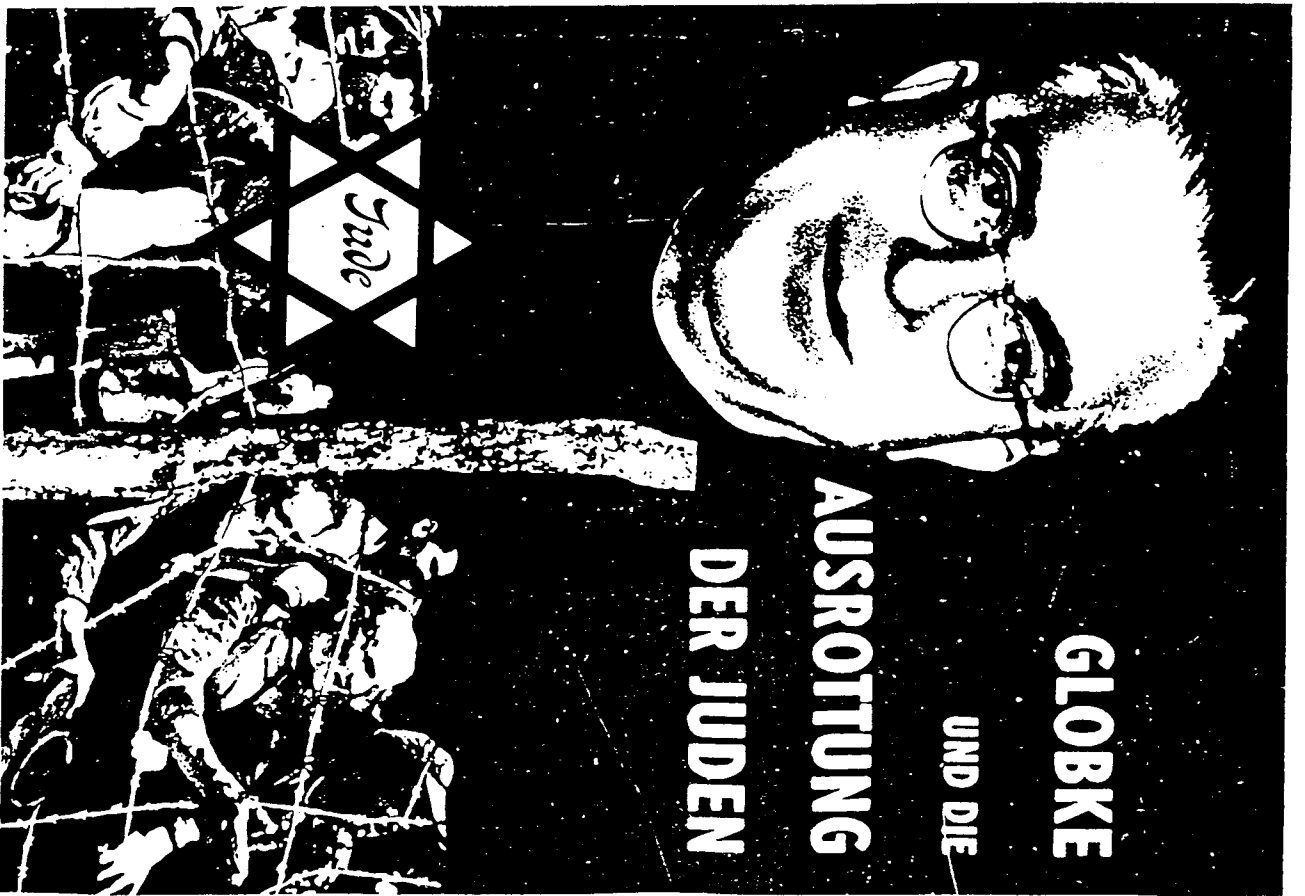
Authority *NWD 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

J

**Globke
und
die Ausrottung
der Juden**

DECLASSIFIED

Authority *NND 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*



**GLOBKE
UND DIE
AUSROTUNG
DER JUDEN**



DECLASSIFIED

Authority *NND 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

GLOBKE UND DIE AUSROTTUNG DER JUDEN

DECLASSIFIED

Authority *NND 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

Herausgeber: Ausschuss für Deutsche Einheit.
Berlin W 8, Friedrichstraße 169/170
2. Auflage

DECLASSIFIED

Authority *NWD 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

**GLOBKE
UND
DIE AUSROTTUNG
DER JUDEN**

Über die verbrecherische Vergangenheit
des Staatssekretärs im Amt des
Bundeskanzlers Adenauer

Herausgegeben vom Ausschuß für Deutsche Einheit

DECLASSIFIED

Authority *NWD 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung	5
Globoke — Verfasser der Nürnberger Blutgesetze	7
Unwiderlegbare Beweise — Nazi und Antisemit von der ersten Stunde an — Globoke handelte im direkten Auftrag Hitlers — Globokes Gesetze der Ausrottung — Globokes Gesetz der Schande — Globoke bereitet Euthanasieverbrechen vor	30
Globokes Kommentar der Schande und des Verbrechens	30
Globokes Theorien der Rasse und Blutgemeinschaft — Globokes Loblied auf die Nazi-Diktatur — Die Pflichten für Juden und Nazi-Gegner . . . die Rechte nur für die Nazis — Globoke propagiert die Endlösung — Globokes Kommentar verschärft die Gesetze	44
Globoke — Handlanger der Gestapo und der Nazi-Justiz	44
„...endgültige Lösung der Judenfrage wesentlich vorbereitet“	49
Spezialist für antijüdische Gesetze — Globokes Brandmal für die rassistisch Verfolgten — Globoke erneuert Handlanger der Gestapo — Globoke ließ die Juden nicht entkommen — Das Urteil von Nürnberg — Der Dank der Nazis war ihm gewiß	67
Globokes Mitwirkung an der „Endlösung“	67
Globokes „Betreuungsmission“ in Oesterreich — Tschechoslowakei, Globokes nachstes Opfer — Globoke organisiert die „Heimkehr“ der Memelländer — Globokes Rassengesetze fordern 2 900 000 Opfer in Polen — Globokes Grift nach rüchtenden jüdischen Bürgern — Globokes antijüdische imperialistische Tätigkeit gegen Frankreich — Konturkreuz für den Wegbereiter des Massenmordes — Globoke und Eichmann arbeiteten Hand in Hand	83
Globoke — der unentbehrliche Gehilfe Himmlers	83
Hitlers Judenmörder — am Schallbebel des Westzonenstaates	94
Globoke: Schuld haben die anderen — Von Nürnberg nach Bonn — Mächtiger als ein Minister — Die schwarze Frau Eiminnz	102
Der Bonner Kanzler deckt den Judenmörder	102
Der Eichmann von Bonn	105
Rede von Prof. Albert Norden auf der internationalen Pressekonferenz	114
„Hier ist Deutschland“	114
Erklärung von Dr. Arnold Zweig auf der Pressekonferenz	116
Aus den Fragen und Antworten auf der Pressekonferenz	116
Pressestimmen	119

Seit dem Herausreifen Westdeutschlands aus dem deutschen Staatsverband im Jahre 1949 hat in der Bonner Regierung ein Mann höchste Positionen inne, der während der Zeit des Faschismus als hoher Beamter im Nazi-Reichsinnenministerium speziell verantwortlich war für die millionenfachen Verbrechen gegen die jüdische Bevölkerung in ganz Europa. Seit 1953 ist dieser Mann Staatssekretär im Amt des westdeutschen Bundeskanzlers Adenauer. Er ist der engste Vertraute des Bonner Kanzlers, und in seinen Händen konzentriert sich eine ungeheure Machtfülle. Es ist die graue Eminenz des Bonner Staates -

Staatssekretär Dr. Hans Globke.

Alle berechtigten Anklagen haben bisher nicht dazu geführt, daß Globke seines Postens enthoben und zur Verantwortung gezogen würde. Ähnlich wie im Fall des Ministers Oberländer, der nur unter dem Druck der Beweisdokumente aus der DDR und des Prozesses vor dem Obersten Gericht der DDR seinen Ministersessel räumen mußte, deckt Adenauer auch Globke, ungeachtet seiner ungeheuerlichen Verbrechen.

Der Ausschluß für Deutsche Einheit legt hier der Öffentlichkeit bisher unveröffentlichtes erschütterndes Beweismaterial über die Rolle Globkes bei der abscheulichen Rassenpolitik der Nationalsozialisten vor. In einem zusammenfassenden Bericht über die verbrecherische Vergangenheit dieses Mannes wird erstmalig seine Personalakte geöffnet. Viele weitere Dokumente geben Aufschluß über

Globke und die Ausrottung der Juden.

Die Dokumente und der vorliegende Bericht beweisen:

Globke ist der schwersten Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig. Globke ist ein Mensch ohne Gewissen, ohne Moral, ein Judenhasser mit verbrecherischer Gesinnung. Er war ein Faschist.

Unter der Herrschaft Adenauers jedoch stieg dieser Mann zu den höchsten Ämtern auf.

Über zehn Jahre weiß Adenauer, daß Globke an den faschistischen Verbrechen gegen die jüdische Bevölkerung beteiligt war. Trotzdem nahm er Globke in seinen Dienst, mehr noch, er machte Globke zu seinem persönlichen Staatssekretär. So wurde Globke der einflußreichste Beamte des Westzonenstaates.

Adenauer schützte seinen Minister Oberländer, den Massenmörder, bis zur letzten Minute. Heute steht er schützend vor seinem Staatssekretär Globke, dem Judenhasser. Adenauer braucht solche Männer wie Globke zur Verwirklichung seiner aggressiven Politik, denn Adenauer will Hitlers Werk fortsetzen.

Doch ebenso wie Adenauer durch den Massenprotest der Weltöffentlichkeit eine Niederlage ertilt, als er sich vor den Massenmörder Oberländer stellte, ebensowenig wird es Adenauer verhindern, daß Globke von seinem Posten als Staatssekretär entfernt und seiner gerechten Strafe zugeführt wird. Globke ist eine Gefahr für Demokratie und Freiheit. Er muß abtreten. Das ist notwendig um des deutschen Volkes, um des Friedens willen.

Berlin, im August 1960

Ausschuß für Deutsche Einheit

DECLASSIFIED

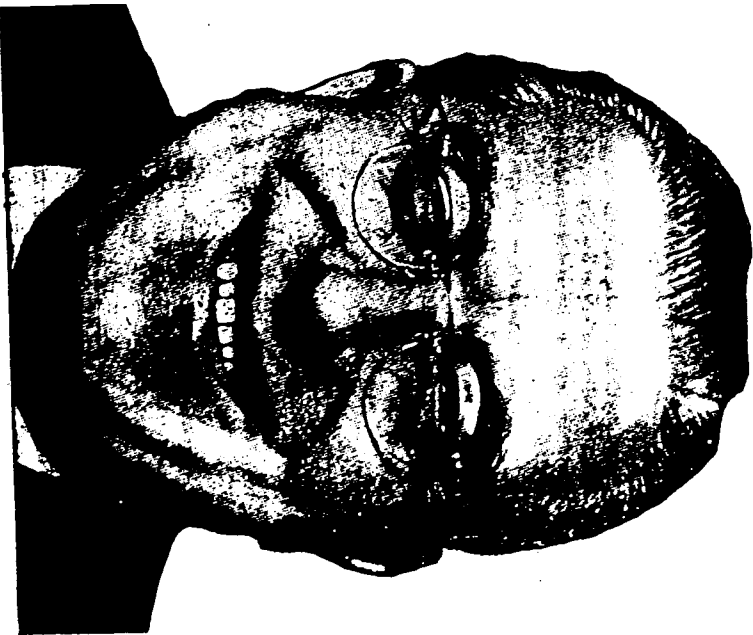
Authority *NWD 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

Globe- Verfasser der Nürnberger Blutgesetze

Wenn man heute irgendwo in Europa einen der wenigen Überlebenden jüdischen Glaubens fragt, was die Grundlage war für die von ihm und seinen Angehörigen erduldete jahrelange Drangsal, für die kaum zu beschreibenden Schmachungen und das Leid, für den grauenhaften Tod von sechs Millionen Leidensgefährten, so kommt als Antwort:

„Die Nürnberger Blutgesetze“.

So ist es in der Tat. Die ganze Welt weiß, daß Hitler am 15. September 1935 in Nürnberg von seinem NSDAP-Parteitag und von dem gleichzeitig dort tagenden sogenannten Reichstag diese Gesetze beschließen ließ, die Millionen auf den grausamsten Colgathaweg seit Menschengedenken trieben. Und das war der Verfasser dieser Schandgesetze:



DECLASSIFIED

Authority *NWD 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

Im einzelnen arguierte er aus:

1. Das Reichsbürgergesetz vom 15. September 1935 (RGBl. I S. 1146) sowie zahlreiche widerliche antisemitische Verordnungen dazu.
2. Das Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre (Blutschutzgesetz) vom 15. September 1935 (RGBl. I S. 1146) mit verschiedenen Durchführungsbestimmungen.
3. Das Gesetz zum Schutze der Erbgesundheit des deutschen Volkes (Ehegesundheitsgesetz) vom 18. Oktober 1935 (RGBl. I S. 1246).

Diese Gesetze sind unauslöschlich auf den Seiten der Weltgeschichte eingetrannt.
eingetrannt.

Über den menschenfeindlichen Charakter dieser Blutgesetze heißt es im Nürnberger „Wilhelmstraßen“-Prozeß gegen die Nazi-Kriegsverbrecher, die den zweiten Weltkrieg vorbereiteten und die die Judenvernichtung planten, diese Gesetze und Verordnungen waren

„ein wesentlicher Bestandteil des Programms, mit dem die fast vollständige Ausrottung der Juden beabsichtigt war und auch erreicht worden ist.“

(„Urteil im Wilhelmstraßen-Prozeß“, Alfons Bürger Verlag, Schwäbisch-Gmünd 1950)

Unwiderlegbare Tatsache ist:

Die Nürnberger Gesetze waren der Ausfluß wahnsinnigen Rassendenkens faschistischer Urmenschen.

Die Nürnberger Gesetze bedeuteten für Millionen rassistisch Verfolgter unerhörte Kränkungen und Ehrabschneidungen, Verfolgungen und Martyrium, Heimatlosigkeit und Vermögensraub, Kerker — KZ — Krematorium.

Die Nürnberger Gesetze bereiteten die von Eichmann organisierte „Endlösung der Judenfrage“ vor.

Die Nürnberger Gesetze waren ein Rückfall um Jahrtausende, aus der Zivilisation in eine neue Barbarei.

So empfindend diese Tatsachen auch sind, sie reichten jedoch nicht an den Zynismus heran, mit dem die in Westdeutschland herrschenden Kräfte einen der Hauptverantwortlichen dieses antijüdischen Inferno, den Verfasser der Nürnberger Gesetze, zu einem der mächtigsten Männer der Westzonen gemacht haben:

Dr. Hans Globke

Staatssekretär im Bundeskanzleramt

Unwiderlegbare Beweise

Die Beweise über Globkes maßgeblichen Anteil am Zustandekommen dieser Gesetze sind unwiderlegbar. Der Ausschuß für Deutsche Einheit unterbreitet folgendes Dokument aus seiner Personalakte (siehe S. 10/11):

Am 25. April 1938 beantragte der Kriegsverbrecher Frick bei dem Stellvertreter Hitlers, Rudolf Heß, im Braunes Haus in München die Beförderung Globkes.

Dieser Brief Fricks beweist unanfechtbar die verantwortliche Mitwirkung des „befähigsten und tüchtigsten Beamten“ des Nazi-Innenministeriums, Dr. Globke, an zwei der entscheidenden antisemitischen Nürnberger Gesetze. Aber Globkes Mitwirkung an dem sogenannten Reichsbürgergesetz ist ebenfalls unumstößliche Tatsache. In alten Besprechungen seines 1936 zu diesen Blutgesetzen geschriebenen Kommentars wird Globke nämlich als Verfasser dieser Gesetze und als der dafür maßgebliche Beamte im Reichsinnenministerium herausgestellt. — Es ist unläugbar, daß ein solcher Verbrecher in Bonn Staatssekretär sein kann.

Die Zeitschrift „Deutsche Verwaltung“ vom 20. März 1936, S. 102 — sie war das Fachorgan der Verwaltungsjuristen im „Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen“ — nennt Globke ausdrücklich als „Sachbearbeiter der Materie im Reichs- und Preussischen Ministerium des Innern“, das heißt, des „Reichsbürgergesetzes“, des sogenannten Blutgesetzes und des „Erbschaftsteuergesetzes“.

DECLASSIFIED

Authority *NWD 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

Im Ministerium sich stets hervorragend bewährt, sodass ich seine Beförderung zum Ministerialrat dringend empfehle.

3.) Oberregierungsrat Dr. Globke gehört unzweifelhaft zu den befähigsten und tüchtigsten Beamten meines Ministeriums.

In ganz hervorragendem Maße ist er an dem Zustandekommen der nachstehend genannten Gesetze beteiligt gewesen:

- a) das Gesetzes zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 15. September 1935 (RGBl. I S. 1146,
- b) des Gesetzes zum Schutze der Erbesundheit des deutschen Volkes (Erbgesundheitsgesetz) vom 18.10.1935 (RGBl. I S. 1246),
- c) des Personalrechtsgesetzes vom 3.11.1937 (RGBl. I S. 1146),
- d) des Gesetzes zur Änderung von Familiennamen und Vornamen vom 5.1.1938 (RGBl. I S. 9).

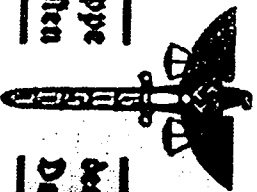
Außerdem verdient seine Mitarbeit bei der Federvereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich anerkennend hervorgehoben zu werden.

Dr. Globke ist bisher wegen seiner früheren langjährigen Zugehörigkeit zur Zentrumspartei nicht zur Beförderung zum Ministerialrat vorgeschlagen worden. Bei seiner seit der Reichsergreifung durch die NSDAP. bewiesenen Loyalität und steten Einsatzbereitschaft halte ich es aber für dringend erforderlich, ihm ^{durch} nunmehr die Beförderung zum Ministerialrat eine Anerkennung für seine ganz vorzüglichen Leistungen zu Teil werden zu lassen.

Hierauf treffen auf die zu I u. 3 genannten Beamten die Voraussetzungen zu unter denen nach dem Willen des Führers trotz ihrer früheren politischen Betätigung eine ausnahmsweise Beförderung zulässig sein soll.

Ihrer baldigen Stellungnahme sehe ich entgegen.
Gen. Frick

Deutsche Zerwahrung



Organ der **SA-Gruppe**
Verwaltungsämter

des **Bundes Deutscher Arbeiter**
Partei

Herausgeber: **Der Reichsführer der SA, Reichsaussenleiter Dr. Gumbel**

Einladung zum 1. Reichsaussenleiter der SA, Reichsaussenleiter Dr. Gumbel

Das 1. Reichsaussenleiter der SA, Reichsaussenleiter Dr. Gumbel, ist in der Lage, die folgenden Angelegenheiten zu erledigen:

1. Die Angelegenheiten der SA, Reichsaussenleiter Dr. Gumbel, sind in der Regel durch die SA, Reichsaussenleiter Dr. Gumbel, zu erledigen.

2. Die Angelegenheiten der SA, Reichsaussenleiter Dr. Gumbel, sind in der Regel durch die SA, Reichsaussenleiter Dr. Gumbel, zu erledigen.

3. Die Angelegenheiten der SA, Reichsaussenleiter Dr. Gumbel, sind in der Regel durch die SA, Reichsaussenleiter Dr. Gumbel, zu erledigen.

Fassen wir zusammen:

Globke war Sachbearbeiter für sogenannte Rassenfragen im Reichsministerium des Innern und „in ganz hervorragendem Maße“ am „Zustandekommen der Rassengesetzgebung amtlich beteiligt“.

Globke war sogar „an maßgebendster Stelle“ bei der Schaffung der Nürnberger Gesetze des Rassenwahnsinns beteiligt.

Globke war zur Kommentierung der Blutgesetze „in erster Linie berufen“.

Globkes Kommentar wurde vom Reichsinnenministerium als „maßgeblich“ bezeichnet und allen NSDAP-Stellen und Staatsämtern als „wertvoll“ empfohlen.

Globke ist deshalb neben seinen in Nürnberg nach 1945 verurteilten Vorgesetzten als Kriegsverbrecher hauptsächlich an der Diskriminierung und Terrorisierung von Millionen rassistisch Verfolgten aus ganz Europa.

DECLASSIFIED

Authority *NWD 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

Globke - Nazi und Antisemit von der ersten Stunde an

Seine schändliche Tätigkeit im Jahre 1935 war im übrigen nicht der Beginn seiner Laufbahn als antisemitischer Hetzer und Organisator der Judenverfolgungen im Dienste des Nationalsozialismus. Kurz nach Hitlers Staatsstreich vom 30. Januar 1933 avancierte Globke zum Oberregierungsrat. Das „Ministerialblatt für die Preussische innere Verwaltung“ meldet dies am 27. Dezember 1933 auf Seite 1485. Bald darauf wird Globke „selbständiger Referent für Verfassungs-, Standardsaatsachen, Namensänderungen usw.“, wie es in einem „Befähigungsbericht“ über Globke vom 23. Mai 1934 heißt. In den Rahmen dieser Arbeit fällt der Erlaß vom 4. Juli 1934 („Ministerialblatt für die Preussische innere Verwaltung“, 1934 S. 898) über Namensänderungen. Unter „VII. Judennamen“ verfügte Globke damals schon, deutsche Namen von sogenannten jüdischen Namen scharf zu trennen und raschlich Verfolgten die Führung „arischer“ Namen zu untersagen:

„Es gibt weiter zahlreiche biblische Namen, die ebenfalls als typisch jüdische Namen angesprochen werden, aber sowohl bei Juden wie bei Nichtjuden vorkommen (Salomon, Israel, Moses usw.). Zu den Judennamen werden im allgemeinen auch diejenigen gerechnet, die von dem Herkunftsort abgeleitet sind (Krotoschiner, Hamburger, Darmstädter usw.) ... Anträgen von Personen nicht-arischer Abstammung, ihren Namen zu ändern, wird grundsätzlich nicht stattgegeben, weil durch die Änderung des Namens die nichtarische Abstammung des Namens-trägers verschleiert würde. Auch der Übertritt zum Christentum ist nicht geeignet, eine Namensänderung zu begründen.“

Dieser Erlaß gab nicht nur den antijüdischen Ideen der Nazis breiten Raum und erleichterte die Verfolgungen der jüdischen Bevölkerung, vor allem legte Globke damit schon 1934 den Grundstein für die spätere Brandmarkung aller jüdischen Mitbürger in Deutschland.

H.- 3001/2.

Vereidigungsbestätigung.

Ich bestätige hiermit, daß ich heute den folgenden durch Gesetz vom 20. August 1934 (Reichsgesetzblatt I Seite 785) vorgeschriebenen Diensteid geleistet habe.

„Ich schwöre: Ich werde dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler, treu und gehorsam sein, die Gesetze beachten und meine Amtspflichten gewissenhaft erfüllen, so wahr mir Gott helfe“.

B e r l i n, den 17. August 1934.

Vor- und Zuname... *H. Hans Glöbke*...

Amtsbezeichnung... *Platzregimentsrat*

Zu den Pers.Akten.

DECLASSIFIED

Authority *NWD 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

Globke handelte im direkten Auftrag Hitlers

Die Initiative zur Ausarbeitung der berüchtigsten aller verbrecherischen Nazi-Gesetze geht auf direkte Weisung Hitlers zurück und sollte das Programm der im Nürnberger Prozed als verbrecherisch erklärten NSDAP verwirklichen. Hitler selbst begründete in Nürnberg 1935 die Gesetze wie folgt:

„Ich schlage nun dem Reichstag die Annahme der Gesetze vor, die Ihnen Parteigenosse Göring verlesen wird. Das erste und zweite Gesetz tragen eine Dankesschild an die Bewegung ab, unter deren Symbol Deutschland die Freiheit zurückgewonnen hat, indem sie das Programm der nationalsozialistischen Partei in einem wichtigen Punkt erfüllen. Hinter allen drei Gesetzen steht die nationalsozialistische Partei...“

„Die Reden Hitlers am Parteitag der Freiheit 1935“, Franz Eher Verlag München 1935, S. 66)

„Der Stürmer“, das widerliche antisemitische Hetzblatt der NSDAP, bestätigt das, und er feierte den Erlass der Nürnberger Gesetze mit folgenden Worten:

Der Stürmer

Deutsches Wochenblatt zum Kampfe um die Führerschaft
Herausgeber: Julius Streicher

„Seitdem der Nationalsozialismus in Deutschland regiert, erleben wir, wie ein Punkt des Parteiprogrammes der NSDAP nach dem anderen Tat wird. In der historischen Reichstagsitzung zu Nürnberg am 15. September 1935 wurde eine der wichtigsten Forderungen unseres Parteiprogrammes verwirklicht. Im Programm der NSDAP heißt es:

4. Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksichtnahme auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein.
 5. Wer nicht Staatsbürger ist, soll nur als Gast in Deutschland leben können und muß unter Fremden-Gesetzgebung stehen.“
- „Der Stürmer“, Nr. 41/1935, S. 10

Und diese „Fremdengesetzgebung“ für die jüdisch-deutschen Mitbürger, die aus Herausdrängen von Millionen deutscher Menschen aus der übrigen Bevölkerung zur Vorbereitung der „Endlösung“, besorgte Globke als Autor dieser Gesetze. Es ist deshalb nicht verwunderlich, wenn alle Nazi-Zeitungen und -Zeitschriften — je drainer sie waren, desto mehr — die Tatsache der Ausarbeitung und Verabschie- dung dieser Gesetze mit höchsten Lobeshymnen bedachten.

Ein bereites Zeugnis dafür, wie Globke mit den Faschisten und vor allem auch mit dem Initiator so vieler antijüdischer Pogrome, Julius Streicher, vor Verab- schiedung dieser Gesetze zusammenarbeitete, geben alle Ausgaben des von Strei- cher herausgegebenen „Stürmer“ zu dieser Zeit. Wochenlang trummelte er seine Hetztraktate, forderte die Bestrafung einander liebender Menschen, die Achtung der mit rassistisch Verfolgten geschlossenen Ehen. Das alles sollte verboten, unter- * Ausnahmegesetz gestellt und von der aufgeputzten „Volksszene“ verhindert wer- den. Diese abscheulichen Bilder und Sprüche hielt der „Stürmer“ für geeignet zur Vorbereitung der Menschen auf Globkes Gesetze und seinen Kommentar.

God meine Geige



Der Gott und sein Zuhörer zum Ende
 Die Welt ist nicht unter Werten Gans

DECLASSIFIED

Authority **NWD 36822**
 By **SW** NARA Date **2/8/05**

Region der Schande



**Strafgericht, verurteilt vom Volk - Gesten für, geistig, in Geste
Die Gesetze verurteilt, verurteilt das Volk - Im Namen Gottes hat Strafe nicht**

Nicht anders war es bei Erlaß der Gesetze. Auch hier triumphierterwieser besonders der „Stürmer“ über Glabkes braune Heidensteinen. Streicher selbst ließ es sich nicht nehmen, die Gesetze gebührend zu feiern.

„Adolf Hitler, der Neuschöpfer des deutschen Volkes.

Der Reichstag zu Nürnberg erneuerte das Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Volksgemeinschaft. In diesem Gesetz wird die Ehe zwischen Juden und Nichtjuden bei Strafe verboten, und auch der außereheliche Geschlechtsverkehr ist unter Strafe gestellt...

DECLASSIFIED

Authority **NWD 36822**
By **SW** NARA Date **2/8/05**

Wir Deutschen danken dem Himmel, daß er uns einen
Adolf Hitler gab. Was er an jenem Reichstag zu Nürn-
berg zum Gesetz erhob, war eine weltgeschichtliche Tat.
Ohne das Gesetz zum Schutz des Blutes und der Ehre
würde das deutsche Volk schon in wenigen Jahrzehnten
am Juden an Leib und Seele zu Grunde gegangen sein.
Adolf Hitler ist zum Neuschöpfer der deutschen Rasse
geworden. Erst nach Jahrhunderten wird das Volk der
Deutschen erkennen, wie groß die Tat des Führers war.
Julius Streicher

(„Der Stürmer“, Nr. 38/1935, S. 1/2)

Und der Gehilfe dieses „Neuschöpfers“ Hitler beim Erlaß der Nürnberger Gesetze
heißt:

Dr. Hans Globke

So ist also erwiesen:

Globke arbeitete dem „Stürmer“, der NSDAP und damit der gesamten Hitler-
Clique, und diese wiederum dem antientenischen Gesetzsmacher im Reichstagen-
ministerium in die Hände. Er war ihr Vertrauter. Ihre Wahnsinnsideen, die die
Entordnung von sechs Millionen Juden zur Folge hatten, faßte Globke in Para-
graphen. Er verhalf der Unmenschlichkeit zum zeitweiligen Triumph über die
Humanität.

Globkes Gesetze der Ausrottung

Schändlich, unendlich und ekelhaft wie die Zeichnungen und Wortaus-
sagen des „Stürmer“ waren die von Globke als „Sachbearbeiter der Materie im
Reichs- und Preussischen Ministerium des Innern“ erarbeiteten Gesetze. Dazu re-
chnet vor allen Dingen das Reichsbürgergesetz. Was fanatisierten Geistes muß der
Verfasser gewesen sein, der beispielsweise in das Reichsbürgergesetz die Bestim-
mung aufnahm:

§ 2

Reichsbürger ist nur der Staatsangehörige deut-
schen oder artverwandten Blutes... Der Reichs-
bürger ist der alleinige Träger der vollen poli-
tischen Rechte nach Maßgabe der Gesetze.

21

DECLASSIFIED

Authority *NWD 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

Das heißt, die jüdischen Bürger, die Globke als „artfremd“ diffamierte, waren damit ohne politischen Rechte, ohne staatsbürgerlichen Schutz. Sie waren nach Erlass dieses Globke-Gesetzes der Willkür und Hetze schutzlos ausgeliefert. Sie wurden zu Menschen letzter Klasse herabgesetzt, zu einer Art Ungeziefer erklärt, das Eichmann dann später austrotzte. Hier zeigt sich besonders deutlich, wie Globke durch seine Gesetze tatsächlich den Grundstein, den Ausgangspunkt für die spätere „Endlösung“ setzte. Was hier mit den juristischen Worten im Sinne der Rassenideologie Hitlers, Himmlers und Strichers beschrieben wurde, das hieß zu deutsch am Ende des Krieges: **Sechs Millionen erschossene, erschlagene, ermordete und vergaste jüdische Bürger aus allen europäischen Ländern.** Das Reichsbürgergesetz wird von Gerald Reitlinger, dem Verfasser des Buches „Die Endlösung“ (Colloquium-Verlag, Berlin 1956) deshalb auch zu Recht als „Grundgesetz“ der antijüdischen Gesetzgebung des Hitler-Staates überhaupt bezeichnet. Und er bemerkt, daß die „13 Durchführungs-Verordnungen hierzu erlassen, die ganze Entwicklung von Hitlers jüdenfeindlichen Maßnahmen zu verfolgen“.

Mitverfasser vieler dieser Durchführungs-Verordnungen aber war — wie oben erstmals dokumentarisch bewiesen — Dr. Hans Globke. Und so sieht die von ihm eingeleitete „ganze Entwicklung von Hitlers jüdenfeindlichen Maßnahmen“ aus:

1. Verordnung vom 14. November 1935

§ 4

Ein Jude kann nicht Reichsbürger sein. Ihm steht ein Stimmrecht in politischen Angelegenheiten nicht zu; er kann ein öffentliches Amt nicht bekleiden.

2. Verordnung vom 21. Dezember 1935

Alle jüdischen Beamten, Notare, Professoren, Lehrer und Ärzte wurden aus ihren amtlichen Stellungen entlassen.

3. Verordnung vom 14. Juni 1938

§ 17

Der Reichswirtschaftsminister wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern und dem Stellvertreter des Führers anzuordnen, daß Gewerbebetriebe, die in dem Verzeichnis der jüdischen Gewerbebetriebe eingetragen sind, von einem noch zu bestimmenden Zeitpunkt ab ein besonderes Kennzeichen führen müssen.

4. Verordnung vom 25. Juli 1938

§ 1

Bestellungen (Approbationen) jüdischer Ärzte erlöschen am 30. September 1938.

§ 4

Die Bestellung als Arzt kann einem Juden nicht erteilt werden.

DECLASSIFIED

Authority *NWD 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

5. Verordnung vom 27. September 1938

§ 1

Juden ist der Beruf des Rechtsanwaltes verschlossen. Die Zulassung jüdischer Rechtsanwälte ist zum 30. November 1938 zurückzunehmen.

6. Verordnung vom 31. Oktober 1938

§ 1

Juden ist der Beruf des Patentanwaltes verschlossen.

7. Verordnung vom 5. Dezember 1938

Kürzung der Ruhegehälter für ehemalige jüdische Beamte.

8. Verordnung vom 17. Juni 1939

§ 1

Bestellungen (Approbationen, Diplome) jüdischer Zahnärzte, Tierärzte und Apotheker erlöschen am 31. Januar 1939.

9. Verordnung vom 5. Mai 1939

Anwendung anti-jüdischer Vorschriften des Reichsbürgergesetzes auf das okkupierte Österreich.

10. Verordnung vom 4. Juli 1939

Die „Juden“ wurden zum Zwecke der zünftig geplanten Vertreibung aus Deutschland zu einer „Reichsvereinigung“ zusammengeschlossen.

11. Verordnung vom 25. November 1941

§ 1

Ein Jude, der seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland hat, kann nicht deutscher Staatsangehöriger sein.

§ 3

Das Vermögen des Juden, der die deutsche Staatsangehörigkeit auf Grund dieser Verordnung verliert, verfällt mit dem Verlust der Staatsangehörigkeit dem Reich.

12. Verordnung vom 30. April 1943

§ 4

Juden und Zigeuner können nicht Staatsangehörige sein.

13. Verordnung vom 2. Juli 1943

§ 1

Strafbare Handlungen von Juden werden durch die Polizei geahndet.

§ 2

Nach dem Tode eines Juden verfällt sein Vermögen dem Reich.

Das war das Ende dieses von Globke durch Verordnungen gegen die jüdischen deutschen Bürger fein säuberlich mit abgesteckten Weges: die Auslieferung an die Gestapo, ihre „Sonderbehandlung“, der Raub ihres Eigentums. Am Ende standen die SS-Verbände mit den Verbrennungsofen der Vernichtungslager, standen Eichmann und Kumpane mit ihrer „Endlösung der Judenfrage“. Den Ausgangspunkt, das „Grundgesetz“ und viele weitere Stationen dieser teuflischen Fahrt in die Unmenschlichkeit legte Globke durch seine Verordnungen fest. Dieser Taten ist er überführt.

Globkes Gesetz der Schande

Nicht genug damit, daß Globke diesen Beitrag zur „Endlösung“ leistete, er häufte durch die anderen von ihm maßgeblich verfaßten Gesetze und Verordnungen auch noch Berge von Schmach und Drangsaliierungen, Not und seelisches Leid auf die jüdischen Bürger. Besonders ist hier das

„Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“

vom 15. September 1935 zu nennen, an dessen Zustandekommen Globke nach Aussage seines Nazi-Ministers Frick „in ganz hervorragendem Maße“ beteiligt war.

Dieses Gesetz ist eines seiner schändlichsten, weil es in die intimsten Lebensbereiche der rassistisch Verfolgten eingriff, weil es persönlichste menschliche Beziehungen, Liebe und Heirat, den wahnsinnigen Ideen der Rassenfanatiker unterordnete.

Wer vermag die Qualen vieler deutscher Menschen zu beschreiben, die — weil sie auch liebten und ein Partner unter die Rassengesetze fiel — in Gefängnisse und Zuchthäuser gesperrt wurden?

Wer mag das Leid kurz vor der Ehe stehender Verlobter beschreiben, die auf Grund der antisemitischen Gesetze Globkes gewaltsam und oft für immer verloren wurden?

Wer hat eine Vorstellung davon, welche Qualen Ehepaaren zugefügt wurden, deren Ehe durch das von Globke mit verfaßte Blutgesetz von Nürnberg für immer auseinandergerissen wurde?

Den Verfasser und Kommentator der Nürnberger Gesetze, Globke, liebten und lassen diese Überlegungen kalt. Er heuchelte christliche Tugenden, besanzt die Nazi-Orden, steckte ein hohes Gehalt ein und arbeitete antisemitische Gesetze und Verordnungen aus. Und heute gibt sich dieser Mann oberdrein als „Widerstandskämpfer“ gegen den Faschismus und als Helfer jüdischer Verfolgter aus! Doch so sehen seine von „christlichen Grundsätzen“ getragenen „Widerstandshandlungen“ zum angeblichen Schutze des besonders geeigneten Teiles des deutschen Volkes aus:

DECLASSIFIED

Authority *NWD 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

Globkes Sieg

§ 1

Eheschließungen zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes sind verboten, trotzdem geschlossene Ehen sind nichtig, auch wenn sie zur Umbildung dieses Gesetzes im Ausland geschlossen sind.

Globke und die Vorsehung

§ 6

Der ersten Ausführungsverordnung. Diese Ehe soll nicht geschlossen werden, wenn aus ihr eine die Reinhaltung des deutschen Blutes gefährdende Nachkommenschaft zu erwarten ist.

Das „Fall“ In Globke

§ 2

Außenwärtiger Verkehr zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes ist verboten.

„Die Gesetze des Nürnberger Reichstages
Mit dem 15. September 1935 ist der Abwehrkampf gegen das Judentum in ein neues Stadium getreten. Adolf Hitler gab uns die Gesetze zum Schutz von Blut und Rasse. Wohl niemand wird dem Führer für seine geschichtliche Großtat so von Herzen dankbar sein als gerade der Stürmer. Wir haben gesiegt!“
 („Der Stürmer“, Nr. 42/1935, S. 3)

„Das neue Gesetz, das der Führer am 15. September geschaffen hat... verbietet doch endlich, daß diese Rasse des Unheils sich weiter mit unserem reinen Blute vermischt... Durch das neue Gesetz wird die Reinheit des deutschen Blutes erhalten. Die gesamte Welt sollte eigentlich, anstatt gegen uns zu hetzen, uns um unseren Führer beneiden....“

Wir aber danken der Vorsehung, daß unser Führer uns vor diesem Übel bewahrt hat durch sein Gesetz. Zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre.“
 („Der Stürmer“, Nr. 40/1935, S. 7)

„Mit einem Wort, die Gesetze machen der Rassenschande ein Ende. Sie verhindern die weitere Schwächung unserer rassistischen Kraft. Sie schützen unser Blut. Sie zwingen dem Mischling, den Bastard, zum Aussterben. Mit den Mischlingen verschwinden aus unseren deutschen Schulen jene bedauerenswerten Kinder, die blutmäßig zur Minderwertigkeit ver-

Globkes göttliches Denken

§ 3

Juden dürfen weibliche Staatsangehörige deutschen oder ariverwandigen Blutes unter 45 Jahren in ihrem Haushalt nicht beschäftigen.

Globke, der Soldat des Führers

§ 5

Wer dem Verbot des § 1 zuwiderhandelt, wird mit Zuchthaus bestraft.

dammt sind. Im Mischling findet das Große, Edle, Heilige und Göttliche kein Echo. Der Mischling ist nicht erziehbar. Er ist ein Ballast, eine Qual... eine Gefahr für das ganze Volk. Dieser Ballast und diese Qual sind durch die Gesetz vom 15. September 1935 zum Aussterben verdammte."

(„Der Stürmer“, Nr. 38/1935, S. 7)

„Der Erlösung entgegen

Im nationalsozialistischen Deutschland wurde durch Schöpfung der Nürnberger Schutzgesetze das Zusammenleben der nichtjüdischen Reichsbürger mit den in Deutschland wohnenden Angehörigen der jüdischen Rasse der notwendig gewordenen Klarheit zugeführt...

Alles Große braucht in seinem Werden seine Zeit. Was im nationalsozialistischen Deutschland zur Reinhaltung des deutschen Blutes getan wurde und noch getan werden wird, ist entsprungen natürlichem und damit göttlichem Denken... So will es die Schöpfung. So will es Gott.

Julius Streicher

(„Der Stürmer“, Nr. 48/1935, S. 3)

„Im Gleichschritt mit dem „Stürmer“. Der Nationalsozialismus hat schon manchen Sieg erfochten. Einer seiner größten und in die Zukunft reichenden Siege war die Schaffung des Nürnberger Gesetzes. Die Schaffung des Gesetzes zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre...
Wer die Rassenfrage als Schicksalsfrage der Menschheit in ihrer

DECLASSIFIED

Authority *NWD 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

Tiefe begriffen hat, wird immer ein
zuverlässiger Soldat des Führers
sein und bleiben.
Julius Streicher

(Der Stürmer, Nr. 43/1935, S. 2)

Globe hat Hitlers Auftrag so vortrefflich erfüllt, daß „Der Stürmer“ seinem Werk
Lobeshymnen widmete. Was für dieses Schmutzblatt sowie für Globe und die
Krebs Anlag zu freudigem Siegestaumel war, das war für das deutsche Volk die
größte Schmach und für seine jüdische Bevölkerung der Beginn ihres Leidens-
weges.

Globe bereitete Euthanasieverbrechen vor

Wie aus den Personalakten Globes hervorgeht, war er auch besonders aktiv an
der Ausarbeitung des sogenannten Euthanasiegesetzes beteiligt, das am
18. Oktober 1933 von Hitler, Heß, Frick und dem Justizminister Gürtner nach
Globe's Vorlage verabschiedet wurde. Für seine Mitarbeit auch an diesem Gesetz
wurde er später den Dank höchster Regierungskreise.

**G. Fried zum Ende der Ortsgruppen
bei Heinrich Heide (Oberfrankenkreis)**

Bonn 18. Oktober 1933
(Sonderl. G. 1340)

Zeilen, den 18. Oktober 1933.

Zur Führer und Stellvertreter Adolf Hitler
Zur Stellvertreter bei Heinrich Heide
Zur Stellvertreter bei Heinrich Heide
Zur Stellvertreter bei Heinrich Heide
Zur Stellvertreter bei Heinrich Heide

Das „Ehegesundheitsgesetz“, unter dem Deckmantel geschaffen; unheilbare Kranke an einer Fortpflanzung zu hindern, diente in Wirklichkeit dazu, die faschistische Rassenideologie durchzusetzen. Diesem Gesetz zufolge wurde verlangt, daß alle Verlobten vor einer Eheschließung ein sogenanntes Ehegesundheitszeugnis beibringen mußten, das nur von „Erb- und Rassenpflege“ stehlen der Gesundheitsämter, die in der Regel mit besonders ausgesuchten SS-Ärzten besetzt waren, ausgestellt werden durfte. Zu diesem Zweck wurden die Verlobten zu unwürdigen Untersuchungen gezwungen.

Die schändliche Behandlung junger Menschen von SS-Ärzten ist jedoch nur die eine Seite dieses Glibke-Gesetzes. Hinter den so harmlos scheinenden Regelungen steckte in Wahrheit noch ein ganzes Programm des verbrecherischen Rassenkaulismus:

1. Mit den Vorschriften dieses Gesetzes wurden viele sogenannte „Erbkranke“ den „Erb- und Rassenpflege“-stellen zugeföhren und von diesen erfaßt.
2. Diese Erfassung war die Grundlage für die späteren Euthanasieverbrechen der SS, d. h. der „Aberichtung“ Zahlloser Menschen mit keisigen und gesundheitlichen Gebrechen, die nach der Auffassung der Nazis für die „Volksgemeinschaft wertlos“ waren.

In diesem Zusammenhang ist aufschlußreich, daß im Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozess Glibke Ministerorgsetzler Frick auch wegen folgender Verbrechen verurteilt wurde:

„Während des Krieges unterstanden Frick Privatkliniken, Krankenhäuser und Irrenhäuser, in welchen der Gnadenlod zur Anwendung kam, der an einer anderen Stelle dieses Urteils beschrieben ist, Es war ihm bekannt, daß gefällig Defekte, kranke und altersschwache Personen, „nutzlose Esser“, systematisch umgebracht wurden. Beschwerden über diese Morde erreichten ihn, jedoch tat er nichts, um ihnen Einhalt zu gebieten. In einem Bericht der tuchscholowakischen Kommission für Kriegsverbrechen wird geschätzt, daß 275 000 geistes- und altersschwache Personen, für deren Wohl er verantwortlich war, dem Morden zum Opfer fielen.“

(Das Urteil von Nürnberg“, Nymphenburger Verlagshandlung, München 1946, S. 142)

Frick wurde in Nürnberg zum Tode verurteilt; Glibke aber, der „an maßgebender Stelle“ saß und diese Gesetze ausarbeitete, ist heute Staatssekretär im Bundeskanzleramt und engler Berater Adenauers.

3. Ferner richtet sich das Gesetz eindeutig gegen alle „fremdvölkischen“ Menschen, denen eine Eheschließung mit „Ariern“ verwehrt wurde.

Fragt man sich, man eine solche ausdrückliche Bestimmung nicht im Gesetz, doch kann man die Glibke durch seine Kommentierung des Gesetzes in die Praxis ein. Auf

DECLASSIFIED

Authority NWD 36822
By SW NARA Date 2/8/05

den Seiten 173/174 seines Kommentars von 1936 schrieb er, daß die „Erb- und Rassenpflege“ stellen der Gesundheitskriter in jedem Falle eine Genehmigung zur Durchblutung zu verweigern haben, wenn

„aus der Ehe eine rassistisch nicht erwünschte Nachkommenschaft zu erwarten ist...“
Hierdurch ist die Schließung von Ehen verboten, aus denen — abgesehen von den Fällen deutsch-jüdischer Rassenmischehen — eine rassistisch unerwünschte Nachkommenschaft zu erwarten ist, z. B. die Eheschließung zwischen Deutschen und Zigeunern...“

Das war Globke in den Jahren 1935/1936, dem Beginn des faschistischen Rassensystems und der antilemischen Gesetze.

Die hier zitierten Dokumente beweisen:

- Globke leitete als verantwortlicher Referent für Rassenfragen im Reichsinnenministerium dem Reich die schmutzigsten Handlungsvorgänge.
- Globke ist nicht nur Mitverfasser der antijüdischen „Grundgesetze“, sondern auch vieler weiterer teuflischer Verordnungen gegen die rassistisch Verfolgten.
- Globke verfaßte diese Gesetze im direkten Auftrag der Nazi-Führung. Sie waren Ausdruck von Hitlers Weltanschauung aus „Mein Kampf“ und der antijüdischen Forderungen des Programms der NSDAP.
- Globke nahm dank dem Ausgangspunkt für die Judenverfolgung in ganz Europa.
- Globke war von dem perfiden Ideen Hitlers und seines Nationalsozialismus bis ins kleinste durchdrungen.
- Globke war ein ausgesprochener Paschul, eine zuverlässige Stütze der Hitler-Führung.

Globkes Kommentar der Schande und des Verbrechens

Globke war nicht nur der Verfasser der Nürnberger Blutgesetze gegen die jüdische Bevölkerung in Deutschland und in Europa. Gemeinsam mit seinem Vorgesetzten, dem in Nürnberg verurteilten Kriegsverbrecher Stuckart, veröffentlichte er 1936 einen Kommentar zu den drei von ihm verfaßten antisemitischen „Grundgesetzen“:

Reichsbürgergesetz vom 15. September 1935

**Gefetz zum Schutze des deutschen Blutes
und der deutschen Ehre**
vom 15. September 1935

**Gefetz zum Schutze der Erbgesundheits des
deutschen Volkes (Erbgesundheitsgesetz)**
vom 18. Oktober 1935

nebst allen Ausführungsverordnungen
und den einschlägigen Gefetzen und Decretenungen
erläutert von

Dr. Wilhelm Stuckart und Dr. Hans Globke
Gesamtchriftl. Oberreferenten
im Reichs- und Preussischen Statistischen Amt



**C. F. Deutscher Verlagshandlung
München und Berlin 1936**

Der Mann also, der seinen Katholizismus heute nicht oft und laut genug im Munde führen kann, übernahm es, die Anwendung der verbrecherischen Gesetze zu reglementieren. Er gab die Anweisungen für den Vollzug der unchristlichsten Gesetze, die das Geschick der zivilisierten Menschheit kennl.

DECLASSIFIED

Authority **NWD 36822**
By **SW** NARA Date **2/8/05**

Als das Werk der Schande verfaßt und veröffentlicht war, galt die Stellung seines Autors im „Dritten Reich“ für unerschütterlich. Es trug ihm reiche Früchte ein. Die Nazis lobten den Zutritter des Henkers mit Beförderungen und vertraulichen Sondermissionen — sechs Millionen Juden aber bezahlten seine schmutzige Arbeit mit dem Leben.

Glöcke war es völlig gleichgültig, daß die verbrecherischen Nürnberger Gesetze rechtswissenschaftlicher Erörterung unzugänglich waren. Diese Bestimmungen waren ihrem Wesen nach nichts anderes als in Gesetzesparagraphen verhüllte Mordankordnungen. Diese seine Gesetze nun bis zur letzten Konsequenz durchzuführen, das war sein Ziel. Kalt und erbarmungslos stehen in seinem Kommentar die Sätze:

„Wer Jude ist, bestimmt Paragraph fünf.“

„Das Judentum ist ein Fremdkörper in allen europäischen Völkern.“

„Das Judenproblem bedurfte in politischer, wirtschaftlicher und soziologischer Hinsicht einer Lösung für Jahrhunderte.“

„Der Jude ist uns völlig fremd nach Blut und Wesen. Deshalb ist die Dissimilation die einzig mögliche Lösung.“

„Dieses Dritte Reich ist die Gestaltwerdung der deutschen Volksidee.“

„Der völkische Staat muß notwendig ein Führerstaat sein.“

Glöcke selbst hat besonders Hinweis, daß solche Thesen des faschistischen Rassenlehrens, scharf Lobeshymnen auf den Nazi-Staat den Beifall hoher und niedriger Kreise der Hitler-Clique fanden.

„Der Reichspräsident als Roland Freyler, der blutbesetzte Präsident des Volksgerichtshofs, dessen Glöcke eine öffentliche Belobigung für seine mit Akribie ausgeführte Arbeit verdient aus:

Rechtswörter Rechtspflege und Rechtspolitik

Walters steht der berühmten Reichspflege

Präsidenten

Dr. Franz Gellert, Reichsanwalt am Reich

Verlagsgesellschaft

Verlagsgesellschaft

Verlagsgesellschaft



Bei den außerordentlichen Bedeutung, die diese Gesetze im Volkleben als ganzen und für die Stellung jedes einzelnen im Volke sowie für seine wichtigsten Lebensentscheidungen — etwa den Eheschlag — haben, ist die zusammengefasste Kommentierung in einem einheitlichen äußeren Gewand ein großer Vorteil...
Man hat also alles, was man in der Praxis benötigt, hier aufgenommen...

Ganz besonders hervorhebenwert ist aber die Einführung, die dem Kommentar gegeben ist und die die nationalsozialistischen Gedanken über Rasse, Volk und Vererbung, Rasse, Volk und Kultur, das Juden- und Mischlingsproblem, das Reichsbürgerrecht und die Staatsangehörigkeit behandelt und damit auf die Grundgedanken, die den Gesetzen zugrunde liegen und für deren Auslegung bestimmend sein müssen, eindrucksvoll hinweist...

Der Kommentar kann wohl in keiner Handbücherreihe eines Rechtslehrers fehlen."
(„Deutsche Justiz“, 1936, S. 587)

DECLASSIFIED

Authority **NWD 36822**
By **SW** NARA Date **2/8/05**

Die Deutsche Verwaltung — Organ des Bundes Nationalsozialistischer Deutscher Juristen" ergaßl ihren Lesern die Lektüre mit den Worten:

Der Kommentar bietet so im Ganzen ein Bild, das ... die Schau auf das Grundrationalische... vermittelt. Daß er für dem wissenschaftlichen und praktischen Rechtsanwahrer ein ausgezeichnetes Hilfsmittel ist, bedarf danach kaum einer besonderen Betonung. Gerade aber die Einföhrung hat den Wert des Buches nicht nur erhöht, sie ist auch geeig- net, ihm einen weiteren Leserkreis zu verschaffen, als ihn Rechtsbücher gemeinhin besitzen. Sie ... setzen auch dem Gegenstand irgendwile interessierten rechts- wissenschaftigen Volksgenossen insoweit, die Nürnberger Gesetz, die eine wahrhafte magna charta des deutschen Volkes für die Jahrhunderte sind, zu verstehen. Das Buch ist deshalb auch für die Aufklärungarbeit eine dienliche Unterlage."

(Deutsche Verwaltung", 1936, S. 303)

Globke Theorien der Rasse und Blutgemeinschaft

In seinem Diskussions- und Ausrottungsbeleh die rechte Baust zu geben, Globke und Stückart ihren Elaborat jenes Vorwort voran, das bereits das ursprünglichen Prädikat erreicht hatte. In ihm erweisen sich beide Autoren als An- hänger des rassistischen Rassenwahns, des rückwärtslosen Vorgehens gegen die Menschheit. Der eine wurde in Nürnberg verurteilt. Der andere ist heute die führende Einlassung der Westkonzernallianz.

Im entgegengesetzten begrifflichverfüllenden Nazijargon legen Stückart und Globke in ihrem Pamphlet dar, was unter „Rasse“ verstanden werden soll und wie es sich bei der Vererbung verhalte. Alles, was reaktionär und antihuman ist in der Wissenschaft und durch die Wissenschaft längst widerlegt —, findet man hier auf- gestellt. Überall wird aber auch das Ziel deutlich, das sie sich gestellt haben: „Die Rassenlehre“ — „Endlösung“ — „Ausrottung der jüdi- schen Bevölkerung“.

Amersuchen, das absehbend von seiner eigenen Hochrassigkeit überzeugten Globke ist die fachliche Behauptung von der angeblichen Unwandelbarkeit des Rassenwesens, d. h. von der Unabänderlichkeit der vorhandenen Erbanlagen. Bei- dem aber die wissenschaftlichen Behauptungen bleibt Globke jedoch nicht stehen. Er wollte ja kommentieren, was Gestapo und Freisler „in der Praxis ansetzen“ für die Judenverfolgungen. So konkretisierte er die Abstraktion (Seite 19):

Da das Substratum feinem Blute und innersten Wesen nach dem Zweckform auffremd ist, sind Spannunger jüdischen beiden Büßern die notwendige Folge.

Hier wird Globke schon deutlicher, wenn er aus der „Artfremdheit“ angebliche Spannungen konstruiert. Aber was hieß das 1936, als antijüdische Pogrome in Deutschland an der Tagesordnung waren, als deutsche Männer und Frauen wegen sogenannter Rassenstände von der Gestapo verschleppt wurden, als die jüdisch-deutschen Bevölkerungsteile schikaniert und verfolgt wurden? Nach Globke sollten also alle diese „Spannungen“ eine Art Naturgesetz sein. Es war nach dieser Auslegung für die Faschisten selbstverständlich, jüdische Bürger zu mißhandeln. Das war also „die notwendige Folge“ der „Artfremdheit“. Es gibt wohl nur wenige Beispiele in faschistischen Pamphleten, in denen mit diesem solchen Zynismus Willkürhandlungen, unmensentliche Pogrome „begründet“ wurden. Aber das war Globke — das ist Globke. Die logische Folgerung aus solchen Ideen ist sein sogenanntes Blutschutzgesetz, das die „Mischung wesentlicher Rassen“ unter Strafe stellt, da sie „die Einheitlichkeit und seelische Geschlossenheit des Volkstums“ zerstöre. Um eine Rassenmischung zu vermeiden, empfiehlt der Spezialist für Judenfragen das Rassenmindersterium die „Rassenpflege“, was zu deutsch nichts anderes heißt als Diskriminierung und Isolierung der Juden (Seite 73):

„Da der Blutwert eines Volkes durch die dem Volke seine Eigenart verleihende Rasse bestimmt wird, ist die Reinhaltung und Erhöhung des Blutwertes nur durch Rassenpflege möglich. Wie aber soll der Staat, wenn er Rassenpflege treiben will, sich der Tatsache gegenüber verhalten, daß ein Volk mehrere Rassen umfaßt? Die Antwort geht dahin: Die verantwortlichen Leiter des Staates haben zu prüfen, wie das ihnen anvertraute Volk rassistisch zusammengesetzt ist, und ihre Maßnahmen so einzurichten, daß mindestens der weitere Verlust an besten rassistischen Werten verhindert und der Volkern möglichst gestoppt wird. Eine der wichtigsten Aufgaben der nationalsozialistischen Staatsführung ist daher: die Sorge um die Erhaltung derjenigen rassistischen Urfolgerente, die als kulturreichend die Schönheit und Würde eines höheren Menschentums schaffen“ (Mein Kampf, S. 434).“

Wie hat zum Globke den weiteren Verlust an besten rassistischen Werten verhindert? Wie hat er Hitler „Mein Kampf“ in die Tat umgesetzt welche Maßnahmen hat er als verantwortlicher Leiter des Staates“ eingeleitet?

- Globke schuf dazu die schändlichen Nürnberger Gesetze, die der jüdischen Bevölkerung alle staatsbürgerlichen Rechte raubten und in ihre intimsten Beziehungen eingriffen.
- Globke kommentierte diese Gesetze, um der Justiz und Gestapopraxis die Handhabe für ihre antijüdische Inquisition zu liefern.
- Globke brandmarkte die jüdische Bevölkerung und trieb sie in die Fänge der Gestapo.
- Globke half schließlich mit, Eichmanns „Endlösung der Judenfrage“ zu verwirklichen.

DECLASSIFIED

Authority *NWD 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

Das war Globkes „Rassenpflege“ in Wirklichkeit, das war seine „Erhöhung des Wertes“.

Da alle Menschen christlichen Glaubens ist es empörend, daß Globke auch noch versucht, diese widerlichen Untaten mit den Geboten der Christen und der Stillheit in Überdramaturgie zu bringen. Auf Seite 8 schreibt er:

„Vorbereitung jeder erfolgreichen Erb- und Rassenpflege ist eine entsprechende Grundhaltung des einzelnen Volksgenossen zu seinem Volk. Diese Grundhaltung kann nur durch ständige Erziehung jedes einzelnen Volksgenossen zu echter Volksgemeinschaft und zur Achtung der göttgewollten und gottgegebenen Naturgesetze herbeigeführt werden.“



Nazi-Propaganda gegen die jüdische Bevölkerung 1936

Globkes Loblieder auf die Nazi-Diktatur

Die völlige Übereinkunft Globkes mit den Ideen seiner braunen Führer kommt noch in seinen empfindlichen Lobliedern auf Hitler und seinen „Führerstaat“, auf die Herrschaft des Nationalsozialismus zum Ausdruck. Auch hier hat er sich die pseudowissenschaftliche Doktrin vollkommen zu eigen gemacht. Er findet bewegte Worte, um dem Leser die pseudowissenschaftliche nazistische Theorie zu suggerieren. Blut und Rasse seien von wesentlicher Bedeutung für den Staat, ja der Staat sei *das* Produkt (Seite 12):

„Die Erkenntnis von der Bedeutung von Blut und Rasse für Volk und Staat gehört zu den wesentlichsten Bausteinen der nationalsozialistischen Weltanschauung. Blut und Rasse gestalten letztlich das nationalsozialistische Welt- und Geschichtsbild. Dabei sind die Begriffe Blut und Rasse nicht nur Forschungsergebnisse der modernen Naturwissenschaften, sondern sie sind in erster Linie Grundelemente der weltanschaulichen Überzeugung.“

Ziel der Nazis sei es, schreibt Globke weiter, die Staatsordnung mit den „rassischen Lebensgesetzen“ wieder in Einklang zu bringen. So umschreibt Judenhasser Globke das Wesen der ganzen unermesslichen und verbrecherischen Nazi-Diktatur. *„Das Volk, das Gott erhalten, um als Kronzeuge für Globkes üble Sache zu werden“* (Seite 9):

„Die Rechts- und Staatsordnung des Dritten Reiches soll mit den Lebensgesetzen, den für Körper, Geist und Seele des deutschen Menschen ewig geltenden Naturgesetzen wieder in Einklang gebracht werden. Es geht also bei der politischen und staatlichen Neuordnung unserer Tage um nicht mehr und nicht weniger als um die Wiederanerkennung und Wiederherstellung der im tiefsten Sinne gottgewollten organischen Lebensordnung im deutschen Volk- und Staatsleben.“

Globke sagt hier nicht mehr und nicht weniger, als daß KZ und Zuchtthäuser der Nazis, daß Sonderjustiz und Gestapoverbrechen, daß der Raub der demokratischen Rechte für das Volk, daß die Judenverfolgungen usw. — kurz: daß die ganze nazistische Diktatur, die „völkische und staatliche Neuordnung unserer Tage“, eine Sünde und Globke das nennen, eine „im tiefsten Sinne gottgewollte Lebensordnung“ sei. Das heißt, der angebliche Widerstandskämpfer Globke predigt den beliebigen Menschen: Hitler handelt in Gottes Auftrag, seine Terrorherrschaft ist *gottgewollt*.

Warum — als rechte Hand des Kanzlers wählte man keinen Besseren.

DECLASSIFIED

Authority *NWD 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

An anderer Stelle sagt Globke (Seite 22):

„Der Staat ist die völkisch-politische Organisation des lebendigen Organismus Volk. Die Staatsaufassung des Nationalsozialismus ist die Idee der völkisch-politischen Volksgemeinschaft.“

Diese Leibeslymen spielen schließlich in dem Satz (Seite 22):

„Selbst Dritte Reich ist die Gesamterbung der heutigen Völkische.“

Dies ist ja auch niemand mißverstehen, daß er den Faschismus bejahe, preist Globke das Führerprinzip als dem „völkischen Staat“ allein angemessen. Nur das starke Führung bestehe, könnten Volk und Staat gedeihen. Schließlich das Erkenntnis, die der heutige Kanzlerintimus fürs Leben gewann. Vertraute er immerzu auf die Führung Hitlers, Himmlers und ihrer Komplizen, so ist es heute der deutsche Kanzler Adenauer, dessen Führung er sich unterwirft und an dessen Anweisungen er — heute wie damals selbst ein „Führer“ — maßgeblich Anteil hat.

Globke schreibt (Seite 15):

„Das völkische Denken des Nationalsozialismus bedeutet ferner eine Abkehr von dem liberalistischen Grundgedanken, wonach der Gleichheit aller Menschen. Gott und Staat können nur gebieten, wenn die besten Kräfte führen und wenn sie fast genug sind, um führen zu können und sich in der Führung zu halten. Führertum aber liegt bestimmte Eigenschaften voraus, die nur einmal nicht bei allen Menschen in gleicher Weise vorhanden sind. Nur dem Stellgeborenen folgt so unangeführt bei Führertum. Der völkische Staat muß also notwendig ein Führerstaat sein.“

„Der völkische Ungleichheit, die Globke hier propagierte, diente den nazistischen „Völkischen“ dann als Vorwand für ihre Massaker gegen die jüdischen „Völkischen“.“

„Der völkische Staat, der Freiheit und Rechtsstaatlichkeit auf sein Panier geschrieben haben, vergibt, von der „Gleichheit aller Menschen“ hält. Nichts! Wie es und sei

Die Pflichten für Juden und Nazi-Gegner . . .

Globoke führt seine Theorien von der Ungleichheit jedoch weiter. Wie an anderen Stellen bleibt er auch hier nicht bei der Abstraktion stehen. Er gibt genaueste Anweisungen zur Durchsetzung der Rassenideen und des ganzen nationalsozialistischen Unrechts, das er in die Nürnberger Gesetze einfließen ließ. Auf Seite 25 seines Kommentars heißt es:

Der Rechten von der Gleichheit aller Menschen und von der grundsätzlich unbefähigten Freiheit des einzelnen gegenüber dem Staate legt der Nationalsozialismus hier die harten, aber notwendigen Erkenntnisse von der naturgesetzlichen Ungleichheit und Berufsbemerktheit der Menschen entgegen. Aus der Berufsbemerktheit der Massen, Völker und Menschen folgen zwingend Unterordnungen in den Rechten und Pflichten der einzelnen.

Juden waren damit von vornherein von allen staatsbürgerlichen Rechten ausgeschlossen (Seite 20):

„Rassfremdheit kennzeichnet insbesondere das Judentum, das einen Fremdkörper in allen europäischen Völkern bildet. Bei Juden kann deshalb auch die Eignung zum Dienst am Volk und Reich nicht anerkannt werden. Ihnen muß daher die Reichsbürgerschaft verweigert werden.“

Was aber ist die Konsequenz solcher Worte? Die logische Schlussfolgerung lautet: Die „Fremdkörper“ müssen beseitigt werden. Gerade an dieser Stelle wird deutlich, wie neben seinen Gesetzen von Nürnberg seine Kommentare die Grundlage zur Ausrottung der über sechs Millionen Juden schufen.

Doch Globoke beschränkte sich nicht darauf, nur die jüdische Bevölkerung von allen staatsbürgerlichen Rechten auszuschließen und sie als „Fremdkörper“ der Vernichtung preiszugeben. Die politischen Gegner des Nazismus wurden durch seine Kommentare ebenso aller Rechte beraubt. Er schrieb (Seite 20):

„Andererseits ermöglicht aber die Versagung oder Entziehung des Reichsbürgerrechts, die Ungesetzten von der politischen Mitbestimmung auszuschließen.
Schwere Verbrechen, staatsfeindliche Betätigung, Verletzung der staatsbürgerlichen Pflichten, wie z. B. Nichterfüllung der Wehrpflicht, Wehrunwürdigkeit, Aberkennung der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter, Berufsunwürdigkeit, werden den Staatsangehörigen vom Reichsbürgerrecht ausschließen.“

„Abgesehen vom sogenannten Reichsbürgerrecht aber bedeute, daß die politischen Verhältnisse des Nationalsozialismus, die Kommunisten und Sozialdemokraten, die Widerstandskämpfer aus den dröhnlichen und bürgerlichen Kreisen, für vogelfrei erklärt wurden. Daß Globke dies meint, bestätigt er auf Seite 28 seines Kommentars, wenn er schreibt:

„Die danach notwendige ständige Überprüfung der deutschen Nation wird zur Ausweitung aller für die Fortentwicklung des deutschen Volkes und Reiches ungenutzten Elemente aus dem politischen Leben führen.“

„Das Ganze aber auf die Spitze zu treiben, verkündet er weiter (Seite 30):
„Umgekehrt ist er verpflichtet, alle öffentlichen Lasten mitzutragen und sich notfalls auch mit allem, was er besitzt, für den Bestand des Staates einzusetzen. Staatspolitische Rechte besitzt er jedoch nicht.“



„Arbeit ist Ehre“ - ein Slogan der Nationalsozialisten in der Praxis

... die Rechte nur für die Nazis

Am liebsten hätte der „Widerstandskämpfer“ Globke gesehen, daß die sogenannten Reichsbürgerrechte nur NSDAP-Mitgliedern verliehen worden wären. So schrieb er auf Seite 53, er könne es sich durchaus vorstellen, daß

„der Erwerb des Reichsbürgerrechtes auf einen kleinen Teil bewährter Volksgenossen, etwa die Angehörigen der NSDAP, beschränkt werde und die große Masse der Volksgenossen davon ausgeschlossen wird“.

Das heißt, die politischen Gegner des Nazismus, die „artrenden Elemente“ usw., wurden von ihm dazu ausersehen, für die „Herrenmenschen“ in Gestalt der NSDAP-Mitglieder Helotendienste zu leisten.

Globke

propagierete die Endlösung

Der ganze Kommentar Globkes ist darauf angelegt, die jüdische Bevölkerung in Deutschland der „Endlösung“ zuzuführen. Globke forderte deren „Disamlierung“, ihre „Auscheidung“. Er beschimpft sie als „Fremdkörper“ und versucht, „das Judenproblem einer Lösung für Jahrhunderte“ zuzuführen. In diesem Sinne schrieb er auf Seite 16/17 seiner Schlußschrift:

„Das Judenproblem ist also nicht nur ein rassenbiologisches. Es beruht auch in politischer, wirtschaftlicher und soziologischer Hinsicht einer Lösung für die Jahrhunderte.“

Der Jude ist uns billig fremd nach Blut und Befehl.
Deshalb ist die Diffimilation die einzig mögliche Lösung.

Tür und Tor öffnete Globke den Eichmann und Konsorten für ihr schändliches Werk, dem vergleichsweise die Bevölkerung von 80 Großstädten zum Opfer fiel.

DECLASSIFIED

Authority *NWD 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

Globkes Kommentar verschärfte die Gesetze

Keine untersteht sich Globke, zu seiner Rechtfertigung zu erklären, er hätte zwar dem Kommentar verfaßt, aber nur, um die Gesetze zu „entschärfen“. So sagte er erst kürzlich zu einem Reporter des britischen „Guardian“:

„Ich dachte, es war meine Pflicht, auf meinem Posten zu bleiben und mein Scherflein dazu beizutragen, um den von den Nazis Verfolgten zu helfen.“

(„The Guardian“, 17. Juni 1960)

Diese geschmacklose Legende wird von Globke und seinem Patron Adenauer jährlinghaft verbreitet. Aber selbst wenn Globke aus persönlichen Interessen in dem einen oder anderen Einzelfall geholfen haben sollte, so erhebt ihn das nicht seiner Verantwortung. Denn erstens hätten auch Himmler und Göring und selbst die SS nach dem Motto „Wer Jude ist, bestimmen wir“ von sich sagen können, einigen haben geholfen zu haben. Und zweitens: Solche Märchen kann Globke nur denen erzählen, die seinen Kommentar nicht kennen und nicht wissen, daß er selbst die Gesetze ausgearbeitet hat.

Der Zentralrat der Juden in Deutschland stellte schon vor Jahren dazu fest:

„1. Es war, ist und bleibt die Auffassung der jüdischen Gemeinschaft, daß jeder Funktionär des Hitler-Reiches, der, gleich welchen Ranges, an der Schaffung, Auslegung und Durchführung der nationalsozialistischen Rassengesetze und den sich aus diesen ergebenden Verfolgungsmaßnahmen aktiv mitwirkte, das Sittengesetz verletzt und die moralischen Grundlagen des menschlichen Zusammenlebens geschändet hat. Ein Jurist, der sich dazu erniedrigte, barbarische Unrechtsnormen pseudowissenschaftlich zu bearbeiten, hat den Anspruch verwirkt, im hohen Dienst des Rechts tätig zu sein.“

2. Es ist uns unbekannt, daß durch irgendwelche Kommentare zu den Nürnberger Rassengesetzen je jüdische Menschenleben gerechtfertigt worden sind. Bekannt ist uns dagegen wohl, daß diese Gesetze zum verbrecherischen Mord an sechs Millionen Männern, Frauen und Kindern geführt haben, deren Vergehen in den Augen der nationalsozialistischen Machthaber einzig und allein darin bestand, als Juden geboren worden zu sein.“

(„Berliner Allgemeine“, Zeitung der Juden in Deutschland, Berlin, 8. Juni 1951)

Die Lektüre des Kommentars beweist ebenfalls, daß Globke die Gesetze nicht gemildert hat. Im Gegenteil, er ließ keine Gelegenheit ungenutzt, die von ihm erarbeiteten Schandgesetze noch zu verschärfen.

Insbesondere in der Frage der Anfechtung von Ehen mit jüdischen Menschen nahm Globke in seinem Kommentar den für die Betroffenen ungünstigsten Standpunkt ein. Nach § 1339 des Bürgerlichen Gesetzbuches konnte die Anfechtung einer Ehe nur binnen einer Ausschlussfrist von sechs Monaten seit dem Zeitpunkt, in welchem der Irrtum entdeckt wird, erfolgen. Strittig war seinerzeit bei den Nazi-Gerichten der Zeitpunkt, zu dem die Frist zu laufen begann. Das Reichsgericht hatte eine Entscheidung gefällt, die die Anfechtung erschwerte. Im Gegensatz dazu stand eine Entscheidung des Kammergerichts zuungunsten der jüdischen Ehepartner. Globke erklärte die letztere, also die ungünstigere Entscheidung, für verbindlich.

Er schrieb (Seite 109/110):

"Fraglich kann aber erscheinen, wann die Frist zu laufen begonnen hat, wenn ein Ehegatte zwar die Rassezugehörigkeit des anderen Ehegatten kannte, sich aber über ihre Bedeutung nicht klar war. Die Ansichten des Reichsgerichts und des Kammergerichts stehen sich in dieser Frage gegenüber. Während das Reichsgericht die Aufassung vertritt (RGZ. Bd. 145, S. 1), daß seit der Veröffentlichung vom 24. Februar 1920 Fälle eines Irrtums nach der gedachten Richtung nur selten anzunehmen seien, nimmt das Kammergericht den Standpunkt ein (JW 44/3120), von dem politisch und wissenschaftlich geschulten Volksgenossen abgesehen, sei der großen Masse des Volkes die Bedeutung des Rassenproblems erst nach dem Siege der nationalsozialistischen Bewegung bekannt geworden. Die Ansicht des Kammergerichts verdient den Vorzug."

Mit dieser "Anleitung" versuchte Globke also die Ehe jüdischer Bürger auseinanderzureißen. Doch das ist nicht der einzige Fall seiner verschärfenden Kommentierung. Nach dem Konkordat aus dem Jahre 1933 war es katholischen Priestern erlaubt, in Ausnahmefällen vor der standesamtlichen Trauung eine sakramentale Eheschließung von Katholiken vorzunehmen. Durch die Eheverbote der Nürnberger Gesetze waren viele mit jüdischen Bürgern Verlobte in Bedrängnis geraten und die Geistlichen sahen sich vor die Gewissenfrage gestellt, ob sie solche Verbindungen heimlich trauen sollten. Das ist in der Tat vielfach geschehen, und selbst das westdeutsche Bundesgesetz vom 23. Juni 1950 mußte die Rechtswirksamkeit dieser Ehen mit rückwirkender Kraft feststellen.

Globke jedoch erklärte in seinem Kommentar solche Nottrauungen für unzulässig und verteil oberdrein die Auffassung, daß Geistliche, die es dennoch tun, solchen Passus in den Kommentaren überhaupt kein Anlauf, einen Nürnberger Rassegesetze war es den Geistlichen verboten worden, religiösen Beistand zu leisten. Und selbst wenn Globke meinte, auf diese Frage eingehen zu müssen, so war er nicht genötigt, negativ dazu Stellung zu nehmen. Globke jedoch wollte die weitere Drangsalierung dieser geplagten jüdischen Menschen.

Aber auch die Menschen mit "jüdischem Einschlag", die nicht direkt durch die Nürnberger Gesetze betroffen wurden, wollte Globke nicht ungeschoren davon-

kommen lassen. Unterhielt z. B. ein Bürger mit einem jüdischen Großelternteil — nach Globke ein sogenannter 1/4-Jude — ein Verhältnis mit einer „Deutsch-
bittigen“, so empfahl Globke für diese Fälle den Polizeiterror. Was nicht einmal
durch die Nürnberger Gesetze verboten war, erklärte Globke für „nicht er-
wünscht“ und setzte sie damit den Verfolgungen der braunen Kolonnen aus.

Auch auf weitere Fälle dehnte er diese Verfolgungsmaßnahmen aus: Das
sogenannte Blutschutzgesetz erklärte im Ausland erfolgte Eheschließungen zwischen
„Deutschblütigen“ und „Juden“ lediglich für nichtig. Globke jedoch blieb es vor-
zuziehen, auch die Strafbestimmungen der Gesetze auf diese Fälle auszudehnen.
Das geschah, obwohl Globke wußte, daß nach dem seinerzeit geltenden Strafgesetz-
buch im Ausland begangene Delikte nicht verfolgt werden durften.

Er also steht der Kommentar des Herrn Globke, der heute die rechte Hand Aden-
auers ist, in Wirklichkeit aus. Mit der Verdrängung begann Globkes braune
Kameras, für die Betroffenen aber der Weg in die Gaskammern. Das Buch Globkes
ist ein Kommentar, der dem Charakter des schmutzigen Schandgesetzes entspricht.
Mit der Federlinie des preußischen Beamten und der Fühlosigkeit eines eisernen
Kessels interpretiert Globke den unmissverständlichsten Erlaß der Nazi-Diktatur. Das
Gesicht der Menschen, die davon betroffen wurden, war ihm gleichgültig. Wer
Jude ist, bestimmt § 8.

Globke -

Handlanger der Gestapo und der Nazi-Justiz

Wer die Geschichte der Gestapo und der Nazi-Sondergerichte kennt, der weiß auch, mit welchem Eifer diese zwei hauptsächlichsten Terrorinstrumente des Hitler-Staates daran gingen, Globkes Gesetze zu verwirklichen und seinen Kommentar als willkommene Anleitung zum Handeln anzuwenden. Die überschwenglichen Worte, die solche Leute wie Streicher, Freisler und andere Nazi-Führer für Globkes Werk fanden (siehe in den vorigen Abschnitten), kommen deshalb nicht von ungefähr. Die Nürnberger Gesetze waren ihnen ein willkommener Anlaß, jetzt unter Paragrafenschutz, sozusagen legal, die jüdische Bevölkerung zu verfolgen. Diese Gesetze waren somit eine der entscheidenden Etappen für die Verwirklichung der faschistischen Rassenideen.

Kaum daß die Gesetze im Reichsgesetzblatt verkündet waren, gingen Gestapo und Sonderjustiz auch schon dazu über, den jüdischen Bevölkerungsteil in Deutschland diese Gesetze spüren zu lassen. Gleich nach Inkrafttreten der Gesetze bringt „Der Stürmer“ seltenlangweilige Berichte über die Verhaftung und KZ-Verschleppung sogenannter RassenSchänder, die es „gewagt“ hatten, trotz der Gesetze Globkes ihre freundschaftlichen Beziehungen, ihre vorehelichen Bindungen zu „arischen“ Bürgern aufrechtzuerhalten, oder die Ehe mit ihnen eingehen wollten. Aus jeder Zelle dieser zynischen Meldungen spricht die Genußnahme von Streicher und Konraden über die Gesetze Globkes.

„Die Gesetze des Nürnberger Raketstages haben dem rassenschänderischen Handwerk der Juden einen Riegel vorgeschoben. ... Wo sich nur ein Jude an ein deutsches Mädchen heranmacht, da greift die Gestapo rückstichslos ein... Ende August des Jahres wurde der Viehhändler und Metzger Bernhard Kishelmer von Pforzheim in das Konzentrationslager Kislau überführt. Die Ermittlungen der Geheimen Staatspolizei gestalteten sich sehr schwierig. (1) Jud Kishelmer hatte Beziehungen zu deutschen Mädchen...“

(„Der Stürmer“, Nr. 39/1935, S. 5)

44

DECLASSIFIED

Authority *NWD 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

Well er also als deutscher Mann „schwierig zu ermittelnde Beziehungen“ zu deutschen Frauen hatte, mußte Bernhard Klischeimer ins KZ. Globkes Ideen fanden hier ihre Verwirklichung.

Die Nazi-Biurichter, von denen heute in Westdeutschland unter dem Protektorat Adenauers und seiner rechten Hand Globke noch immer über 1000 amtierend, werden in den Nürnberger Gesetzen eine willkommene Gelegenheit, auf ihre Art zur „Endlösung der Judenfrage“ beizutragen.

Der Stürmer“ bringt in seiner Nummer 20/1937 folgende Aufstellung:

Judenhande ohne Ende

(Folge 15)

<p>Der Berliner: Der 21jährige Chaim Gerserl Gricmann in 2 Jahren Jagdhaus. Der 18jährige Sule Gerserl in 1 Jahr 6 Wochen Jagdhaus. Der 18jährige Sule Gerserl in 1 Jahr in 2 Jahren Jagdhaus. Der 18jährige Sule Gerserl in 1 Jahr in 2 Jahren Jagdhaus. Der 18jährige Sule Gerserl in 1 Jahr in 2 Jahren Jagdhaus. Der 18jährige Sule Gerserl in 1 Jahr in 2 Jahren Jagdhaus.</p>	<p>Der Berliner: Der 18jährige Sule Gerserl in 1 Jahr in 2 Jahren Jagdhaus. Der 18jährige Sule Gerserl in 1 Jahr in 2 Jahren Jagdhaus. Der 18jährige Sule Gerserl in 1 Jahr in 2 Jahren Jagdhaus. Der 18jährige Sule Gerserl in 1 Jahr in 2 Jahren Jagdhaus. Der 18jährige Sule Gerserl in 1 Jahr in 2 Jahren Jagdhaus.</p>
<p>Der Berliner: Der 18jährige Sule Gerserl in 1 Jahr in 2 Jahren Jagdhaus. Der 18jährige Sule Gerserl in 1 Jahr in 2 Jahren Jagdhaus. Der 18jährige Sule Gerserl in 1 Jahr in 2 Jahren Jagdhaus. Der 18jährige Sule Gerserl in 1 Jahr in 2 Jahren Jagdhaus.</p>	<p>Der Berliner: Der 18jährige Sule Gerserl in 1 Jahr in 2 Jahren Jagdhaus. Der 18jährige Sule Gerserl in 1 Jahr in 2 Jahren Jagdhaus. Der 18jährige Sule Gerserl in 1 Jahr in 2 Jahren Jagdhaus. Der 18jährige Sule Gerserl in 1 Jahr in 2 Jahren Jagdhaus.</p>
<p>Der Berliner: Der 18jährige Sule Gerserl in 1 Jahr in 2 Jahren Jagdhaus. Der 18jährige Sule Gerserl in 1 Jahr in 2 Jahren Jagdhaus. Der 18jährige Sule Gerserl in 1 Jahr in 2 Jahren Jagdhaus. Der 18jährige Sule Gerserl in 1 Jahr in 2 Jahren Jagdhaus.</p>	<p>Der Berliner: Der 18jährige Sule Gerserl in 1 Jahr in 2 Jahren Jagdhaus. Der 18jährige Sule Gerserl in 1 Jahr in 2 Jahren Jagdhaus. Der 18jährige Sule Gerserl in 1 Jahr in 2 Jahren Jagdhaus. Der 18jährige Sule Gerserl in 1 Jahr in 2 Jahren Jagdhaus.</p>

Dass bei diesen Urteilen gerade der Kommentar Globkes wiederum Anleitung für das besonders scharfe Vorgehen der Sonderjustiz war, beweist das folgende Urteil:

Kopierte Abschrift.
5(8) 4.P.K.La.21/18 (109/18).

Im Namen des Deutschen Volkes
St r a f o a c h e

Gegen den Hundlungsehilfen Kurt Wilhelm Schmidt,
Geboren am 23. Januar 1911 in Berlin, zur Zeit in dieser
Sache in Untersuchungshaft im Untersuchungsgefängnis Berlin-
Moabit, wegen Rassenchande.

Die 8. große Strafkammer des Landgerichts Berlin hat
in der Sitzung vom 2. August 1938, an der teilgenommen
haben:

Landgerichtsrat Dr. Jandt, X
als Vorsitzender,

Landgerichtsrat Hoffmann, X

Berichtsassessor Zumbenberg, X
als Beisitzende Richter,

Planungssekretär Landmann,
als Beisitzer,
als Beisitzer,

Verordnungsassessor Hagedorn,
als Beamter der Staatsanwaltschaft.

Die Verhandlung hat die Gestalt eines

Platzes gehabt.

Die Angeklagte wird wegen Verbrechen gegen §§ 1 und 5
des Rassenchandengesetzes mit einer lebenslangen Haft-
strafe verurteilt.

Die Urteile der Instanzinstanz werden angefochten.

Die Verhandlung des Angeklagten hat folgenden Sachverhalt
ergeben III 9 38

Was hatte Wilhelm Schmidt getan, daß ihn die Nazi-Richter Dr. Jank und Rehfeldt, die heute noch in Westberlin amlieren, für zwei Jahre ins Zuchthaus schickten? Das Urteil sagt dazu:

„Er war hiernach festzustellen, daß der Angeklagte als Staatsangehöriger deutschen Blutes in Leningrad am 13. Februar 1936 mit der am 5. April 1909 geborenen Volljudin Rebekka Schönhaus die Ehe geschlossen hat. Ein Verstoß gegen § 1 des Gesetzes zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 15. September 1935 steht hiermit fest.“

Schmidt wurde verurteilt, weil er die Frau heiratete, die er liebte. Diese empörende Willkürjustiz setzte sich dabei auch über den § 4 des Strafgesetzbuches hinweg, der im Ausland begangene Gesetzesverletzungen von der Verfolgung grundsätzlich ausschloß. Globkes Kommentar half den Nazi-Juristen, dieses Hemmnis zu beseitigen. Sie schrieben:

Die

Erfolgung dieses Zieles würde aufs äusserste gefährdet sein wenn nicht die Möglichkeit bestände, unter bestimmten Voraussetzungen auch solche Verbrechen, gegen das Gesetz zur Verurteilung zu ziehen, die ausserhalb des Reiches begangen worden sind

Die gleiche Ansicht vertritt

Stuckert - Glöppe 1936 Rutschutzgesetz, Anm. 4 zu § 5.
Als Ergebnis ist hiernach festzustellen, dass der Angeklagte ein Verbrechen nach § 1 Elutschutzgesetz begangen hat und dass er nach § 5 desselben Gesetzes zu bestrafen war, weil er die Ehe schliebung im Ausland vornahm.

Doch nicht nur das. Globke betätigte sich auch als hinterhältiger Denunziant für die Gestapo. Der „Telegraf“ sah sich gezwungen, am 25. März 1956 folgende Leserzuschrift abzu drucken:

„Nachdem es Frau W. im März 1940 ermöglicht hatte, ihre Mutter von Posen nach Berlin zu bringen, wurde sie zur ‚Evakuierungsstelle für Polen und Juden‘ des SD in die Kurfürstenstraße 116 bestellt. Dort teilte ihr ein höherer SD-Führer namens Eichmann mit, gegen sie liege die Beschwerde einer ‚hohen Instanz‘ vor. Wer diese ‚hohe Instanz‘ gewesen ist, glaubt Frau W. eindeutig darin erkannt zu haben, daß auf dem Schreibtisch des SD-Führers ein von Globke unterzeichnetes Schriftstück lag. Eichmann untersagte Frau W., sich weiter für die ‚Polaken‘ einzusetzen. Da Frau W. sich nicht an dieses Verbot hielt und Globke erneut und wiederum erfolglos bedrängte, den unter der Verfolgung leidenden Deutschen zu helfen, wurde sie ein zweites Mal zu Eichmann bestellt und wiederum unter Androhung von Strafen scharf gerügt. Frau W. führt auch diese zweite Vorladung durch den SD auf die Anzeige des Dr. Globke zurück.“

Was er hier als Achtgroßchenjunge einem einzelnen zufügte, das fügte er als Gesetzesverfasser und Kommentator der ganzen jüdischen Bevölkerung Europas zu.

Was zeigen diese Tatsachen?

- Globkes Nürnberger Gesetze und sein Kommentar waren der Gestapo und der Sonderjustiz Hitlers die willkommene juristische Handhabe, um jetzt „legal“ Hunderttausende zu martern oder gar zu töten.
- Sofort nach Erlaß seiner Gesetze überzogen willkürliche Verhaftungen und krausame Terrorurteile gegen jüdische Menschen die deutschen Städte und Dörfer.
- Globke terrorisierte als Referent für Judentragen im Hitlers Innenministerium auch auf jede andere Weise deutsch-jüdische Bürger.
- Globke lieferte eigenhändig deutsche Bürger der Gestapo aus.

„ . . . endgültige Lösung der Judenfrage wesentlich vorbereitet“

Nach den „Erfolgen“ der Jahre 1935/36 — Erlaß der „Münchberger Gesetze“ und Veröffentlichung seines Kommentars dazu — schritt Globke zu noch größeren Verbrechen.

Globkes „Grundgesetze“ waren erlassen — nun wurde „die endgültige Lösung“ der faschistischen Rassenfrage vorbereitet, so daß Globkes Staatssekretär Stuckart 1938 nach Erlaß neuer antisemitischer Gesetze Globkes schreiben konnte:

„Das Ziel der Rassengesetzgebung kann als bereits erreicht und die Rassengesetzgebung daher im wesentlichen als abgeschlossen angesehen werden. Sie hat, wie oben bereits hervorgehoben, zu einer vorläufigen Lösung der Judenfrage geführt und gleichzeitig die endgültige Lösung wesentlich vorbereitet.“

(Stuckart: „Rassen- und Erbpflüge in der Gesetzgebung des Reiches“, 1938)

Die Begleitmusik für diese „endgültige Lösung der Judenfrage“ war die „Kristallnacht“.

Von aufgepissten Nazi-Horden, SA-Einheiten und SS-Verbänden wurde am 8. November 1938 eines der schlimmsten antijüdischen Pogrome gestartet. Gräueltaten gegen die braunen Haufen durch die Straßen der deutschen Städte, demolierten alle erreichbaren jüdischen Geschäfte, setzten Kaufhäuser und Synagogen in Brand, Erbarmungslos wurden die Inhaber der Geschäfte zusammengeschlagen, gefoltert, verhaftet oder in die KZ verschleppt. Viele überlebten diese Nacht die braunen Horden nicht.

Die Nazi-Führer bezweckten mit diesem Pogrom, nach dem Raub des Sudetenlandes und der Annektion Österreichs die über die latente Kriegsgefahr beunruhigten Volksmassen in eine chauvinistische Ekstase zu versetzen. Gerade zu dieser Zeit tritt Globke wieder mit neuen Ausarbeitungen für weitere antisemitische Gesetze hervor.

Während der jüdischen Bevölkerung immer größeres Leid zugefügt wird, während ihnen Arbeit, Einkommen und oft das Leben genommen wird, erklimmt Globke eine weitere Stufenleiter seiner Nazi-Karriere, erhält monatlich über 1300 RM Gehalt und fabriziert neue antijüdische Gesetze.

Mit diesen antisemitischen Gesetzen und Verordnungen, die Globke 1937/38 verfaßte, wurden die Lebensmöglichkeiten der jüdischen Bevölkerung immer weiter eingeschränkt, wurde ihnen noch mehr Schmach und Leid zugefügt und das Sterben der sechs Millionen vorbereitet.

Globe - Spezialist für antijüdische Gesetze

Abteilung I.

Leiter: Dr. Studart, Staatsfr.*
 Vertreter: Serling, MinDirg., ÖRR.*
 Vertreter für die Unterrichtsleitung:
 Dr. Sandherz, MinRR.

Ministerialräte.

Dr. Sandherz (f. a. Bl. II)	Dr. Fuchs (f. a. Bl. VI)
Dr. Ertl (f. a. Bl. VI)	Dr. Gode (f. a. Z. 6a.)*
Dr. Ewert, ÖRR.*	Dr. Gubrich (f. a. Z. 6b.)*
Dr. Ewert (f. a. Bl. II)*	Dr. Kaiser* (f. g. Z. 6a.)
	Dr. Schellene (f. g. Z. 6a.)

Conflige Referenten und Stillschreitenden.

Nizam, RegStf. *	Klaß, ÖRR.*
Saun, ÖRR. f. a. Bl. VIII)*	Stange, Stf. *
Studart, ÖRR.*	Ullrich, ÖRR. (f. a. Bl. VI)*
Ewert, ÖRR.*	Dr. Quab, ÖRR.*
Dr. Fauter, ÖRR.	Madmann, RegStf. *
Dr. Grendenthal, RegStf. (f. a. Z. 6a.)	Dr. Ögeringer, ÖRR.
Dr. Öster, RegStf. *	Dr. Schürmair, ÖRR.
Dr. Wlabbe, ÖRR.	Elinger, ÖRR. (f. a. Z. 6a. u. Bl. II)*
Jacob, ÖRR.*	Trenbe, RegStf. *
Metner, ÖRR.*	

Die Handbücher über den preussischen Staat der Jahre 1938/39 vermerken auf Seite 16 Dr. Globke als Oberregierungsrat der Abteilung I im Reichsinnenministerium, zu deren Tätigkeitsgebiet u. a. gehörte:

Außerdem war Globke in diesem Jahr führend beteiligt an der Okkupation Österreichs und des Sudetenlandes (siehe dazu die Seiten 67 ff), wie auch während dieser Zeit seine Nürnberger Blut- und andere antisemitischen Gesetze in Österreich und in den okkupierten tschechoslowakischen Gebieten eingeführt wurden. Nur wer weiß, welches Leid diese Gesetze und Verordnungen über die jüdische Bevölkerung brachten, wie sie mithalfen, die rassistisch Verfolgten der „Endlösung“ Eichmanns zuzutreiben, nur der kann die Schuld Globkes ermessen.

Für seine Schuld, für die Beteiligung Globkes und seiner Abteilung an all diesen antisemitischen Verordnungen und Gesetzen gibt es wieder zahlreiche unwiderlegbare Beweise. Unter anderem geht das aus dem Wilhelmstraßen-Prozeß hervor. Auf Seite 166 des im Altons Bürger Verlag, Schwäbisch-Gmünd, 1950 erschienenen Urteils heißt es dazu:

„Die Verordnungsentwürfe (über die jüdischen Namen etc. — d. Hrsg.) sind dem Reichsinnenminister zur Prüfung und, falls sie gut befunden wurden, zur Mitunterzeichnung vorgelegt worden. Diese Entwürfe gingen an Stuckarts Abteilung zur Prüfung und Berichterstattung an den Minister.“

Stuckart war bekanntlich der unmittelbare Vorgesetzte Globkes, Globke jedoch der zuständige Referent, der die Gesetzenwürfe verfaßte. Dafür gibt es dokumentarische Beweise.

1. Im Wilhelmstraßen-Prozeß wurde Globke zu den ganzen schändlichen Verordnungen zu dem sogenannten Namensänderungsgesetz vernommen. Seine eidlische Aussage hat folgenden Inhalt:

„Über das Gesetz zur Namensänderung im Dritten Reich sagte Dr. Hans Globke am 10. August 1948 in Nürnberg u. a. folgendes aus:

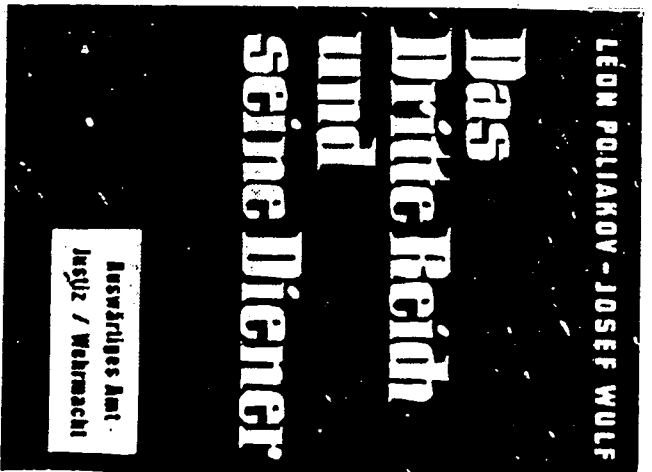
Dr. v. Stackelberg: Halten Sie etwas mit der Ausarbeitung der Bestimmungen hinsichtlich von Namensänderungen zu tun?

Globke: Ich befaßte mich mit den Namensänderungen und habe alles, was irrendwie mit der Änderung von Namen zu tun hatte, bearbeitet.

Frage: Können Sie uns kurz über die Hintergründe dieser Verordnung unterrichten?

Antwort: Ich nehme an, Sie meinen die Verordnung über die Einführung zusätzlicher jüdischer Vornamen.

Frage: Ja, genau das meine ich...“



(Abgedruckt bei Poliakov-Wulf, „Das dritte Reich und seine Diener“, arani Verlags-GmbH, Berlin-Grunewald, 1956, S. 194/95.)

Aus: "Trial of war criminals before the Nuernberg Military Tribunal, The Ministres Case [Case XII]" English official transcript (mimeographed), S. 15-165.)

2. Der Referent für Judenfragen im Reichsinnenministerium, Dr. Lösener, erklärte im Nürnberger Wilhelmstrassen-Prozess, daß Globke u. a. das Gesetz über die Änderung von Familien- und Vornamen und zahlreiche Durchführungsbestimmungen dazu ausgearbeitet habe. (Aussage: Dr. Bernhard Lösener, Erklärung unter Bd. vom 24. Februar 1948, Dokument NG — 1944 — A.)

Lösener, ein alter Nazi, trat Jahre vor Kriegsende von seinem Posten zurück, weil er die Vernichtung der Juden mit seinem Gewissen nicht vereinbaren konnte. Globke jedoch blieb bis zuletzt bei seinen braunen Kumpanen.

3. Am 29. Mai 1956 sandte ein Westberliner Bürger an Globke folgenden Brief:

„Wie berichtet, soll angeblich die Nazi-Verordnung über das Führen von Zusatznamen für Juden nach Ihrer eigenen Aussage vor dem Nürnberger Tribunal 1945 Ihr eigenes Werk gewesen sein. Wenn das wahr ist, dann sind Sie mit einem Makel behaftet, der Ihnen im Interesse des deutschen Ansehens verbieht, heute wieder an so maßgebender Regierungsstelle zu stehen. Danach verdanke ich vor allem Ihnen, wenn ich heute vor 14 Jahren wegen Nichtführens des Zusatznamens in einem Privatbrief auf Grund dieses durch Ihr Wirken zum Gesetz erhobenen Unrechts vom Amtsgericht Berlin-Moabit am 29. Mai 1942, Strafsache 635 C 204/42, strafrechtlich verurteilt und dadurch als unbescholtener Mann in meiner Ehre verletzt worden bin. Ich behalte mir weitere Schritte gegen Sie vor, falls von Ihnen innerhalb zwei Wochen kein Dementi vorliegt oder falls Sie es nicht vorziehen, vorher freiwillig zu demissionieren.“

Ein Dementi folgte selbstverständlich nicht, weil Globkes Verantwortung unumstößlich feststeht. Statt dessen traf ein Brief Globkes vom 31. Mai 1956 bei dem Westberliner Bürger ein, der dessen Angaben vollauf bestätigte (siehe Bundestagsprotokoll vom 20. Juni 1956).

4. Globke hat an Vereinbarungen mitgewirkt, nach denen die Reisepässe deutscher Staatsbürger, die im Sinne der sogenannten Nürnberger Gesetze als Juden kalten und rassistisch verfolgt wurden, durch ein besonderes „J“ gekennzeichnet wurden. Die Beweise ergeben: Globke war für den ganzen Komplex der Staatsangehörigkeit, für Namens- und Rassenfragen zuständig. Er hat in dieser Funktion im Jahre 1938 zahlreiche antisemitische Gesetze und Verordnungen ausgearbeitet. Als solcher trifft ihn die Verantwortung für die sich daraus ergebenden verbrecherischen Folgen für Millionen jüdischer Bürger.

Was verbirgt sich hinter diesen Gesetzen Globkes?

Samtliche Gesetze und Durchführungsbestimmungen über die Namensänderung hatten einzig das Ziel, die Nürnberger Gesetze zu vervollkommen. Wurden dort den jüdisch-deutschen Bürgern alle staatsbürgerlichen Rechte genommen, wurden ihnen die Heirat, das Verbotnis und Liebesbeziehungen mit sogenannten Ariern verwehrt und unter schärfste Strafen gestellt, so wurden jetzt alle Juden von Globke regelrecht mit einem Brandmal versehen. Bei schärfsten Strafen wurden sie gezwungen,

als zweiten Vornamen die Namen Sara oder Israel anzunehmen und zu führen. Ihnen wurden sogenannte deutsche Familiennamen entzogen. Damit bezweckten die Nazi-Führung und ihr Gehilfe bei der Gesetzfabrikation, Globke, einmal die allgemeine Diskriminierung aller rassistisch Verfolgten. Nun waren die Juden öffentlich kennlich gemacht, und die kleinen und großen Nazis konnten jetzt ihren antisemitischen Gefühlen zum Leidwesen der geplagten Verfolgten ihren Lauf lassen. Welt schlimmer aber war, daß Globke mit diesen Gesetzen alle jüdischen Bürger der Gestapo in die Hände trieb, indem er sie zwang, sich bei den Polizeizuganen zu melden. Diese Meldungen waren die Grundlage für die Karteien, die Eichmann später als Leiter der „Erfassungsabteilung für Juden“ bei der Gestapo aufstellte und nach denen die Transporte in die Vernichtungslager Auschwitz, Maidanek, Theresienstadt, Mauthausen usw. zusammengestellt wurden.

Globkes Brandmal für die rassistisch Verfolgten

Von diesen verbrecherischen Gesetzen sind hier in erster Linie Globkes „Gesetz über die Änderung von Familiennamen und Vornamen“ und vor allen Dingen die von ihm verfaßten Durchführungsvestimmungen zu nennen.

Reichsgesetzblatt

Teil I.

1938	Ausgegeben in Berlin, den 14. Januar 1938.	Art. 2
------	--	--------

Verlag des Reichsdruckers, Berlin, 1938. Preis 1,20 RM. (Inhalt)

Heydrich und Konsorten zu genügen, verfaßte Globke diese Ausrichtungsschrift, in der es nur so von Bekennnissen zur faschistischen Rassenideologie wimmelt.

Dr. Fritz-Frau Dr. Hans Globke:
Das Recht der Namensänderung.

Noch nicht einmal die Kinder der Verfolgten ließ Globke in Ruhe, wenn er in seinem blindwütigen Haß gegen alle „erbilogisch minderwertigen Sippen“ um sich schlägt:

„Immer ist es beachtlich, wenn ein Kind aus einer erbilogisch unbedeutlichen Elterngattung und den Namen einer erbilogisch einflussreichen Elterngattung erhält, oder wenn die Erbteilnahme umgekehrt liegt. Selbst ein blutremes Kind eines Namens erbolten, den bisher nur die Angehörigen einer einzigen Elterngattung führen, so verbleibt auch ein aus diesem Grunde erbolter Erbteilnehmer Deutschmann.

Und selbst die Toten haben vor Globkes Rassenfanatismus keine Ruhe. Um seine widerwärtigen Ideen bis zur letzten Konsequenz in die Tat umzusetzen, schreibt er weiter:

„Nicht für
fordert die, daß derjenige, dessen Namensänderung widerwärtig wird, noch lebt. Ist er verstorben, so erstreckt sich der Namensänderung auf die Namen derjenigen Personen, die ihr Namensrecht von ihm ableiten (Ehefrau, Kinder usw.).“

Auschlusreich ist ein Zitat auf Seite 53, wo er hervorhebt, daß mit der Führung eines jüdischen Namens heute vielfach Nachteile verbunden sind. Globke wußte um den Terror, um die Drangsalierungen, die den rassistisch verfolgten Deutschen im Hitler-Reich zugefügt wurden — trotzdem, oder richtiger gerade deswegen, setzte er immer weitergehende, immer brutale, immer schändlichere Werke in Kraft. So kündigte er in dem Artikel (Seite 53) den von ihm geplagten und verfolgten Menschen in Deutschland weitere Schrecknisse an:

"Sicher dürfte damit zu rechnen sein, daß in Zukunft jüdischen Kindern deutsche Vornamen nicht mehr beilegt werden dürfen."

Mit der 2. Verordnung vom 17. August 1938 zu dem Namensänderungsgesetz und einem besonderen Erlaß dazu setzte er seine drohenden Ankündigungen in die Tat um. Auch die jüdischen Kinder kommen auf die Liste der zum Aussterben Verdammten.

In dieser Verordnung wird die öffentliche Kennzeichnung aller jüdischen Bürger vorgeschrieben. Und zwar durften seit diesem Tage Juden nur solche Vornamen führen, die in einer von Globke ausgearbeiteten Liste enthalten waren. Paragraph 2 bestimmt dann:

(Gottlieb) Tuben anbert als die in der Anlage aufgeführten Vornamen führen, müssen bis ab 1. 1. 1939 aufhören einen weiteren Vornamen führen und zwar männliche Personen den Vornamen Israel, weibliche Personen den Vornamen Selma.

Damit war die öffentliche Brandmarkung der jüdischen Einwohner perfekt. Zehn Wochen später, in der grausigen „Kristallnacht“, legten Globkes Gesetze ihre „Bewährungsprobe“ ab. Er hatte sie für die braunen Banden gemacht — sie wußten sie zu handhaben, angefangen vom Pogrom des 9. November 1938 bis zum letzten Transport nach Auschwitz.

Globeke — erneut Handlanger der Gestapo

Und auch für den Weg der jüdischen Bevölkerung in die Gaskammern der Vernichtungslager gab Globeke mit seinen Verordnungen über die Namensänderungen und seinem Runderlaß den Auftrakt. Paragraph 2, Absatz 2, der 2. Verordnung vom 17. August 1938 bestimmt nämlich, daß jeder jüdische Bürger, der nunmehr verpflichtet wurde, den zweiten Vornamen anzunehmen,

„bei der für den Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthaltsort zuständigen Polizeibehörde schriftlich Anzeige zu erstatten“

habe. Doch bei dieser Meldung bei der Polizeibehörde blieb es nicht. In seinem Runderlaß vom 18. August heißt es im Absatz 19:

Gest. hat bei Dienststellen, welche die Namen ändern sollen, zu prüfen, ob die Namen, die den jüdischen Bürgern zuerkannt werden, nicht in der Liste der Namen sind, die in der Anlage aufgeführt sind.

Mit seinen Verordnungen und Runderlassen über die Namensführung der jüdischen Bevölkerung schuf Globke die Grundlage für die Erfassung aller russisch-Verfolgte in Deutschland, Österreich, der Tschechoslowakei und in Polen durch die Gestapo. Er lieferte damit der Millionen Opfer aus Eichmann erfüllte sie dann. Er brauchte sie später nur noch abzuholen, in die Viehwaggons zu sperren und in die Vernichtungslager zu verschicken. Das sind die wirklichen Taten Globkes während der braunen Nacht über Deutschland.

Globke ließ die Juden nicht entkommen

Nach der sogenannten Kristallnacht wußte der überwiesende Teil der jüdischen Bevölkerung, was ihr bevorstand. Für sie gab es nur die Möglichkeit, in Deutschland unterzutauchen und all die Jahre unter den schlechtesten Verhältnissen illegal, verfolgt und unter der ständigen Angst, doch entdeckt zu werden, zu leben. Andere, die im Besitz eines Reisepasses waren, konnten versuchen, ins Ausland zu entkommen. Globke, der davon wohl wußte, nahm den rassistisch Verfolgten auch diese letzte Chance, den Gaskammern der KZ durch die Flucht ins Ausland zu entkommen. Zu diesem Zweck schuf Globke gemeinsam mit dem späteren Reichskommissar in Dänemark und Kriegsverbrecher Dr. Best die „Verordnung über Reisepässe für Juden“. In ihr wurde bestimmt, daß alle Reisepässe jüdischer Bürger mit einem „J“ gekennzeichnet werden müssen.

Staatsgesetzblatt, Jahrgang 1938, Teil I

Vorbereitung über Reichsflucht von Juden.

vom 2. Oktober 1938.

(1) Die mit Ordnung für das Ausland anzuwendenden Vorschriften werden wörtlich gültig, wenn sie von dem Befehlshaber der Militärverwaltung des Reichsministeriums für die Angelegenheiten der Juden in der Form eines Reichsministerialbeschlusses erlassen werden, das den Inhalt des Reichsministerialbeschlusses enthält.

Geprüft von: Dr. Theodor Litt

Der Reichsminister des Innern

Dr. Winter
Dr. Stein

Damit ausgestattet, war er der jüdischen Bevölkerung in Deutschland praktisch unmöglich gemacht worden, vor den Fängen der Gestapo ins Ausland zu entkommen. Die braunen Häscher an den Grenzen hatten jetzt leichtes Spiel, ihre Opfer zu fassen. Sie brauchten nur auf die von Globke gekennzeichneten, auf der Flucht befindlichen rassisch Verfolgten zu warten, um sie auf den Weg zu schicken, den über 6 Millionen gehen mußten — in den Tod.

Aber auch an der Brandmarkung der rassisch Verfolgten durch den Judenstern ist Globke nicht unschuldig. Als Heydrich durch eine Verordnung vom 1. September 1941 (RGBl. I S. 547) allen jüdischen Bürgern „die das sechste Lebensjahr vollendet haben“, den gelben Stern mit der Aufschrift „Jude“ aufzuzwang, sie unter Androhung scharfer Strafen verpflichtete, dieses Brandmal „sichtbar auf der linken Brustseite des Kleidungsstückes fest aufgenäht zu tragen“, da berief sich Heydrich ausdrücklicht auf Globkes „Reichsbürgergesetz“: Wer Jude ist, bestimmt § 5. Globke bestimmte damit, wer von den Nazis zu vernichten war.

Das Urteil von Nürnberg

Die abscheulichen Verbrechen, die gerade im Jahre 1938, zur Zeit der Vorbereitung des zweiten Weltkrieges, begangen wurden, verurteilten auch den Nürnberger Gerichtshof. In dem Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher auf diese antijüdischen Maßnahmen der Nazi-Verbrecher hinzuweisen. In dem Urteil heißt es:

„Mit der Machtergreifung wurde die Judenverfolgung veranlaßt. Eine Reihe von erlassenen Gesetzen schufen Unterstände und beschränkten die den Juden zugehörlichen Ämter und Berufe. Einschränkungen wurden ihrem Familienleben und ihren Bürgerrechten auferlegt. Schon im Herbst 1938 hatte die Nazipolitik den Juden gegenüber eine Stufe erreicht, die auf die gänzliche Ausschließung der Juden aus dem deutschen Leben abzielte. Pogrome, die die Verbrennung und Zerstörung von Synagogen, die Plünderung von jüdischen Geschäften und die Verhaftung von hervorragenden jüdischen Geschäftsmännern einbegrieffen, wurden organisiert. Eine Kollektivstrafe von einer Milliarde Mark wurde den Juden auferlegt, die Beschlagnahme jüdischen Vermögens wurde genehmigt, und die Bewegungsfreiheit der Juden wurde durch Bestimmungen auf gewisse Sonderbezirke und Stunden eingeschränkt.“

(„Das Urteil von Nürnberg“, Nymphenburger Verlags-handlung, München 1946)

Das Nürnberger Gericht deckte auch die Zusammenhänge zwischen diesen Judenverfolgungen und der Kriegsvorbereitung auf. In einem Rundschreiben des Auswärtigen Amtes der Hitler-Regierung vom 25. Januar 1939 wurde unter der Überschrift „Die Judenfrage als ein Faktor der deutschen Außenpolitik im Jahre 1938“ über die neue Phase der antisemitischen Politik folgendes geschrieben:

„Es ist wohl kein Zufall, daß das Schicksalsjahr 1938 zugleich mit der Verwirklichung des großdeutschen Gedankens die Judenfrage ihrer Lösung nahegebracht hat. Denn die Judenpolitik war sowohl Voraussetzung wie Konsequenz der Ereignisse des Jahres 1938. Mehr vielleicht als die machtpolitische Gegnerschaft der ehemaligen Feindbündnisächte des Weltkrieges hat das Vordringen jüdischen Einflusses und der zersetzenden jüdischen Geisteshaltung in Politik, Wirtschaft und Kultur die Kraft und den Willen des deutschen Volkes zum Wiederaufstieg gelähmt. Die Heilung dieser Krankheit des Volkskörpers war daher wohl eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Kraftanstrengung, die im Jahre 1938 gegen den Willen einer Welt den Zusammenschluß des Großdeutschen Reiches erzwang.“ (a. a. O., S. 89)

Gerade dieses Zusammenwirken zwischen Judenverfolgung und Kriegsvorbereitung, zwischen antisemitischen Pogromen und dem „Zusammenschluß des Großdeutschen Reiches“, d. h. der Okkupation Osterrichts und des Sudetenlandes, zeigt den ganzen Umfang der verbrecherischen Handlungen Globkes im Dienste der faschistischen Machthaber. Seine Gesetze und Verordnungen von 1938 schufen eine wesentliche Grundlage für die Radikalisierung gewisser Teile des deutschen Volkes im Sinne des Nazi-Staates und für deren Ausnutzung im Sinne der Kriegs- und Eroberungspläne.

DECLASSIFIED

Authority *NWD 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

Der Dank der Nazis war ihm gewiß

Globke fand für seine Handlangerdienste die Anerkennung hoher und höchster Nazi-Führer.

1. Kriegsverbrecher Frick bedachte in dem bereits zitierten Brief vom 25. April 1938 Globke mit Worten des höchsten Lobes:

**Der Reichs- und Greußliche
Drinkingler des Innern**

Sehr geehrter Herr Reichs- und Greußlicher
Drinkingler des Innern!

Ich habe Ihre Briefe vom 1. April 1938 und vom 25. April 1938 erhalten. Ich bedauere, daß ich Ihnen nicht persönlich danken kann, da ich gerade im Ausland bin. Ich werde mich bemühen, Ihnen persönlich dank zu sagen, sobald ich zurückgekehrt bin.

In dem Reichstag vom 1. April 1938 habe ich Ihre Briefe gelesen. Ich bin sehr erfreut, daß Sie sich für die Arbeit der Reichsregierung interessieren. Ich werde mich bemühen, Ihnen persönlich dank zu sagen, sobald ich zurückgekehrt bin.

Dr. Globke ist bisher wegen seiner früheren langjährigen Tätigkeit für die Reichsregierung nicht zur Beförderung zum Reichs- und Greußlichen Dringler vorgesehen worden. Bei seiner seit der Mitgliedschaft im NSDAP bewiesenen Loyalität und steten Einsatzbereitschaft habe ich es aber für erforderlich gehalten, ihm nunmehr die Beförderung zum Reichs- und Greußlichen Dringler für seine ganz vorzüglichen Leistungen zu Teil werden zu lassen.

Nachdem ich die zu I u. 5 genannten Besonderen Voraussetzungen zu, unter denen nach dem Willen des Führers, trotz seiner früheren politischen Neutüchtigkeit eine ausnahmsweise Beförderung möglich sein soll.

Nationalsozialistische

Deutsche Arbeiterpartei

Der Gauleiter des Gau...

Wangen, den 17. Mai 1938

In dem
Namen Reichs- und Provinz-
minister des Innern,
Berlin, den 24. Mai 1938,
Kanzlei...

[Handwritten signature]
und Friedrich
den 24. Mai 1938

Kreisleiter Vorschlag zur Ernennung von Oberleitern
des Reichs- und Provinzminister des Innern,
Berlin, den 24. Mai 1938.

In Anbetracht des Stellenverhältnisses im Gau...
kann als...
Stelle zum Leiter...
21. 11. 38

[Handwritten signature]

2. Am 17. Mai 1938 teilte Hitler dem Gauleiter aus dem braunen Haus in
München dem Reichsinnenministerium mit, daß die oberste NSDAP-Führung
der Beförderung Globke zum Ministerialrat zustimmt.

DECLASSIFIED

Authority *NWD 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

Berlin, den 21. August 1939.

23. AUG 1939 NM

Nach Mitteilung des Rehbezirks-Offiziers Berlin-
Schneberg ist meine bisherige Kriegsbeorderung auf-
gehoben. Ich habe im Falle einer Koblimachung zunachst
nicht mit einer Einberufung zu rechnen, sondern kann
meiner bisheriger ziviler Tätigkeit weiter nachgehen.

H. W. H. H.

Ministerialrat

Am 21. August 1939 konnte Globke wegen seiner Verdienste um die faschi-
stische Rassenpolitik seine Uk-Stellung von der Wehrmacht melden.

DECLASSIFIED

Authority *NWD 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

So beweisen auch diese Tatsachen:

- Globke verfaßte auch im Jahre 1938 weitere verbrecherische Rassengesetze. Er ist der Schöpfer einer Verordnung, die den rassistisch Verfolgten einen zweiten diskriminierenden Vornamen aufzwingt und sie verpflichtet, diesen Vornamen ständig zu führen.
- Durch weitere Anordnungen Globkes wurde die jüdische Bevölkerung gezwungen, sich der Gestapo anzuklefen.
- Durch seine Mitarbeit an einer Verordnung zur Kennzeichnung aller Reisepässe der jüdischen Bevölkerung nahm Globke vielen die einzige Möglichkeit, sich durch Flucht ins Ausland der drohenden Vernichtung in den Gaskammern der KZ zu entziehen.
- Alle antisemitischen Maßnahmen Globkes im Jahre 1938 dienten der offenen eingestanden Vorbereitung der „Endlösung der Judenfrage“, d. h. der Vernichtung von Millionen Deutschen, Franzosen, Polen, Sowjetbürgern, Ungarn, Rumänen und so weiter.
- Die forcierte Politik des Rassenwahns im Jahre 1938 trug wesentlich dazu bei, in Nazi-Deutschland die inneren Voraussetzungen für den Überfall auf Österreich und den Raub des Sudetenlandes von der Triechoslowakei zu schaffen.
- Für seine „Heldentaten“ im Dienste der faschistischen Rassenpolitik erhielt Globke mehrere Nazi-Orden und wurde mit einem hohen Regierungsamt bedacht. Hitler selbst sicherte ihm seinen persönlichen Schutz zu.

66

DECLASSIFIED

Authority *NWD 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

Globkes Mitwirkung an der „Endlösung“

„Wenn die Kommandanten der Todeslager, die die ihnen erteilten Befehle zur Ermordung der unglücklichen Häftlinge ausgeführt haben, ... vor Gericht gestellt, für schuldig befunden und bestraft werden ...“, dann sind die Männer ebenso strafbar, die in der friedlichen Stille ihrer Büros in den Ministerien an diesem Feldzug durch Entwurf der für seine Durchführung notwendigen Verordnungen, Erlasse und Anweisungen teilgenommen haben.“

Zweifellos wenn die Gesetze und Verordnungen, die STUCKART selbst erlassen oder gestilligt hat, ein wesentlicher Bestandteil des Programms sind, dem die Last verlustreiche Ausrottung der Juden beizuschreiben war und auch erfüllt werden ist. Wenn die Kommandanten der Todeslager, die die ihnen erteilten Befehle zur Ermordung der unglücklichen Häftlinge ausgeführt haben, wenn die Leiter, die die Befehle für die Abschaltung der Juden nach dem Gesetz ausgeführt und vollzogen haben, vor Gericht gestellt für schuldig befunden, und bestraft werden — und darüber haben wir keinen Zweifel —, dann sind die Männer ebenso strafbar, die in der friedlichen Stille ihrer Büros in den Ministerien an diesem Feldzug durch Entwurf der für seine Durchführung notwendigen Verordnungen, Erlasse und Anweisungen teilgenommen haben.

Dieser Auszug aus dem Urteilspruch des Nürnberger Tribunals im Wilhelmstraße-Prozess (S. 189) gegen den ehemaligen Staatssekretär im Reichsinnenministerium, Globkes Vorgesetzten Stuckart, trifft diesen gleichermaßen.

Der heutige Staatssekretär des Bundeskanzleramtes Globke war auch persönlich an der Ausdehnung seiner Gesetze auf die überfallenen europäischen Länder beteiligt. In deren Folge jüdische Bürger aus ganz Europa in die Konzentrationslager deportiert wurden. In diesen Untaten Globkes fand seine ideologische Grundfeststellung, fanden seine „Grundgesetze“ des Rassenwahns ihre Verwirklichung.

So wie Globke in den bereits vorausgegangenen Perioden des antisemitischen Feldzuges der Faschisten immer an den Brennpunkten des „Rassenkampfes“ eingesetzt wurde, so war es auch weiterhin. Als Schutzbefehlener Hitlers tauchte er immer dort auf, wo die Nazis solche „bèwährten“ Männer wie Globke brauchten:

1936, als die Nazis den Rassenwahnsinn von Nürnberg zur offiziellen Staatsdoktrin erhoben, schuf Globke die Grundgesetze für die Judenverfolgungen und den Kommenar dazu.

1938, als die Nazis im Zusammenhang mit dem Überfall auf Österreich und die Tschchoslowakel Judenprogramme organisierten, schuf Globke weitere Gesetze und Verordnungen der Diskriminierung und „endgültigen Lösung der Judenfrage“.

1940, als die Nazis daranzugingen, alle Juden aus ganz Europa in den Ostgebieten in Ghettos zusammenzufordern, wurde Globke zum Verantwortlichen für die Umsiedlung der Polen und Juden im Reichsinnenministerium.

1942, als die letzte Phase der Judenverfolgung eingeleitet wurde, da war Globke Korreferent für Judenfragen im Reichsministerium des Innern und bereitete in dieser Eigenschaft fast alle europäischen Länder, um die Vernichtung auch dieser jüdischen Bevölkerung in die Wege zu leiten.

Im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess (Protokolle Band XIV, Seite 642) ist folgende Aussage Globkes enthalten:

*„Der Zeuge Globke erklärte (Niederschrift auf S. 15 471):
Ich wußte, daß Juden in großer Zahl getötet wurden, und
ich war immer der Meinung, daß es Juden gab, die noch
in Deutschland lebten oder in Theresienstadt oder anders-
wo in einer Ari von Ghetto.“*

*Der Anwalt der Verteidigung:
„Sie dachten, daß es sich um Hinrichtungen, aber nicht um
systematische Ausrottung handelte.“*

*Globke:
„Nein, das möchte ich nicht sagen. Ich bin der Meinung,
und ich wußte dies damals, daß die Ausrottung der Juden
systematisch betrieben wurde, aber ich wußte nicht, daß
dieses sich auf alle Juden erstrecken sollte.“*

Dabei hatte Globke selbst die Vernichtung aller Juden durch seine Gesetze vorbereitet.

Globkes „Befreiungsmission“ in Österreich

Als die Nazi-Truppen 1938 in Österreich einmarschierten, das Land besetzten und der Bevölkerung ihre Freiheit raubten, war auch Globke wieder zur Stelle. Als Oberregierungsrat im Reichsinnenministerium oblag es ihm, dieser gewaltsamen Besitzergreifung einen gesetzlichen Anstrich zu geben. Er arbeitete mit an dem Gesetz über die „Wiedervereinigung Österreichs mit dem deutschen Reich“, wobei er in erster Linie für die Regelung der Staatsangehörigkeitsfragen, für den Aufbau der Nazi-Verwaltung in diesem Land, für Umsiedlungsaktionen und für die Einführung der antisemitischen Nürnberger Rassengesetze verantwortlich war. Am 20. Mai 1938 wurden seine Nürnberger Gesetze auch in Österreich verbindlich eingeführt.

Wie in Deutschland, so beschränkte er sich auch hier nicht auf die gesetz-technische Lösung der „Judenfrage“. Als Verbindungsmann des Reichsinnenministeriums zu der mit der „Endlösung der Judenfrage“ beauftragten Abteilung Eichmanns kannte er den Ertlad des Reichsicherheitshauptamtes IV D 4 — 296/41 — vom 13. Februar 1941. Dieser Ertlad wies alle Polizeidienststellen an, „Juden aus dem Gaugebiet Wien“, die sich vorübergehend den Hitler-Schergen entziehen konnten, sofort zu verhaften und über das Sammellager in Wien 2.

Tschechoslowakei - Globkes nächstes Opfer

Nach der Okkupation der Tschechoslowakei verlegte Globke seine Tätigkeit in dieses Gebiet. Hitler beauftragte ihn mit der Ausarbeitung und dem Abschluss des Vertrages über sogenannte Staatsangehörigkeitsfragen. Dieser Vertrag, der Globkes Unterschrift trägt, war die Grundlage dafür, daß etwa 400 000 tschechische und 100 000 deutsche und jüdische Bürger aus dem Sudetenland ausgewiesen wurden. Zehntausende andere tschechische Bürger wurden durch diesen Vertrag gezwungen, die deutsche Staatsangehörigkeit anzunehmen, weil die Nazis schon zu diesem Zeitpunkt die „Beute“ in ihre späteren Kriegspläne einkalkulierten. Eine unmittelbare Ergänzung dieses Vertrages war die von Globke verfaßte „Verordnung über die Einführung der Nürnberger Rassengesetze in den sudeten-deutschen Gebieten“ vom 27. Dezember 1939. Mit dieser Verordnung setzte Globke sein schändliches Werk fort, das er 1935 mit der Ausarbeitung der Nürnberger Gesetze begann.

Globkes Okkupationsgesetze führten dazu, daß bereits am 31. Oktober 1941 30 000 jüdische Bürger aus den tschechischen Gebieten deportiert worden waren. Globke hat mehrfach Verhandlungen mit den Vertretern der Tiso-Regierung der Slowakei geführt. Im März/April 1942 setzten dann auch die Judendeportationen aus diesem Lande ein. Bereits im Frühjahr 1942 waren etwa 17 000 Juden aus der Slowakei nach Polen deportiert worden. Dies geht aus einer Aussage des Vertrauten von Eichmann, des SS-Führers Witalency, vor dem Nürnberger Militärtribunal im Jahre 1946 hervor.

Auch nach diesen schmutzigen Verbrechen war der Dank des „Führers“ dem antisemitischen Fachmann im Reichsinnenministerium wieder gewiß. Globke erhielt die „Medaille zur Erinnerung an den 1. Oktober 1938“, die nur an solche Personen verliehen wurde, die sich bei der Okkupation der Tschechoslowakei „besondere Verdienste erworben haben“ — wie es Artikel 1 des Erlasses für diese Medaille bestimmte.

Globke organisierte die „Heimkehr“ der Memelländer

In den Rahmen von Globkes Tätigkeit zur Verwirklichung der Großraumpolitik der Nazis fällt auch seine verantwortliche Mitwirkung bei der Regelung der sogenannten Staatsangehörigkeitsfragen nach dem — von Oberländer maßgeblich vorbereiteten — Raub des Memelgebietes.

Am 29. Juni 1939 beauftragte Adolf Hitler persönlich den „Ministerialrat im Reichsministerium des Innern“, Dr. Hans Globke, „im Namen des deutschen Reiches“ mit der litauischen Regierung die Staatsangehörigkeitsfragen zu regeln, die sich aus dem Raub des Memelgebietes ergaben.

Abgelesen

122

Vollmacht

Der Vortragende Legationsrat im auswärtigen Amt

Herr Dr. Adolf Siedler

und der Ministerialrat im Reichsministerium des Innern

Herr Dr. Hans Gieseler

werden hierdurch ermächtigt, im Namen der Deutschen Reichsregierung oder gemeinsam mit bevollmächtigten Vertretern der litauischen Regierung über einen Vertrag zur Regelung der Staatsangehörigkeitsfragen, der sich aus der Abgrenzung des Kamelgebiets ergeben, zu verhandeln und einen solchen Vertrag vorbehaltlich der Ratifikation zu unterzeichnen.

Berchtesgaden, den 29. Juni 1939

Der Deutsche Reichskanzler
Gen. Adolf Hitler

an Herrn Staatsminister

Herrn Graf Dr. P. v. Helldorf

12. Juni 1939

Handwritten signature and notes

Globkes Rassengesetze fordern 2 900 000 Opfer in Polen

Wie jedes von den Faschisten überfallene Land wurde auch Polen in die Schrecken der Judenverfolgung einbezogen, die ihren Ausgangspunkt in den von Globke mitformulierten Nürnberger Gesetzen hatten. Am 31. Mai 1941 wurde die „Verordnung über die Einführung der Nürnberger Rassengesetze in den eingegliederten Ostgebieten“ erlassen.

1945, nachdem Globkes Gesetze vier Jahre in den okkupierten Ostgebieten wirksam waren, verzeichnete die Statistik die planmäßige Vernichtung von 2 900 000 Menschen („Die Tat“, Frankfurt/Main, 19. Februar 1953). An diesen grauenhaften Massakern ist Globke durch die Ausarbeitung der Nürnberger Gesetze und durch die Einführung dieser Gesetze in den Ostgebieten mit verantwortlich. Globke war 1940/41 auch verantwortlicher Referatsleiter für „Volkstumszugehörigkeit Danzig, Posen, Westpreußen“ im Reichsinnenministerium. Aus einem Brief des Nazi-Innenministeriums vom 29. Januar 1940 an das Wehrmoldamt Berlin-Schlöneberg geht diese und darüber hinaus die Verantwortung Globkes für die schändlichen Taten in Österreich und in der Tschechoslowakei hervor. Es heißt dort:

„... Er ist Sachbearbeiter beim Generalbevollmächtigten für die Reichsverwaltung und Referent für Staatsangehörigkeitsfragen, die aus Anlaß der Bildung des Protektorats, der Eingliederung der Ostgebiete, der Bildung des Generalgouvernements und der Umsiedlungsaktionen anfallen. Seine zivildienstliche Verwendung muß ich daher als vorzüglich ansehen und bitte, von seiner Heranziehung zum Wehrdienst absehen zu wollen.“

Die folgende auszugsweise wiedergegebene Anweisung des SS-Gruppenführers Müller vom Reichssicherheitshauptamt der SS vom 31. Oktober 1942 gibt Auskunft, was während der Zeit, in der Globke die "Umsiedlungsaktionen des Generalgouvernements" leitete, geschah. Es heißt dort:

- 1./ Die polnischen Familien der Wertungsgruppen I und II werden ausgesondert und nach Litzmannstadt zur Eindeutschung gebracht. Ein kleiner Teil dieser Familien wird für die Besetzung der durch Zusammenlegung kleiner und größerer polnischer Betriebe entstehenden sogenannten "Z-Höfe", soweit Umsiedler z. Z. nicht vorhanden sind, zurückgelassen.
- 2./ Von den Angehörigen der Wertungsgruppen III und IV werden die Kinder zusammen mit den über 60 Jahre alten Polen ausgesondert und gemeinsam, also im allgemeinen Kinder mit Großeltern, in sogenannte "Rentendörfer" verbracht."

Der Chef der Sicherheitspolizei Berlin, den 31. Oktober 1942.

Hd-d des SS
IV 3 4 a 3666/42g 7/109/.

2111-281

SECRET

An den
Kolonialführer-SS

Ein. Weid-Konsumstelle

Beitritt: Verhinderung von Juden in Distrikt Lublin /Kassa/ zur
Einsatzstellung für die Ausweisung von Volkendeutschen.

Datum: 3.10.1942 in Krasen.

Die Familien der Wertungsgruppen I und II werden ausgesondert und nach Litzmannstadt zur Eindeutschung gebracht. Ein kleiner Teil dieser Familien wird für die Besetzung der durch Zusammenlegung kleiner und größerer polnischer Betriebe entstehenden sogenannten "Z-Höfe", soweit Umsiedler nicht vorhanden sind, zurückgelassen. Von den Angehörigen der Wertungsgruppen III und IV werden die Kinder zusammen mit den über 60 Jahre alten Polen ausgesondert und gemeinsam, also im allgemeinen Kinder mit Großeltern, in sogenannte "Rentendörfer" verbracht. Auch die nicht

1.7.1 von 14 bis 60 Jahre alte erwerbsfähige Angehörige für
entsprechend zu III werden, ohne erwerbsfähigen Abstieg, aus An-
erkennung des in ihm sich verarbeitete. In Zusammenhang mit dem
Generalvollständigen für den Arbeitsmarkt werden die als
Erwerbsfähige nach 14 kriterienartigen Arbeitsmarkt sich ab-
den Juden verwendet.

5./ 1/14 Angehörige der Wertungsgruppen IV zu Alter von 14 bis 60
Jahren werden in dem KI Ausweis abgeführt.

Von einer Abschreibung bestimmter Teile von Polen in diesem Absatz
Aktion die Verweise, die sich im Hinblick auf die starke Bedrohungs-
lage als wertlos gefährlich erweisen und teilweise eine gewisse
absolue Vorbereitung der Bedrohung mit sich bringen würde, damit bei
der vorgeschlagenen Erziehung und Behandlung abgewiesen werden.

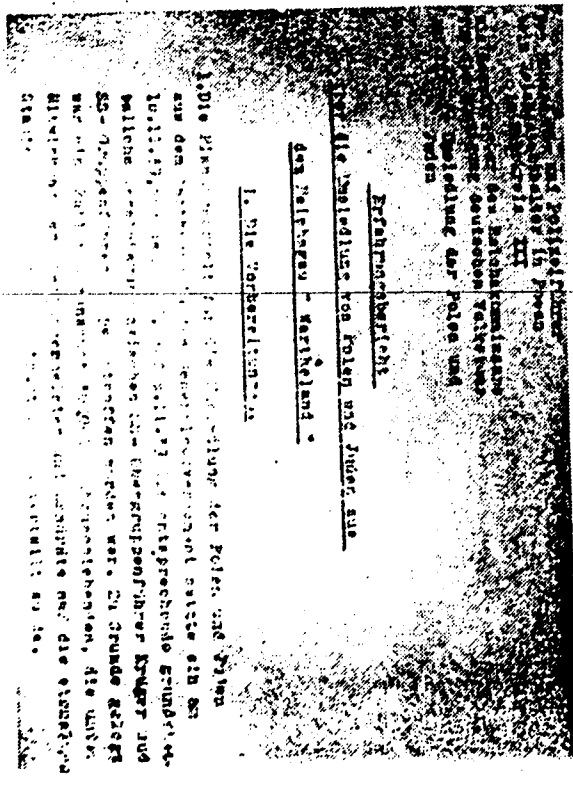
Ich bitte um Vergebung.
NRWA IV 3 4 a 3666/44g /1305/

Handwritten signature

Diese Kategorisierung der gesamten polnischen Bevölkerung in vier Wertungs-
gruppen, die Vernichtung der Wertungsgruppe 4 im Konzentrationslager Ausch-
witz, die besondere Zusammenführung der Kinder und über 60 Jahre alten
Personen der sogenannten Wertungsgruppe 3 in „Reinigungsstätten“, die Trennung
der Kinder der „niedersten Wertungsgruppe“ von ihren Eltern, die zur Zwangs-
arbeit nach Deutschland verschleppt wurden, das ist auch eine Folge des Werkes
von Globke, dem „Umsiedlungsstellenlisten“.

Aufschlußreich ist auch noch der folgende Bericht, aus dem hervorgeht, daß die Oberbürgermeister und Landräte im sogenannten Generalgouvernement, die verwaltungsmäßig dem Reichsministerium des Innern und damit der Abteilung Globkes unterstanden, für die Menschenverschleppung großen Ausmaßes zuständig waren:

„Die Planungsarbeit für die Umsiedlung der Polen und Juden aus dem Warthegau in das Generalgouvernement setzte ein am 10. November 1939, nachdem am 7. auf 8. November 1939 die entsprechende grundsätzliche Vereinbarung zwischen SS-Obergruppenführer Krüger und SS-Gruppenführer Koppe getroffen worden war. Grundlage gelegt war eine Zahl von zunächst 300 000 Abzuschiebenden, die unter Mitwirkung der Oberbürgermeister und Landräte auf die einzelnen Städte und Kreisstrukturgemäß verteilt wurden.“



Während in den Gebieten bei den „Umsiedlungsaktionen“, die zu Globkes Zuständigkeit gehörten, Männer, Frauen und Kinder willkürlich verschleppt und auseinandergerissen wurden, während kleine Kinder in rassistisch orientierte „Rentendörfer“ verschleppt wurden, während Tausende und aber Tausende dieser unerschuldigen Wesen zu Tode kamen, beantragte und erhielt Globke bei der Geburt seines eigenen Kindes Werner am 27. März 1942 trotz seines hohen Gehaltes von über 1300 RM eine Beihilfe von 687 RM.

Am 15. November 1941 erhielt Globke für seine Untaten in Polen und in anderen europäischen Ländern von seinem „Führer“ das „silberne Treuekreuz-Ehrenzeichen“.

Rechenministerium des Innern
P. 1. Nov. 1941.

Berlin, den 10. Nov. 1941.

1. Verhandlung

Der Führer hat mit Erlaubnis von 15. Nov. 1941

dem Ministerialrat Dr. Hans Globke (Abt. 11)

das sogenannte Treuhandamt-Sprachenstellen Ver-

fahren

Der Jahrestag 1941 vom 10. November 1941.



Globkes Griff nach flüchtenden jüdischen Bürgern

Globkes Idee, eine „Lösung für Jahrhunderte“ zu schaffen, wie er in seinem Kommentar selbst sagte, wurde bis ins letzte und mit grauenhafter Gründlichkeit ausgeführt. Der heutige Adenauer-Institut und damalige Judenretter Hitlers mußte die Aggressionspläne seines Nazi-Kriegs-Herrn sehr genau kennen, als er bereits im September 1938 mit der deutschen Botschaft in der Schweiz und den dortigen Behörden Verhandlungen aufnahm, um die Flucht jüdischer Bürger in das neutrale Land von vornherein unmöglich zu machen.

Diese von den Faschisten gehetzten unschuldigen Menschen sollten auf keinem Fleck der Erde eine Bleibe finden, um sich den Verbrennungsofen in Auschwitz und anderswo zu entziehen.

Aus einem Telegramm der deutschen Botschaft in Bern vom 17. September 1938 ist unzweideutig zu entnehmen, daß Globke zu dieser Zeit bei dem Chef der

DECLASSIFIED

Authority *NWD 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

eidgenössischen Polizeibehörde, Dr. Rothmund, zu erwirken versuchte, jüdischen Bürgern aus Deutschland und anderen europäischen Ländern die Einreise in die Schweiz zu verwehren. Als sich die Schweizer Behörden dem Druck Globkes nicht ohne weiteres beugen, machte er einen „Kompromißvorschlag“, um doch noch zum Ziele zu gelangen. In dem erwähnten Dokument heißt es:

„Hier zur Zeit anwesender Ministerialrat Globke vom Reichsinnenministerium machte in gemeinsamer Unterredung bei R. unverbundlichen Vorschlag, Phase von im Ausland Wohnenden von unseren Auslandsbehörden mit dem Vermerk „Gültig für die Schweiz“ zu versehen, den Juden nicht erhalten würden.“ (Dokument aus Archiv „Jung“, Pressestelle des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes, zitiert aus „Das Dritte Reich und seine Diener“, a. a. O., Seite 93)

Vom 27. bis 29. September 1938 fanden daraufhin Verhandlungen zwischen Vertretern der Schweizer und der Hitler-Regierung statt. Es wurde folgende Vereinbarung getroffen:

2. Die Schweizerische Regierung wird reichsangehörigen Juden, deren Paß mit dem in Nr. 1 erwähnten Merkmal (zu dieser Zeit noch nicht entschieden — es war jedoch das spätere „J“ im Reisepaß — d. Hirsq.) versehen ist oder nach den deutschen Bestimmungen versehen werden muß, die Einreise in die Schweiz gestatten, wenn die zuständige Schweizerische Vertretung in den Paß eine „Zusicherung der Bewilligung zum Aufenthalt in der Schweiz oder zur Durchreise durch die Schweiz“ eingetragen hat.

3. Die in Betracht kommenden deutschen Eisenstellen, die an der deutsch-schweizerischen Grenze mit der Paßnachschau und Grenzüberwachung betraut sind, werden angewiesen werden, an der Abreise nach der Schweiz reichsangehörige Juden zu hindern, deren Paß die „Zusicherung der Bewilligung zum Aufenthalt in der Schweiz oder zur Durchreise durch die Schweiz“ nicht enthält.“
(dieselbst, Seite 94)

In dieser Vereinbarung, die am 29. September 1938 unterzeichnet wurde, behielt sich die faschistische Regierung sogar Repressalien gegen einreisende jüdische Bürger aus der Schweiz vor. Das sollte offenbar als Druckmittel dienen, von der erwähnten „Zusicherung“ niemals Gebrauch zu machen.

Am 3. Oktober 1938 wurde dann die Verordnung Globkes verkündet, nach der die Reisepässe von jüdischen Bürgern mit einem roten 3 cm hohen „J“ zu kennzeichnen waren.

Aus einem Rundverlaß des Auswärtigen Amtes vom 11. Oktober 1938 geht hervor, daß die Schlinge gegen jüdische Bürger ganz gezogen wurde. Es heißt darin:

„Die schweizerischen konsularischen Vertretungen im Ausland werden von schweizerischer Seite angewiesen werden, Juden deutscher Staatsangehörigkeit, die sich bei ihrer wegen der Emigration der vorbestimmten Zustiehung usw. melden, zunächst an die deutschen Vertretungen zu verweisen, wenn ihr Fall noch nicht das erwähnte Merkmal trägt. Die Pässe von Juden, die aus solchem Anlaß sich an die deutschen Vertretungen wenden, sind alsbald mit dem Merkmal zu versehen.“

Zwischschon heißt es dann weiter:

„Den Beteiligten ist es dann zu überlassen, sich wegen ihrer Einreise in die Schweiz neuerdings an die zuständige schweizerische Vertretung zu wenden.“ (dasselbst, Seite 96)

Damit wurde eine der wesentlichsten Lücken, die nach den damals bereits festliegenden Aggressionsplänen der Nazis den jüdischen Bürgern geblieben wären, um sich der Verfolgung und damit dem sicheren Tod zu entziehen, auf Betreiben Globkes geschlossen.

Zu dieser Zeit veranlaßte Globke auch, daß jüdischen Deutschen, die in Italien lebten, die Ausreise nach der Schweiz verweigert wurde.

Globkes antijüdische imperialistische Tätigkeit gegen Frankreich

Das „Taschenbuch für Verwaltungsbeamte“ der Nazi-Reichsregierung vermerkt in den Jahren 1941 und 1942 den Ministerialrat Dr. Hans Globke als Leiter der „Unterabteilung I (West)“: Neuordnung im Westen, Generalratrat Dänemark und Norwegen“. Globke griff mit seinen schmutzigen Fingern auch nach Westeuropa. Besonders intensiv hat er sich gegen den „Erbfeind“ Frankreich gewandt. Hier war er sowohl im Interesse der Großmachtpläne des deutschen Imperialismus wie auch mit Untaten gegen die jüdische Bevölkerung tätig. So war er beispielsweise an der Ausarbeitung einer Diskussionsgrundlage für Hitler beteiligt, die die neue Grenzziehung gegenüber Frankreich zum Inhalt hatte.

M. Edgar Faure, stellvertretender Hauptankläger für die französische Republik vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg, gab dazu während des Prozesses Einzelheiten aus dem Dokument RF — 602 bekannt:

„Eine erste Fassung, die Hitler in seinem Hauptquartier vorgelegt wurde, fand zwar im großen und ganzen seine Billigung, er wünschte aber eine Erweiterung des an Deutschland fallenden Gebietes, insbesondere an der Kanalküste. Der endgültige Vorschlag sollte als Grundlage für spätere Diskussionen der beteiligten Ressorts dienen; solche Diskussionen haben jedoch nicht mehr stattgefunden.“

Die vorgesehene Grenze sollte etwa an der Mündung der Somme, ostwärts am Nordrand des Pariser Beckens und der Champagne entlang bis zu den Argonnen verlaufen, dort nach Süden abbiegen und weiter über Burgund und westlich der Franche Comté bis zum Genfer See gehen.“

Diese schmutzige Arbeit lag im Aufgabenbereich von Globkes Unterabteilung. Sie zeigt ganz deutlich, wie Globke versuchte, die Raubpläne der Hitler-Clique und das Großmachtsstreben der deutschen Militaristen zu verwirklichen. Er war der Gehilfe und Vollstrecker solcher Pläne.

Globkes antijüdischen Handlangerdiensten für die Aggressoren im Bereich Frankreichs lag folgender Tatbestand zugrunde:

Nach dem Überfall auf Frankreich hatte Nazi-Gaulleier Bürckel aus dem Saarland und aus Baden 6000 jüdische Bürger über Nacht in den unbesetzten Teil Frankreichs übergeben. Als Globke davon erfuhr, daß ihm praktisch 6000 Juden entkommen waren, setzte er alle Hebel in Bewegung, der 6000 Männer, Frauen und Kinder wieder habhaft zu werden. Diese Hintergründe erklären auch den Inhalt des Dokuments Nr. 4934 des Nürnberger Prozesses. Es ist ein Aktenvermerk des Auswärtigen Amtes der Nazis vom 21. November 1940. Darin heißt es:

„Ministerpräsident Globke vom Reichsministerium des Innern bei Staatssekretär Stuckert rief an und bat, dem Reichsministerium des Innern als der für Judensachen im Inlande zuständigen Stelle eine Abschrift der französischen Protestnote zu geben... Offenbar will das Reichsministerium des Innern die Note zum Anlaß eines Vorgehens gegen Gaulleier Bürckel nehmen. Wieweit Globke persönlich daran interessiert ist, weiß ich nicht. Soweit ich mich erinnere, war Globke früher in Sachen des Saargebietes tätig.“

Was zeigt dieser Fall? Ein hoher Nazi-Führer, der gewiß nicht aus humanitären Gründen handelte, hatte 6000 jüdische Bürger in ein anderes Land abgedrückt, wo sie dem Zugriff der Gestapo entgehen konnten. Globke aber, der angebliche Widerstandskämpfer, setzte alles, Erdenkliche in Bewegung, um diese Menschen wieder zurück und damit in die Fänge der Gestapo zu bringen. Kann eine andere Ursache ist geeigneter, Globkes wirkliches Charakterbild zu enthüllen, wie diese Vorgänge aus dem Jahre 1940. Sie machten seinem Ruf als Verfasser der antilemischen „Grundgesetze“ alle Ehre. Sie waren die konsequente Fortsetzung seiner 1933 begründeten Tätigkeit im Dienste der Nazis.

Konturkreuz für den Wegbereiter des Massenmordes

Im Zuge seiner antijüdischen Tätigkeit in den von Deutschland okkupierten oder abhängigen Ländern kam Globke auch im Jahre 1942 nach Rumänien. Dort verhandelte er mit dem Vasallenherrn Mihail Antonescu. Das Nürnberger Urteil gegen die Hauptkriegsverbrecher weist auf die Hintergründe dieser Reise des „Judenrenten“ der Nazi-Regierung hin. Es heißt dort a. a. O. auf Seite 92:

„Sondergruppen durchreisten Europa, um Juden ausfindig zu machen und sie der Endlösung zuzuführen. Deutsche Kommissionen wurden in die Vasallenstaaten... entsandt, um den Transport von Juden in Vernichtungslager zu bewerkstelligen...“

Zur gleichen Zeit – am 4. April 1942 – aber erhielt Globke von Antonescu einen der höchsten rumänischen Orden. Über die erfolgte Ordensverleihung gibt das nachfolgende Dokument Auskunft, das sich im Besitz des Ausschusses für Deutsche Einheit befindet.

Aktensatz Nr. 2

Nach dem Tode des Staatsministers und Chefs der Erbschaftskammer des Reiches von Philipp Karsten vom 16.4.1942 - Nr. O 3024/42 - beabsichtigt der Angeklagte, Staat des Reiches, Ministerialrat im Reich, Dr. Globke,

den Konturkreuz des Ordens Stern von Rumänien

zu verliehen.

Am 15. September 1942 - P 2 - 917/42 in den Pers. Akten des Staatssekretärs Dr. Stöckert.

Und die Folgen der Globke-Reise? Wenige Wochen nach seinen Verhandlungen mit Antonescu begannen die Judendeportationen aus Rumänien in die Vernichtungslager im Osten. Darauf weist insbesondere das Urteil im „Wilhelmstraden-Prozess“ (Seite 98 f.) hin. Auf Seite 145 des Urteils des Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozesses ist zu lesen, daß bereits wenige Monate nach dem Besuch Globkes aus Rumänien 125 000 Judenmorde gemeldet wurden.

49

DECLASSIFIED

Authority *NWD 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

Globke und Eichmann arbeiteten Hand in Hand

Wer Globkes Urteilen während dieser Jahre verfolgt, der stößt immer wieder darauf, daß dieser Judenhasser dem Verantwortlichen für die „Endlösung“, Eichmann, in die Hand arbeitete.

1. Nachdem Globke die Rassengesetze in Österreich eingeführt hatte und der Terror anließ, laudete Eichmann vom Reichssicherheitshauptamt der SS dort auf, gründete die „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ und organisierte die von Globke vorbereitete Jagd auf jüdische Bürger.
2. Als Globke dem tschechischen Volk und den deutschen Einwohnern in der Tschechoslowakei die Staatsbürgerschafts- und Rassengesetze der Nazis aufgezwungen hatte, führte Eichmann im Anschluß daran diese Gesetze aus. Bereits im Oktober 1939 mußten auf Grund dieser Zusammenarbeit der zwei Antisemiten 35 000 Juden das Land verlassen.
3. Im Reichsinnenministerium war Globke 1940 verantwortlich für die sogenannte „Umsiedlung“ der Polen und Juden, wie das aus einem oben angeführten Dokument (siehe Seite 73) ersichtlich ist. Zur gleichen Zeit bekleidete Eichmann diese Funktion im Reichssicherheitshauptamt der SS. Globke war hier der Verbindungsmann vom Ministerium Frick zu Eichmann und Himmler.

Über die Stationen Eichmanns, der Globkes Fußstapfen folgte, schreiben Poliakov-Wulf:

„Von Wien wurde Eichmann dann nach Prag versetzt und später nach Berlin, wo er am 30. Januar 1940 an Heydrichs großer Konferenz teilnahm, die sich mit der Umsiedlung von Juden und Polen befaßte. Wenige Monate später unterstand Eichmann nicht nur das Zentral-Auswanderungsbüro, sondern auch die Erlassungsabteilung für Juden bei der Gestapo. Beide Abteilungen waren unter der Bezeichnung IV A 4 b im Reichssicherheitshauptamt oder RSHA zusammengefaßt.“

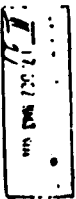
(„Das Dritte Reich und die Juden“, a. a. O., S. 221)

In diese Zeit fielen auch die Gestapodienste, die Globke dem Eichmann leistete und über die eine Leserlin am 23. März 1956 im „Telegraf“ berichtete (siehe S. 47). Außerdem lieferte Globke mit seinem Erlaß — der alle jüdischen Bürger mit den oktrozierten Vornamen Sara und Israel zwang, sich bei der Gestapo zu melden (siehe Seite 58) — die Gesamtlisten der zu verhaftenden rassisch Verfolgten Eichmanns „Erlassungsabteilung für Juden“ in die Hände.

Auch in Frankreich arbeiteten Globke und Eichmann nach den gleichen Prinzipien. Globke hatte bereits 1940 verhindert, daß weitere Juden in das unbesetzte Frankreich gelangen konnten. Aus einem Dokument vom 1. Juli 1942 (Schreiben des RSHA IV B 4, Paris, 1. 7. 1942, abgedruckt in „Das Dritte Reich und die Juden“, a. a. O., S. 223) geht hervor, daß Eichmann Globkes Politik unmittelbar fortsetzte.

Berlin, den 14. Dezember 1943.

Dem
herrn Staatssekretär
auf dem Dienstweg vorzulegen.



Handwritten initials: DM

Unter Bezugnahme auf die anliegende dringliche
Berechnung bitte ich, sich von 29. Dezember 1943
bis zum 1. Februar 1944 bemühen zu wollen. In rei-
ner Vertretung haben sich folgende Herren bereit er-
klärt.

- in Übf.-Sachen Reg.-rat Stierwaldt,
 - Untereinstellungssachen I & ... Min.-rat Driest,
 - Staatsangehörigkeitssachen .. Ob.-leg.-Rat Hofmann
(Friedrich);
 - fest-sachen Min.-rat Jacobst,
 - Angelegenheiten des auswärtigen
Verwaltungssachen und .. Ob.-leg.-Rat Hofmann
(Friedrich)
 - italienische Angelegenheiten .. Min.-rat Tiedt.
- eine Urteilsübersicht werde ich noch einleiten.

Handwritten signature: Gumboldt
Ministerialrat

Handwritten signature: Hans-Joachim Koelln

5. Auch gegenüber dem faschistischen Italien, das dem nazistischen Deutschland
in seiner Rassenpolitik nicht so ohne weiteres folgte, verfolgten Glopke und
Eichmann die gleiche Politik. Nachdem Glopke 1938 von der Schweiz aus be-
reits versucht hatte, die Rassengesetze Italien aufzuzwingen, wurde ihm die
Bearbeitung „italienischer Angelegenheiten“ übertragen. Eichmann aber übte
zu gleicher Zeit vom Reichsstatthalterhauptamt Druck auf Italien aus.

6. Nachdem Globke von Februar bis Anfang April 1944 mit der „Deutschen Par-
 lei“ in der Slowakei deren Vorsitzender Karamsin war, verhandelt hatte, lei-
 tete Eichmann kurz vor dem Eintreffen der Sowjetarmee in größter Eile seine
 letzten Deportationen jüdischer Bürger aus der Slowakei in die Vernichtungslager ein.

Wald (H), 1. Ebene NW
 Ende August 1944

II 556 44

in den oben bezeichneten Lager

John

und nach weiteren, unklar, bis ich über die Entsch-
 kundung in Richtung über mehr der beschl-

die die Beschäftigung der jüdischen Bevölkerung in der Slowakei

2. 8. die jüdischen Bevölkerung,

Kriegs (Waldmann) / Beschäftigung

in weiteren

mit Hilfe

17. 4. 44

auswärtig

Waldmann
 Waldmann 4 VII

8. 3. 1944

DECLASSIFIED

Authority NND 36822
 By SW NARA Date 2/8/05

Soweit die Tatsachen aus den Jahren von vor 1945. Es verwundert deshalb nicht, daß nach der Verhaftung Eichmanns durch israelische Behörden die Bonner Spitzen in heller Aufregung sind. Denn Eichmann hat gedroht, über die faschistische Vergangenheit leitender Beamter des westdeutschen Staatsapparates auszusagen, falls man ihn vor Gericht stelle (vergl. „Spiegel“, Nr. 25/1960). Globke verstand diesen Wink seines Kumpanes. Um zu verhindern, daß die Wahrheit über ihre Verbrechen an die Öffentlichkeit kam, wurde von Globke die Weisung gegeben — koste es, was es wolle —, die Auslieferung Eichmanns nach Westdeutschland durchzusetzen.

So arbeiten sich die beiden Judenhasser noch heute in die Hände, um ihre Verbrechen zu vertuschen.

Die Fülle der Tatsachen überführt Globke

- Er war einer der Hauptverantwortlichen für Judenfragen im Nazi-Reichsinnenministerium zur Zeit der „Endlösung der Judenfrage“.
- In dieser Eigenschaft und als Referent für Staatsangehörigkeitsfragen wurde Globke in allen von den Nazis okkupierten oder abhängigen Ländern Europas tätig.
- Er ist mitverantwortlich für die Vernichtung von mehreren Millionen Juden aus Österreich, der Tschechoslowakei, Polen, Frankreich, Rumänien und anderen Ländern Europas. Ferner ist er verantwortlich für die grausamsten Umsiedlungsverbrechen, die während der Okkupation Polens durch die Nazi-Truppen von den Paschisten begangen wurden.
- Globke war ein maßgebender Handlanger des deutschen Imperialismus bei der Verwirklichung seiner Großmachtpläne. Unter anderem beauftragte ihm die Nazi-Führung besondere Verdienste bei der Okkupation Österreichs und der Tschechoslowakei, wo er im Sinne der Raubpläne der deutschen Militaristen gegen die europäischen Länder tätig war.

Globke - der unentbehrliche Gehilfe Himmlers

Schon in der Ära Frick hatte Globke eine dominierende Stellung im Reichsinnenministerium, wie aus den aufgefundenen Geschäftsverteilungsplänen ersichtlich ist, die sich im Besitz des Ausschusses für Deutsche Einheit befinden. Er gewann jedoch noch an Macht und Einfluß, als Himmler, die SS-Bestie, im August 1943 Innenminister wurde.

Himmler machte Globke zu einem seiner nächsten Mitarbeiter mit weitreichenden Befugnissen innerhalb des Ministeriums. Welch eine wichtige Rolle Globke für die Nazi-Führung spielte, geht unter anderem daraus hervor, daß er wegen seiner „Unentbehrlichkeit“ immer wieder vom Wehrdienst befreit wurde. Er wußte sich seinen Chefs, den Kriegsverbrechern Frick und Himmler, eben stets unentbehrlich zu machen, der Herr Globke.

Genauen Aufschluß über den Zuwachs von Globkes Macht geben die Geschäftsverteilungspläne des Ministeriums aus den Jahren 1938/1945. Aus seinen 21 Aufgabebereichen im Jahre 1938 wurden 1943 bereits 25, und im Jahre 1945, als der „Endsieg“ mit den brutalsten Methoden, die nur denkbar sind, gesichert werden sollte, hatte Globke gar 30 Geschäftsbereiche. Es gab keinen Beamten, dessen Name in Himmlers letztem ministeriellen „Kriegsgeschäftsverteilungsplan“ so oft auftaucht wie der Globkes. Aber nicht nur die Anzahl, auch die Bedeutung der von Globke bearbeiteten Sachgebiete wuchs.

Der Geschäftsverteilungsplan des Jahres 1938 - also zu der Zeit, als viele der antisemitischen Gesetze erlassen wurden - weist Globke als Korreferenten für **allermeine Rassenfragen** und für die **Judenfrage** im besonderen aus. Ihm oblag ferner der Vollzug des von ihm mitverfaßten sogenannten **Blutschutzgesetzes**. So bearbeitete er u. a. **Ehegenehmigungsanträge** „jüdischer Mischlinge ersten Grades“ und erteilte **Zustimmungen zur Strafverfolgung von Ausländern**, die zu jüdischen Frauen **intime Beziehungen** unterhielten. Auch hatte er für die **Bestrafung von Juden** zu sorgen, die „**deutschblütiger**“ Hausgehilfinnen beschäftigten. Ebenfalls als **Korreferent** war Globke für **Sippenzugehörigkeits- und Abstammungsfragen** verantwortlich.

Das waren im Jahre der grauenhaften Kristallnacht seine antijüdischen Arbeitsgebiete, die er so „erfolgreich“ verwaltete, daß ihn die Nazis 1938 mit Beförderung belohnten. Doch Globke war auch für andere Nazi-Aktionen verantwortlich. Er war 1938 der **zuständige Referent für Staatsangehörigkeitsfragen** und **Personenstandsangelegenheiten**. Auf diesen Sachgebieten spielte die **Rassendoktrin** die ausschlaggebende Rolle. Mit seinen gesetzlichen Bestimmungen über **Staatsangehörigkeitsfragen** zwang er Millionen Osterjüdern, Tschechen und Litauern die **deutsche Staatsangehörigkeit** auf und verschaffte den Nazis immer neues **Konkretmaterial**. Zum **Personenstandswesen** aber gehörten die **Verordnungen**, die der jüdischen Bevölkerung einen **zweiten diskriminierenden Vornamen** aufzuzwangen.

Unterabteilung I Paul
Hauptamt im Reich
Leiter: Ministerialrat Dr. Globke
Ersterer Ministerialrat Dr. Meißner

Lfd. Nr.	Sachgebiet	Referent	Hilfsreferent	Korreferent	Begleitend	ausgestellt
1	Allgemeine Fragen	MR. Dr. Globke	-	MR. Jacobl	I West	Min. Baumbach
2	Verwaltungsaufbau und Organisation in Baden Kaiserslautern	-	-	-	-	-
3	- in Luxemburg	-	-	-	-	-
4	- in den Niederlanden	MR. Dr. Pets	-	MR. Dr. Globke	-	-
5	- in Elsass	MR. Jacobl	-	-	-	MR. Fiebert
6	- in Lothringen	-	-	-	-	-
7	Gliederungsfragen	MR. Klaus	-	-	-	MR. Stierwald
8 X	Bechlageneigung	MR. Dr. V. Boyckel	-	MR. Dr. Globke	-	MR. Fiebert
9	Wirtschafts- und Finanzfragen	MR. Dr. Rudemann	MR. Dr. V. Boyckel	-	-	-
10	Angelegenheiten aus dem Geschäftsbereich des Reichsaussenministeriums sowie des Reichsfinanzministeriums	-	-	-	-	-
11	Justizangelegenheiten, Polizei und übrige Rechtsgebiete	MR. Dr. V. Rosjocki	-	MR. Dr. Pets	-	-
12	Bewilligungs- und Volkszählungsfragen, Statistik	MR. Dr. Faust	-	MR. Dr. Meißner	-	Min. Baumbach

Besonders aufschlußreich ist die Vertrauensstellung, die Globke bei Himmler besaß. Als Innenminister war Himmler gleichzeitig der „Generalbevollmächtigte für die gesamte Reichsverwaltung (GBV)“. Dieser Aufgabenbereich war neben der Führung der SS einer der wichtigsten für Himmler auf der Höhe seiner Macht, weil er damit praktisch den gesamten Staatsapparat kontrollieren konnte. Deshalb rangiert diese Machtsstellung in Himmlers Geschäftsverteilungsplan von 1945 auch an erster Stelle. Seine rechte Hand für diesen wichtigen Aufgabenbereich aber war Dr. Globke. Er avancierte zu Himmlers Generalreferenten.

Der „Kriegsgeschäftsverteilungsplan“ von 1945 gibt darüber Auskunft, wie umfangreich die Zuständigkeiten des Herrn Globke waren. Ihm oblag nicht nur die allgemeine Geschäftsführung im Bereich des „GBV“, er war auch für alle Finanz-, Haushalts- und Beamtensfragen dieser Zentralabteilung des Nazi-Staates verantwortlich. Ferner hatte ihn Himmler zum Verbindungsbeamten mit Göring, dem Minister für die Reichsverteidigung, dem Oberkommando der Wehrmacht, dem Reichskanzler Hitler, dem Auswärtigen Amt Ribbentrops und anderen obersten Reichsbehörden gemacht. Damit war Globke einer der wichtigsten Verbindungsleute Himmlers, dessen rechte Hand als „Generalbevollmächtigter für die gesamte Reichsverwaltung“. — Und heute will er — die rechte Hand Adenauers — diese Beweise mit der fadenscheinigen Behauptung abtun, er sei „Widerstandskämpfer“ gewesen!

So überführen auch die Geschäftsverteilungspläne des Reichsinnenministeriums den Judenhasser Globke.

DER REICHSMINISTER
DES INNERN

BERLIN, DEN 13. JANUAR 1945

ZfB 1001/15 1 1945

KRIEGS-
GESCHÄFTSVERTEILUNGSPLAN
DES
REICHSMINISTERIUMS DES INNERN

Geschäftsbereichsleiter für die Befehlshaber

Polen- und Ostpreußen- und Ostpreußen- und Ostpreußen

Polen- und Ostpreußen- und Ostpreußen

Vertreter: Staatssekretär Dr. SIECKERT.

Stellvertretender Vertreter des Staatssekretärs

Materialleiter Dr. FROST.

Halten wir fest:

- Globke war im Reichsinnenministerium während vieler Jahre des Faschismus für die Bearbeitung von Rassefragen zuständig. Auf sein Konto kommen die vielen Gesetze und Verordnungen gegen die rassistisch Verfolgten.
- Globkes Machtposition wuchs mit der forcierten Kriegführung der Nazis immer mehr an.
- Globke war nach der Eroberung vieler Länder Europas der verantwortliche Referent und Unterabteilungsleiter für die Einverleibung dieser Gebiete in den Nazi-Staat, für ihre Unterordnung unter die Hitler-Diktatur.
- Globke war bis zur letzten Stunde einer der engsten Vertrauten Himmlers; er war die rechte Hand des obersten SS-Führers für eine seiner wichtigsten Machtstellungen.

DECLASSIFIED

Authority *NWD 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

Hitlers Judenmörder — am Schalthebel des Westzonenstaates

Heute, 15 Jahre nachdem die Vernichtungsmaschine der Hitler-KZ durch die Sowjetarmee und die Anti-Hitler-Koalition zertrümmert wurde, ist Globke der einflussreichste Beamte des Westzonenstaates. Als Staatssekretär im Bundeskanzleramt sitzt er an dem Schalthebel der Macht in der Bundesrepublik. Wie konnte es dazu kommen?



(Aus „Die Andere Zeitung“)

Ihm rettete die katholische Kirche

Das Inferno des Zusammenbruches des Nazi-Reiches, dem er so treu und aufopfernd gedient hatte, erlebte Globke in Oberbayern. Im Dominikaner-Kloster Walberberg, gelegen zwischen Bonn und Köln, fand der belastete nazistische Ministerialbeamte, den die UN unter der Nummer 101 auf die Kriegsverbrecherliste gesetzt hatten, schließlich eine Zufluchtsstätte. Dort stand Globke unter dem persönlichen Schutz des Provinzials des Dominikanerordens, des Paters Laurentius Simer. Bei ihm legte er eine umfassende Generalbeichte ab und erhielt — so einfach war das für Verbrecher vom Schlage Globkes — die Absolution. Simer, der über großen Einfluß auf wirtschaftliche und politische Kreise der damaligen britischen Zone verfügte, erkannte in Globke einen „befähigten“ Mann, der die Interessen der Dominikaner in der nordrhein-westfälischen Landesregierung vertreten könnte.

Globke: Schuld haben die anderen

Immerhin mußte Globke trotz des Protektorats der katholischen Kirche — außer dem Dominikanerpater setzte sich auch Kardinal Graf Preysing für ihn ein — für einige Wochen in ein Internierungslager. Dort, im „Ministerial-Collecting Center“ in Hessesch-Lichtenaу, traf Globke einen alten Bekannten aus dem Reichsinnenministerium. Robert Kempner, der 1933 aus rassistischen Gründen emigrierte, war von den Amerikanern zum Ankläger in den Kriegsverbrecherprozessen bestellt worden. Er suchte Zeugen gegen einige der prominentesten Kriegsverbrecher. Globke wurde sein Kronzeuge gegen — man hält es kaum für möglich — seinen Kumpan und Komplizen Stuckart und andere Kriegsverbrecher.

61 Seiten schrieb Globke mit eidesstattlichen Erklärungen voll, denn er fühlte wohl, daß er, um von eigenen Verbrechen abzulenken, kräftig gegen seine Mitläufer aussagen mußte. So schob er denn alle Verantwortlichkeit Stuckart zu:

„Auf Grund meiner Tätigkeit in Abteilung I des Reichs- und Preussischen Ministeriums des Innern kann ich feststellen, daß die folgenden ... Gesetze und Verordnungen im Reichsministerium des Innern in der Abteilung entworfen wurden, deren Leiter Staatssekretär Stuckart war. Diese Gesetze wurden unter seiner Leitung entworfen und sind von ihm unterschrieben oder mit unterschrieben worden. Er hat somit als Abteilungsleiter nicht nur die formale, sondern auch die volle sachliche Verantwortung. Das gilt auch für die Bestimmungen, die ihrer politischen Bedeutung wegen von Hitler selbst unterschrieben worden sind.“

(Aus Globkes eidesstattlichen Erklärungen)

Dem Sozialdemokraten Schumacher konnte Kempner deshalb auch erklären, Hans Globke sei „einer der kostbarsten Helfer der Anklage gewesen, dessen Thätigkeit sich nicht nur im Gerichtssaal niederschlug“.

Daß er selbst aber Initiator vieler der abscheulichsten antisemitischen Gesetze war, daß er sie ausarbeitete und die ohnehin schon brutalen Gesetze durch seine Kommentare noch verschärfte, ja, daß er die widerliche antijüdische Propaganda verfocht und in seine Gesetze aufnahm — dies verschwieг Globke.

Indem er andere belastete und sich entlastete, kam Globke mit Hilfe einflußreicher In- und ausländischer Freunde, beschränkt vom katholischen Klerus, um eine gerechte Bestrafung herum. Der für den Tod von 6 Millionen Juden mitverantwortliche hohe Nazi-Beamte ging straflos aus.

DECLASSIFIED

Authority *NWD 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*



Von Nürnberg nach Bonn

Die Stadt Nürnberg hat im Leben des Herrn Globke offenbar schicksalsschwere Bedeutung. Zweimal führte von dieser Stadt für den skrupellosen Ehrgeizling ein Weg in Macht und Karriere. Die Amerikaner hatten sich fest vorgenommen, ihre wertvollsten Zeugen aus Nürnberg vor allen innenpolitischen Angriffen zu schützen und zu Einfluß zu verhelfen.

Die erste Station von Globkes Nachkriegslaufbahn hieß Aachen. Drei Jahre war er dort Stadtkämmerer. Noch galt es für prominente Nazis, nicht zu sehr aufzufallen. In dieser Zeit war es auch, daß er sich der Kanzlerpartei anschloß. Schon bald erhielt Globke eine Schlüsselstellung: Er avancierte zum Vizepräsidenten des nordrhein-westfälischen Landesrechnungshofes in Düsseldorf, was ihm Einsicht, Kontrolle und Einfluß in Regierung und Verwaltung des Landes verschaffte.

Im Jahre 1949, der westdeutsche Separatistat war kaum gegründet, zog Globke von Düsseldorf nach Bonn ins Bundeskanzleramt. Adenauer beförderte ihn in dem außergewöhnlich kurzen Zeitraum von dreieinhalb Jahren vom Ministerialrat zum Staatssekretär. Bereits am 4. Juli 1950 war Globke Ministerialdirektor und Personalchef im Bundeskanzleramt geworden. Er sorgte hier für die Einstellung möglichst vieler ehemaliger Nazi-Komplizen in die Ministerien der Bundesregierung. Nach den Wahlen vom September 1953 avancierte Globke schließlich zum allmächtigen Bonner Staatssekretär und zur rechten Hand Adenauers. Er wurde die „graue Eminenz“ des Westzonenstaates.

Mächtiger als ein Minister

Seit Jahren ist Globke der einflussreichste Beamte des westdeutschen Staates. Neben Bankier Pfordtner gilt er als der intimste Vertraute Adenauers. Der Arm des ehemaligen Nazi-Spezialisten für Rassenfragen, des Verfassers und Kommentators der Nürnberger Blutgesetze, des Mitschuldigen an zahllosen Judenprogrammen und an dem Mord der sechs Millionen reicht heute weiter als der jedes Ministers, denn es ist der „verlängerte Arm des Kanzlers“. Bis in die äußersten Versteckungen des Staatsmechanismus reicht die Konzentration von Machtmitteln, die in seiner Hand vereinigt sind.

Hinzu kommt, daß die Tätigkeit Globkes jeder parlamentarischen Kontrolle entzogen ist. Er untersteht allein Adenauer. Adenauer aber ist 84 Jahre alt, viel krank und häufig urlaubsbedürftig. Während der Zeit seiner Abwesenheit heißt der Bundeskanzler faktisch Globke, dann übt er die Macht aus. Der Mann, der 1935 bestimmte, wer als Jude zu „dissimulieren“ sei, ist also heute zum zweitwichtigsten Mann im Bonner Staat aufgerückt. § 7 der Geschäftsordnung der Bundesregierung sagt über seine Macht aus:

(1) Der Staatssekretär des Bundeskanzleramtes nimmt zugleich die Befehle eines Staatssekretärs der Bundesregierung wahr.

(2) Er kann die an den Bundeskanzler gerichteten oder ihm von dem Bundespräsidenten übermittelten Schreiben unmittelbar an den zuständigen Bundesminister weiterleiten. Empfehlung der zuständigen Bundesminister eine Beantwortung durch den Bundeskanzler, so legt er dem Bundeskanzler einen entsprechenden Entwurf vor.

Die Machtbefugnisse des Herrn Globke sind erschreckend:

Globke erhält jedes für Adenauer bestimmte Dokument. Es geht durch seine Hand. Er versteht es mit seinem Kommentar, der den Bundeskanzler in Globkes Sinn beeinflusst.

Globke entscheidet über Einstellungen, Entlassungen und Beförderungen aller höheren Beamten der Bonner Ministerien. Keiner tritt den Dienst an, der nicht die Zustimmung von Globke hat. Bei der Beförderung oder Ablehnung von Bewerbungen geben „Gesamt- und Parteibuch“ den Ausschlag.

Globke untersteht der Spitzel- und Spionageapparat des Generalstabes. Er erhält alle wichtigen geheimen Nachrichten des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Das macht ihn zum bestinformierten Mann des Adenauer-Staates.

Globke verwaltet die geheimen Dossier über die führenden Politiker des Westens. Mit der Drohung, die dort gesammelten belastenden Materialien zu veröffentlichen,

DECLASSIFIED

Authority *NWD 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

werden sich dem Kanzlerkurs wideretzende Politiker auf Vordermann gebrach.

Globke hat kraft seines Amtes wesentlichen Einfluß auf die Tätigkeit des Bundespressesamtes. Er hat also darüber mitzubestimmen, was die Öffentlichkeit erfährt und was nicht.

Globke verfügt über alle Haushaltsmittel des Bundeskanzlers, insbesondere über die Millionen des Repullfonds, der der Korruptionsergung der Presse und Spionagerwerken dient.

Globke bereitet alle Entscheidungen des Bonner Kabinetts vor. Er stellt die Tagesordnung des Kabinetts auf, und alle Ministerien und Bundesstellen senden ihre Vorschläge an Globke.

Globke bereitet die Reden des Bundeskanzlers vor. Im Bundestag sitzt er stets unmittelbar hinter Adenauer und schiebt ihm Zettel zu. Er präpariert die Giftfelle, die der Kanzler abschlekt.



Globke (im Bilde links) assistiert Adenauer bei den Bundestagsitzungen.

DECLASSIFIED

Authority *NWD 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

Die schwarzgraue Eminenz

Nur wenige bekommen Globke zu Gesicht. Er scheut das Licht der Öffentlichkeit. Er arbeitet im Hintergrund. Sein Name lautet überall dort auf, wo gegen die demokratischen Freiheiten getzelt wird.

Schon 1950, als er noch Personalchef im Bundeskanzleramt war, hatte Globke für die Entlassung aller konsequent demokratischen Kräfte aus dem Staatsdienst gesorgt. Der entsprechende Beschluß der Adenauer-Regierung vom 19. September 1950 ist im wesentlichen das Werk Globkes.

Politische Betätigung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes
sowie die demokratische Grundordnung.

Presse- und Informationsgesetz vom 19. 9. 1950

Artikel 11, 12, 13, 14, 15, 16

Die Forderung der Bundesregierung, die Angehörigen des öffentlichen Dienstes, die in der Vergangenheit in der Bundesrepublik Deutschland in irgendeiner Weise mit der Verwirklichung der demokratischen Grundordnung in irgendeiner Weise verbunden waren, sich von dem öffentlichen Dienst zurückzuziehen, ist eine Forderung, die sich aus dem Grundgesetz ergibt. Die Bundesregierung ist der Ansicht, daß die Angehörigen des öffentlichen Dienstes, die in der Vergangenheit in der Bundesrepublik Deutschland in irgendeiner Weise mit der Verwirklichung der demokratischen Grundordnung in irgendeiner Weise verbunden waren, sich von dem öffentlichen Dienst zurückzuziehen, ist eine Forderung, die sich aus dem Grundgesetz ergibt.

1. Die Angehörigen des öffentlichen Dienstes, die in der Vergangenheit in der Bundesrepublik Deutschland in irgendeiner Weise mit der Verwirklichung der demokratischen Grundordnung in irgendeiner Weise verbunden waren, sind verpflichtet, sich von dem öffentlichen Dienst zurückzuziehen.
2. Die Angehörigen des öffentlichen Dienstes, die in der Vergangenheit in der Bundesrepublik Deutschland in irgendeiner Weise mit der Verwirklichung der demokratischen Grundordnung in irgendeiner Weise verbunden waren, sind verpflichtet, sich von dem öffentlichen Dienst zurückzuziehen.
3. Die Angehörigen des öffentlichen Dienstes, die in der Vergangenheit in der Bundesrepublik Deutschland in irgendeiner Weise mit der Verwirklichung der demokratischen Grundordnung in irgendeiner Weise verbunden waren, sind verpflichtet, sich von dem öffentlichen Dienst zurückzuziehen.
4. Die Angehörigen des öffentlichen Dienstes, die in der Vergangenheit in der Bundesrepublik Deutschland in irgendeiner Weise mit der Verwirklichung der demokratischen Grundordnung in irgendeiner Weise verbunden waren, sind verpflichtet, sich von dem öffentlichen Dienst zurückzuziehen.
5. Die Angehörigen des öffentlichen Dienstes, die in der Vergangenheit in der Bundesrepublik Deutschland in irgendeiner Weise mit der Verwirklichung der demokratischen Grundordnung in irgendeiner Weise verbunden waren, sind verpflichtet, sich von dem öffentlichen Dienst zurückzuziehen.
6. Die Angehörigen des öffentlichen Dienstes, die in der Vergangenheit in der Bundesrepublik Deutschland in irgendeiner Weise mit der Verwirklichung der demokratischen Grundordnung in irgendeiner Weise verbunden waren, sind verpflichtet, sich von dem öffentlichen Dienst zurückzuziehen.
7. Die Angehörigen des öffentlichen Dienstes, die in der Vergangenheit in der Bundesrepublik Deutschland in irgendeiner Weise mit der Verwirklichung der demokratischen Grundordnung in irgendeiner Weise verbunden waren, sind verpflichtet, sich von dem öffentlichen Dienst zurückzuziehen.
8. Die Angehörigen des öffentlichen Dienstes, die in der Vergangenheit in der Bundesrepublik Deutschland in irgendeiner Weise mit der Verwirklichung der demokratischen Grundordnung in irgendeiner Weise verbunden waren, sind verpflichtet, sich von dem öffentlichen Dienst zurückzuziehen.
9. Die Angehörigen des öffentlichen Dienstes, die in der Vergangenheit in der Bundesrepublik Deutschland in irgendeiner Weise mit der Verwirklichung der demokratischen Grundordnung in irgendeiner Weise verbunden waren, sind verpflichtet, sich von dem öffentlichen Dienst zurückzuziehen.
10. Die Angehörigen des öffentlichen Dienstes, die in der Vergangenheit in der Bundesrepublik Deutschland in irgendeiner Weise mit der Verwirklichung der demokratischen Grundordnung in irgendeiner Weise verbunden waren, sind verpflichtet, sich von dem öffentlichen Dienst zurückzuziehen.
11. Die Angehörigen des öffentlichen Dienstes, die in der Vergangenheit in der Bundesrepublik Deutschland in irgendeiner Weise mit der Verwirklichung der demokratischen Grundordnung in irgendeiner Weise verbunden waren, sind verpflichtet, sich von dem öffentlichen Dienst zurückzuziehen.
12. Die Angehörigen des öffentlichen Dienstes, die in der Vergangenheit in der Bundesrepublik Deutschland in irgendeiner Weise mit der Verwirklichung der demokratischen Grundordnung in irgendeiner Weise verbunden waren, sind verpflichtet, sich von dem öffentlichen Dienst zurückzuziehen.
13. Die Angehörigen des öffentlichen Dienstes, die in der Vergangenheit in der Bundesrepublik Deutschland in irgendeiner Weise mit der Verwirklichung der demokratischen Grundordnung in irgendeiner Weise verbunden waren, sind verpflichtet, sich von dem öffentlichen Dienst zurückzuziehen.
14. Die Angehörigen des öffentlichen Dienstes, die in der Vergangenheit in der Bundesrepublik Deutschland in irgendeiner Weise mit der Verwirklichung der demokratischen Grundordnung in irgendeiner Weise verbunden waren, sind verpflichtet, sich von dem öffentlichen Dienst zurückzuziehen.
15. Die Angehörigen des öffentlichen Dienstes, die in der Vergangenheit in der Bundesrepublik Deutschland in irgendeiner Weise mit der Verwirklichung der demokratischen Grundordnung in irgendeiner Weise verbunden waren, sind verpflichtet, sich von dem öffentlichen Dienst zurückzuziehen.

Die Bundesregierung, die in der Vergangenheit in der Bundesrepublik Deutschland in irgendeiner Weise mit der Verwirklichung der demokratischen Grundordnung in irgendeiner Weise verbunden war, ist verpflichtet, sich von dem öffentlichen Dienst zurückzuziehen.

Artikel 11, 12, 13, 14, 15, 16

Einiges von dem, was er bei den Nazis lernte, darf Herr Globke auch heute unverhüllt weiterbetreiben. Zwar äußert er sich nicht mehr über Herrenrasendeologie — weil ihm das nicht opportun erscheint —, dafür ist ihm aber erlaubt, den Antikommunismus erneut fortlernen zu helfen.

Globke war es zum Beispiel, der den nazistischen Antikommintern-Spezialisten Tautbert aus Goebbels Reichspropagandaministerium — den Verfasser des Films „Der ewige Jude“ — zum politischen Beauftragten für Fragen der „psychologischen Kriegsführung“ berief. Globke trat auch als Hauptmanager des antikomunistischen Kreuzzugsvereins „Rettet die Freiheit e. V.“ auf. Natürlich hielt er sich auch hier hinter den Kulissen und schickte den CDU-Bundestagsabgeordneten Dr. Barzel vor. Erst kürzlich erfuhren die Öffentlichkeit von der Tatsache, daß Globkes „Freiheitsritter“ politische Abschluslisten vorbereitet haben. Auf einer dieser Listen befinden sich die Namen von einigen hundert westdeutschen Intellektuellen, die angeblich kommunistischer Sympathien angeklagt werden.

Keine Gelegenheit läßt Globke ungenutzt, um Kommunisten und politische Gegner zu diskriminieren. Er, der seine Hand schon im KPD-Verbotsprozeß hatte, schiebt den Kommunisten Verbrechen in die Schuhe, die in Wirklichkeit von seinen braunen Freunden von einst begangen worden sind. Anfang Januar 1959 hat der Antisemit Globke im Auftrage Adenauers die Anweisung erteilt, bei allen antisemitischen Vorfällen die Täter unter den Mitgliedern der rechtswidrig verbotenen kommunistischen Partei zu suchen. Also nicht im Lager der Antisemiten und Faschisten, sondern im Lager der Feinde des Antisemitismus und Faschismus, der Mitkämpfer der rassistisch Verfolgten des Nationalsozialismus.

Als Faschisten um diese Zeit die Düsseldorf Synagoge mit Hakenkreuzen beschrifteten, verhaftete die Polizei den Gewerkschaftsfunktionär Helmut Klier, obwohl deutliche Spuren in die braune Richtung wiesen. Wouterlang mußte Klier unschuldig sitzen. Die eigentlichen Täter jedoch blieben angeblich unentdeckt. Auf der anderen Seite greift Herr Globke tief in das Staatsäckel, wenn es gilt, einem schwerer Verbrechen bezichtigten Nazi zu helfen. So war es Globke, der mit allen Mitteln den Bonner Minister und überführten Mörder Oberländer reinzuwaschen versuchte.

100 000 DM überwies er der obskuren antikomunistischen URPF, den Initiatoren der „Untersuchungskommission Lemberg 1941“, die mit dem ausschließlichen Ziel der Entlassung Oberländers gebildet worden war. 5000 DM bekam der Nazi-Kollaborateur Joop Zwart für seine Mohrenwäsche an Oberländer. Weitere Zuwendungen durch Globke verschertzte sich Zwart, da er wegen Münzverbrechen von der holländischen Polizei verhaftet wurde.

Das ureigenste Tätigkeitsfeld der schwarzgrauen Emlinenz ist die Personalpolitik. Hier herrscht Globke unumschrankte. Alle Schlüsselstellungen der Bonner Ministerialbürokratie sind mit Globkes V-Männern besetzt. Bevorzugt werden die ehemaligen Mitglieder des „Cartellverbandes der katholischen deutschen Studentenverbände“ (CV) und die von dem klerikalen „Büro für personalpolitische Informationen“ empfohlenen Personen. Es bedarf keiner weiteren Erwähnung, daß auf diese Weise Legionen von schwerbelasteten nazistischen Beamten in den bundesdeutschen Staatsdienst übernommen wurden. Wie eine Spinne hat Globke von seinem Schreibusch aus mit Hilfe der Personalpolitik sein Netz um den gesamten Staatsapparat gewoben.

Gefürchtet im Bonner Staat ist Globkes Kartell, in das alle namhaften Politiker aufgenommen sind. Vor ihr zittern Beamte und Abgeordnete. Ständig mit neuem

Material aufgefñllt wird dieses Machtinstrument von den 4000 Agenten der Geheimorganisation und dem Bundesverfassungsschutz, denen gegenñber Globke weisungsbererechtigt ist. Globke gibt Bespitzelungsauftrãge an das Verfassungsschutzamt, von denen meist nicht einmal das dienstaufsichtfñhrende Innenministerium weiß. Er ist berechtigt, jede Auskunft darüber zu verweigern. Sowie jemand wider den Stachel Adenauers lãckert, lãßt Globke ihm mit der Veroffentlichung kompromittierender Materials drohen.

In einer geheimen Sitzung des Bundestagsuntersuchungsausschusses gegen den seinerzeit in die DDR geflãchteten Otto John wurde offenbar, daß Globke auch Politiker wie Heinemann, Lemmer, Reinhold Meier und Dehler bespitzeln lãßt. Kopien von Briefen und vertraulichen Mitteilungen, Tonbãnder von Reden auf internen Konferenzen und detaillierte Personalunterlagen ruhen wohlverwahrt in den Panzerschrãnken des Bundeskanzleramtes. So hat Globkes Drohung, seine Akten hervorzuholen, schon manchen zum Schweigen gebracht. Bespitzelung und Erpressung sind die unsauberen Mittel seiner Politik.

Die Gefñlle der geheimen Nachrichtendienste sind Globke auch aus unmittelbar eigenem Erleben vertraut. Ist er doch selbst ein langjãhriger Vertrauensmann des USA-Spionagediebs Allan Dulles, dem er den Zugang zum Bundeskanzleramt jederzeit offen hãlt.

Daß Globke zum Kreis der politischen Scharfmacher gehãrt, versteht sich demnach von selbst. In einem Gesprãch Adenauers mit dem franzãsischen Ministerprãsidenten Debrã trumpfte Globke abschlieûend auf:

„Denjenigen, die im Westen die deutsche Angelegenheit ‚entberlinisieren‘ wollen, muû man eine Antwort erteilen, indem man die Berlin-Frage dramatisiert. Der Kontrapunkt von Genf soll diese Dramatisierung der Tatsache sein, was es auch kosten mãge.“

(„La Tribune de Nation“, 8. Mai 1959)

„Was es auch kosten mãge“ — also auch den Atomkrieg.

Der Bonner Kanzler deckt den Judenmörder

Viele Verbrechen Globkes sind Adenauer bekannt. Er kannte sie von Anfang ihrer Zusammenarbeit an. Trotzdem machte er den nazistischen Kämpfen für Rassenfragen zu seiner rechten Hand. Ungedacht der Empörung, die Globkes Avancement ausgelöst hat, und ungeachtet aller Proteste, an denen es in den zurückliegenden zehn Jahren nicht gefehlt hat, stand Adenauer zu seinem erwählten Staatssekretär. Dem Bonner Autokraten gilt die Volksmeinung ohnehin nichts. Daß er den deutschen Namen im Ausland diskreditiert, kümmert ihn ebenso wenig.

Am 31. Mai 1951 verteidigte Adenauer seinen Herrn Globke vor dem Bundestag mit den Worten:

1772
Deutscher Bundestag — 14. Sitzung Bonn, Donnerstag, den 31. Mai 1951
(Bundeskanzler Dr. Adenauer)

Ich werde es unter keinen Umständen zulassen, daß derartige Behauptungen aufgestellt werden, die geeignet sind, sowohl meine persönliche Ehre als auch die Ehre des Herrn Ministerialdirektors Globke zu schädigen. Ich finde nicht, meine Damen
Es liegt mir daran, hier zu erklären, daß ich in der langen Zeit, in der ich im öffentlichen Leben und als Beamter tätig bin, kaum jemals einen Beamten kennengelernt habe, der mit gleicher Pflichttreue und gleicher Objektivität seines Amtes waltet wie Herr Globke.

Bei dieser Meinung blieb Adenauer. In dem Bestreben, Globke zu rechtfertigen, verstieg er sich sogar zu der Behauptung:

„Daß Ministerialdirektor Dr. Globke an den Kommentaren zu den Nürnberger Gesetzen mitgearbeitet hat, war zeitbedingt und ist nicht grundsätzlich zu verurteilen. Außerdem habe ich nie einen treueren Beamten gekannt.“
(„Nachtexpress“, 7. Juni 1951)

Zu jener Zeit rechnete Adenauer noch damit, daß es ihm gelingen werde, den Umfang dieser „Mitarbeit“ Globkes weiterhin geheimzuhaltten. Doch kalt und gelassen bestatigt der Bonner Regierungschef damit, daß er einen Wegbereiter des Massenmordes zu seinem unentbehrlichen Berater gemacht hatte. Und indem er diesen braune Tätigkeit als „zeitbedingt“ hinstellt, billigt er nachträglich dessen grauenhafte Untaten. Ja, dieses „zeitbedingt“ drückt sogar aus, daß er die Nürnberger Gesetze und ihre Kommentierung für die Zeit des Faschismus als not-

wendig, mindestens jedoch als unabwendbar betrachtet. So hält also der Kanzler eines sogenannten demokratischen Rechtsstaates selbst die nazistischen Rassen-gesetze für eine Sache, an deren Zustandekommen mitgearbeitet zu haben, keine Schande sei.

Wie sich der „Alle aus Rhönndorf“ für seinen braunen Schützling einsetzt, beweist auch folgende Tatsache:

Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion erklärte im März 1956, daß Adenauer seinerzeit die Ernennung Globkes durch Heuß dadurch erschlichen hat, daß er dem Bundespräsidenten vorlag, die SPD habe ihre Bedenken zurückgestellt. Der Chefkorrespondent der „Süddeutschen Zeitung“, Hans Ulrich Kempski, hatte daraufhin eine längere Unterredung mit Adenauer, in deren Verlauf dieser erklärte, „er denke nicht daran, sich von Globke zu trennen“.

Süddeutsche Zeitung

... sei es. Man
... damit vermehrt indirekt ihn, Adenauer,
... Nicht unter diesen Umständen von
Globke zu trennen, wäre eine menschliche Ge-
... heinheit und Treuepflicht“, sagte der Regie-
... tungschef
Wie oben

... von mir meine Entschlüsse selbständig
... Indirekt gab Adenauer allerdings zu, wie
unentbehrlich ihm die Mitarbeit Globkes ge-
... worden sei, indem er bekannte: „Ich würde kei-
... nen, den ich an seine Stelle setzen könnte.“

Staatssekretär Globke hatte in

Gewiß! Bei den „Fähigkeiten“, die Judenmörder Globke hat, ist er der einzige, der die notwendigen Voraussetzungen für das Amt von Adenauers Staatssekretär mitbringt. Hielte gegen den Frieden, reaktionäre Politik und Kriegsvorbereitung ist von Jeher Globkes Meibler.

Der Ausschuß für Deutsche Einheit unterbreitet den Fall Globke der Öffentlichkeit. Der Fall Globke steht jedoch nicht allein. Ihm voraus ging der Fall des Massenmörders und Kriegsverbrechers Oberländer. Oberländer mußte unter dem Druck der Öffentlichkeit gehen. Gebiethen aber sind neben Globke die Bluträcher, die Nazi-Generäle und die Hitler-Diplomaten. Von ihnen droht in erster Linie Gefahr. Die ehemaligen Paladine Hitlers hetzen am lautesten gegen die DDR und die sozialistischen Staaten. Sie helfen die Angriffspläne ausarbeiten, die der Erste Stellvertreter des Ministerpräsidenten der DDR, Walter Ulbricht, am 19. Juli 1960 vor der internationalen Presse enthielt. Dieser Gefahr gilt es zu begegnen.

Deshalb muß in der Bundesrepublik eine politische Wende herbeigeführt werden. Es muß sich dort etwas ändern, wenn der Friede in der Welt gesichert werden und Deutschland leben soll.

Zunächst aber muß festgestellt werden:

Der Mann,

- der die Nürnberger Gesetze ausarbeiten half,
- der einen widerlichen Kommentar dazu schrieb,
- der sich an der Endlösung der Judenfrage beteiligte,
- der Himmlers rechte Hand bis zuletzt war,

gehört nicht in eines der höchsten Staatsämter.

Globke muß aus seiner einflußreichen Stellung entfernt und vor ein Gericht gestellt werden.

Das ist die Forderung von Millionen.

DECLASSIFIED

Authority *NWD 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

Der Eichmann von Bonn

Rede von Prof. Albert Norden, Mitglied des Poli-Büros und Sekretär des Zentralkomitees der SED, auf der internationalen Pressekonferenz des Ausschusses für Deutsche Einheit am 28. Juli 1960 in Berlin

Meine Damen und Herren!

Die Briganten des Imperialismus sind durch die Ereignisse dieses Jahres in große Verwirrung geraten. Der Völkeraufstand in Japan und Südkorea, in der Türkei und Italien, auf Kuba und dem afrikanischen Kontinent untergräbt das imperialistische System und verschlimmert seine unheilbare Krankheit. Täglich morden die Völkerunterdrücker freiheitsdurstige Menschen, aber täglich verschärft sich auch der erfolgreiche Widerstand gegen diejenigen, die das Rad der Geschichte anhalten wollen.

Das globale Weltgeschehen bestimmen längst nicht mehr die USA und andere Kriegsinteressenten, sondern das sozialistische Lager, als dessen strahlendster Stern die Sowjetunion über den Frieden der Welt wacht.

Wie anachronistisch wirken angesichts dieser Entwicklung die Versuche der Adenauer und Strauß, durch die Vorbereitung eines atomaren Blitzkrieges das Blatt wenden zu wollen! Wir sagen: anachronistisch und überholt und zum Scheitern verurteilt; denn niemals werden sie ihre Grenze auch nur um einen Zentimeter nach Osten vorrücken können. Aber ein maßloses Unglück anrichten — dazu sind sie noch imstande.

Im Geiste Hitlers

Es ist notorisch, daß der herrschende Kreis der westdeutschen Wirtschaft und des Staats- und Machtapparates durchsetzt ist von Hitler-Elementen, daß die Rassenordexperten heute in der Bundesrepublik frei schreiben und regieren dürfen, und die allgemeine Pressehetze gegen die Negerbevölkerung des Kongo liefert soeben neue abschauliche Beispiele dafür.

Dieselben Konzernherren, dieselben Generale, dieselben Richter, dieselben Diplomaten wie im Hitler-Reich — es ist doch nur natürlich, daß sie dieselbe Politik wie in der Hitler-Zeit betreiben. Sie schreiben jede Woche über die Dächer und Städte nach der Revanche für Hitlers verlorenen Krieg und nach der Eroberung der Gebiete anderer Staaten. Die Bundeswehrsoldaten werden in den Instruktionsstunden mit dem gleichen giftigen Haß gegen den Osten infiziert wie die Wehrmacht unter Hitler. Und daß Strauß in völliger Verkennung der Weltlage den Blitzkrieg vorbereitet, darüber hat Walter Ulbricht zu Beginn des Jahres und in der vergangenen Woche mit Beweisen in der Hand die Weltöffentlichkeit aufgeklärt. Diese Enthüllungen, die durch Offiziere der Bundeswehr bestätigt wurden, werden dazu beitragen, die geplanten Überraschungsschläge der Aggressoren zu verhindern.

Dem Frieden in Deutschland steht eine kleine Kategorie von Menschen im Wege, die alle Kommandopositionen des Bonner Staatsschiffes besetzt halten. Zu ihnen gehört ein Mann, der offiziell keinen Ministerrat bekleidet, aber einflußreicher und mächtiger als die meisten Minister und praktisch ihr Vorgesetzter ist.

Kein Beamter zwischen Rhein und Elbe hat so weitgehende Befugnisse wie er. Alle Kabinettsvorlagen gehen durch seine Hände. Er bereitet auf politischer Ebene sämtliche Regierungssitzungen vor. Ihm untersteht der Geheimdienst des Generals Gehlen. Die Besetzung aller höheren Beamtenpositionen der Ministerien, besonders des Lemmer-Ministeriums des kalten Krieges, des Innen- und Außenministeriums, hängt von seiner Zustimmung ab. Er verfügt auch über den persönlichen Bestechungsetat des Kanzlers und mehrere andere Millionenfonds, mit denen Zeitungen gekauft, Agenten bezahlt, Entlastungskampagnen für Oberländer finanziert, Verleumdungsfeldzüge gegen die DDR organisiert werden. Seinem Gehirn entstammte die ver-teufelte Idee, den Kreuzzugsverein „Rettet die Freiheit“ zu gründen, der kürzlich Myriaden westdeutscher Künstler, Wissenschaftler, Ärzte und Schriftsteller auf die politische Abschlusliste setzte. Tausend politische Fäden des kalten Krieges laufen in seiner Hand zusammen.

Als in Frankreich offiziell der König herrschte und Kardinal Richelieu regierte, gab es einen Mann, der hinter den Kulissen vieles lenkte: Man nannte diesen unsichtbaren Pater Josef die „Graue Eminenz“. Die graue Eminenz von Bonn, der Mann, der all die obengenannten Funktionen bekleidet und faktisch Adenauer vertritt, wenn dieser krank, in Urlaub oder auf Reisen ist, heißt Hans Joseph Maria Globke.

Meine Damen und Herren! Wir behaupten und beweisen heute nicht mehr und nicht weniger, als daß dieser Chef des Bundeskanzleramtes und zweit-müchtigste Mann der Adenauer-Regierung identisch ist mit dem Autor der antisemitischen Gesetze und intellektuellen Urheber der Pogrome des Hitler-Regimes und daß er bis 5 Minuten nach 12 engster Mitarbeiter Himmlers war.

Globke — Verfasser der Nürnberger Blutgesetze

In dem von Globke verfaßten Kommentar zu Hitlers Nürnberger Juden-gesetzen vom 15. September 1935 hieß es wörtlich:

„Das Judentum ist ein Fremdkörper in allen europäischen Völkern... Deshalb ist die Dissimilation (d. h. das Ausscheiden) die einzig mögliche Lösung... Das Judenproblem bedurfte in politischer, wirtschaftlicher und soziologischer Hinsicht einer Lösung für Jahrhunderte... Der völkische Staat muß notwendig ein Führerstaat sein.“

Aus diesen Thesen bricht die ganze antisemitische Barbarei des Nazi-Reiches hervor. Hier sind die Gaskammern von Auschwitz ideologisch schon vorweg-genommen und die Argumente für die Notwendigkeit der Ausschaltung der Juden frei Haus geliefert.

Der in Nürnberg zum Tode verurteilte und hingerichtete Hauptkriegsver-brecher, der Innenminister des Dritten Reiches, Frick, war von Globkes Kom-mentar so begeistert, daß er ihn in seinem Ministerialblatt vom 11. März 1938 allen Dienststellen des Nazi-Staates, der Gestapo und der Sonderjustiz sowie der Hitler-Partei als Anleitung für ihr verbrecherisches Handeln offiziell empfahl.

Der Präsident des Volksgerichtshofes, Roland Freisler, Henker von Tausen-den Antifaschisten, hat dem Globke höchstes Lob gespendet und in der Zeit-

schrift „Deutsche Justiz“, Jahrgang 1936, gerührt, daß die nationalsozialistischen Gedanken über Rasse, Juden und Mischlingsprobleme eindrucksvoll dem Globkeschen Kommentar zugrunde gelegt worden seien. Dieser sei ein „großer Vorteil“ und dürfe in keiner Handbücherei eines Nazi-Juristen fehlen. Der Kommentar enthalte alles, was die Praxis benötige.

Die in den 50er Jahren von Globke inszenierte Entlastungskampagne zielte darauf ab, den Kommentar als Abschwächung der grausamen Gesetze hinzustellen. Aber unter Berufung auf den Kommentar wurden ja von den Freisiers zahlreiche Zuchthausurteile gefällt. Im übrigen ist die Tatsache, daß Globke den schändlichen Kommentar zu diesem Gesetz geschrieben hat, nur ein Teil der Wahrheit. Adenauer ist exakt darüber unterrichtet, daß noch tausendmal Schlimmeres auf das Schuldkonto seines vertrauten Ratgebers und Mitregenten kommt.

Denn Dr. Globke ist nicht nur der Kommentator — er ist der Verfasser der Nürnberger Blutgesetze und der Verordnungen über die Brandmarkung der jüdischen Bürger. Diese Gesetze, nämlich das Reichsbürgergesetz und das Blutschutzgesetz, schufen die Grundlage für die schrecklichen Pogrome der Nazis gegen die rassistisch Verfolgten in ganz Europa und bildeten den Ausgangspunkt für ihre spätere Verschleppung in die Konzentrations- und Vernichtungslager.

Nazi-Frick: Globke hervorragend beteiligt

In unseren Händen befindet sich ein Brief des Nazi-Innenministers Frick, in dem er am 25. April 1938 die Beförderung des Oberregierungsrats Globke zum Ministerialrat beantragt. Begründet wird das Ersuchen Fricks mit den „ganz vorzüglichen Leistungen Globkes ... Oberregierungsrat Globke gehört unzweifelhaft zu den befähigsten und tüchtigsten Beamten meines Ministeriums. In ganz hervorragendem Maße ist er an dem Zustandekommen der nachstehend genannten Gesetze beteiligt gewesen:

- a) des Gesetzes zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 15. September 1935;
- b) des Gesetzes zum Schutze der Erbgesundheit des deutschen Volkes (Ehegesundheitsgesetz) vom 18. Oktober 1935;
- c) des Personenstandsgesetzes vom 3. November 1937;
- d) des Gesetzes zur Änderung von Familiennamen und Vornamen vom 5. Januar 1938.

Aber schon vorher hatte das „Ministerialblatt des Reichs- und Preußischen Ministeriums des Innern“ am 11. März 1936 darauf hingewiesen, daß Globke „am Zustandekommen der Rassengesetzgebung amtlich beteiligt“ war. Es handelt sich um die Gesetzgebung, durch die alle Juden aller Rechte entkleidet und amtlich zu Untermenschen erklärt wurden, denen auch die Ehe mit Nichtjuden bei strengster Strafe verboten wurde. Der antisemitische Gesetzentwurf, geschrieben von Globke, wurde von Hitler selber auf dem Nürnberger Parteitag 1935 mit den Worten begrüßt:

„Ich schlage nun dem Reichstag die Annahme der Gesetze vor, die Ihnen Parteilangosse Göring verlesen wird.“

Es handelt sich um die Gesetze, bei deren Ausarbeitung Globke in „herorragendem Maße“ federführend war.

Julius Streicher, das später in Nürnberg gehängte pornographische Subjekt, klatschte in die Hände und bejubelte im „Stürmer“ Globkes Gesetz als „Verwirklichung der wichtigsten Forderungen unseres Programms der NSDAP“. Was ist der Inhalt, was war die Folge dieser Gesetze?

Mit seinem Nürnberger Blutschutzgesetz verbot Globke nicht nur jede Heirat zwischen sogenannten Deutschblütigen und Fremdrassigen, sondern er stellte auch die Liebe zwischen Mann und Frau unter Ausnahmerecht und Zucht-hausdrohung. Nach Tausenden zählen die Zuchthausurteile, die Hitlers Sondergerichte mit Globkes Gesetzen fällten, und manch jüdischer Bürger endete wegen seiner Liebesbeziehungen zu einer deutschen Frau auf dem Schafott, das Globke errichten half.

Die von Globke verfaßten Gesetze über Namensänderungen und Personens-tandswesen enthielten weitere Paragrafen, mit denen er die Straße-plasterte, auf der die jüdischen Verfolgten später in die Gaskammern der Konzentrationslager getrieben wurden. Die jüdischen Bürger zwang Globke mit diesen Gesetzen zur Führung des zweiten Namens Sara beziehungsweise Israel. Er wußte, welchen Drangsalierungen er sie damit auslieferte, denn er selber schrieb in einem Kommentar 1938, daß „mit der Führung eines jüdischen Namens heute vielfach Nachteile verbunden sind“. („Deutsche Verwaltung“ vom 31. Januar 1938, Seite 53)

Das Reichsbürgergesetz schließlich bildete die Magna Charta des Antisemi-tismus im Reich der Hitler. Dieses Gesetz, dessen Mitautor Dr. Globke war, erklarte die jüdische Bevölkerung aus dem deutschen Volkskörper heraus und faßten 20 Durchführungsverordnungen zu diesen Grundgesetzen des Rassen-wahns schränkten die Lebensmöglichkeiten der Juden Schritt um Schritt ein, und schließlich sie aller Rechte, raubten ihnen Beruf und Arbeit, das Vermögen und schließlich das Leben.

Aber Globke war nicht nur einer der Autoren des Gesetzes und des Kom-mentars, die aus den Juden die Parias des Kontinents machten – er gehörte zu den führenden Teilnehmern der Judenausrottung und der Annexions-politik des Dritten Reiches. Er wurde an allen Brennpunkten des Hitlerschen Eroberungsfeldzuges eingesetzt.

Belohnte Hilfe bei Hitlers Annexionen

Als Hitler zur Eroberung Österreichs schritt, wirkte Globke an dem Gesetz-entwurf mit, durch den die Nürnberger Rassengesetze auch in Österreich eingeführt wurden. Ausdrücklich begründete der Reichsminister Frick seinen an Hitlers Stellvertreter Heß gerichteten Vorschlag, Globke zu betödeln, auch mit folgenden Worten:

„Außerdem verdient seine Mitarbeit bei der Wiedervereinigung Öster-reichs mit dem Deutschen Reich anerkennend hervorgehoben zu werden.“

Diese Anerkennung vollzog Hitler, indem er persönlich Globke am 13. Juli 1938 zum Ministerialrat ernannte. Außerdem erhielt Globke die „Medaille zur Erinnerung an den 13. März 1938“, des Tages, an dem die Hitler-Truppen in Osterreich einmarschierten. Diese Medaille erhielt laut Erlaß nur „ein möglichst enger Kreis“ von Personen, die sich „Verdienste ganz besonderer Art“ bei der Vorbereitung der Annexion erworben hatten.

Jetzt war die Tschchoslowakei an der Reihe. Hitler und Frick beauftragten Globke mit der Ausarbeitung und dem Abschluß des Vertrages über sogenannte Staatsangehörigkeitsfragen. Auf Grund dieses den Tschchoslowakischen Behörden aufgezweigten Vertrages wurden 400 000 tschechische Bürger aus den Sudetengebieten ausgewiesen.

Globke verfaßte ferner die sogenannte „Verordnung über die Einführung der Nürnberger Rassengesetze in den sudetendeutschen Gebieten“, die am Tage nach Weihnachten 1939 erschien und die Judenverfolgung offiziell auch auf diesen Teil der Tschchoslowakei ausdehnte. Der antisemitische Spitzenfachmann des Reichsinnenministeriums erhielt dafür von Hitler die „Medaille zur Erinnerung an den 1. Oktober 1938“, die nur an solche Personen verliehen wurde, die sich bei der Vorbereitung und Durchführung der Okkupation der tschechischen Gebiete „besondere Verdienste erworben haben“, wie es der Erlaß für diese Medaille bestimmte.

Kein Schritt der nazistischen sogenannten Großraumpolitik erfolgte ohne aktive und führende Mitwirkung von Globke

Als die Nazi-Diktatur den Raub des Memelgebietes auf die Tagesordnung setzte, erhielt Globke von Hitler persönlich am 29. Juni 1939 den Auftrag und die Vollmacht, im Namen des Dritten Reiches in Kowno die mit der Annexion zusammenhängenden Fragen zu regeln.

Erfinder des „J“ und mitschuldig an der Einführung des Judensterns

Eine Teufelei besonderer Art, die auf Globkes persönliches Konto kommt, war die von ihm mit dem Chef der Schweizer Polizei vereinbarte Brandmarkung der Reisepässe von rassistisch verfolgten Deutschen durch den Buchstaben „J“. Wohlbererkt, diese Abmachung wurde am 17. September 1933 getroffen, sieben Wochen vor der sogenannten Kristallnacht. Durch die Kennzeichnung der Pässe der jüdischen Deutschen wurde ihnen der Fluchweg ins Ausland endgültig versperrt, weil die faschistischen Grenzbehörden in der Regel niemanden durchließen, dessen Paß durch das „J“ gezeichnet war. Von Globke persönlich stammte um dieselbe Zeit der Vorschlag, daß nur die nichtjüdischen Deutschen, die in Italien lebten, in ihre Reisepässe den Vermerk „Gültig für die Schweiz“ erhielten. Das geschah unmittelbar, bevor die antisemitische Verfolgung auch in Italien anließ, und Globkes Vorstoß führte dazu, daß die deutschen Staatsbürger jüdischer Abstammung nun nicht mehr aus Italien in die Schweiz flüchten konnten.

Globke geht in die Schmutzgeschichte des Nazi-Swaates ein als der Erfinder des „J“, das die Juden unrettbar in den Mauern des sie mordenden Nazi-



Reichs einschloß. Als Heydrich am 1. September 1941 eine Verordnung erließ, die alle Juden zwang, den gelben Stern auf ihrer Brust zu tragen, bezog er sich ausdrücklich auf das von Globke ausgearbeitete Nürnberger Reichsbürgergesetz.

Welch außerordentliche Rolle der bienenfleißige Globke bei der rassistischen Mordpolitik spielte, geht aus dem Geschäftsverteilungsplan des Reichsinnenministeriums aus dem Jahre 1938 hervor. Dort wird Globke nicht weniger als 21mal als Referent und Korreferent für alle anführischen Sach- und Fachgebiete des Frick-Ministeriums genannt, ob es sich um allgemeine Rassenfragen, um Sippenforschung, um Blutschutzgesetze oder um Namensänderungen usw. handelte.

Der Krieg brach aus. Globke war als gedienter Kanonier wehrdienstfähig und sollte eingezogen werden. Er wußte es zu verhindern.

In unserer Hand befindet sich ein Dokument der Hitler-Regierung vom 29. Januar 1940, das Globke vom Wehrdienst befreit und als „nicht entbehrlich“ erklärt, weil er der Referent für die Fragen sei, „die aus Anlaß der Bildung des Protektors, der Eingliederung der Ostgebiete, der Bildung des Generalgouvernements und der Umsiedlungsaktionen anfallen“. Umsiedlungsaktionen — so hiieß das beschönigende Wort für die Deportation und Liquidation von Millionen Menschen. Am 1. November 1940 wurde vom Reichsinnenminister nochmals bestätigt, daß Globke „aus zwingenden Gründen zur Erfüllung kriegswichtiger Aufgaben“ nicht zum Heer einzurücken brauchte. Ein Globke geht nicht an die Front — er tñbet aus dem Hinterhalt.

Vom sicheren Port seines Ministerbüros lieferte er, ohne sich persönlich auch nur in die geringste Gefahr zu begeben, Zehn- und Hunderttausende ans Messer. Als auf der sogenannten Wannsee-Konferenz in Berlin die versammelten Reichsleiter- und SS-Führer am 20. Januar 1942 die „Endlösung der Judenfrage“ beschloßen, d. h. die Abschichtung von Millionen, da berieten sie sich in ihrem Protokoll ausdrücklich auf Globke:

"Im Zuge der Endlösungsvorhaben, sollen die Nürnberger Gesetze gewissermaßen die Grundlage bilden."

1949 saß ein amerikanisches Tribunal im Nürnberger sogenannten Wilhelmstraßen-Prozess über führende Persönlichkeiten des Dritten Reiches zu Gericht. Damals bezeichneten die USA-Richter in ihrem Urteil die Gesetze, an deren Zustandekommen Globke "ganz hervorragend" beteiligt war, als wesentlichen Bestandteil des Programms, "mit dem die fast vollständige Ausrottung der Juden beabsichtigt war und auch erreicht worden ist".

Der Verfasser dieser Nürnberger Blutgesetze sitzt heute am Schalttisch der Adenauer-Diktatur.

Die in unserer Hand befindlichen Dokumente überführen Globke, daß er 1942 als Referent für Judenfragen und "verbündetes und neutrales Ausland" gemeinsam mit dem später abgeurteilten SS-Führer Stuckart Geheimverhandlungen mit dem rumänischen Miniatur-Hitler und Staatschef Antonescu führte. Tatsächlich war die Tinte unter der Abmachung des rumänischen Vasallenheils mit Stuckart und Globke kaum getrocknet, als auch schon die ersten Verschleppungen der Juden aus Rumänien erfolgten, die schließlich zur Ermordung von Hunderttausenden Menschen führten. Dr. Globke erhielt als Lohn eine der höchsten Auszeichnungen, das Komturkreuz des Ordens "Stern von Rumänien".

Globke soll antworten

Was, so fragen wir weiter, tat Globke 1943 und früher in der Slowakei? Was wurde bei den Verhandlungen besprochen und beschlossen, die er mit den slowakischen Westentaschendiktatoren Tiso, Mach und Kamatsin in Bratislava, mit den Gauleitern Forster in Danzig, Seyss-Inquart in Holland, Karl Hermann Frank in Prag, Wagner und Bürckel in Straburg und Metz führte? Was hatte Globke mit den Judendeportationen aus Dänemark, Norwegen und anderen Ländern zu tun? Wenn Globke schweigt, werden wir zu gegebener Zeit weitere Dossiers über den Judenmörder öffnen.

Himmilers und Adenauers rechte Hand

Den Höhepunkt seiner Karriere im Nazi-Reich erklomm Globke, nachdem der Reichsführer SS, Himmler, 1943 Reichsinnenminister geworden war. Er übertrug seinen Apparat von unsicheren Kantonisten und beförderte Globke, heute die rechte Hand Adenauers, wurde 1944 die rechte Hand Himmilers in dessen Eigenschaft als „Generalbevollmächtigter für die Reichsverwaltung“. Hier ist das Original des sogenannten „Kriegsgeschäftsverteilungsplans“ des Himmler-Ministeriums aus dem Jahre 1945. Aus ihm geht hervor, daß Himmler dem Globke alle Finanz-, Haushalts- und Beamtenfragen sowie alle politischen Fragen des Inneren und des Auswärtigen von grundsätzlicher Bedeutung übertrug. Die sogenannte Neuordnung in den annektierten und besetzten Gebieten, besonders in Böhmen und Mähren, in Elsaß und Lothringen und Luxemburg, in Belgien und Eupen-Malmédy und in den Niederlanden, die Anwendung der Nürnberger Gesetze, die Mitwirkung bei der Grenz- und Auslandspropaganda – all diese Aufgaben der wichtigsten Ab-

teilungen in Himmlers Innenministerium unterstanden Globke. Himmler als „Generalvollmachtgeber für die Reichsverwaltung“ beauftragte Globke mit der gesamten Geschäftsführung und beförderte ihn zu seinem Verbindungsmann mit Göring, dem Oberkommando der Wehrmacht, der Reichskanzlei Hitlers, dem Auswärtigen Amt Ribbentrops, dem Justizministerium und an deren obersten Reichsbehörden.

Es gibt keinen Namen, der in Himmlers ministeriellem Geschäftsverteilungsplan so oft auftaucht wie derjenige Globkes. Aus seinen 21 Aufgabenbereichen im Jahre 1938 waren 1943 schon 25, 1945 gar 30 geworden. Aber nicht nur die Zahl, auch die Bedeutung der von Globke bearbeiteten Sachgebiete wuchs.

Ich werde Ihnen eine charakteristische Episode erzählen. Ein sogenannter „Alter Kämpfer“, der Ministerialrat Dr. Lösenner, war einer von Fricks Referenten für Judenfragen. Als die Massenvernichtung der Juden begann und Himmler das Reichsinnenministerium übernahm, erklärte Lösenner, er könne die Morde mit seinem Gewissen nicht länger vereinbaren. Er ließ sich ver-setzen und verschwand später im KZ. Aber Globke konnte auch das Schrecklichste mit seinem Gewissen vereinbaren und übernahm ohne Zögern die Funktion des Lösenner und darüber hinaus die stellvertretende Leitung des ganzen Ressorts Rassenfragen.

Globke und Eichmann Spielfesseln

Zwischen Globke und dem jetzt in Israel inhaftierten Millionenmörder Eichmann herrschte eine perfekte Zusammenarbeit. Globke war der Judenreferent im Innenministerium; Eichmann besetzte die gleiche Funktion im Reichssicherheitshauptamt. Auf der gemeinsamen Basis ihres wütenden Antisemitismus entstand eine natürliche Zusammenarbeit. Der eine sorgte für die Ausdehnung der Nürnberger Gesetze auf Österreich und die Tschechoslowakei; der andere, Eichmann, bildete die Zentralstellen für die Liquidierung der Juden.

Nach dem Überfall auf Polen übernahm Globke im Reichsinnenministerium auch die Verantwortung für die „Umsiedlung der Polen und Juden“. Gleichzeitig übernahm Eichmann im Reichssicherheitshauptamt dieselbe Aufgabe. Man weiß, daß den Eichmann und Globke allein 2 900 000 polnische Juden zum Opfer fielen.

Schon am 17. August 1938 verfügte ein von Globke geschriebener Erlaß, daß jeder Jude bei der Gestapo gemeldet werden müsse. Damit spielte er den Himmler und Eichmann die Gesamtlisten aller zu vernichtenden Juden in die Hände. Globke befehlerte durch seine Gesetze, Verträge und Polizeiverordnungen das Terrain für Eichmann vor. Dieser setzte in die Tat um, was jener ersann.

Globke gehörte zu jenen Beamten der Weimarer Republik, die müheelos den Mantel nach dem Winde drehten. Er war Regierungsrat. Am Ende des ersten Jahres der Hitler-Diktatur avancierte er zum Oberregierungsrat, im fünften Jahr des Nazi-Reiches zum Ministerialrat. Seine Brust war leer — sie füllte sich mit nazistisch-faschistischen Orden, Treudienstabzeichen und Kriegs-

verdienstkreuzen, und jede Auszeichnung war die Quittung für einen neuen menschenmordenden Gewaltakt.

Er brauchte später nicht umzulernen. Die Feinde, die er heute bekämpft, sind die gleichen, denen er unter Hitler und Himmler zu Leibe rückte: Sozialisten, Kommunisten, Juden, Pazifisten, freiheitliche Intellektuelle.

Hie Bonner Staat und Globke — hie DDR und Menschlichkeit!

Globke, gestern Judenmörder und Himmlers Ratgeber und Emissär, steht heute an der Spitze des Adenauerschen kalten Krieges gegen die DDR und das ganze sozialistische Lager. Diese Tatsache allein zeigt, wo in Deutschland das Recht und wo das Unrecht, wo das Regime des Verbrechens und wo der legitime Staat des deutschen Volkes ist. Hie Bonn und Globke — hie DDR und Menschlichkeit!

Die Geister der Erschlagenen und Erschossenen und Vergasteten finden keine Ruhe, denn ihr Mörder sitzt nicht im Kerker, sondern im Palais Schaumburg. Der Autor der hitlerischen Judengesetze und enge Mitarbeiter Himmlers ist Adenauers Mitregent.

Aber wie soll man den Adenauer charakterisieren, der in voller Kenntnis vieler Verbrechen des Satans ihn zu seinem engsten Ratgeber und faktischen Stellvertreter ernannte? Was ist das für ein Kanzler, der sich mit den mörderischen Spießgesellen Hitlers und Himmlers vom Schlage Globke und Oberländer umgibt?!

Im Monopolistenreich Adenauers notiert die Rüstungsakte hoch und der Anstand mit Null, avancieren die SS-Mörder vom Schlage des Generals Simon zu freigesprochenen Helden, und keine einzige größere Zeitung wagt, die finsternen Kriegspläne und -vorbereitungen des Strauß anzugreifen. Und so kann es geschehen, daß der offizielle Pressedienst der CDU im April 1960 den CDU-Staatsekretär Globke in Schutz nimmt und Adenauer sich im Bundestag mit ihm folgendermaßen solidarisiert:

„Ich werde es unter keinen Umständen zulassen, daß Behauptungen aufgestellt werden, die geeignet sind, die Ehre des Herrn Ministerialdirektors Globke zu schädigen.“

Jawohl, die Ehbegriffe der Globke und Oberländer bestimmen das politische Niveau des Bonner Regimes und seines Adenauer. Aber ein Staat, der Hitlers und Himmlers Mitverschworene zu seiner Spitzenmannschaft zählt, hat längst seinen moralischen Bankrott angemeldet und wird so enden, wie die Hitler und Himmler endeten.

Aber Adenauers Erklärung beweist, daß Globke keine Einzelercheinung und kein Schönheitsfehler, sondern die Verkörperung der Identität der Adenauer-Bonner Staat bietet mit seinen Hitler-Generälen, die über die Wehrmacht herrschen, mit seinen tausend faschistischen Blutrichtern, mit seinen Nazi-Diplomaten, mit seinen Rüstungsbaronen, von deren Gnaden gestern Hitler regierte und heute Adenauer abhängt.

Das höllische Wirken des Globke, der einerseits die Reinwaschungskommis- sion für seinen Gesinnungs- und Tatgenossen Oberländer finanzierte und andererseits den Krieg gegen die Menschen des Friedens in Westdeutschland entfacht, soll die Durchführung der militärischen Pläne des Strauß politisch vorbereiten und sichern.

Aber die Würfel der Geschichte sind schon gefallen, und die Globke, Strauß und Adenauer haben nicht die geringste Aussicht, durchzukommen. Vor die Alternative gestellt: ein friedliches neutrales Deutschland oder Verschärfung der Spannung bis zum Bürger- und Atomkrieg, begreifen die Menschen auch in Westdeutschland, daß es mit den herrschenden Bonner Politikern nicht weiter, sondern in den Abgrund geht.

Im Glauben an das Gute in unserem Volk, in der Überzeugung, daß der Tag kommt, an dem die Macht des Militaristengesindels gebrochen wird, rufen wir heute das Schwurgericht der Völker an gegen den Eichmann von Bonn, gegen Hans Joseph Maria Globke, den Schänder des deutschen Namens und Verräter an der Menschheit, den Judenmörder an der Seite Adenauers.

„Hier ist Deutschland“

Erklärung von
Dr. Arnold Zweig
auf der Pressekonferenz



Liebe Anwesende! Ich habe am 13. oder 14. März 1936 meine Berliner Hei- mat verlassen, weil ich wußte, nachdem ich gesehen hatte, was der deutsche Militarismus tut, wenn ihn niemand kontrolliert und niemand bändigen kann, daß mein Bleiben in dem Reiche, in dem der Reichstagsbrand stattge- funden hatte, nicht sein könnte.

Ich sage Ihnen heute nur folgendes: Als ich im Jahre 1943 in Palästina die Nachricht bekam, daß das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ in der Nähe von Moskau gegründet worden sei — und ich mir die Namen derer vorlesen ließ, die dort zusammenwirkten, um sich mit den gefangenen deutschen Sol- daten in Verbindung zu setzen und zur Öffentlichkeit der Welt zu sprechen —, da wußte ich: Es wird wieder ein Deutschland geben, in das ich mit meiner

Frau und meinen Kindern zurückkehren kann und in dem ich meine Arbeit fortsetzen werde, soweit es mein Leben und meine Gesundheit zulassen. Wäre nicht nach der Gründung der SED dieser Staat, die DDR, gegründet worden — und zwar dadurch, daß die Spaltung der Arbeiterklasse beseitigt wurde, die ich schon im Jahre 1920 bekämpft habe —, so hätte ich nicht gewußt, wo ich meine Bliebe aufschlagen sollte.

Im Jahre 1948 bestieg ich ein tschechoslowakisches Flugzeug. Wir flogen über Athen und Rom und landeten in Prag. Dort trat mich Paul Wandel. Und ich kam zurück in diesen Teil Berlins, das damals noch nicht gespalten war und in dem wir die Trümmer sahen, diese furchtbaren Spuren der Luftangriffe, in unser demokratisches Berlin. So sehen Sie, daß ich hierher zurückgekommen bin und hier bleiben werde und nirgendwo anders leben könnte als eben in dieser DDR.

Hier nahm ich Kenntnis von dem unbeschreiblichen Müll, der auf unser deutsches Volk gewälzt wurde, nachdem man im Jahre 1933 das Deutsche Reich im Auftrage der Rhein- und Ruhrbarone dem Braunauer Gefreiten überliefert hatte. Es waren für mich, der ich nicht mehr lesen kann, zahlreiche und neue Fakten, die uns Prof. Norden hier eben vorgelesen hat. Auch ich sah in den 14 Jahren des Exils, wie sich das deutsche Volk und alle seine unterworfenen Gebiete ausplündern lassen mußten, entmenschen lassen wurde und in eine zu besiegende militärische Machmaschine verwandelt wurde.

Daß der Weltkrieg Nr. 2 ebenso enden würde wie der Weltkrieg Nr. 1 — davon war ich bereits im Jahre 1935 überzeugt. Ich habe in Paris, ich glaube im Jahre 1936, einmal einen alten Artikel von mir vorlesen lassen, in dem ich kommt, so wird er genauso enden, wie der erste Weltkrieg endete; denn der Weg der Menschheit in eine freie fortschrittliche, sozialistische und schöpferische Zukunft läßt sich nicht aufhalten, selbst nicht von so machtvollen Instrumenten wie dem Industriepotential von Rhein und Ruhr. Darum habe ich Ihnen heute meine Gegenwart aufgezungen.

Aber Sie müssen sich ganz klar darüber sein, wenn über die DDR gesprochen wird: Hier ist Deutschland! Hier können deutsche Schriftsteller atmen, rutschen in die Barbarei! Hier ist die Basis dafür gegeben, daß sich der Rückhätten, nicht wiederholen kann, auch kein dritter Weltkrieg, weil jetzt unsere Front die stärkere Front ist.

Es ist aber für mich, der ich als Schriftsteller das Ohr der Öffentlichkeit in vielen Sprachen gewonnen habe, eine Pflicht, dafür zu zeugen, daß unsere Deutsche Demokratische Republik — auch wenn Herr Senator Lipschitz jetzt versuchen will, irgendwelche Sonnenflecken bei uns auszutreiben und aufzudecken —, daß unsere Deutsche Demokratische Republik derjenige Staat ist, der für den freien deutschen Schriftsteller die einzige Heimat ist, die es heute für Deutschschreibende gibt. Hier sind wir imstande, so öffentlich wie jetzt und in allen diesen Jahren, die ich hier arbeite, dafür zu zeugen, daß das deutsche Element auf der Welt seine Flecken aus der Nahtzeit wieder losgeworden ist.

Aus den Fragen und Antworten auf der Pressekonferenz

„Neue Zeit“: Westdeutsche Zeitungen haben behauptet, daß Herr Globke in der Nazizeit jüdischen Bürgern Unterstützung gewährt hätte. Zur Untermauerung dieser Behauptung wurde erklärt, die Frau des Herrn Globke sei selbst jüdischer Mischling. Stimmt diese Behauptung?

Rabbiner Dr. Rieseburger zitierte die Geburtsurkunde der Frau des Bonner Staatssekretärs, aus der eindeutig hervorgeht, daß sie römisch-katholischer Religion ist. Adolf Deter, Sekretär des Ausschusses für Deutsche Einheit, legte Originaldokumente vor, in denen das preussische Innenministerium die „arische Herkunft“ von Frau Globke ausführlich bestätigte.

„Bayrischer Rundfunk“: Herr Norden, beachten Sie, das heute hier vorgelegene Material zu dem bevorstehenden Eichmann-Prozeß nach Israel zu überweisen?

Prof. Norden: Aber bestimmt!

Mrs. Rosner, „Daily Worker“: Darf ich wissen, von welchem Naziministerium diese Akten sind?

Prof. Norden: Vom Ministerium des Innern.

Mrs. Rosner: Enthält diese Akte etwas über die Rolle Globkes bei der Ausbürgerung z. B. von Rumänen oder anderen Leuten?

Prof. Norden: Wir haben sehr vieles, das diesen Komplex berührt. Wir wollen aber abwarten, ob Herr Globke mutig genug ist, selber zu gestehen.

Mr. Johnsen, Agentur Reuters: Seit wann sind diese Dokumente in Ihrem Besitz?

Prof. Norden: Seit kurzem.

„Bauern-Echo“: Das vorgelegte Material ist so lückenhaft, daß sich jede Frage dazu erhebt. Ist es nicht an der Zeit, Globke vor ein internationales Gericht zu stellen? Adolf Deter: Wir erwarten, daß die Adenauer-Regierung selbst Maßnahmen gegen Globke ergreift. Alle diese Tatsachen, die hier von Herrn Prof. Norden vorgetragen wurden, sind ein Anlaß für die hier anwesenden westdeutschen Journalisten, an die Adenauer-Regierung die Frage zu richten: Was wollen Sie gegen den Judenmörder Globke unternehmen?

Summet von der Zeitung „Haaretz“: Ich stamme aus Israel. Ich möchte Herrn Professor bitten, mir zu sagen, ob Sie auch anderes Material gegen Eichmann haben und ob Sie das komplette Material dem Gericht in Israel senden würden?

Prof. Norden: Was in unserem Besitz ist und den Komplex Eichmann in irgendeiner Weise berührt, wird den zuständigen Anklagebehörden zur Verfügung gestellt.

OBERLÄNDER UND GLOBKE

„Der Morgen“: Im Zusammenhang mit Globke wurde hier schon Oberländer mehrere Male erwähnt. Wie sind die Zusammenhänge zwischen den beiden Fällen? Ist der Fall Oberländer abgeschlossen?

Prof. Norden: Der Fall Oberländer ist solange nicht abgeschlossen, als er nicht hinter unseren Zuchthausgittern sitzt, hinter die er gehört. Er ist bekenntlich vom Obersten Gericht der DDR rechtskräftig verurteilt worden. — Er bezieht eine Pension von über 3000 DM als Minister, er bezieht Abgeordnendenlöhne von

über 2000 DM, er hat außerdem Nebeneinkommen, weil er schon wieder an einigen Ostinstituten installiert ist. Der Mann verfügt heute über ein Monats-

Dieser anerkannte Massenmörder, von dem kein Hand mehr ein Stück Brot nimmt, ist heute einer der höchstbezahlten politischen Mäker in Westdeutsch- land. Er darf noch ganze Landesverbände der CDU führen, er dirigiert weiter die Landsmannschaften, und die Bonner Regierung hat es abgelehnt, dem Auslieferungersuchen unseres Generalstaatsanwalts und unseres Obersten Gerichts nachzukommen. Das heißt, Bonn solidarisiert sich mit einem Mann, der die Massenverrichtungspraxis gegen die Juden durchgeführt hat.

Globoke ist kein anderer als derjenige, der die Entlastungsoffensive für Oberländer führte! Van Zwaart, den jetzt die holländischen Behörden eingelobt haben, dieser Kerl bekam von Globoke das Geld zur Reinwaschung Oberländers. Ich darf Sie weiter daran erinnern, daß nicht nur die Frage Globoke und Oberländer steht. Der Kanzler Adenauer war am 26. Januar dieses Jahres in Rom. Er hatte damals dort irgendein Treffen mit irgendeinem italienischen Ministerpräsidenten und hat dort erklärt, daß der holländische Untersuchungsausschuß die Beweise für die Unschuld Oberländers bringen werde. Sie sehen das perfekte Zusammenspiel Adenauer-Globoke-Oberländer.

„Neues Deutschland“: Professor Norden hat eine ganze Serie von Machenschaften angeführt, in die Globoke verwickelt ist. Gibt es Beweise oder ähnliche Beispiele dafür, welche Rolle er bei der Organisation der Hetze gegen die DDR und vor allem bei der Diffamierung der Opposition heute in Westdeutschland spielt?

Adolf Deier: Ich möchte zwei Beispiele anführen, die das beweisen. Globoke hat überall seine Hand im Spiel. Er ist die rechte Hand Adenauers und lenkt auch alle Aktionen der Hetze gegen die DDR.

Vielleicht erinnern Sie sich daran, daß vor einigen Monaten in Westdeutschland ein Plakat mit dem Kopf von Walter Ulbricht und einem Zitat, das eine glatte Fälschung darstellt, geklebt werden sollte. Dieses Plakat wurde von der „Ver- einigung für freiheldliche Politik“ herausgegeben. Das ist eine der zahlreichen Organisationen, die vom Bundespresseamt finanziert werden. Der Dienstvors- gesetzte des Bundespresseamtes aber war Dr. Hans Globoke. Daß er seine Finger im Spiel hatte, hat die großbürgerliche Zeitung „Die Welt“ am 23. Februar 1959 klargestellt.

Eine zweite schmutzige Aktion Globokes liegt schon etwas länger zurück. Adenauer erklärte 1953 vor einigen tausend Wählern, daß viele sozialdemokratische Funk- tionäre von der SED gekauft seien und daß die Solinger Landtagsabgeordneten Schroth und Scharley Tausende Mark vom Osten erhalten hätten.

Später, als die Wahlen zu Ende waren, kam es zu einem Prozeß. Dann wurde fest- gestellt: Das ist alles Lüge. Aber es kam noch mehr ans Tageslicht. Es wurde nämlich bekannt, daß das Bundeskanzleramt unter der Leitung von Dr. Globoke für den Nachrichtenhändler und Fälscher Stephan Gelder bewilligte. Die ganze Sache können Sie nachlesen im Protokoll der 150. Sitzung des 2. Bundestages.

WO NAZIS HERRSCHEN

ADN“: Was ist zu der Ankündigung des Westberliner Innenministers Lippschitz zu sagen, daß er demüßigt Listen über Nazis veröffentlicht werden, die angeblich in der DDR hohe Funktionen einnehmen?

Prof. Norden: Wenn die Leute sehen, daß wir mit Listen über die schwerbelasteten, aktiven Nazi- und Kriegsverbrecher an der Spitze des Bonner Staates aufwarten, kommen sie mit solchen Geschichten. Wir klagen die Globke und Oberländer nicht an, weil sie Mitglieder der NSDAP gewesen sind. Den einfachen Nazis, die ihre Pflicht tun, die sich dem Gesetz gegenüber richtig verhalten, will niemand etwas. Was wir feststellen und festhalten wollen ist: Wo sind in Deutschland faschistische Kriegsverbrecher und prominente Nazis wieder an der Macht und tun dasselbe, was sie im Dritten Reich getan haben? Wir klagen die Globke und Oberländer darum an, weil sie Millionen Menschen entweder direkt ermordeten oder die intellektuellen Urheber, Mitorganisatoren und Führer dieser schrecklichsten rassistischen Politik, dieser Politik der Herrenrasse, gewesen sind. Bonn kann keinen einzigen finden, der bei uns in der DDR an prominenter Stelle steht und dem irgendein solches Verbrechen nachgewiesen werden könnte.

Wir haben — und tun das noch — früheren Nazis die Chance gegeben, sich politisch zu rehabilitieren. Es sind meist solche, die rechtzeitig, oft unter eigener Gefahr und unter Androhung oder gar Vollstreckung der Sippenhaft für ihre Familien, mit Hitler gehrochen haben und auf die Seite des Antifaschismus übergegangen sind, die seit 15 Jahren im Kampf gegen die Elemente des Krieges und des Faschismus eine positive Rolle spielen.

VORGESETZTER DER FRONTSTADT

Prof. Norden und Herr Deter führten weiter zur Frage des ADN-Korrespondenten aus:

Adolf Deter: Es ist ja bekannt, daß Globke seinen Einfluß nicht nur auf Westdeutschland, sondern auch auf Westberlin ausdehnt. Er hat sehr enge Beziehungen zu dem Repräsentanten der Bundesregierung in Westberlin, Dr. Vockel.

Prof. Norden: Globke hat nicht nur enge Beziehungen zu Herrn Dr. Vockel, sondern er ist sein Vorgesetzter. Er gibt ihm Anweisungen, und da er die unrechtmäßig in Westberlin sitzenden Vertretungen des Bonner Regimes instruiert, kommandiert er gleichzeitig den ganzen schamhüchlichen Feldzug, der von Westberlin aus gegen uns geführt wird; denn über Vockel gibt er seine Hinweise, Anweisungen, Vorschläge und Direktiven ja auch an den Westberliner Frontstadtsenat.

Welche Rolle Globke im Zusammenhang mit Westberlin spielt, wurde vor einem Jahr bekannt, als der französische Premier Debré vor der Genfer Außenministerkonferenz Besprechungen mit Adenauer hatte. Damals war Debré in Bonn zu Besuch. Globke war bei diesen Besprechungen ständig anwesend. In der „Tribüne de Nation“ berichtete der bekannte Journalist George Bertin damals, am 8. Mai 1959, daß Globke abschließend erklärt habe:

„Denjenigen, die im Westen die deutsche Angelegenheit ‚entberlinisieren‘ wollen, muß man eine Antwort erteilen, indem man die Berlin-Äffäre dramatisiert. Der Kotrapunkt von Genf soll diese Dramatisierung der Tatsachen sein, was es auch kosten möge.“

Das ist ja wohl deutlich genug und zeigt, welche Rolle bei dem Hochspielen der Westberlin-Frage und bei der Verwandlung Westberlins in einen Knotenpunkt der Innerdeutschen und Internationalen Gegensätze Globke spielt. Es ist ein zusätzlicher Beweis dafür, wie überreif zur Lösung die Westberlin-Frage ist.

Pressestimmen

„Prawda“, 29. Juli 1960

Die Zeitung gibt in einem Artikel ihres Berliner Korrespondenten ausführlich die Tatsachen über Globkes Mitschuld an der Ermordung von sechzehnhalb Millionen europäischer Juden wieder.

„Nepszabadsag“, 29. Juli 1960

Die Budapester Zeitung betont, daß Globke sich leidenschaftlich zum Nazismus bekannte und daß er nicht nur die Nürnberger Blutgesetze selbst verfaßt hat, sondern auch für die Juden deportationen in den von den Faschisten besetzten Gebieten verantwortlich ist.

„General-Anzeiger“, Bonn, 29. Juli 1960

Der Bonner „General-Anzeiger“ bringt einen groß aufgemachten Artikel unter der Überschrift „Pankow stürzt sich jetzt auf Globke – massive Vorwürfe auf einer Pressekonferenz in Ostberlin“ zur Pressekonferenz am 28. Juli 1960.

Er schreibt u. a.: „Für die Bundesregierung darf es mit der einfachen Erklärung an allem sei kein wahres Wort, nicht getan sein. Der große Fehler im Fall Oberländer war, daß kein ernüchterter Versuch unternommen wurde, die in den Beschuldigungen genannten Vorgänge offen zu untersuchen und zu klären. Niemand verhinderte es, daß Oberländer seine Rehabilitation bei einem obakuren Komitee im Ausland suchte, dessen Initiator Joop Zwaart inzwischen hinter Schloß und Riegel sitzt... Denn der Rücktritt Oberländers mußte schließlich als ein Eingeständnis erscheinen, daß an den Vorwürfen doch etwas dran war.“

„Kölnner Stadt-Anzeiger“, 29. Juli 1960

Das Blatt berichtet, daß die Enthüllungen des Ausschusses für Deutsche Einheit auf der Personalakte Globkes aus dem früheren Nazi-Innenministerium fäßen.

„Trierischer Volksfreund“, 29. Juli 1960

„Auch nach dem Abgang Oberländers galt Globke trotz wachsender Stimmen weiterhin als unantastbar. Darauf müssen wir die Regierung jetzt festnageln. Es wäre unvorstellbar und der Vertrauensverlust draußen und drinnen im Land erschreckend, wenn Bonn! wieder einmal unter dem Druck Pankows einen Mann fallenlassen müßte, den es bisher für Integre hielt... Wenn Bonn sich nicht mit gutem Gewissen vor Globke stellen kann, dann ohrfeigt es sich selbst.“

„Westfälische Rundschau“, 29. Juli 1960

„Der Vertrauensmann Adenauers war schon immer umstritten... Bestehen bleibt die Tatsache, daß Globke als Kommentator der nationalsozialistischen Rassengesetze

eine zweifelhafte Rolle gespielt hat. Zu bezweifeln bleibt, ob es richtig war, ihm wieder eine Spitzenstellung in der Bundesrepublik zu geben...

Die angekundigte Auslieferung der Pankower Dokumente an die israelische Regierung konnte nach sich ziehen, daß im Eichmann-Prozess manches erweitert wird, was der Bundesregierung peinlich ist und dem Ansehen der Bundesrepublik schaden könnte. Deshalb ist zu bedauern, daß Globke nicht schon seit langem den einzig richtigen Weg gewählt hat: in Pension zu gehen."

Die Koblenzer „Rhein-Zeitung“ vom 29. Juli 1960
fordert in einem Kommentar mit einem Hinweis auf das Bonner Taurichen um Oberländer, daß die Angelegenheit Globkes „auf keinen Fall auf die lange Bank geschoben werden darf“.

Die schwedische Zeitung „Ny Dag“ vom 29. Juli 1960
schreibt unter der Überschrift „Adenauers rechte Hand ein gemeiner Nazi-Verbrecher“: „Die Enthüllungen über die furchterlichen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, begangen durch Adenauers Staatssekretär Hans Globke, haben wie eine Bombe eingeschlagen.“

„Libération“, 29. Juli 1960
Die Zeitung schreibt unter der Überschrift „Sensation in Berlin“: „Dr. Hans Globke, Staatssekretär in Bonn, hat mit Eichmann zusammengearbeitet... Man erinnert sich, daß die Bonner Regierung sich ebenfalls bis zu dem Tage gegen die Anklage Oberländers empört zeigte, wo sie diesen entfernen mußte.“

„News Chronicle“, 29. Juli 1960
In einem vierspaltigen Bericht über die Berliner Pressekonferenz mit Professor Norden weist der „News Chronicle“ darauf hin, daß die Enthüllungen des Ausschusses für Deutsche Einheit über Globke von „derselben Organisation kommen, deren öffentliche Kampagne kürzlich Oberländer dazu zwang, als Adenauers Flüchtlingsminister zurückzutreten... Heute ist er der mächtigste Beamte in Westdeutschland. Adenauer nennt ihn ‚meinen treuesten Freund‘, aber wie er ernannt wurde und wie er es fertigbrachte, im Amt zu bleiben, bleibt ein Rätsel.“

„Neue Zürcher Zeitung“, 29. Juli 1960
Die Zeitung empfiehlt, „die vom Osten präsentierten Dokumente über die Vergangenheit hoher Beamter des westdeutschen Staates sorgfältig zu prüfen“. Diese Enthüllungen hätten „eine starke Wirkung auf intellektuelle Kreise in Deutschland und im Ausland, deren Verhältnisse zur Bundesrepublik durch bestimmte Vor-kommnisse und Tatbestände, etwa die jahrelange Präsenz eines ehemaligen Vor-kämpfers der Rassenideologie in der westdeutschen Regierung, belastet wird“.

DECLASSIFIED

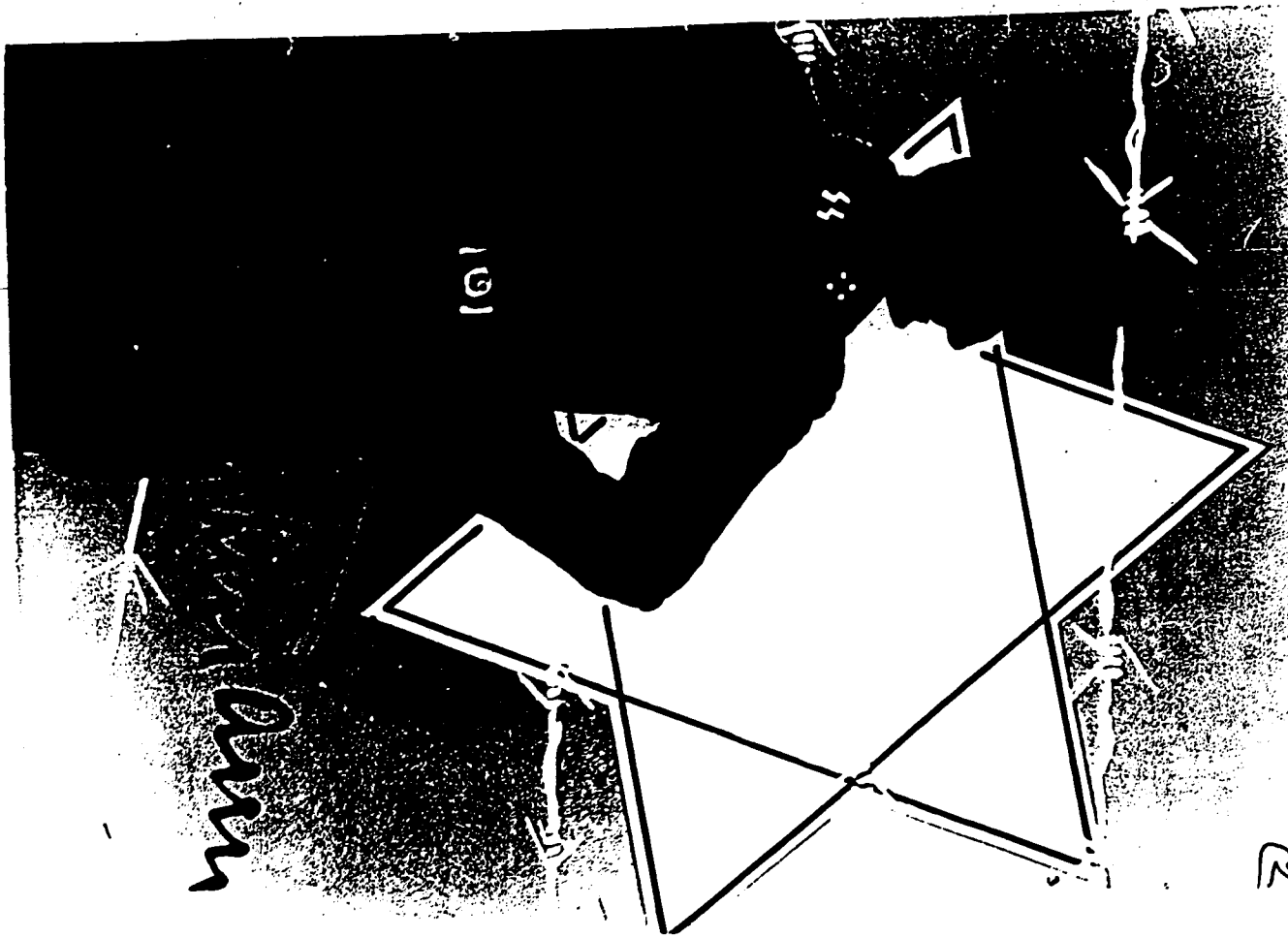
Authority *NWD 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

2

Der Fall Adolf Eichmann

DECLASSIFIED

Authority *NND 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*



DECLASSIFIED

Authority *NND 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

1

Der Fall

Adolf Eichmann u. a.

DECLASSIFIED

Authority *NND 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

Der verschundene Obersturmbannführer

Der Mann, von dem hier die Rede ist, war 15 Jahre verschunden. Er galt als tot. Doch er war nicht tot, sondern hatte es nur vorgezogen einen anderen Namen anzunehmen und unterzutauhen. Das taten viele damals; in jenen Maitagen des Jahres 1945. Unser Mann war in einem unscheinbaren Privatwagen quer durch Deutschland vor den anrückenden sowjetischen und amerikanischen Truppen geflüchtet. In Süddeutschland kam er nicht weiter. Die verstopften Straßen, voll von flüchtenden Menschen, geschlagenen Divisionen, ausgebrannten Panzern und querstehenden Kübelwagen, geboten seiner Flucht Einhalt. Doch die Angst trieb ihn vorwärts. Er stieg aus dem Wagen, der ihm jetzt nichts mehr nutzen konnte, und lief zu Fuß weiter.

Er vernahm es sich in der Nähe von Straßen oder befahrenen Wegen sehen zu lassen.

Er hatte ein ganz bestimmtes Ziel, und das war der Ort Alt-Aussee im Salzburgtischen. Dort traf er am 3. Mai 1945 ein. Der Mann war erschöpft. In seinen Augen saß flackernde Unruhe; die Strapazen eines langen Fußmarsches waren an seiner zerschissenen Kleidung deutlich sichtbar. Doch das alles bekümmerte den Mann, dessen Ehrgeiz es sonst war, stets überkorrekt und adrett angezogen zu sein, in diesen Stunden wenig.

Die Straßen von Alt-Aussee glichen am 3. Mai 1945 einem Heerlager. Reste geschlagener Truppen kampierten auf den verschiedenen Plätzen der Stadt. Ordnonanzoffiziere der Wehrmacht und der SS liefen von einer Villa zur anderen, nach irgendwelchen Stäben fragend, die längst schon weitergefahren waren. Auflösung und Chaos griffen von Stunde zu Stunde mehr um sich. Alle beunruhigte die Nachricht von dem Näherücken einer amerkanischen Panzerarmee. Es gab keine deutsche Abwehrfront mehr, hinter der man sich hätte verkrühen können; es gab keine Etsappe mehr, in der man sich noch als Held aufspielen konnte.

So kehrte das Ende des Krieges alles wieder ins richtige Gleis. Feiglinge gebürdeten sich wieder feige, Schwächlinge gaben zu, daß sie Angst hatten, und Mörder greinten ob der Strafe, die sie erwarteten.

Der Mann suchte in Alt-Aussee einen ganz bestimmten Stab. Er rannte keuchend durch den idyllischen Fremdenverkehrsort, ohne einen Blick für die Idylle zu haben. In einer kleinen Straße stieß er auf einen SS-Ordnungsziel.

„Ich suche Kaltenbrunner“, sprach er den Offizier an. „Haben Sie keine Ahnung wo ich ihn finden könnte? Ich soll mich schon seit Tagen bei ihm melden. Irgendwo hier muß er stecken.“

DECLASSIFIED

Authority *NWD 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

1 3

SS-Obersturmbannführer
Adolf Eichmann — der
Mörder von sechs Mil-
lionen Juden



„Was wollen Sie denn von Kaltenbrunner?“ fragte der SS-Offizier, ohne sich Mühe zu geben, sein Erstaunen zu verbergen. „Jetzt, wo mancher froh ist, Kaltenbrunner nicht zu kennen, da kommen Sie mir vor . . .“ Der Mann unterbrach ihn. „Jaja, ich weiß, was Sie denken, es fragt sich nur, wer unangenehmer berührt ist, wen zu treffen. Ich den Kaltenbrunner oder er mich.“

Der SS-Offizier wies auf einen eleganten Villenbau, vor dem zwei SS-Leute Wache standen.

„Nun, jeder ist Herr seines eigenen Willens, dort drüben finden Sie den Chef des Reichssicherheitshauptamtes. Ich für meine Person sehe lieber zu, daß ich hier wegkomme. Die Gegend ist nämlich verdammt heiß. Wissen Sie, Zuvial SS. Und der Amerikaner nur noch 15 km entfernt.“

Das sagte ein SS-Offizier an jenem 3. Mai 1945 zu dem Mann. Es war einer der Offiziere, die immerhin viele Jahre der Meinung gewesen waren, daß ihre Ehre Treue hieß. Treue zu Adolf Hitler. Doch der lebte zu dieser Stunde schon nicht mehr.

Als sich der Mann beim SS-Posten vor der Villa einfand, nannte er seinen Namen.

„Sagen Sie dem Obergruppenführer, daß sich der SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann bei ihm melden möchte.“

DECLASSIFIED

Authority *NWD 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

1
4

Mit gleichgültigem Gesicht verschwand der Posten im Innern der Villa. Der Name Eichmann sagte ihm nichts, und selbst wenn er für ihn irgend- eine Bedeutung gehabt hätte, noch bedeutender war, daß man die Ankunft der Amerikaner erwartete und immerhin die verfluchte Rune am linken Arm trug.

Die Meldung des SS-Mannes schlug jedoch bei Kaltenbrunner wie eine Bombe ein.

Der Obergruppenführer sprang erregt auf und schrie laut und ungehalten einigen Offizieren seiner Umgebung zu: "Nun kommt uns auch noch dieser Kerl in die Quere. Ich dachte, den hätte schon längst der Teufel geholt. Was sollen wir jetzt mit Eichmann, wo wir versuchen müssen, uns mit den Amerikanern zu arrangieren. Der Kerl belastet uns nur. Eichmann muß weg."

Kaltenbrunner lief eilends die Treppe hinunter und stürmte auf Adolf Eichmann zu.

Der nahm Haltung an und wollte sich gerade mit einem schnarrenden "Heil Hitler, Obergruppenführer" melden, als ihm die Worte beim Anblick des zornroten Gesichtes von Kaltenbrunner erstarben. Was sich damals in jener Villa abspielte, entbehrt nicht der Pikanterie, wenn man sich überlegt, daß alle, die zugegen waren, einst zu den führenden Größen des Dritten Reiches gehört hatten und bis zuletzt dem deutschen Volk einen "unbedingten Siegeswillen" angeraten hatten.

Bis 5 Minuten nach 12 wollten sie mit "ihrem Führer" kämpfen. Nun war es 3 Minuten nach 12, und die "Kämpfer" kannten nur ein Ziel: zu überleben.

Kaltenbrunner, der sich während der Jahre seiner Herrschaft niemals geschaut hatte, einen Mordbefehl nach dem anderen zu erteilen, wollte plötzlich von dem Mörder Eichmann nichts mehr wissen.

"Was bilden Sie sich denn ein?" schrie er den SS-Obersturmbannführer an. "Wie können Sie es überhaupt noch wagen, hierherzukommen? Sie sind hier nicht erwünscht. Wenn die Amerikaner in Alt-Aussee einrücken, ist es meine Absicht mit Ihnen wegen der Übergabe aller sich noch hier befindlichen SS-Einheiten zu verhandeln. Das gilt jedoch nicht für Sie, Eichmann. Sie wissen doch, Sie sind den Alliierten seit langem als der Mann bekannt, der die 'Endlösung' in die Tat umgesetzt hat. Wissen Sie nicht, was man im Ausland über Sie schreibt?"

Adolf Eichmann — Judenvernichtungsspezialist des Dritten Reiches — Zutreiber für die Gaskammern von Auschwitz — das brauchte ich Ihnen doch nicht extra zu sagen."

Eichmanns Gesicht war schlaft geworden.

"Aber Obergruppenführer", versuchte er sich zu verteidigen, "Sie wissen doch, daß ich nur nach Befehl gehandelt habe. Es war doch der persönliche

1
5

Wunsch des Führers, daß die Judenfrage nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa von uns gelöst werden sollte."

Kaltenbrunner lächelte zynisch.

"Sie vergessen dabei eins. Hitler ist tot. Auch stammten von ihm nur Befehle für die Deportation der Juden aus Deutschland. Die späteren Befehle zur 'Sonderbehandlung', die kamen von Heydrich, und Heydrich ist ebenfalls tot. Es bleibt also nur noch einer, der für die ganze Geschichte verantwortlich ist. Das sind Sie, Eichmann. Und deshalb müssen Sie hier weg. Ich will nämlich mit der ganzen Sache nichts zu tun haben. Verschwinden Sie also schleunigst. Das können Sie meinewegen sogar als einen Befehl auffassen."

Kaltenbrunner drehte sich brüsk um und ließ den verstörten Eichmann stehen.

In diesen Sekunden begriff der Obersturmbannführer Adolf Eichmann, seit 1930 Leiter der Abteilung 4b im Referat IV A des Reichssicherheitshauptamtes, daß alles zu Ende war. Was jetzt noch blieb, das war das Gefüge, das war die ständige Angst. Kaltenbrunner war von ihm abgerückt, und das würden auch die anderen tun. Deshalb hieß es jetzt untertauchen. Von den alliierten Truppen durfte er nichts erhoffen. Wie ein Betrunkener schwankte Adolf Eichmann aus der Villa Kaltenbrunners. Die Gedanken gingen ihm wirr im Kopf herum. Er suchte einen Ausweg, doch ihm blieb nur die Verzweiflung.

15 Jahre wähnte die Flucht des Obersturmbannführers. Zur Ruhe kam er in dieser Zeit wenig. Als er sich wie ein Dieb aus Alt-Aussee wegschlich, wurde eine Almhütte in den Bergen seine erste Zufluchtsstätte.

Mit einer Rote von SS-Leuten, Hitlerjungen und Flakhefern hauste er hier einige Tage. Wenige Stunden, nachdem er Alt-Aussee verlassen hatte, waren dort amerikanische Truppen eingezogen.



6

1
6

Für Kaltenbrunner war das Spiel aus. Vergebens versuchten er und sein Stab, sich bei den amerikanischen Frontoffizieren anzubledern.

Für den Chef des Reichsicherheitshauptamtes gab es kein neues Engagement. Seiner harrieten Nürnberg und der Galgen. Es war zwecklos, daß er Eichmann davongelastet hatte.

Die Amerikaner interessierten sich für den Mörder Eichmann, aber sie interessierten sich auch für den Mörder Kaltenbrunner. Da blieb es gleichgültig, wer die größere Schuld auf sich geladen, wer die meisten Morde ausgeführt hatte.

Auch in der Almhütte fand Eichmann keine Ruhe.

„Du mußt weg“, sagte einer von seinen SS-Kumpansen zu ihm. „Eines Tages schnappen uns die Amis doch. Dann haben wir genug mit unseren eigenen Angelegenheiten auszubaden. Du würdest die Situation unnütz verschärfen. Man wird denken, daß wir zu deinem Laden gehörten.“

Von seinen eigenen Leuten ausgestoßen, irrte Eichmann nun allein durch die Berge.

Eichmann hatte längst die SS-Uniform abgelegt und trug jetzt die Uniform eines Luftwaffenobergefreiten. Mit der Uniform hatte er auch seinen Namen gewechselt. Es gab keinen Adolf Eichmann mehr. 15 Jahre lang. --

Damals nannte er sich Obergefreiter Adolf Barth.

Tagelang blieb er auf seiner Flucht unbehelligt von amerikanischer Seite.

Dann, in Ulm war es, wurde er zum erstenmal aufgegriffen. Man überführte ihn in ein Kriegsgefangenenlager in der Nähe der Stadt. Mehrere Wochen hielt es der „Luftwaffenobergefreite Barth“ in diesem Lager aus. Doch er befruchtete, entdeckt zu werden.

Es gab keine Nacht, in der er ruhig schlief. Jeden Morgen wurden einige der Gefangenen von dem amerikanischen CIC verhört. Eichmann konnte sich ausrechnen, an welchem Tag seine Vernehmung stattfinden würde. Er konnte sich aber auch ausrechnen, daß es bei einer solchen Vernehmung keine Hoffnungen für ihn geben würde, ungeschoren davonzukommen. Die Amerikaner brachten z. B. nur seine SS-Blutgruppenkategorisierung zu entdecken und ihm dann die Frage vorzuliegen, wie er zu der Uniform der deutschen Luftwaffe gekommen sei.

Adolf Eichmann beschloß, eine solche Vernehmung nicht abzuwarten, sondern aus dem Kriegsgefangenenlager zu flüchten. Das fiel ihm nicht allzu schwer, weil es die amerikanischen Soldaten mit der Bewachung solcher Gefangenenlager, in denen sich oft Zehntausende deutscher Soldaten befanden, in den ersten Nachkriegstagen nicht allzu genau nahmen.

In einer kalten und regnerischen Nacht schlüpfte der SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann ungesehen aus dem amerikanischen Gefangenenlager. Nach einigen Tagen legte er in einem Bauerngehöft zivile Kleidung an. Wieder erlaubte er sich einige Wochen der Freiheit. Er hungerte sich bei Bauern durch, deren Söhne selbst irgendwo in Kriegsgefangenschaft

DECLASSIFIED

Authority *NWD 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

geraten waren, und spielte den Mann, der die Nase vom Krieg, von Hitler und den Nazis für alle Zeiten voll habe. Eines Tages lief er einer amerikanischen Streife in die Hände, gerade als er aus einem Bauernhaus auf die Straße getreten war, um sich weiter in Richtung Norddeutschland durchzuschlagen.

Die amerikanischen GIs brachten ihn in das Kriegsgefangensammel-lager nach Weiden in der Oberpfalz. In diesem Lager wurden die Gefangenen von den Amerikanern mit Wegebau und anderen Verrichtungen innerhalb und außerhalb des Lagers beschäftigt. Jeden Morgen fückten die Gefangenen in einzelnen Arbeitskompanien zu ihrem Tagewerk aus.

Einem amerikanischen Leutnant fiel nach kurzer Zeit der kriegsgefangene „SS-Oberscharführer Adolf Barth“, so nannte er sich jetzt, durch Korrektheit und sachliches Auftreten auf, und der Leutnant setzte Eichmann als Führer einer solchen Arbeitskompanie ein. Doch auch in diesem Lager nahm der CIC Verhöre unter den Gefangenen vor.

Soldaten, die bereits verhört worden waren, schilderten Eichmann, daß diese Verhöre alles andere als angenehm seien. „Die Amis gehen nicht gerade sanft mit dir um“, schüchternen ihn einige SS-Leute ein. „Manchmal prügeln sie dich auch.“

Eichmann lebte wieder in Furcht. Er hatte schließlich nichts Schriftliches bei sich, das ihn als „Oberscharführer Barth“ auswies.

Außerdem hatte er mehrmals probiert, den Namenszug Barth ohne Stokken niederzuschreiben. Das war ihm nie zu seiner Zufriedenheit gelungen. Da er noch nicht registriert war, wechselte er erneut seinen Namen und nannte sich jetzt SS-Untersturmführer Edkmann.

Zu dieser Zeit wurden einige SS-Leute aus dem Lager Weiden in das Lager Oberdachstein überführt. Auch Eichmann gehörte zu ihnen. In Oberdachstein nahm sich der CIC gründlichst der inhaftierten SS-Leute an.

Auch Eichmann konnte sich jetzt nicht mehr länger dem Verhör entziehen.

Zweimal noch ging es glimpflich für ihn ab. Einmal mußte er nur einen Fragebogen ausfüllen und beim andern Mal das frei wiederholen, was er in dem Fragebogen als Angaben zu seiner Person niedergeschrieben hatte.

Beim drittenmal verhaspelte er sich in Widersprüche. Die Amerikaner schöpften Verdacht.

Das war Eichmann nicht entgangen. In den nächsten Stunden wußte er wieder ein noch aus. Da wandte er sich an einige höhere SS-Offiziere des Lagers und gestand ihnen ein:

„Ich bin der SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann. Kameraden, mehr brauche ich euch wohl nicht zu sagen.“

Adolf Eichmann wandle jetzt die Methode an, mit seinem Namen bei den anderen Furcht vor amerikanischen Repressalien zu erwecken.

Sein Gedankengang erwies sich als richtig. Wiederum spielte sich dieselbe Szene ab, die Eichmann zum erstenmal bei dem SS-Obergruppenführer Kaltenbrunner in Alt-Ausssee erlebt hatte und die ihn damals, noch der pflichtveressene SS-Getreue, bis ins Innerste getroffen hatte. Hier wurde derselbe Vorgang zu seiner Rettung.

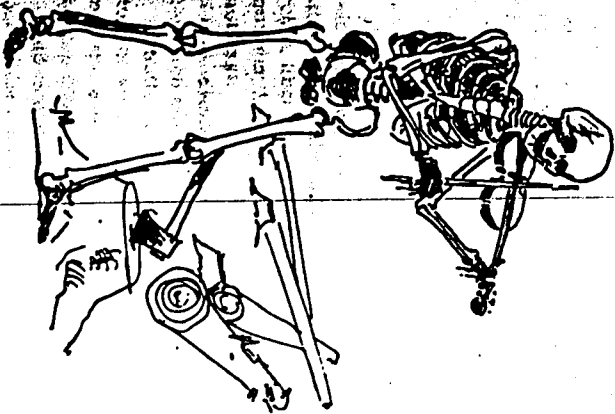
Die „SS-Kameraden“, die noch einige Monate zuvor bei der Nennung dieses Namens und des Ranges strammgestanden hätten, waren jetzt wie von dem Gedanken erfüllt, aus der Nähe dieses Mannes so schnell wie möglich wegzukommen. Da sie hierzu jedoch keine Gelegenheit hatten, ertrachteten sie sich zu einer Hilfsaktion für Adolf Eichmann, dessen „Kameradschaft“ ihnen in diesen Augenblicken sehr unangenehm war.

Mit Hilfe dieser SS-Leute gelang Adolf Eichmann erneut die Flucht aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft.

Damit wechselte er zugleich zum drittenmal seinen Namen. Aus dem SS-Untersturmführer Eckmann wurde nun der Holzfäller Otto Heninger, der sich in ein Holzfällerlager in die weitabgelegene Lüneburger Heide zurückzog.

Um diese Zeit war es, als in den ersten wiedererstandenen deutschen Tageszeitungen die ersten Berichte über die grauenvollen Untaten des „Endlösers“ Eichmann erschienen. Im Holzfällerlager bei Celle kamen diese Zeitungen auch manchmal in die Hände eines blöder wirkenden Mannes, der den Namen Otto Heninger trug und Tag für Tag einer schweren Arbeit als Holzfäller nachging.

Abends machte sich der „Holzfäller Otto Heninger“ bei der Ausschmückung der karg eingerichteten Baracken nützlich.



1
9

Er plauderte mit den anderen Holzfällern über Musik, und manchmal spielte er auf einer Geige österreichische Heimatlieder. Dann konnte es geschehen, daß der "Mann Otto Heninger" laut aufjodelte und durch den Überschwang seiner Stimmung seine Kameraden zu größten Ausgelassenheit mitriß.

Zu anderen Stunden saß derselbe Mann still und in sich versunken da, und niemand durfte ihn in solchen Augenblicken ansprechen. An was er dachte, erfuhren die Männer des Holzfällerlagers allerdings nie.

Heute, nach Otto Heninger befragt, entsinnen sie sich nur, daß er ein sehr korrekter Mensch gewesen ist, der sich stundenlang damit aufhielt, seine Sachen zu pflegen, und es partout nicht leiden konnte, wenn etwas am unrechten Platz lag.

Immer wieder stießen wir auf diese Adolf Eichmann nachgesagte Korrektheit.

Sie ist kennzeichnend für sein Leben.
Mit derselben Korrektheit schickte der SS-Obersturmbannführer Eichmann einst Hunderttausende von jüdischen Menschen aus allen Ländern Europas in die Gaskammern der Konzentrationslager.

Seine Untergebenen von damals wissen zu berichten, daß er dabei auf die winzigste Kleinigkeit achtgab. Eine falsche Zahl, ein zu niedrig ange-setzter Transport nach Auschwitz konnten ihn zu einem nögehenden Pedanten machen.

Ein korrekter Mann, gewissenhaft bis zur Pedanterie, mit einer guten Allgemeinbildung und einem ausgeprägten Organisationsstalent, ein Mann, der seine drei Söhne abgöttisch liebte und sich während der Kriegszeit in Prag, mehrmals fotografieren ließ, als er seine Kinder auf den Knien schaukelte, das war Adolf Eichmann.

Und dieser Adolf Eichmann war einer der größten Massenmörder des braunen Unrechtsstaates.

Im Reichssicherheitshauptamt der SS-Gewaltigen, wo es solche Männer wie den blonden Eingezling Reinhard Heydrich, den schwämmigen Gestapochef Müller oder den skrupellosen Schellenberg gab, wurde der korrekte, überhöfliche Adolf Eichmann, der Mann mit dem guten Benehmen, mit der Durchführung des Befehls zur „Endlösung der Judenfrage“ beauftragt.

Und dieser Befehl genügte, aus einem sogenannten gewissenhaften Beamten einen gewissenhaften Mörder zu machen.

Er hatte bei seiner Aufgabe im Reichssicherheitshauptamt mit Zahlen zu tun, er konnte sein Organisationsstalent verwenden, und er erlebte die Genugung, daß ihm jede Woche auf die Schulter geklopft wurde und seine beiden Gaben, Korrektheit und Organisationsstalent, gelobt wurden.

Daß es dabei um Menschen ging, darüber schlug ihm nie das Gewissen.
Mit dem erhaltenen Befehl war er seiner Meinung nach zugleich der

1
10

Verantwortung entzogen, und wer sich nicht verantwortlich fühlte, dem schlägt auch kein Gewissen.

Doch noch sind wir in dem Holzfällerlager in der Lüneburger Heide, wo der „Mann Otto Heninger“ wieder einmal darüber nachgrübelte ob er bereits hier Endstation machen soll oder ob es besser wäre, wenn er sich ins Ausland begäbe.

Anfang 1950 hält es Eichmann in der Lüneburger Heide nicht mehr aus.

Von Monat zu Monat hat bei ihm die Furcht zugenommen, doch noch entdeckt zu werden und sich vor einem Gericht verantworten zu müssen.

Dieser Gedanke erschleicht ihm jetzt in der Vorstellung weitaus schlimmer als damals in den Mattagen des Jahres 1945.

Inzwischen sind fünf Jahre ins Land gegangen. Auf westdeutschem Boden ist ein neuer Staat entstanden, und in diesem neuen Staat haben viele Männer, einstige Mitkämpfer eines Adolf Eichmann aus brauner Vergangenheit, erneut eine gute Position eingenommen.

In Anbetracht solcher Gegebenheiten möchte auch Adolf Eichmann nicht mehr der einzig Durcme sein, dem es noch nachträglich an den Kragen geht.

1945 hatte er sich wenig Chancen ausgerechnet. Damals sah alles so aussichtslos für ihn aus, daß er fast gewillt gewesen wäre, sich in sein Schicksal zu ergeben.

Jetzt, fünf Jahre darnach, wo mancher Bundesbürger kaum noch an die Vergangenheit denkt, sondern vielmehr an die Prosperität des Morgen, wo die Mägen wieder satter werden, ist auch Adolf Eichmann von einer Lebensglück erfüllt, die nur mit Schaudern jenen Gedanken zuläßt, daß sich ihm eine Hand auf die Schultern legen könnte und eine Stimme zu ihm sagen würde: „Adolf Eichmann, Sie sind verhaftet.“

Nein, diese Worte will der Mann in der Lüneburger Heide nicht hören. So erfüllen ihn wieder Unruhe und Unrast.

Pflichtlich scheint ihm der Boden Deutschlands viel zu heilig. Überall sieht er sich Gefahren ausgesetzt.

Und so flieht der „Holzfäller Otto Heninger“ erneut quer durch Westeuropa und begibt sich über die österreichische Grenze nach Italien.

Bei dieser Flucht, die steht heute einwandfrei fest, erhielt Adolf Eichmann von derselben nazistischen Untergrundorganisation Hilfe, die bereits dem Auschwitz-KZ-Arzt Mengele und später dem Antisemiten Zind und dem Münchner KZ-Mörder Eisele die Flucht ins Ausland ermöglicht hatte.

Und noch etwas ist für diese Phase des Lebensweges von Adolf Eichmann ausschlußreich.

Kauno hatte nämlich Eichmann die Grenze nach Italien überschritten, da wurde er von faschistischen italienischen Gewährungsmännern weiter nach

1 1.1

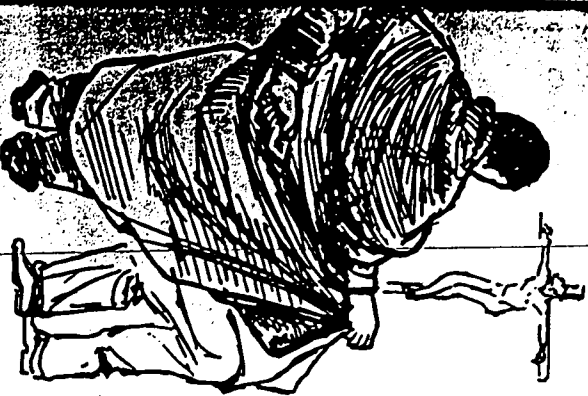
Genua in das dortige Franziskanerkloster geleitet. Hier in diesem Kloster hielt ihn ein leitender Pater längere Zeit verborgen.

Eines Morgens weckte dieser Pater Eichmann mit den Worten: „Sie bräuden sich nun keine Sorgen mehr zu machen. Ich habe gerade vom Vatikan für Sie einen Flüchtlingspaß auf den Namen Ricardo Klement erhalten. Dieser Paß ist für Argentinien bestimmt.“

Dankbar ergriff Eichmann die Hände des Paters. Gerührt stellte er die Frage: „Wie haben Sie das nur gemacht?“ Der Pater lächelte maliziös.

„Dem Vatikan ist eine große Weltflüchtlingsorganisation angeschlossen. Täglich wenden sich Hilfesuchende wegen einer Auswanderung an diese Organisation des Vatikans. Ich habe nichts weiter getan, als dort auch für Ihre Person einen Paß zu beantragen. Denn Sie sind doch ebenfalls ein Flüchtling.“ —

Der sogenannte „Römische Weg“ führte auch Adolf Eichmann ins Ausland. Eine faschistische Hilfsorganisation für Kriegsverbrecher in Westdeutschland, die von Bonner Regierungskreisen großzügig geduldet wird, ermöglichte ihm die Flucht nach Italien, wo ihm gleichgesinnte Kreise weiterhalfen. —



Nun hielt es ihn nicht länger in Genua. Auf dem nächsten Schiff, das nach Argentinien ausließ, buchte er eine Passage und trat die Überfahrt nach Buenos Aires an. Hier in Argentinien versuchte er sich in vielerlei Stellungen. Er lebte zuletzt als Leiter einer Angora-Kaninchen-Farm in der Pampa (laut der westdeutschen Zeitschrift „Stern“) oder arbeitete als Angestellter in den argentinischen Autowerken von Mercedes-Benz (laut der westdeutschen Zeitschrift „Spiegel“). Längst hatte er seine Familie nachkommen lassen und führte mit ihr ein trautes Familiendasein.

Die Furcht vor einer Entdeckung ließ in den Jahren immer mehr nach. Im Staate des faschistischen Diktators Peron waren viele einflußreiche Nationalsozialisten aufgenommen worden. Hier lebten auch lange Zeit der nazistische Oberst Rudel sowie

DECLASSIFIED

Authority *NWD 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

1
12



Wieder auf der Flucht vor seiner Vergangenheit — Eichmann (Mitte)
der Oberfahrt nach Argentinien



— In der Nähe von Buenos Aires

DECLASSIFIED

Authority *NWD 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

Gesinnungsgenossen, die man noch aus der Zeit der Zusammenarbeit in Ribbentrops Auswärtigem Amt kannte.

Auch Adolf Eichmann wurde von Tag zu Tag sorgloser. Kein Schatten der Vergangenheit umdüsterte mehr seine Stirn.

Da kam es am 23. Mai 1960 im israelischen Parlament in Jerusalem zu einer Weltausstellung.

Inmitten eher der üblichen Parlamentsdebatten erhob sich plötzlich der israelische Ministerpräsident David Ben Gurion und gab mit leiser Stimme folgende Erklärung ab:

„Ich habe der Knesseth mitzuteilen, daß einer der größten nazistischen Kriegsverbrecher, Adolf Eichmann, der zusammen mit den Naziführern für die sogenannte Endlösung der jüdischen Frage — das bedeutet für die Vernichtung von sechs Millionen europäischer Juden — verantwortlich war, sich in israelischem Gewahrsam befindet und seinem Prozeß in Israel entgegensteht.“

15 Jahre nach jenem 3. Mai 1945 war der SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann in die Hände des Volkes gefallen, das er auf grausamste Weise während des Krieges dezimiert hatte.

In seiner sorgloseten Stunde war der Judenmörder Adolf Eichmann in Argentinien vom israelischen Geheimdienst verhaftet und auf geheimen Wege nach Israel gebracht worden.

Nun sollte die Vergangenheit wie eine Lawine auf ihn zu. Die Vergangenheit eines Mannes, die zugleich zu der schrecklichsten unseres ganzen Volkes gehört.

1
14

DECLASSIFIED

Authority *NWD 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

Der Judenrassler

Unmittelbar nach dem Machtantritt der NSDAP setzten in Deutschland auch die ersten antisemitischen Aktionen ein. Zur gleichen Zeit, als die Nazis alle Gegner ihres Regimes, d. h. in erster Linie die Kommunisten, Sozialdemokraten und aufrichtigen bürgerlichen Demokraten, verfolgten und grausam folterten, wurde auch in derselben Weise gegen die jüdischen Mitbürger vorgegangen.

Im März 1933 brannte in Dresden die jüdische Synagoge auf. Nach und nach verpflichteten die braunen Machthaber die Forderungen ihres Parteiprogramms, in dem auch der Rassenhaß als Bestandteil der Nazideologie bezeichnet wurde.

Im Programm der NSDAP heißt es:
"Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksichtnahme auf Konfession, Kultur, etc. kann daher Volksgenosse sein." („Der Stürmer", Nr. 41/1935)

Die jüdischen, die berüchtigten Nürnberger Gesetze veröffentlicht. In diesen Gesetzen legt Herr Hitlerstaat eine strikte Trennung zwischen Fremden und Deutschen und den sogenannten Menschen arischen Blutes fest. In einem weiteren Gesetz zum „Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre" wurde es allen deutschen Staatsbürgern bei Androhung schwerer Strafe verboten, eheliche oder außereheliche Beziehungen zu Angehörigen des Judentums zu unterhalten.

Weniger drei Jahre später nehmen die Führer des Hitlerstaates einen Anschlag auf den deutschen Gesandtschaftsrat Ernst vom Rath in Paris zum Verwand für ihre grausame Terroraktion gegen alle Juden in Deutschland.

Diese Aktion ging unter dem Namen „Kristallnacht" in die Geschichte Deutschlands und der Welt ein.

Der Chef des SD Reinhard Heydrich berichtete Göring im Anschluß an die Kristallnacht:

„Am 9. November wurden 101 in Brand gesteckt, weitere 78 vollständig zerstört. In den Synagogen wurden rund 20 000 Juden. Durch diesen die Greuel der „Kristallnacht" erst den Auftakt für das verheerendste Martyrium, das den Juden in den nächsten Jahren in ihrer langen unter Naziherrschaft bevorstand. Unglücklicherweise nach der „Kristallnacht" entstand bei der Naziführung die Idee einer jüdischen Zusammenfassende Erledigung der Judenfrage. In der Reichsgesetzblatt vom November und Dezember 1938 wurden

1 15

1
16

folgende Anweisungen von den braunen Machthabern veröffentlicht:
Alle jüdischen Betriebe in Deutschland sollten danach sofort von sogenannten arischen Treuhändern übernommen werden. Diese hatten wiederum die Aufgabe, die Betriebe an Nichtjuden zu verkaufen. Außerdem wurde den Juden in Deutschland eine Strafe für den Pariser Zwischenfall in Höhe von 1 Milliarde Reichsmark auferlegt.

Die Verleumdungen wurden angewiesen, keinerlei der von der SA angerichteten Schäden zu ersetzen. Alle jüdischen Menschen erhielten die Auflage, sofort ihren gesamten Schmuck, ihre Juwelen oder Kunstgegenstände an staatliche Aufkaufstellen zwangsweise abzugeben.

Von diesem Zeitpunkt an durften die Juden in Deutschland auch kein Kraftfahrzeug und keinen Führerschein mehr besitzen.

An Kinos, Theatern, Konzerthallen oder öffentlichen Parks wiesen Schilder darauf hin, daß Juden hier unerwünscht seien.

In der Zeit von 20.00 Uhr abends bis 6.00 Uhr morgens durfte es kein Auto fahren, die Straße zu betreten, da er dann gegen ein staatliches Ausweissverbot verstoßen hätte.

Jüdische Kinder mußten die öffentlichen Schulen verlassen und Mieter jüdischer Untermieter das Wohnverhältnis aufkündigen, sofern dieser ein Jude war.

In der Art zahlte das Reichsgesetzblatt seitenslang qualvolle Beschränkungen für die Juden in Deutschland auf. Aus einem Vaterland, in dem seit Jahrhunderten ihr Leben zugebracht hatten, war über Nacht ein nationalsozialistisches Konzentrationslager geworden; und doch bildete das die Art die Voraussetzung für den späteren unsagbaren Leidensweg.

Das nationalsozialistische Programm zur Drangsalierung der Juden in Deutschland sah den Uebernehmen bereits einige Monate später als noch nicht über die Juden der Gedanke Fuß gefaßt, die Juden zwangsweise in die Konzentrationslager zu deportieren und ihnen dabei ihr gesamtes Vermögen zu entziehen.

Die Juden nahmen sich dieser Frage an, und auf seine Verantwortung hinsichtlich in Wien und dann später in Prag eine Zentrale für die Auswanderung errichtet. Zum Chef dieser Zentrale ernannte er den ehemaligen Hauptmann einen bis dahin wenig bekannten SS-Mann (Name nicht bekannt).

Er mußte über den es in den Personalakten der SS hieß: "Jude, arisch und korrekt, rassisches Gesamtbild: nordisch-dinarisch, gut gebaut, intelligent, verhandeln, reden, organisieren."

Der Mann, der im Jahre 1906 in Solingen im Rheinland geboren wurde, war in der Stadt Linz groß geworden. An der dortigen Staatsoberlehrerschule wurde er übrigens von demselben Geschichtslehrer in die

1 17

Personal-Bericht

NAME: ...

PLATZ: ...

STADT: ...

STRAßE: ...

HAARFARBE: ...

AUGENFARBE: ...

HAARLÄNGE: ...

HAARSTYL: ...

HAARFÄRBE: ...

HAARSTYL: ...

HAARFÄRBE: ...

HAARSTYL: ...

HAARFÄRBE: ...

Beurteilung

I. Körperliche Eigenschaften:

1. Größe: ...

2. Körperbau: ...

3. Gesichtszüge: ...

4. Haare: ...

5. Augen: ...

6. Nase: ...

7. Lippen: ...

8. Zähne: ...

9. Ohren: ...

10. Hände: ...

11. Füße: ...

12. Stimme: ...

13. Gang: ...

14. Gestik: ...

15. Mimik: ...

16. Charakter: ...

17. Intelligenz: ...

18. Willensstärke: ...

19. Emotionen: ...

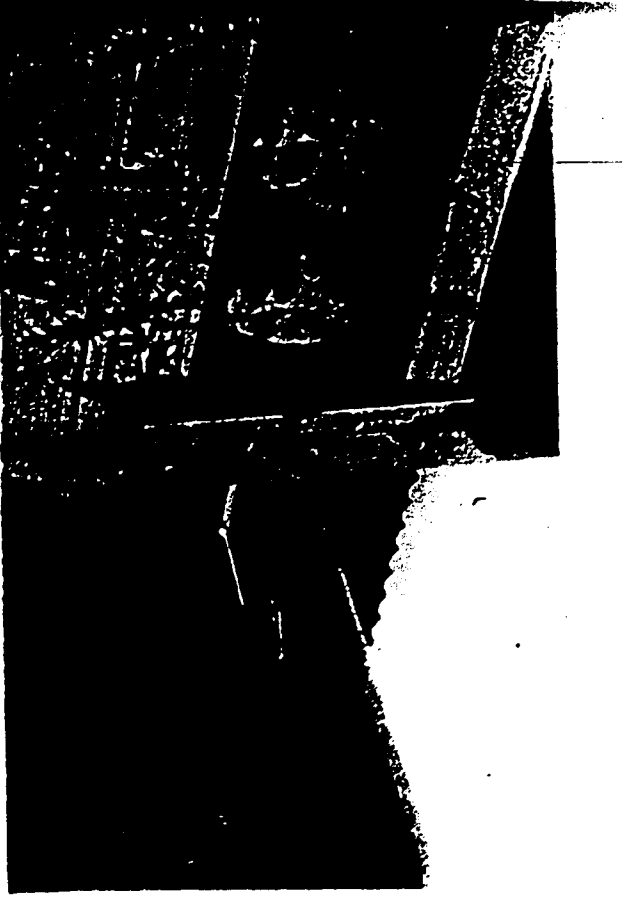
20. Sozialverhalten: ...

21. Arbeitsfähigkeit: ...

22. Belastbarkeit: ...

23. Flexibilität: ...

1 : 20



Im Viehwagen nach Auschwitz

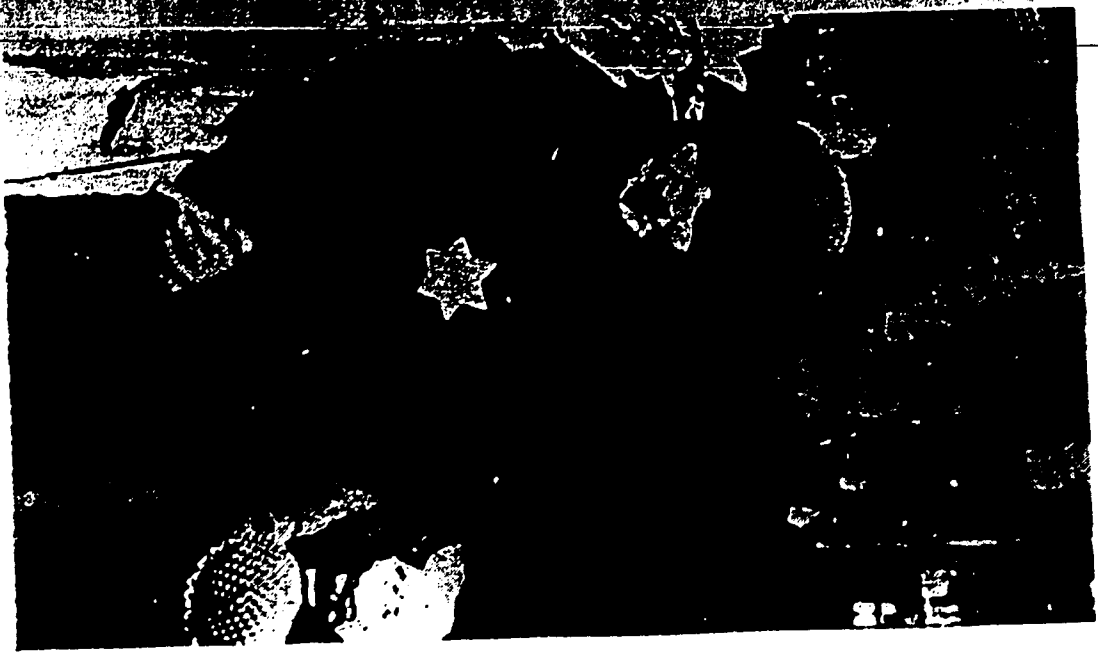
Von 1937 bis 1942, drei Jahre später in den Rang eines SS-Hauptsturmführers befördert, der sich besonders für jüdische Probleme interessierte. Er war Mitglied im Reichsverband im Jahre 1939 das neugebildete Judenreferat im Reichsministerium für Judenangelegenheiten in Wien und Prag führte Adolf Eichmann dann abwechselnd dem Befehl seines Führers die ersten Judendeportationen von seinem Vorgesetzten wurde ihm bescheinigt, daß er dieser Tätigkeit mit großer Verantwortung und Akkuratess nachgegangen sei. Als sich am 20. Januar 1942 in Berlin-Wannsee ein Kreis hoher SS-Führer, Ministerialbeamten und Angehöriger des Ribbentropschen Außenministeriums zur Besprechung eines Planes für die Gesamtlösung der Judenfrage zusammensand, gehörte auch der Obersturmbannführer Adolf Eichmann zu den Hinzugezogenen. Er war in Berlin-Wannsee berufen die Nationalsozialisten zum ersten Mal an der Spitze unter der wenig sagenden Bezeichnung „Endlösung der Judenfrage“ d. h. in der Terminologie der SS-Führer die „Vernichtung“ und „Ausrottung des jüdischen Volkes“. Er war mit „Akkuratess und Pflichtbewußtsein“, Adolf Eichmann, die Durchführung dieses Planes betraut.

DECLASSIFIED

Authority NWD 36822
By SW NARA Date 2/8/05

1 21

Adolf Eichmann ging daran, gemeinsam mit dem SS-Obersturmbannführer Krumei und dem SS-Offizier Wisliceny' in den verschiedenen erzwungenen von den Nazis besetzten europäischen Ländern die Juden zu



DECLASSIFIED

Authority *NND 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

1 23

die Hypochrise - selbst vor Greisen und Kindern
Verweigerer nicht half

Transport in die Vernichtungslager Auschwitz, Mai-
1944, wurde organisiert zu organisieren.

Adolf Eichmann seine Verantwortung für
Vernichtungsaktionen des Dritten Reiches in späteren Jahren

übernahm, aber notwendig gewesen. Schließlich hatte es
Mit der Vernichtung habe ich ja direkt nichts zu
tun. Ich bin kein Vernichter, sondern nur ein Erfasser gewesen.

aber es gelang, als jeder alliierte Transportoffizier, der
aufzuwachen hatte und es auch nicht wußte, ob sie
gruppen oder auf Frauen und Kinder abgeworfen
wurden, nicht zu fragen. Ich hatte einen Fahnenfeld
angeordnet. Die politische Führung des Reiches hatte
Judenfrage befohlen und mich mit ihrer Durchführung
betraut. Ich hatte zu gehorchen, verstehen Sie?"

Sagte das Eichmann in den von den Faschisten besetz-
ten Ländern nur umherreiste und Juden erfaßte, sondern mehr-

1 24



Trichter, schickt Eichmann Tausende in die Konzentrationslager — zu
Hause ist er der Lebende, besorgte Familienvater
male auch im Konzentrationslager Auschwitz und später in Lublin bei
der Vernichtung jüdischer Menschen selbst zugegen war. Eichmann
schickte die solche Vernichtungsaktion, die er in der Stadt Minsk mit-
erlebte mit den Worten:
„Es war ein sehr kalter und trüber Tag, als ich auf dem Gelände ankam,
von dem das Einsatzkommando ausgewählt hatte. Mich froh, obwohl ich einen
Ledermantel anhatte, der mir bis zu den Knöcheln reichte. Auf dem

DECLASSIFIED

Authority *NWD 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

1 25

Gelände war ein großer Graben ausgehoben. Es schien mir ein Panzergraben zu sein.

Doch als ich hintrat, sah ich, daß der Graben schon gut zur Hälfte mit Leichen angefüllt war, mit nackten Leichen, Männern, Greisen und Kindern.

Denn führte man einen neuen Trupp Juden heran. Es mögen an die 100 gewesen sein. Sie mußten sich in der Kälte nackt ausziehen und in den Graben auf die Leichen kriechen. Das alles ging mit einer unheimlichen Hast vor sich. Niemand klagte, niemand weinte. Im letzten Augenblick, als der Kommandant die Maschinengewehre bereits entzündete, sah ich eine jüdische Frau ihr Kind, es mochte ein oder zwei Jahre alt sein, in die Hand nehmen und sich umdrehen, als wolle sie das Kind retten. Ich wollte hinzuspringen, um das Kind zu retten, aber ich sah schon poltschen die Pistolenkugeln. Das Kind wurde

Aug. des 8. Juli 1942

1942

Kriegsministerium
Leitung des Referats für
Judenangelegenheiten
Berlin, den 11. Juli 1942

IN F. F. B.
C. 11. JULI 1942

Bisher wurden aus dem Projektort 25000 Juden in das Lager Auschwitz deportiert. Davon gingen 14000 wieder nach dem Osten zum übrigen Reichsgebiet wurden ebenfalls 5000 Juden deportiert. Es ist zu erwarten, dass im Juli 1942 der Abtransport von 5000 Juden aus dem Projektort in die Ghettostadt vorgesehen ist.

DECLASSIFIED

Authority NWD 36822
By SW NARA Date 2/8/05

1 26

Ich weiß die Juden sind, müssen sie sterben

... und das Gehirn spritzte auf meinen Mantel. Ich
... Fahrer in die Unterkunft gefahren, und wir haben
... Gehirnpritzer entfernt. Mir war klar, daß dies eine
... war, und ich fuhr sofort nach Berlin, um Müller
... (Verf.) zu melden, was ich erlebt hatte, und
... nicht möglich sei, eine humanere Methode anzu-
... den schizophhrenen Zustand des Henkers Adolf
... eigene Worte. Er erlebt, wie Hunderte von
... aber leid tut ihm ein kleines Kind.
... Vorsehen bei der Erschießung für eine unmenschliche

DECLASSIFIED

Authority *NWD 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

1

27

Laue, aber er ist weiter dafür, daß jüdische Menschen ermordet werden, wenn es mit einer "humaneren Methode" geschieht.

Als ihm (deshalb) wenig später von dem Oberstenleiter der Kanzei der Reichsregierung Viktor Brack, der Vorschlag unterbreitet wird, künftig die Ermordung der Juden zu vermeiden, stimmt er sofort diesem Vorschlag zu.

Die Geschichte des jüdischen Wertes "Die Endlösung der Judenfrage" von Gertrud Reitlinger, eine durch ihre historische Arbeit bekannte Schriftstellerin, die durch ihre

Arbeit im Konzentrationslager Auschwitz bekannt wurde, ist ein Dokument der Geschichte der Juden in der Zeit der Shoah, das nach ihrem Ausbruch

aus dem Lager im Jahre 1945, die Transporte an, die von der Reichsregierung durchgeführt wurden, die Transporte an, die von der Reichsregierung durchgeführt wurden, die Transporte an, die von der Reichsregierung durchgeführt wurden.

Die Geschichte der Juden in der Zeit der Shoah, das nach ihrem Ausbruch aus dem Lager im Jahre 1945, die Transporte an, die von der Reichsregierung durchgeführt wurden, die Transporte an, die von der Reichsregierung durchgeführt wurden.

Die Geschichte der Juden in der Zeit der Shoah, das nach ihrem Ausbruch aus dem Lager im Jahre 1945, die Transporte an, die von der Reichsregierung durchgeführt wurden, die Transporte an, die von der Reichsregierung durchgeführt wurden.

Die Geschichte der Juden in der Zeit der Shoah, das nach ihrem Ausbruch aus dem Lager im Jahre 1945, die Transporte an, die von der Reichsregierung durchgeführt wurden, die Transporte an, die von der Reichsregierung durchgeführt wurden.

Die Geschichte der Juden in der Zeit der Shoah, das nach ihrem Ausbruch aus dem Lager im Jahre 1945, die Transporte an, die von der Reichsregierung durchgeführt wurden, die Transporte an, die von der Reichsregierung durchgeführt wurden.

Die Geschichte der Juden in der Zeit der Shoah, das nach ihrem Ausbruch aus dem Lager im Jahre 1945, die Transporte an, die von der Reichsregierung durchgeführt wurden, die Transporte an, die von der Reichsregierung durchgeführt wurden.

Die Geschichte der Juden in der Zeit der Shoah, das nach ihrem Ausbruch aus dem Lager im Jahre 1945, die Transporte an, die von der Reichsregierung durchgeführt wurden, die Transporte an, die von der Reichsregierung durchgeführt wurden.

Die Geschichte der Juden in der Zeit der Shoah, das nach ihrem Ausbruch aus dem Lager im Jahre 1945, die Transporte an, die von der Reichsregierung durchgeführt wurden, die Transporte an, die von der Reichsregierung durchgeführt wurden.

Die Geschichte der Juden in der Zeit der Shoah, das nach ihrem Ausbruch aus dem Lager im Jahre 1945, die Transporte an, die von der Reichsregierung durchgeführt wurden, die Transporte an, die von der Reichsregierung durchgeführt wurden.

Die Geschichte der Juden in der Zeit der Shoah, das nach ihrem Ausbruch aus dem Lager im Jahre 1945, die Transporte an, die von der Reichsregierung durchgeführt wurden, die Transporte an, die von der Reichsregierung durchgeführt wurden.

Die Geschichte der Juden in der Zeit der Shoah, das nach ihrem Ausbruch aus dem Lager im Jahre 1945, die Transporte an, die von der Reichsregierung durchgeführt wurden, die Transporte an, die von der Reichsregierung durchgeführt wurden.

Die Geschichte der Juden in der Zeit der Shoah, das nach ihrem Ausbruch aus dem Lager im Jahre 1945, die Transporte an, die von der Reichsregierung durchgeführt wurden, die Transporte an, die von der Reichsregierung durchgeführt wurden.

Die Geschichte der Juden in der Zeit der Shoah, das nach ihrem Ausbruch aus dem Lager im Jahre 1945, die Transporte an, die von der Reichsregierung durchgeführt wurden, die Transporte an, die von der Reichsregierung durchgeführt wurden.

1 30

und vergessen — dann
erkennen, das ist
nach Schumann eine
Methode
zu werden



DECLASSIFIED

Authority *NWD 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

1
3
1

500 daliegen oder wenn 1000 daliegen. Dies durchgehalten zu haben und dabei — abgesehen von Ausnahmen menschlicher Schwächen — anständig geblieben zu sein. Das hat uns hart gemacht. Dies ist ein niemals geschriebenes und niemals zu schreibendes Ruhmesblatt unserer Geschichte"

Über dieses „Ruhmesblatt der Geschichte“ sagte in einer Zeugenvernehmung im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess der SS-Sturmabführer und Major der Waffen-SS Dr. Wilhelm Hoettl folgendes aus:

„Ich, Wilhelm Hoettl, sage hiermit unter Eid aus:
Mein Name ist Dr. Wilhelm Hoettl, SS-Sturmabführer (Major der Waffen-SS). Meine Beschäftigung bis zum deutschen Zusammenbruch war die eines Referenten und stellvertretenden Gruppenleiters im Amt VI des Reichssicherheitshauptamtes.

Das Amt VI des RSHA war das sogenannte Auslandsamt des SD und beschäftigte sich mit dem Nachrichtendienst in allen Ländern der Erde. Es entspricht etwa dem englischen Intelligence Service. Die Gruppe, der ich angehörte, beschäftigte sich mit dem Nachrichtendienst im Südosten Europas (Balkan).

Ende August 1944 unterhielt ich mich mit dem mir seit 1938 bekannten SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann. Die Unterhaltung fand in meiner Wohnung in Budapest statt.

Eichmann war zu diesem Zeitpunkt nach meinem Wissen Abteilungsleiter im Amte IV (Geotapo) des Reichssicherheitshauptamtes und darüber hinaus von Himmler beauftragt, in allen europäischen Ländern die Juden zu erfassen und nach Deutschland zu transportieren. Eichmann stand damals stark unter dem Eindruck des in diesen Tagen erfolgten Kriegsaustritts Rumährens. Deswegen war er auch zu mir gekommen, um sich über die militärische Lage zu informieren, die ich täglich vom ungarischen Honved-(Kriegs)-Ministerium und dem Befehlshaber der Waffen-SS in Ungarn bekam. Er gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß der Krieg nunmehr für Deutschland verloren sei und er damit für seine Person keine weitere Chance mehr habe. Er wisse, daß er von den vereinigten Nationen als einer der Hauptkriegsverbrecher betrachtet würde, weil er Millionen von Judenleben auf dem Gewissen habe. Ich fragte ihn, wie viele das seien, worauf er antwortete, die Zahl sei zwar ein großes Reichsgeheimnis, doch würde er sie mir sagen, da ich auch als Historiker dafür Interesse haben müßte und er von seinem Kommando aus Rumänien wahrscheinlich doch für Himmler gemacht würde. Er habe kurze Zeit vorher einen Bericht für Himmler gemacht, da dieser die genaue Zahl der getöteten Juden wissen wollte. Er sei auf Grund seiner Informationen dabei zu folgendem Ergebnis gekommen:

In den verschiedenen Vernichtungslagern seien etwa vier Millionen Juden getötet worden, während weitere zwei Millionen auf andere Weise den Tod fanden, wobei der Großteil davon durch die Einsatzkommandos

1

32



Himmler (links) und Kaltenbrunner (ganz rechts) inspizieren das Konzentrationslager Mauthausen

der Sicherheitspolizei während des Feldzuges gegen Rußland durch Erschießen getötet wurde.

Himmler sei mit dem Bericht nicht zufrieden gewesen, da nach seiner Meinung die Zahl der getöteten Juden größer als sechs Millionen sein müsse. Himmler hatte erklärt, daß er einen Mann von seinem Statistischen Amt zu Eichmann schicken werde, damit dieser auf Grund des Materials von Eichmann einen neuen Bericht verfasse, wo die genaue Zahl ausgebelet werden sollte.

Ich muß annehmen, daß diese Information Eichmanns mir gegenüber richtig war, da er von allen in Betracht kommenden Personen bestimmt die beste Übersicht über die Zahl der ermordeten Juden hatte. Erstens

DECLASSIFIED

Authority *NWD 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

1

33

„lieferte“ er sozusagen durch seine Sonderkommandos die Juden zu den Vernichtungsanstalten und kannte daher die Zahl genau, und zweitens wußte er als Abteilungsleiter im Amte IV des RSHA, der auch für die Judenangelegenheiten zuständig war, bestimmt am besten die Zahl der auf andere Weise umgekommenen Juden.

Dazu kam, daß Eichmann zu diesem Augenblick durch die Ereignisse bestimmt in einer seelischen Verfassung war, daß er gar nicht die Absicht hatte, mir etwas Unwahres zu sagen.

Ich selbst weiß die Einzelheiten dieses Gesprächs deswegen so genau, weil es mich erklärlicherweise bewegt hatte und ich auch bereits vor dem deutschen Zusammenbruch nähere Angaben darüber an eine amerikanische Stelle im neutralen Ausland machte, mit der ich zu diesem Zeitpunkt in Verbindung stand.

Ich schwöre, daß ich die obigen Angaben freiwillig und ohne Zwang gemacht habe, und daß die obigen Angaben nach meinem besten Wissen und Gewissen der Wahrheit entsprechen.“

Diese Zeugenaussage spricht für sich und bedarf wohl keines Kommentars mehr.

Adolf Eichmanns letztes Verbrechen war die Liquidierung von 380 000 ungarischen Juden. Dies geschah zu einer Zeit, als sich die sowjetischen Truppen bereits der ungarischen Grenze näherten.

Hier in Ungarn war es Eichmann zunächst nicht gelungen, bei den staatlichen Stellen freie Hand für sein grausames Vorhaben zu erhalten. Doch er fand einen Weg, der Schwierigkeiten Herr zu werden.

Durch Mitarbeiter des deutschen Auswärtigen Amtes ließ er die ungarische Regierung unter Druck setzen, seinem Plan nicht länger Widerstand entgegenzubringen.

Ab 15. Mai 1944 gelang es ihm, täglich 10 000 Juden „zu erfassen“ und in Richtung Auschwitz abtransportieren zu lassen.

Hier in Budapest versuchte Eichmann in einer unvorstellbar zynischen Weise, aus dem Leben der jüdischen Menschen noch Kapital für den nationalsozialistischen Staat zu schlagen.

In einer Verhandlung mit einem Beauftragten der Budapester jüdischen Gemeinde schlug er eiskalt lächelnd vor:

„Ich verkaufe Ihnen eine Million Juden für 10 000 Lastkraftwagen, 1000 Tonnen Kaffee und etwas Seife.“

Tatsächlich stoppte er einige Tage den Transport der Juden nach Auschwitz ab. Als es dem jüdischen Beauftragten nicht gelang, Eichmanns verbrecherisches Ansinnen erfüllen zu können, zuckte der Obersturmbannführer nur mit den Schultern:

„Dann muß ich Ihnen aufgesparten Landsteuten eine Sonderbehandlung ange-deihen lassen“, waren seine einzigen Worte.

Das Wort „Sonderbehandlung“ war eine genauso gemeine Wortschöpfung

1

34

wie das Wort "Endlösung". Beide entstammen der finsternsten Ausgeburt menschlicher Gehirne.

Ein deutscher Ingenieur Gräbe, der zufällig in dem sogenannten damaligen Generalgouvernement Zeuge einer "Sonderbehandlung" an jüdischen Menschen wurde, berichtete dem englischen Hauptankläger in Nürnberg, Sir Hartley Shawcross, folgendes furchtbare Erlebnis:

"... Eine alte Frau mit schneeweißem Haar hielt ein einjähriges Kind auf dem Arm und sang ihm etwas vor und kitzelte es. Das Kind quetschte vor Vergnügen. Das Ehepaar schaute mit Tränen in den Augen zu. Der Vater hielt an der Hand einen Jungen von etwa zehn Jahren, sprach leise auf ihn ein. Der Junge kämpfte mit den Tränen. Der Vater zeigte mit dem Finger zum Himmel, streichelte ihn über den Kopf und schien ihm etwas zu erklären. Da rief schon der SS-Mann an der Grube seinem Kameraden etwas zu. Dieser teilte ungefähr zwanzig Personen ab und wies sie an, hinter den Erdhügel zu gehen. Die Familie, von der ich hier sprach, war dabei. Ich entsinne mich noch genau, wie ein Mädchen, schwarzhaarig und schlank, als sie nahe an mir vorbeiging, mit der Hand an sich herunterzielte und sagte: 'Dreißigtausend Jahre!' Ich ging um den Erdhügel herum und stand vor dem riesigen Grab. Dicht aneinander gepreßt lagen die Menschen so aufeinander, daß nur die Köpfe zu sehen waren. Von fast allen Köpfen rann Blut über die Schültern. Ein Teil der Erschossenen bewegte sich noch. Einige hoben ihre Arme und drehten den Kopf, um zu zeigen, daß sie noch lebten. Die Grube war bereits drei Viertel voll. Nach meiner Schätzung lagen darin bereits ungefähr tausend Menschen. Ich schaute mich nach dem Schützen um. Dieser, ein SS-Mann, Beine in die Grube herabhängend, hatte auf seinen Knien eine Maschinenpistole liegen und rauchte eine Zigarette. Die vollständig nackten Menschen gingen an einer Treppe, die in die Leinwand der Grube gegraben war, hinab, rutschten über die Köpfe der Liegenden hinweg bis zu der Stelle, die der SS-Mann anwies. Sie legten sich vor die toten oder angeschossenen Menschen, einlge streichelten die noch Lebenden und sprachen leise auf sie ein. Dann hörte ich eine Reihe Schüsse. Ich schaute in die Grube und sah, wie die Körper zuckten oder die Köpfe schon still auf den vor ihnen liegenden Körpern lagen. Von den Nacken rann Blut. Ich wunderte mich, daß ich nicht fortigewiesen wurde, aber ich sah, wie auch zwei oder drei Postbeamten in der Nähe standen. Schon kam die nächste Opfer an und stieg in die Grube hinab, reihte sich an die vorherigen an und wurde erschossen. Als ich um den Erdhügel zurückging, bemerkte ich wieder einen solchen angekommenen Transport von Menschen. Dieses Mal waren Kranke und Gebrechliche dabei. Eine alte, sehr magere Frau mit furchterlich dünnen Beinen wurde von einlgen anderen, schon nackten

DECLASSIFIED

Authority *NWD 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

1 35



Wie es Globke verordnete, wie es Eichmann befahl — mit „deutscher Gründlichkeit“ wurde es ausgeführt

Menschen ausgezogen, während zwei Personen sie stützten. Die Frau war anscheinend gelähmt. Die nackten Menschen trugen die Frau um den Erdhügel herum.
Am Morgen des nächsten Tages, als ich wiederum die Baustelle besuchte, sah ich etwa dreißig nackte Menschen in der Nähe der Grube, 30 bis

1

36

50 Meter von dieser entfernt, liegen. Einige lebten noch, sahen mit stierem Blick vor sich hin und schienen weder die Morgenkälte noch die darumstehenden Arbeiter meiner Firma zu beachten. Ein Mädchen von etwa zwanzig Jahren sprach mich an und bat um Kleider und um Hilfe zur fahrenden Autos, und ich bemerkte, daß es ein SS-Kommando war. Ich entfernte mich zu meiner Baustelle. Zehn Minuten später hörten wir einige Schüsse aus der Nähe der Grube. Man hatte die Leichen durch die noch lebenden Juden in die Grube werfen lassen, sie selbst mußten sich daraufhin in diese legen, um den Genickschuß zu erhalten. . . .

Was aber sagt heute der SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann, der Verantwortliche für alle diese vom menschlichen Verstand kaum noch zu erfassenden sadistischen Verbrechen?

„Ich war nichts anderes als ein getreuer, ordentlicher, korrekter, fleißiger und nur von idealen Regungen für mein Vaterland, dem anzugehören ich die Ehre hatte, befehlter Angehöriger der SS und des Reichsicherheitshauptamtes. Ein innerer Schweinehund und ein Verräter war ich nie. Trotz gewissenhafter Selbstopfrierung muß ich für mich feststellen, daß ich weder ein Mörder noch ein Massenmörder war. Ebensowenig waren dies meine mir direkt Unterstellten. Meine objektive Einstellung zu den Dingen des Geschehens war mein Glaube an den von der Führung des damaligen deutschen Reiches gepredigten Volksnotstand, war ferner mein zunehmender Glaube an die Notwendigkeit eines totalen Krieges, weil ich an die steten Verkündigungen der Führung des damaligen deutschen Reiches, Stieg in diesem totalen Krieg oder Untergang des deutschen Volkes, stets in zunehmendem Maße glauben mußte. Aus dieser Einstellung heraus tat ich reinen Gewissens und gläubigen Herzens meine mir befohlene Pflicht.“

DECLASSIFIED

Authority *NWD 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

Der Schatten seines Herrn

Als die Nachricht von der Verhaftung des ehemaligen SS-Obersturmbannführers Adolf Eichmann das Bundeskanzleramt im Palais Schaumburg erreichte, gab es dort einen Mann, der grau im Gesicht wurde.

Des Kanzlers rechte Hand, sein engster Vertrauter und ständiger Schatten, der Staatssekretär Dr. Hans Globke, konnte ein Zittern seiner Hände nicht verbergen.

In der Meldung über die Verhaftung Eichmanns, die ihm auf den Schreibtisch gelegt wurde, gab es einen Satz, der ihn besonders verstörte:

"Wenn ich in Israel vor ein Gericht gestellt werden sollte, dann werde ich keine Rücksicht auf viele hohe Persönlichkeiten der heutigen Bundesrepublik nehmen!"

Das hatte Adolf Eichmann in seiner ersten Vernehmung in Jerusalem zu Protokoll gegeben.

Wenn einer in Bonn diesen Satz zu deuten wußte, dann war es der Staatssekretär Hans Globke, der Mitverfasser und Kommentator der Nürnberger Rassengesetze des Jahres 1935. Damals hatte Globke als Oberregierungsrat im Preußischen Innenministerium zu Berlin, das später Göring unterstellt wurde, sich freiwillig angeboten, zusammen mit dem Staatssekretär Stuckart einen Kommentar zu den Nürnberger Gesetzen zu verfassen.

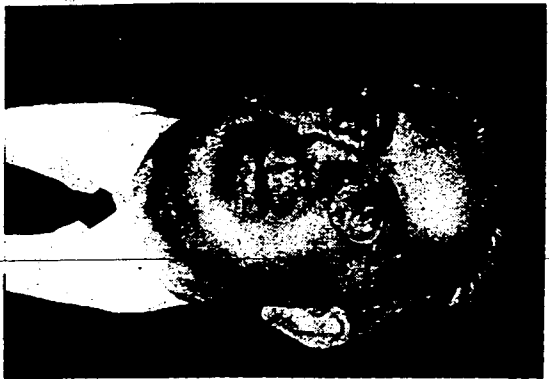
Der berühmte Präsident des Volksgerichtshofes, Roland Freisler, der Tausende von Antifaschisten in den Tod schickte, nannte diesen Kommentar Globkes einmal "besonders wertvoll".

Globke schrieb beispielsweise zu dem § 3 des "Blutschutzgesetzes", der beinhaltete, daß Juden nicht weibliche Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes unter 45 Jahren in ihrem Haushalt beschäftigen dürfen: "Dieser § ist nötig, um deutsche Hausmädchen vor rasseverderblichen geschlechtlichen Gefährdungen zu schützen."

Ein jüdischer Haushalt liegt vor, wenn ein jüdischer Mann Haushaltsvorstand ist oder der Hausgemeinschaft angehört ... ein männliches Kind ist dabei bis zu dem Zeitpunkt nicht als Mann anzusehen, in dem mit der Erreichung der Geschlechtsreife gerechnet werden muß, d. h. bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres.

... der jüdische Mieter eines möblierten Zimmers ohne Familienanschluss ist nicht Angehöriger der Hausgemeinschaft des Vermieters. Nimmt der Mieter aber am Familienleben des Vermieters teil, nimmt er insbesondere die Mahlzeiten gemeinsam mit der Familie ein, so gehört er zur Hausgemeinschaft.

1 38



Dr. Hans Globke — früher:
Judenmörder, heute: Staats-
sekretär im Bonner Bundes-
kanzleramt

... der Dreivierteljude, der einen
volljüdischen und halbjüdischen
Großeltern teil besitzt, gilt als Misch-
ling mit einem volljüdischen Groß-
eltern teil, der Fünftelteiljude mit
zwei volljüdischen und einem halb-
jüdischen Großeltern teil als Misch-
ling mit zwei volljüdischen Groß-
eltern."

Auch folgende Sätze stammen
aus der Feder des damaligen Ober-
regierungsrates Dr. Hans Globke:

"Ein volldeutschtüchtiger Großeltern teil, der etwa aus Anlaß seiner Ver-
heiratung mit einem Juden zur jüdischen Religionsgemeinschaft überge-
treten ist, gilt für die rassistische Einordnung seiner Enkel als volljüdisch.
Ein Gegenbeweis ist nicht zugelassen.

Diese Regelung erleichtert die rassistische Einordnung erheblich.

... Wie lange der Großeltern teil der jüdischen Religionsgemeinschaft
angehört hat, ist gleichgültig. Auch nur eine vorübergehende Zugehörig-
keit genügt."

Dieser Kommentar des Dr. Hans Globke erschien in der C. H. Beck'schen
Verlagsbuchhandlung München und Berlin im Jahre 1936.

Er lieferte den Nationalsozialisten eine pseudojuristische Handhabe zu
ihren Aktionen gegen Menschen jüdischer Herkunft oder jüdischen Glau-
bens. Er war es, der die Verbrechen an der jüdischen Bevölkerung geistig
sanktionierte, die Eichmann dann gestützt auf das Gesetz "erfälschte" und
anordnete.

Dieser Mann, den man als einen bedingungslosen Vertreter der national-
sozialistischen Rassenideologie bezeichnen kann, spielt heute im west-
deutschen Staat eine unheilvolle Rolle. Es ist bezeichnend für die
politische Situation nach 1945, wie die Alliierten in dem von ihnen be-
setzten westlichen Teil Deutschlands mit einem Mann wie Dr. Hans Globke
verfuhren. Globke wurde nur auf kurze Zeit in Hessisch-Lichtenau inter-

Reichsgesetzblatt

Teil I

1935 1. Augustheft zu Berlin, den 10. September 1935. Nr. 100

Offiz zum Ehrentode des kaiserlichen Stabes und der kaiserlichen Ehre.

Dem 15. September 1935.

Erlassenen vom Reichspräsidenten, Adolf Hitler, im Namen des Reiches, durch den Reichspräsidenten, Adolf Hitler, im Namen des Reiches, am 15. September 1935, bei der Einweihung des kaiserlichen Stabes und der kaiserlichen Ehre.

1. Offiz zum Ehrentode des kaiserlichen Stabes und der kaiserlichen Ehre.

2. Offiz zum Ehrentode des kaiserlichen Stabes und der kaiserlichen Ehre.

3. Offiz zum Ehrentode des kaiserlichen Stabes und der kaiserlichen Ehre.

4. Offiz zum Ehrentode des kaiserlichen Stabes und der kaiserlichen Ehre.

5. Offiz zum Ehrentode des kaiserlichen Stabes und der kaiserlichen Ehre.

6. Offiz zum Ehrentode des kaiserlichen Stabes und der kaiserlichen Ehre.

7. Offiz zum Ehrentode des kaiserlichen Stabes und der kaiserlichen Ehre.

8. Offiz zum Ehrentode des kaiserlichen Stabes und der kaiserlichen Ehre.

9. Offiz zum Ehrentode des kaiserlichen Stabes und der kaiserlichen Ehre.

10. Offiz zum Ehrentode des kaiserlichen Stabes und der kaiserlichen Ehre.

Verfasser: Oberregierungsrat Dr. Hans Globke

niert. Bereits dort wurde ihm die Stelle eines deutschen Rechtsberaters bei der britischen Militärregierung übertragen. Während des Nürnberger Kriegsverbrecherprozesses diente er dem amerikanischen Ankläger Robert Kemper als Belastungszeuge gegen seine einstigen Mitverschworenen im Reichsinnenministerium. Ohne Scheu oder Furcht für seinen eigenen Kopf konnte Globke damals folgendes erklären:

1
40

DER SPIEGEL

Zeuge Globke: „Ich habe es gewußt, daß diese Ausrottung der Juden systematisch vorgenommen worden ist, aber ich wußte nicht, daß es sich auf alle Juden bezog.“

„Ich wußte, daß die Juden massenweise umgebracht wurden. Aber ich war immer der Meinung, daß es daneben auch Juden gab, die entweder in Deutschland lebten oder die, wie in Theresienstadt oder dergleichen, in einer Art Ghetto zusammengefaßt wurden.“

Als ihm darauf der Ankläger die Frage vorlegte:

„Sie dachten also, es handle sich um Exekutionen, aber nicht um eine systematische Ausrottung?“ erklärte Globke unverfroren:

„Ich bin der Auffassung und wußte das zu jener Zeit, daß die Ausrottung der Juden systematisch betrieben wurde, aber ich wußte nicht, daß sie sich auf alle Juden bezog.“

Merkwürdig, kann man da nur sagen, daß dem amerikanischen Ankläger nicht in den Sinn gekommen sein soll, einmal die Mitschuld „seines Zeugen“ an den furchtbaren nationalsozialistischen Verbrechen gegenüber den Juden etwas eingehender unter die Lupe zu nehmen.

Doch wiederum gar nicht so merkwürdig, wenn man weiß, daß einige Jahre später derselbe amerikanische Ankläger, inzwischen in eine zivile Stellung als Rechtsvertreter zurückgekehrt, an Dr. Globke einen Brief folgendes Inhaltes schrieb:

„Lieber Herr Globke! Ich bin offen genug, Ihnen zu sagen, daß ich die Angriffe auf Sie aufs tiefste bedaure. Falls Ihnen eine Rückenstützung von mir nützt, da ich nicht nur mit Ihnen, sondern über Sie mit vielen Leuten zwischen 1945 und 1949 gesprochen habe, lassen Sie es mich wissen. Mit besten Grüßen...“

Mit dieser Rückenstützung des einstigen amerikanischen Anklägers war für Dr. Hans Globke der Weg in die westdeutsche Innenpolitik frei geworden. In einem Zeitraum von wenigen Jahren erreichte er es, zum Ministerialdirektor im Bundeskanzleramt ernannt zu werden.

1 42

Reichsinnenminister Frick bestätigt Globkes „hervorragenden Anteil“ an der Ausarbeitung der Nürnberger Rassengesetze

Das Gesetz zum Transfer

des Reichsangehörigen Globkes

11.11.1937

Dr. Globke, Bonn
11.11.1937

Sehr geehrter Herr Globke,

Ich habe Ihre Mitteilung vom 11.11.1937 über die Ausarbeitung des Gesetzes zum Transfer des Reichsangehörigen Globkes in Kenntnis genommen. Ich habe die Angelegenheit dem Reichsinnenministerium zur Kenntnis gegeben und werde mich bemühen, die Angelegenheit zu erledigen.

In meinem Ministerium stehen 3 Stellen für Ministerial-
räte zur Verfügung, von denen ich diejenige für Globke und Globke-
konkret vorzuschlagen, die Oberregierungsräte Ritter von Ley,
Klein und Dr. Globke in Ministerialstellen zu beurlauben
zu übertragen ist. Ich habe dem Reichsinnenministerium
sowie dem Reichsjustizministerium davon Mitteilung gegeben.

3.) Oberregierungsrat Dr. Globke gabes-angehörigkeit zu dem beurlauben und nachfolgenden Beamten seines Ministeriums.
In dem vorerwähnten Maße ist er an dem Bundesratman für nach-
stehend genannten Gesetze beteiligt gewesen.

- a) das Gesetz zum Transfer, des deutschen Mutter- und der deutschen
Mutter vom 15. September 1937 (RGBl. I S. 1246),
- b) das Gesetz zum Transfer der Kriegswunden des deutschen Volkes
(Reichsangehörigkeit) vom 20.10.1937 (RGBl. I S. 1246),
- c) das Personalstatutgesetz vom 7.11.1937 (RGBl. I S. 1246),
- d) das Gesetz zur Änderung von Familiennamen und Vornamen vom 5.1.
1930 (RGBl. I S. 9).

Außerdem verdient seine Mitarbeit bei der Wiedererlangung
des Reichsangehörigen Globkes als dem Bundesratman Beachtung hervorzuheben zu
werden.
Dieses bestätigen Sie bitte mit dem
ges. Brief.

1
44

Personenliste

Deutsche Arbeiterpartei

Personenliste

17. April 1920

III P - 241
1917/18 1275

Dr. von
Herrn Seligmann und Proust,
Minister des Innern,
Berlin Nr. 40,
Königsplatz 6.

Beifolgt befindet sich zur Beglaubigung des Inhalts teils 1a.
Inhalt des Stellenvertrags der Führer teils 1b.
Inhalt des Beschlusses der Vorstanderversammlung
des Deutschen Arbeiterpartei vom 17. April 1920.

17. April 1920

Muhs

**Beförderung zum Ministerialrat als Anerkennung der
„besonderen Verdienste“**

Kaum hatte er in dieser Position Fuß gefaßt, entsann er sich des Amerikaners Robert Kemper und verhalf ihm zu einer bedeutenden Rechtsvertretung westdeutsch-amerikanischer Konzerne in Frankfurt am Main. Es hatte nur eines Wortes zu Adenauers Duzfreund, dem Bankier Pfendmenges, bedurft, und dieser tat Globke den kleinen Gefallen, Kemper zu fördern, der sich in Nürnberg auf beiden Ohren taub und auf beiden Augen blind gezeigt hatte, was Globkes braune Vergangenheit anbelangt. Bundeskanzler Adenauer sind alle diese Dinge wohlbekannt, und dennoch hat er sich stets bei irgendwelchen Vorwürfen, die aus der westdeutschen Öffentlichkeit gegenüber Globke vorgebracht wurden, schützend vor ihn gestellt. — Was für ein Staat, in dem der „christlichste aller Kanz-

1 45

Globe geht auf, daß die Juden ihren Honkern nicht entziehen

Auswertiger Amt
R. 49 754
17.10.1938

Bern, den 17. September 1938 15.15 Uhr
Abends 19.15 .

Fr. 53 vom 17. 9. Auf Telegramm von B. Br. 69 z)
2) B 16105

Dr. Rothmund erstirte, dass eine Sammelstelle
schon Gründen Zulassung Sicherstellungsange für jenseits
Schweizer nicht möglich. Auf Hinweis, dass vollstän-
dlichkeit besteht, auf diese Beispieldat unvorsicht-
lich zu verweisen, erwiderte B., dass auch dieser Verzicht
schweizerischen Befürderer nicht genügend Beachtung trägt.
Denn trotz Reichsweiser Judenfrage müsse man abwarten
mit Birrelse deutscher Juden mit ausländischen Bewohnern,
insbesondere aus Jiddische gerechnet werden. Hier zur Zeit
nervöser Ministerialrat Glöckle von Zürich.
Einleitend erwähnte ich geistlicher Unterordnung bei B. un-
verbindlichen Vorschlag. Passen von in Ausland verbleiben
von oberen Auslandsbehörden mit Vorwort "Gültig für die
Schweiz" zu versehen, den Juden nicht erhalten werden.
hatte bereits Bericht über Besonderegeit Eintragung
Sicherstellungsange für Deutsche vollständigen Ausweis
und polizeiliches Departement vorgelegt, da der vollständigen
Abwicklung Grenzverfahren nur bei Eintragung Timmungsange
für möglich sei. Nach seiner Ansicht darüber alles
Anfragehaltung normaler Grenzschutzbehörden Ausweis-
gen genehmigt, zugesagt jedoch ernst Prüfung Bitte mit
Einverständnis Glöckle, der Montag früh in Berlin eintrafen
Anfrage neben oben um Lösung solle seine Angelegenheit
in Berlin erledigt werden sonstige Instanzen
Kocher

Handwritten notes and stamps at the top of the page, including a large '1' and '45'.

Handwritten notes: *I/ka*, *Das & Bär*, *17.10.38*

ES 22425

1 46

ler" Massenmörder wie Oberländer und Globke, Eizfaschisten wie Schröder, Blutrichter und anderes Geschmeiß beschützt und in hohen Regierungsfunktionen tätig sein läßt.

Einnmal sagte er:

"Kaum jemals habe ich einen Beamten kennengelernt, der mit gleicher Pflichttreue und gleicher Objektivität seines Amtes waltet wie Herr Globke."

Ein andermal bemerkte er gegenüber einem Münchner Journalisten:

"Globke kennt nur Hingabe an die Sache."

Die Parallelen sind bemerkenswert. Die Vorgesetzten Adolf Eichmanns lobten die Korrektheit und den Pflichteifer ihres gedungenen Judenmörders. Bundeskanzler Adenauer spricht von der absoluten Hingabe eines Dr. Hans Globke, der bereits einmal mit derselben Hingabe den Nationalsozialisten bei der Durchführung ihres Judenprogramms diente.

Globke nimmt heute in Westdeutschland eine Machtposition ein, die stärker als die aller Bundesminister zusammen ist. Ihm unterstehen z. B. auch die Geheimdienste Westdeutschlands, und zwar das sogenannte Bundesverfassungsschutzamt, das sich einen Namen durch die Drangsalierung aufrechter Kommunisten und Friedenskämpfer machte, und der Bundesnachrichtendienst des Generals Reinhard Gehlen, der durch eine verbrecherische Wühlätigkeit in den Ländern des Sozialismus gekennzeichnet ist. Diesen bedeutsamen Einfluß liebt die "graue Eminenz" des Bonner Reiches manchmal in eindeutiger Weise zu demonstrieren. Bei einem Besuch eines englischen Journalisten in seinen Diensträumen meinte Globke lächelnd, ob es den Herren nicht interessiere, einmal einen Blick in sein Vorzimmer zu werfen. Dort warte schon seit einer halben Stunde ein recht interessanter Mann. Globke machte die Tür weit auf und ließ den erstaunten englischen Journalisten einen Blick auf das gar nicht freundliche Gesicht des Generals Gehlen werfen, zu dessen Eigenarten es gehört, möglichst nicht gesehen zu werden.

Wie eng die Zusammenarbeit zwischen Globke und Gehlen ist, geht aus einem Bericht hervor, den Globke damals in einer Vernehmung gab. Ohne den Tonfall seiner Stimme auch nur um einen Deut zu verändern, meinte Globke, daß das von ihm geleitete Bundeskanzleramt es sich seit langem zur Aufgabe gemacht habe, auch solche Politiker wie etwa den langjährigen Vorsitzenden der FDP, Reinhold Maier, oder den früheren Innenminister und heutigen SPD-Bundestagsabgeordneten Heinemann zu überwachen.

Des weiteren bestehen enge Beziehungen zwischen Globke und einem von dem katholischen Klerus im Haus Altenberg in Köln eingerichteten sogenannten Büro für personalpolitische Informationen.

Mit Hilfe dieses Büros und seines Einflusses in dem dekadenten Rotary-Klub und dem Kartellverband der katholischen deutschen Studentenver-

1 47

bindungen ist es Globke in den letzten Jahren gelungen, überall seine politischen Freunde und Gewährsmänner, die meist Vertraute der katholischen Kirche sind, in einflussreiche Stellungen der einzelnen Bonner Ministerien unterzubringen.
Drei ehemalige katholische Beamte, die ihm lange Zeit in seinem Bundeskanzleramt unterstellt waren, namens Rust, Wimmer und Gumbel

Globke, der Intimus Adenauers



brachte er erst kürzlich im Kriegsministerium seines Parteifreundes Strauß unter.

Globke als "Graue Eminenz" des Bonner Staates beherrscht aus dem Dunkel große Teile des westdeutschen Partei- und Regierungsapparates.

Auf die Nachricht von der Verhaftung Adolf Eichmanns, die ihn sehr beunruhigte, hat er inzwischen auf seine Weise reagiert.

In der Bundesrepublik wurde ganz plötzlich der ehemalige Helfer Eichmanns, der SS-Obersturmbannführer Krumei, festgenommen, der bis dahin in Korbach im Kreis Waldeck viele Jahre ungestört eine Drogenwie betrieben hatte und sogar schon wieder als Abgeordneter des BHE in die westdeutsche Politik vorgeprrellt war.

MehrmaIs war ein gerichtliches Verfahren gegen ihn von einem Gericht in Frankfurt am Main mit der Bemerkung abgestopft worden, es sei nicht ganz sicher, daß die SS während des Krieges unter dem Wort "Sonderbehandlung" die Vernichtung von Juden verstanden habe.

So konnte sich Krumei ins nazistisch geballte Fäustchen lachen und brauchte keine Angst zu haben, daß es eines Nachts bei ihm Klopfen könnte und ihn jemand aufordern würde, seine Sachen zu packen und mitzukommen.

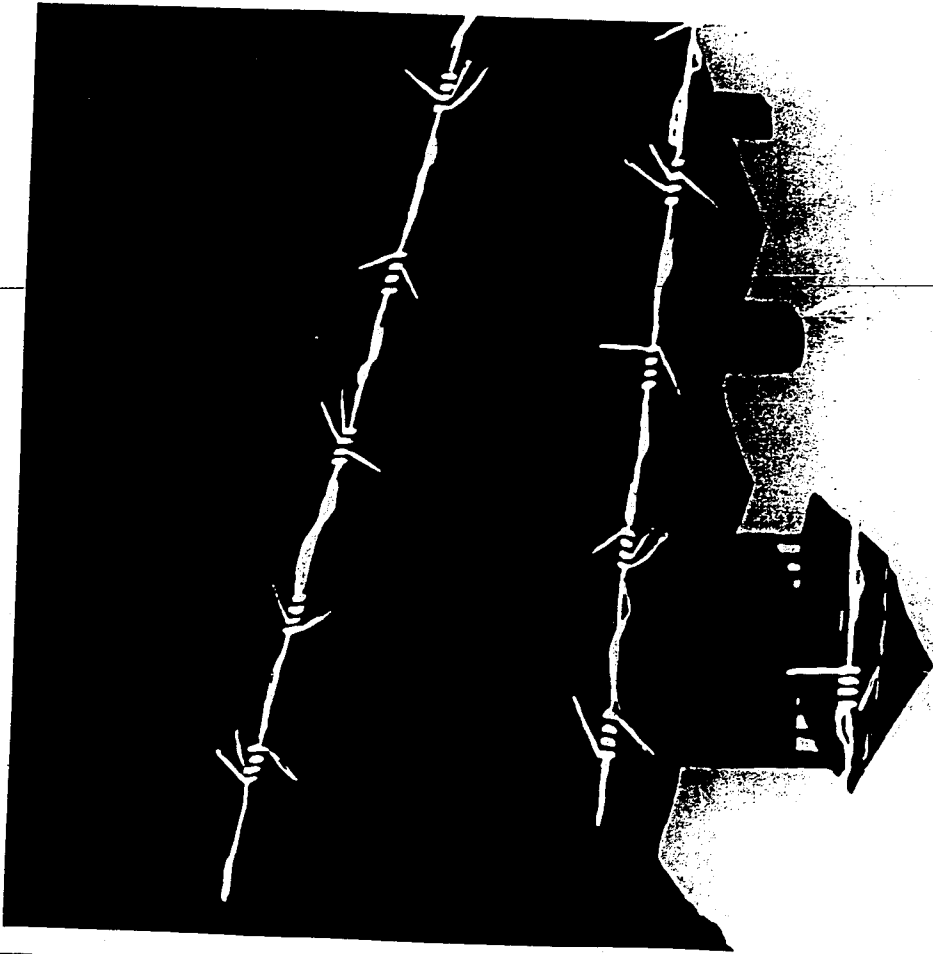
Nein, Krumei gehöf im westdeutschen Staat eine wahrhafte "Sonderbehandlung", indem ihn nämlich niemand wegen seiner Verbrechen an Juden antastete.

Und wahrscheinlich hätte der Obersturmbannführer Krumei, der Mordkessel Adolf Eichmanns, auch noch in den nächsten Jahren seinen wohlbelibten Körper frohen Mutes durch das Städtchen Korbach schleppen können, wenn nicht Jäh der verschwindende SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann, mit dessen Auftauchen im Bonner Staat niemand mehr rechnete, in den Blickpunkt der Weltöffentlichkeit zurückgekehrt wäre.

In diesem Augenblick mußte Krumei geopfert werden. Einfach deshalb, weil ein viel größerer als er, der Schatten des Bundeskanzlers, Globke, sich weiterhin der Verantwortung entziehen will.

Es ist ein geschicktes Ränkespiel der "Grauen Bonner Eminenz". Adolf Eichmann konnte sich 15 Jahre der Verantwortung entziehen, doch jetzt wird das israelische Gericht Rechenschaft fordern. Der Massenmörder Eichmann wird einem gerechten Urteil nicht entgehen. Und auch Globke bleibt keine lange Zeit mehr.

1
49



DECLASSIFIED

Authority *NND 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

3

Rufnummer

Endlösung

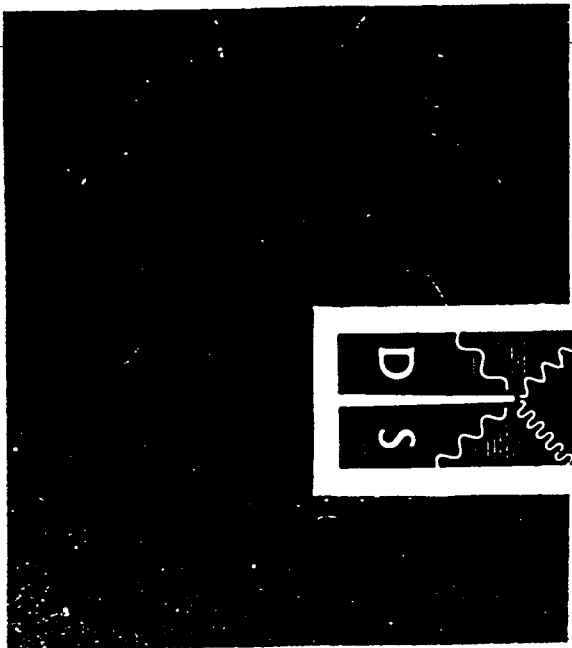
DECLASSIFIED

Authority *NND 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

12

1960

DS



12

DECLASSIFIED

Authority NWD 36822
By SW NARA Date 2/8/05

Nachrichten

4.00, 4.30, 5.00, 5.30, 6.00, 6.30, 7.00, 8.00, 10.00,
12.00, 13.00, 15.00, 17.00, 19.30, 22.00, 24.00, 1.00,
2.00, 3.00

Aktuelles

10.10 Zeitfunk am Vormittag
12.05 Landfunk
13.10 Blick in die Wirtschaft (mont. u. donn.)
15.05 Pressschau (sonnabends 13.10)
17.10 Außenpolitische Umschau (mont.-freit.)
18.00 Mit dem Funk durch die Zeit (werktags)
19.15 Aus dem Arbeiterleben (werktags)
19.42 Kommentar des Deutschlandsenders (werktags)
22.10 Aktuelles vom Tage (werktags)
23.00 Militärpolitischer Kommentar (freitags)

Forum des Deutschlandsenders

sonntags 19.15
freitags 21.45

Über die DDR

sonntags 13.10 Auf den Straßen der DDR
mittwoch 21.00 Einer unter uns (1X monatlich)

Vergangenheit und Gegenwart

sonntags 12.00 Betrachtung am Sonntag
montags 23.00 Geschichte und Geschehen
dienstags 20.50 Dokumentation (2X monatlich)
mittwoch 20.50 Die Polemik (2X monatlich)
mittwoch 23.00 Gedanken zur Zeit

Literatur, Theater, Hörspiel

sonntags 9.00 Das Schatzkästlein
montags 19.50 Hörspiel
donnerstags 20.45 Aus deutschen Theatern
(1X monatlich)
mittwoch 21.00 Wer schreibt den Schluss?
(1X monatlich)

Musik

sonntags 11.25 Bach-Kantate oder Dresdner
Kreuzchor
mittwoch 19.50 Opern- oder Sinfoniekonzert
dienstags 19.50 Schlager-Cocktail

1
2

DECLASSIFIED

Authority *NWD 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

2

2

Unsere Anschrift

Deutschlandsender
Berlin - Oberschönewalde

DECLASSIFIED

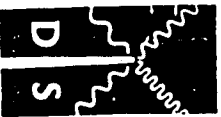
Authority *NWD 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

Rufnummer:

Endlösung

2 3

**Eine Funkdokumentation
von Georg Dannenberg**



DECLASSIFIED

Authority **NWD 36822**
By **SW** NARA Date **2/8/05**

HALLO! BERLIN! FERNGESPRÄCH BSA SALO-
NIKI FÜR BERLIN 12 00 37 . . .

Anfang Februar 1943! Der Ruf jagt aus der Befehls-
zentrale der in Mazedonien stationierten Wehrmachtstruppen über von jugoslawischen Freiheitskämpfern zerschnittene, von deutschen Nachrichteneinheiten immer wieder geflickte Kabel durch das Gewirr des Leitungsnetzes im besetzten Belgrad weiter nach Wien! In den hermetisch abgeriegelten Verstärkerzentralen des Wehrmachtsexplexes der österreichischen Relaisstationen passiert der elektrische Impuls ohne Weiterschaltung die Schaltkästen, an denen ohne Weiterhaltung die Schalktasten, an denen Feldgrube Nachrichtenhelferinnen die vielfältigen Verbindungen aus allen Teilen Südost-Europas dirigieren; der Stromstoß jagt weiter über Prag nach Berlin! Die Stabsvermittlung des Oberkommandos der Wehrmacht schaltet – ein Lämpchen leuchtet auf in der Fernsprechkentrale des Reichsinnenministeriums. Der Beauftragte des Befehlsstabes Saloniki-Kgdis verlangt über Tausende Kilometer Telefondraht . . . das Judenreferat!

☆

DECLASSIFIED

Authority *NWD 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

Wir erfahren in dieser Sendung von drei im Zusammenhang stehenden Vorfällen:

Warum Griechenland. Ministerpräsident Strassendemonstrationen fürchtet!

Wie Saloniki „Judenrein“ wurde!

Wie Adolf Eichmann um das Leben von zwanzigtausend Juden bittet!

Wir hören in dieser Sendung von drei im Zusammenhang stehenden Prozessen:

Ein Prozeß, der keinen Fortgang nimmt!

Ein Prozeß, der kein Ende nimmt!

Ein Prozeß, der keinen Anfang nimmt!

Beweismaterial des Reichssicherheitshauptamtes, des Reichsinnenministeriums, der Wehrmachtbehörden im okkupierten Griechenland, Berichte griechischer Augenzeugen, Dokumentaraufnahmen der Reichsrundfunk-Gehelmarhive und von Propaganda-Kriegsberichterstattern der nationalsozialistischen Wochenschau erzählen in dieser Funkdokumentation von vier unermeßlich folgenschweren Telefongesprächen:

RUFNUMMER ENDLÖSUNG!

Unter dem prahlerischen Triumphgeschrei der von der „Reichspropagandaleitung“ gedruckten PK-Berichter überrannten Hitlers auf Angriff ausgerichtete Truppen das isolierte Griechenland. Deutsche Soldaten mit den hellgelben Waffenfarben der Nachrichteneinheiten rollten von ihren Kabeltrommeln jene Telefon-Direktion, auf der wenig später vier nur minutenlange Gespräche über das Schicksal von 64 000 Menschen entschieden!

Hallo Berlin! Berlin 12 00 37! Hier BSÄ Saloniki!

Im Judenreferat des Berliner Reichsinnenministeriums nimmt Oberreglerungsrat Doktor Willy Eckelberg den Hörer. Er spricht mit dem Chef der maßgebenden Abteilung „Verwaltung und Wirtschaft“ der deutschen Militärbehörden im überfallenen Griechenland!

*

DECLASSIFIED

Authority *NWD 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

Monatlicher Verwaltungsbericht des Befehlshabers
Salonki-Agdis - 3. November 1942:

„Durch unterschiedenen Einsatz schneller Truppen-
streifen wurden Unruheherde im Keim erstickt.
Herbei wurde mit ausgesprochener Schürfe vor-
gegangen. Von den insgesamt bisher durchgeführ-
ten 488 Erschießungen sind 442 im Berichtsmo-
nat erfolgt. Zehn Personen wurden getötet, drei Dörfer
niedergebrannt!“

Beglaubigt: Kriegsverwaltungsrat *M a r b a c h*!“

... Der Prozeß, der keinen Fortgang nimmt:
Doktor Marbach

Vor der großen Strafkammer in Kiel begann der Pro-
zeß gegen einen der höchsten Beamten des Bundes-
landes Schleswig-Holstein: Doktor Marbach - ehe-
maliger Kriegsverwaltungsrat im grausam unterdrück-
ten Mazedonien, der trotz seiner im Dienste zum
Nationalsozialismus begangenen Verbrechen zum
Präsidenten des schleswig-holsteinischen Landes-
rechnungshofes aufsteigen konnte. Erschütternde
Zeugenaussagen blenden zurück in die barbarische
Zeit zügelloser nazistischer Machtausübung in Grie-
chenland:

- 9000 jüdische Bürger am 11. Juli 1942 auf dem
„Freiheitsplatz“ Salonkis zusammengedrückt -
- von schwerbewaffneten Wehrmachtseinheiten
umzingelt -
- trotz Erschöpfung durch Hunger und Drangsal
zu sogenannten „Gymnastikübungen“ gezwun-
gen -
- von Aufsehern gepöbelt -
- Bewußtlose mit eisigem Wasser übergossen!

Ein Zeuge sah geduldige Juden unter erbarmungs-
losen Stiefelritten der Wachkommandos stöhnend
zusammenbrechen. Er wandte sich schon nach Minu-
ten schauernd ab - Marbach aber weidete sich an
dem Schauspiel ...

Später beerdet er vor Gericht, diese Greuel nicht zu
kennen. Deshalb steht er vor der Großen Strafkam-
mer Kiels: wegen Meineids - nicht wegen seiner
Verbrechen!

Sofort nach Prozeßbeginn wird Marbach von promi-
nenten Zeugen gedeckt. Kurz zuvor zögerte man
lange, ihn seines hohen Postens „vorläufig“ zu ent-
heben.

9
2

DECLASSIFIED

Authority *NWD 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

Was weiß Marbach? Wer will ihn decken? Wer will sein Schweigen erkaufen?

Der Prozeß wurde nach wenigen Verhandlungstagen einmal vertagt, nachdem folgende Ereignisse zusammengetroffen sind:

Erstens: In Kiel

Angeklagter Marbach, der mit beispielloser Dreistigkeit bei allen Fragen „Trübung des Gedächtnisbildes“ vorschützen darf, macht bei Vernehmungen darüber Andeutungen, daß „Weisungen zur Judenverfolgung damals von einer Berliner Stelle“ ergangen seien!

Zweitens: In Athen!

Die alarmierte Öffentlichkeit verlangt vom griechischen Ministerpräsidenten Karamanlis scharf Rechenschaft, weil er und sein Innenminister Makris von einer westdeutschen Zeitung der zeitweiligen Kollaboration mit Marbach und seinem Berliner Befehlsgäber bezichtigt wurde.

Drittens: In Bonn!

Westdeutschlands „Auswärtiges Amt“ versucht – ohne das gegen Karamanlis vorliegende Material zu kennen – durch überstürzte Entschuldigung beim griechischen Ministerpräsidenten jede weitere Untersuchung des Falles zu verhindern! Weisung dazu gab ein einflußreicher Bonner Staatsbeamter, der die Presse gleichzeitig in einem einseitigen Seitenlangen Brief zum Widerruf der Enthüllungen zu bewegen sucht!

Viertens: In Hamburg!

Das „Hamburger Echo“, das auch den Brief jenes Bonner Beamten erhielt, veröffentlicht Zeugenaussagen über Telefongespräche, die dieser Bonner Beamte 1943 als „Judenreferent“ im Reichsinnenministerium mit deutschen Wehrmachtstellen Salo-nikis führte.

Der Beamte heißt: Dr. Globke!

Der Marbach-Prozeß wird zum zweiten Male vertagt...

★

Ferngespräch eins!

Anfang Februar 1943.

Ferngespräch BSÄ Saloniki für Berlin 12 00 37...
Im „Judenreferat“ des Berliner Innenministeriums preßt Oberregierungsrat Doktor Willy Eckelberg den Telefonhörer ans Ohr. Unendlich fern, durch vielfache

DECLASSIFIED

Authority *NWD 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

brochen, tönt aus der Muschel die Stimme des Chels für Verwaltung und Wirtschaft der allmächtigen deutschen Militärbehörde Griechenlands. Saloniki fragt dn, ob die Judenverfolgung, die Kriegsverwal- tungsrat Marbach entsprechend den Berliner Wei- sungen an Ort und Stelle in Szene setzte, trotz des dadurch verstärkten Widerstandes der alarmierten griechischen Bevölkerung in vollem Umfang weiter- gehen soll. In der nächsten Sekunde zirpt über Tau- sende Kilometer militärisch abgesicherten Kabels Berlin-Saloniki eine Weisung, die eine Lawine des Verderbens ins Rollen bringen sollte!

Heutige Aussage des damaligen Gesprächspartners von Oberregierungsrat Eckelberg gegenüber der Zel- tung „Hamburger Echo“: „Eckelberg erklärte mir, von sich aus nichts unternehmen zu können; ich sollte in ein paar Tagen wieder anrufen. Er müsse zu- nächst bei seinem Chef nachfragen – Ministerialrat Dr. Globke!“

✱

9

BEKANNTMACHUNG I

Auf Anordnung des Militärbefehlshabers werden alle in Saloniki lebenden Juden männlichen Geschlechts der Militärjahrgänge 1897 bis 1924 auf- gefordert, am 11. Juli 1942, um 8 Uhr vormittags, auf dem Freiheitsplatz zu erscheinen. Als Jude wird jeder betrachtet, der der jüdischen Rasse angehört, gleichgültig, welcher Religion er heute ist. Das Nichterscheinen wird mit Geldstrafe und Einsper- rung in einem Konzentrationslager bestraft!

Thessaloniki, den 7. Juli 1942

Das Generalgouvernement

Aus einem Rundbrief des Zentralrats der jüdischen Glaubensgemeinschaft – Athen, Juni 1958:

„Nachdem etwa zehntausend terrorisierte Glaubens- genossen versammelt waren, zwang der deutsche Befehlshaber sie, mit entblößtem Kopf mehrere Stun- den lang in der sehr heiß brennenden Sommer- sonne stehen zu bleiben. Er ließ sie schlagen, foltern und grausam demütigen, indem er sie zwang, sich auf dem Erdboden rollend wegzubewegen, während die Hunde auf sie gehetzt wurden. Nach einigen Tagen wurden alle diese zehntausend Glaubensgenossen zu Zwangs- arbeiten in verschiedenen Gegenden Griechenlands, bei Tag und bei Nacht, unter unmenschlichen Bedin-

DECLASSIFIED

Authority *NWD 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

gungen, ohne Nahrung, ohne Kleidung, ohne Schuhe, ohne Wohnung und ohne die elementarste ärztliche Betreuung verschickt. Eine große Anzahl von ihnen kam ums Leben. Er befahl in Saloniki die Erschießung von Juden unter dem Vorwand von Bestrafungen. Er verhaftete die gesamte jüdische Bevölkerung von Saloniki wie auch von anderen Städten in Nordgriechenland durch Befehle, die seine Unterschrift trugen:

Dr. Merten!

Der Prozeß, der kein Ende nimmt:

Doktor Merten

Das griechische Sondermilitärgericht in Athen verurteilte am 5. März 1959 den Westberliner Rechtsanwalt Max Merten, der in der griechischen Hauptstadt verhaftet worden war, als er in kaltschnäuziger Unverfrorenheit für einen ehemaligen Komplizen gut-sagen wollte. Das Gericht erklärt ihn für schuldig unter anderem in folgenden Punkten:

- Vorsätzliche Tötung der Juden Albert Benveniste und Missim Chamhim;
- Plünderung und Verüßerung jüdischer Geschäfte;
- Entsendung von 9000 jüdischen Griechen zur Zwangsarbeit;
- Vorsätzliche Verweigerung von Nahrung, Unterkunft, Kleidung und ärztlicher Fürsorge für 9000 Zwangsarbeiter, die dadurch dem Hungertod ausgesetzt wurden;
- Vorsätzliche Wegnahme des Privatvermögens der Juden Salonikis;
- Einweisung der 56 000 Juden Salonikis in Ghettos und andere Judenabnahmen

11)

Max Merten – vom Sommer 1942 bis Frühjahr 1944 Militärverwaltungsrat in Saloniki – wurde in Athen zu 25 Jahren Zuchthaus, Einziehung des Vermögens und Zahlung der Gerichtskosten verurteilt!

Bonn hatte zuvor durch einen Zweihundert-Millionen-Kredit von der Athener Regierung die Zusage zur Einstellung aller Kriegsverbrecher-Prozesse erkaufte. Merten, der Beziehungen zur sozialdemokratischen Parteiführung hat, war der einzige, den Bonn als Sündenbock der strafenden Gerechtigkeit überließ – allerdings nur bis zu dem Zeitpunkt, da der Prozeß eine sensationelle Wendung nahm:

3 2

DECLASSIFIED

Authority *NWD 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

2 10



Griechische Zeugen erklärten, Merten – die „Bestie von Saloniki“ –

war nicht der Urheber der Judenverfolgung; handelte eindeutig auf höheren Befehl; wurde von Berlin aus gesteuert!

Im Gerichtssaal fiel der Name des Judenreferenten im Reichsinnenministerium, der heute der einflussreichste Bonner Staatsbeamte ist!

Zweihunderttausend Mark „Rechtshilfekosten“ wendete Bonn „Auswärtiges Amt“ – das sich soeben durch in dem verwandten Fall des Doktor Marbach zu Wort gemeldet hat – für die Freilassung Mertens auf, nachdem er Anfang 1959 vor Gericht gefordert hatte, diesen Bonner Staatsbeamten unter Zeugeneid zu vernehmen:

Dr. Globke!

Merten kam trotz des „ohne Revision“ verkündeten Urteils als freier Mann zurück . . . !

*

DECLASSIFIED

Authority NWD 36822
By SW NARA Date 2/8/05

Februar 1943. Anrufer: Kriegsverbrecher Mertens!

Hallo Berlin! BSA Saloniki für Berlin...

Der Stromstoß jagt von der mazedonischen Hafenstadt über Jugoslawiens Metropole Belgrad und Österreichs Hauptstadt Wien nach Prag.

Der Ruf rast auf von Gestapo-Leuten bewachten geheimen Leitungen deutscher Nachrichtenübermittlungszentralen zur Stabsvermittlung des OKW in der Hauptstadt des „Großdeutschen Reiches“, deren Spinnennetz militärischer Übermittlungswege hier in einem Punkt zusammenläuft! Die OKW-Zentrale schaltet das Gespräch des Befehlshabers Saloniki-Agdis über Direktkabel zu jener erbarungslosen Befehlsstelle, die ihre Weisungen in alle Winkel des vom Würgegriff des nazideutschen Eroberers umklamerten Europa hetzt:

Reichsinnenministerium! Judenreferat!

Mertens, der in Saloniki jeden Befehl dieser Dienststelle bedingungslos befolgt, meldet sich weisungsgemäß ein paar Tage nach dem ersten Anruf wieder bei Oberregierungsrat Doktor Willy Eckelberg, den er von früher her persönlich kennt. Eckelbergs hartem Chef wagte er nicht von seinen taktischen Einwänden gegen die sofortige Verschärfung der Judenverfolgung in Kenntnis zu setzen. Aber Eckelberg hat von diesem Chef bereits die Richtlinien erhalten...

Aussage Dr. Mertens gegenüber der Zeitung „Ham-burger Echo“:

„Als ich mich wieder meldete, erhielt ich von Eckelberg die Antwort, Globke könne sich nicht vorstellen, daß ich mich einem von einer zentralen Dienststelle kommenden Befehl nicht unterwerfen wollte. Was im Reichsgebiet gelte, müsse auch im besetzten Griechenland praktiziert werden. Außer-dem sollte ich mich nicht um Dinge kümmern, die mich nichts angingen. Eckelberg werde mir, auf Geheiß von Globke, in den nächsten Tagen Globkes Kommentar zu den Judengesetzen zusenden, nach dem ich mich dann richten könnte. Dies ist auch geschehen.“

☆

DECLASSIFIED

Authority *NWD 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

Der griechische Schriftsteller André Kédros schrieb in: „Königsvolk“, Seite 42:

„Er war über einen Leichnam gestolpert, der gegen eine Hauswand lehnte. Es war kein wirklicher Leichnam, er bewegte sich schwach – aber er sah so aus. Die starren Augen blickten bereits glasig. Der Kopf war nicht mehr der eines Lebenden, er glich dem Totenschädel, der zur Kennzeichnung von Giftflaschen verwendet wird. Die Hände mit den knöchigen Fingern ragten wie Krallen aus den Ärmeln eines alten griechischen Uniformrocks hervor. Die eine lag auf dem Bauch, die andere hielt eine leere Konserven-dose unklammernd.“

Ein junger deutscher Offizier, der vorüberkam, blieb stehen und musterte neugierig den Sterbenden. Er nickte wie ein Arzt, der mit seiner Diagnose zufrieden ist, und versetzte ihm einen kräftigen Fußtritt in die Magengegend.

Die Galstige waren mit Sterbenden überfüllt. Neben jedem lag die gleiche leere Konservendose. Einige wenige riefen noch mit verlöschender Stimme „Hunger“, andere waren stumm und rührten sich nicht.

An den Bordsteinen entlang schleppten sich in langen Reihen Menschen, die kleine Karren vor sich herschoben, in jedem lag ein Toter.“

Femerschreiben des Reichsicherheitshauptamtes Berlin an den Befehlshaber Saloniki-Agdis – 6. Februar 1943:

„Die Judengesetzgebung des Reiches ist nun auch im besetzten Griechenland anzuwenden!“

**Der Prozeß, der keinen Anfang nimmt:
Doktor Globke**

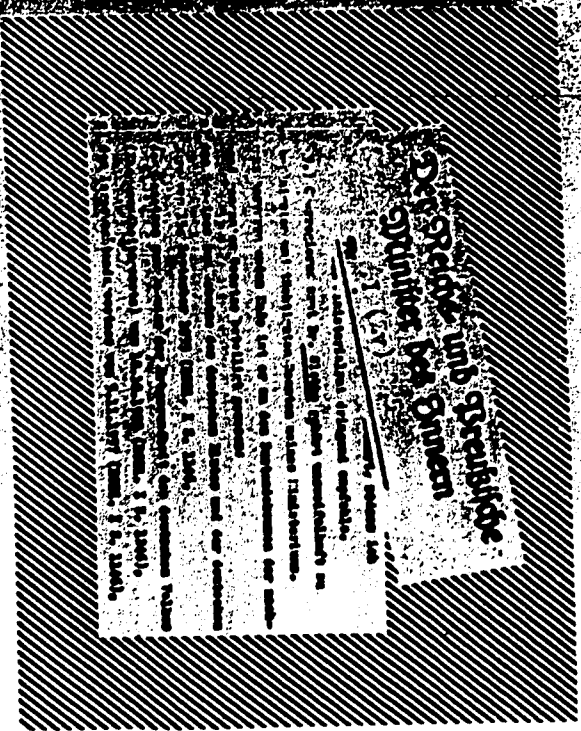
Die Judengesetzgebung!

Der Reichs- und Preussische Minister des Innern an den Stellvertreter des Führers.

Berlin, den 25. April 1938 – Aktenzeichen II-EV-285:

Der Reichsminister des Innern, dem Führer und Reichskanzler Dr. Goebbels, Dr. Globke zum Ministerialrat zu beauftragen. Oberregierungsrat Dr. Globke gehört un- terschiedlich zu den tüchtigsten Beamten meines Ministeriums. In ganz hervorragendem Maße ist er an dem Zustandekommen der nachstehend genann- ten Gesetze beteiligt gewesen:

- a) des Gesetzes zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 15. September 1935;
- b) des Gesetzes zum Schutze der Erbgesundheit des deutschen Volkes vom 28. Oktober 1935;
- c) des Personenschutzgesetzes vom 3. November 1937.



2 13

Blutschutzgesetz

§ 1
Eheschließungen zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen und arverwandten Blutes sind verboten!"

§ 2:
"Außerordentlich Verkehr zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen und arverwandten Blutes sind verboten!"
Hermann Göring vor dem Reichstag Nazideutschlands:

Wer dem Verbot des Paragraphen eins zuwiderhandelt, wird mit Zuchthaus bestraft. Der Mann, der dem Verbot des Paragraphen zwei zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis oder Zuchthaus bestraft."

Genau 15 Jahre später verurteilte man Göring in Nürnberg dafür zum Tode durch den Strang. Der, der die Gesetze machte, überlebte ihn: Globke!

Globke tat ein übriges:

Blutschutzgesetz — Reichsbürgergesetz — Ehegesundheitsgesetz. Kommentiert von Dr. Wilhelm Stuckart, Staatssekretär im Reichs- und Preußischen Ministerium des Innern, und Oberregierungsrat Dr. Hans Globke!

Globke beteiligte sich nicht nur an der Ausarbeitung der in der ganzen Welt verhaßten nationalsozialistischen Rassenparagrafen — er gab auch in einem Kommentar den Nazis die für alle späteren Fälle benutzbare ausgeklügelte Mordanweisung!

Kernsätze des Globke-Kommentars:

„Wer Jude ist, bestimmt Paragraph fünf!“

„Da das Judentum seinem Blute und innerstem Wesen nach dem Deutschen artfremd ist, sind Spannungen zwischen diesen Völkern die notwendige Folge!“

„Der Jude ist uns völlig fremd nach Blut und Wesen. Deshalb ist die Dissimilation die einzig mögliche Lösung!“

„Das Judenproblem bedurfte in politischer, wirtschaftlicher und soziologischer Hinsicht einer Lösung für Jahrhunderte!“

„Das Judentum ist ein Fremdkörper in allen europäischen Völkern!“

Auch in Griechenland!

★

Ferngespräch dreil

20. März 1943.

Hier Berlin! Hallo Saloniki! Ferngespräch für BSA Saloniki!

Der Ruf jagt entlang den Windungen des über Telegraphenmasten und Bäume, durch wassergefüllte Gräben und leichengefüllte Bombentrichter, durch zerschossene Häuser und bombensichere Unterstände verlegten Direktkabels diesmal in umgekehrter Richtung! Der elektrische Impuls rast von Berlin —

● 195 000 deutsche Juden verhaftet, verschleppt, vergast, verbrannt — auf Grund der Nürnberger Gesetze!

DECLASSIFIED

Authority *NWD 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

- über Prag – 25 000 tschechoslowakische Juden verfolgt, verschleppt, vergast, verbrannt – auf Grund der Nürnberger Gesetze
- weiter nach Wien –
- 53 000 österreichische Juden verfolgt, verschleppt, vergast, verbrannt – auf Grund der Nürnberger Gesetze
- und über Belgien –
- 64 000 jugoslawische Juden verfolgt, verschleppt, vergast, verbrannt – auf Grund der Nürnberger Gesetze
- bis Saloniki!

Ferngespräch aus Berlin für BSX Saloniki!

Fünf leidgedrückte europäische Länder, deren jüdische Bevölkerung durch barbarische Bestimmungen der „Endlösung“ zugeführt wird. In dieser Sekunde an jenem Kabel, das über Tausende von Kilometern die Stimme eines Mannes holt, unter dessen Befehlen Europas gepönligte Judenheit erzittert! Den Chef der Abteilung „Verwaltung und Wirtschaft“ des deutschen Militärbehaltshabers, der über Leben und Tod der christlichen und jüdischen Bürger Griechenlands gebietet, verlangt der Chef des Judenreferats im Amt IV B-4 des erbarmungslosen Reichssicherheitshauptamtes:

Adolf Eichmann!

Während Nazideutschlands bewaffnete Macht gegen Griechenlands jüdische Bürger wütet, fragt Adolf Eichmann Dr. Max Merten, den Beauftragten der deutschen Militärverwaltung Saloniki, nach seinem Ferngespräch mit Oberregierungsrat Dr. Willy Eckelberg vom Judenreferat des Reichsinnenministeriums! Der „Endlösungs“-Verantwortliche des Berliner Reichssicherheitshauptamtes erfuh von Mertens tatsächlichen Bedenken gegen die sofortige Judenvernichtung. Er fordert Einzelheiten! Merten will ihm seinen Plan persönlich übermitteln ...

„Gestatten Sie, Obersturmbannführer, daß ich selbst nach Berlin komme und vortrage?“

Eichmann nach kurzem Zögern:

„Na schön, kommen Sie!“

Die griechische Schriftstellerin Melpo Axioti in ihrem Buch „Tränen und Marmor“. Seite 131:

„In jener Nacht schlief Polyxena nicht zu Hause. Der Tag war noch nicht angebrochen, als man plötzlich

Am 22. März steht Max Merten von der Militärverwaltung Salpatri in der Berliner Kurfürstenstraße 116, Abteilung Inneres des Amtes IV-B-4 beim Reichssicherheitshauptamt - vor Adolf Eichmann. Unter dem Druck des griechischen Volkswiderstandes unterbleibt Merten dem Endlösungs-Verantwortlichen seinen Plan, der Adolf Eichmann eine Minute später zum Hörer seines Diensttelefons greifen läßt:

Das Blut sprudelte hervor. Die Überlebenden führten die Grenze geschloffen und verschwanden irgendwo in Europa.

Die Männer blieben bis zum Gesprächsbruch gut den Knien. Die Maschinengewehre begannen ihr Werk. Das Blut sprudelte hervor. Die Überlebenden führten die Grenze geschloffen und verschwanden irgendwo in Europa.



Dieses vierte Ferngespräch geht nicht über die Direktion der OKW-Stabsvermittlung, sondern ein Staaten in den europäischen Südstaaten, sondern ein paar tausend Meter weiter zu einer Stelle, der Eichmann rechenpflichtig ist.

12 00 37 — Reichsinnenministerium.

Reichsführer SS Heinrich Himmler — seit August 1943 Reichsinnenminister und damit direkter Vorgesetzter des Ministerialrats Globke, der in dieser Zeit zu Himmlers Generalreferenten avanciert — vor SS-Leuten:

„Ein ganz schweres Kapitel will ich hier vor Ihnen noch nennen. Ich meine die Judenevakuierung, die Austreibung des jüdischen Volkes. Sie gehört zu den Dingen, die man leicht ausspricht: das jüdische Volk wird ausgerottet. Das sagt jeder Parteigenosse, ganz klar, das steht in unserem Programm drin. Austreibung der Juden, machen wir wahr, Kleinigkeit. Von Euch werden die meisten wissen, was es heißt, wenn hundert Leichen beisammen liegen, wenn fünfhundert da liegen oder auch tausend...“ und fest durchgehalten zu haben und dabei — abgesehen von menschlichen Ausnahmeschwächen — anständig geliebt zu sein, das hat uns hart gemacht und ist ein nie genanntes und niemals zu nennendes Ruhmesblatt.“

12 00 37 — Reichsinnenministerium...

Das vierte Gespräch jener unheilvollen Serie von Telefonaten, die in wenigen Minuten über Leben und Tod von 64 000 Menschen entscheiden sollte, war das kürzeste von allen. Sein Ergebnis hetzte den sonst eiskalten Bürokraten der Vernichtung in einen Anfall rasenden Jähzorns! Adolf Eichmann hatte mit dem Judenreferat gesprochen, das ihn wegen seiner „Weichheit“ rügte!

Aussage des Gesprächs-Zeugen Doktor Merten gegenüber der Zeitung „Hamburger Echo“.

„Eichmann machte den Eindruck eines eingesparten Tigers. Immer wieder brüllte er. Der Führer hat doch befohlen — mehr traut der sich nicht zu sagen! Dieser Globke... dieser Globke!...!“

Gerold Reiklinger in „Die Endlösung“, Seite 422:

„Ein aus vierzig Güterwagen bestehender Zug brachte zwelthausendhundert Juden aus der Provinz, die man in das Baron-Hirsch-Ghetto gezwungen hatte.“

DECLASSIFIED

Authority *NWD 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*



fort. Von da on wurde das Baron-Hirsch-Ghetto abwechselnd gefüllt, geleert und wieder gefüllt, und bis zum Ende des Monats März 1943 hatte man 13.435 Juden in 5 Zügen weggeschafft. Mitte Mai, als man die für die Organisation Todt Verpflichteten deportierte, war der Großteil der Juden Salonikis bereits fort. 42.830 Menschen in 16 Zügen ...

Die Reise allein, die etwa sieben bis zehn Tage dauerte, während der 60 bis 65 Menschen ohne Rücksicht auf Alter, Gesundheit oder Geschlecht in fast unlüftbaren Viehwagen befördert wurden, aus denen sie sich nicht für eine Minute entfernen konnten, muß on sich schon viele dahingerafft haben. Oberdies befanden sich die meisten der Juden aus Saloniki schon bei Antritt der Reise in schlechtem Gesundheitszustand. Höss, der Kerkermeister von Auschwitz, sagte, daß sie alle in so schlechtem Zustand seien, daß man sie austrotten müßte. --

Im Jahre 1941 gab es wohl nicht viel mehr Juden in Griechenland, als gelegentlich der Volkszählung von 1931 festgestellt worden waren, nämlich 67.200. Nach den offiziellen Zählungen von 1945 hatten wenig mehr als zehntausend den Krieg überlebt."

2

81

DECLASSIFIED

Authority *NWD 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

*

Ferngespräch vier!

22. März 1943.

Hier der Inhalt der außergewöhnlichen Unterredung, die Adolf Eichmann in der Berliner Kurfürstenstraße dem Doktor Merten von der Militärverwaltung Saloniki gewährte, und des daran anschließenden einschließenden Telefongesprächs! Max Merten schilderte dem „Hamburger Echo“, wie er Eichmann den Plan unterbreitete, zur Besänftigung der übermächtig wachsenden griechischen Volksempörung einen Teil der jüdischen Bevölkerung Griechenlands nicht in die Gaskammern, sondern ins Ausland zu schicken — nach Palästina.

Merten:

„Wir wären die Juden los!“

Eichmann schwankt:

„Wieviel?“

Merten:

„Ne, rund zehntausend!“

Eichmann:

„Hauptsache, wir sind sie los — nehmen Sie ... zwanzigttausend!“

Merten erlebt den zweiten Teil jenes folgenschweren Gesprächs, in dem zwei unbarmherzige Judenmörder mit Ziffern über Menschenleben jonglierten, als verkauften sie Vieh.

Eichmann wählt die Nummer des Reichsinnenministeriums — Judenreferat.

Und Merten wird Zeuge, wie der tausendfach gefürchtete Eichmann vor jenem Manne diener, der über ihn Weisungsrecht hat! Merten gegenüber dem „Hamburger Echo“:

„Da es sich um eine Ausnahme von den Nürnberger Gesetzen handelte, hat auch der allgewaltige Adolf Eichmann Rückendeckung gebraucht. Er hat sie beim Judenreferenten des Reichsinnenministeriums gesucht, bei Dr. Hans Globke!“

Das „Hamburger Echo“ weiter:

„So hat Merten erlebt, wie sich Eichmann am Telefon für das Leben von 20 000 Juden stark gemacht hat. Vergeblich!“

☆

61
2

DECLASSIFIED

Authority *NWD 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

2 20



Der Telefonapparat, der in einem lichtdurchfluteten Büro im Erdgeschoss eines Seitenflügels im Palais Schaumburg, Bonn, unweit eines grünen Stahlstran- kes mit geheimen Akten installiert ist, wird von einem gepflegten Mann in korrekt-konservativer Kleidung, mit weißer Wäsche unter schwarzer Weste, bedient und — wenn es ihm paßt — weitergeschaltet zum Kanzler der Bundesrepublik. Er gilt als des Kanzlers -graue Eminenz“, jener Mann, dessen sorgfältig manikürte Hände nichts von seiner früheren Tätig- keit verraten und in dessen-Umgebung niemand an die vier folgenschweren Telefongespräche des Jahres 1943 erinnern darf:

Bonn, Koblenzer Straße 139/141

Bundeskonzleramt

Staatssekretär: Dr. Globkel

Fernsprecher jetzt: 2 01 111

Rufnummer Endlösung

DECLASSIFIED

Authority *NWD 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

21

2

Die hier wiedergegebenen Fotos sind Dokumentar-
aufnahmen vom nationalsozialistischen Terror im von
der Hitlerwehrmacht besetzten Griechenland.

Redaktionsschluß: November 1960

DECLASSIFIED

Authority *NWD 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

**Der Deutschlandsender
sendet auf:**

Langwelle

185 kHz 1621,6 m

Mittelwellen

656 kHz 457,3 m
692 kHz 433,8 m
728 kHz 412,1 m
782 kHz 383,6 m

Kurzwellen

6115 kHz 49,06 m
7300 kHz 41,10 m

Ultrakurzwellen

96,55 MHz — Leipzig (1)
96,95 MHz — Dequede
97,15 MHz — Inselberg
97,3 MHz — Schwerin
97,4 MHz — Brocken
97,6 MHz — Sonneberg
97,65 MHz — Berlin

22 2

4

Der KZ-Staat

DECLASSIFIED

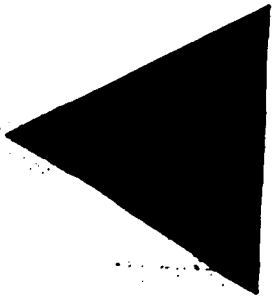
Authority *NND 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

Wahrheiten über den deutschen Imperialismus 1



Heinz Kühnrich

Der KZ-Staat



DECLASSIFIED

Authority *NWD 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

Heinz Kihurich · Der KZ-Staat

DECLASSIFIED

Authority *NWD 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

Wahrheiten über den deutschen Imperialismus | 1

Heinz Kühnrich

Der KZ-Staat

Rolle und Entwicklung
der faschistischen Konzentrationslager
1933 bis 1945



Dietz Verlag Berlin 1960

DECLASSIFIED

Authority *NWD 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

Mit 4 Bildern und einer graphischen Darstellung

-10. Tausend

Dietz Verlag GmbH, Berlin · 1. Auflage 1960 · Printed in Germany

Alle Rechte vorbehalten

Typographie: Dietz Entwurf · Umschlag: Max Gohard

Verlagsbogen: 7,6 · Druckbogen: 9 · Listennummer 1

Gesamtherstellung: Molter Druckerei III/21/5

NS 14 E

DECLASSIFIED

Authority *NWD 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

Brandstifter

27. Februar 1933. Der Reichstag brennt. Eine gigantische Provokation war vom Stapel gelassen worden. Ausgesuchte SA-Leute hatten sich vom Palais des Reichstagspräsidenten Göring aus durch einen unterirdischen Gang, der beide Gebäude verband, in den Reichstag begeben und ihn an mehreren Stellen gleichzeitig in Brand gesteckt. Sie ließen den degenerierten Holländer van der Lubbe zurück. Er wurde von den Nazis hingerichtet. Fast alle Personen, die an der Brandstiftung beteiligt waren, wurden später von ihren Auftraggebern als gefährliche Mitwisser beiseitigt.

In dem von Goebbels veröffentlichten offiziellen Bericht hieß es: „Am Montag abend brannte der Deutsche Reichstag. Der Reichskommissar für das Preussische Ministerium des Innern, Reichsminister Göring, verfügte sofort nach seinem Eintreffen an der Brandstelle sämtliche Maßnahmen und übernahm die Leitung aller Aktionen. Auf die erste Meldung vom Brande trafen auch Reichskanzler Adolf Hitler und der Vizekanzler von Papen ein.... Diese Brandstiftung ist der bisher ungeheuerlichste Terrorakt des Bolschewismus in Deutschland . . . Gegen zwei führende kommunistische Reichstagsabgeordnete ist wegen dringenden Tatverdachts Haftbefehl erlassen. Die übrigen Abgeordneten und Funktionäre der Kommunistischen Partei werden in Schutzhaft genommen. Die kommunistischen Zeitungen, Zeitschriften, Flugblätter und Plakate sind auf vier Wochen für ganz Preußen verboten. Auf vierzehn Tage verboten sind sämtliche Zeitungen der Sozialdemokratischen Partei.“

Mit dem Reichstagsbrand versuchte der Hitlerfaschismus einen Anlaß für die Entfesselung des Massenterrors gegen alle antifaschistischen Kräfte zu provozieren, gegen Kommunisten, Sozialdemokraten, fortschrittliche Menschen aus allen Schichten, kurzum gegen alle Personen, die Humanismus, Demokratie und Menschenwürde höher achteten als Paraden, braune Uniformen und einen sinnlosen Tod in einem Raubkrieg im Interesse der deutschen Monopolherren und Junker. Eine alte Methode, die die herrschende Kapitalistenklasse immer angewandt, wenn sie zu einem Schlag gegen die Arbeiterklasse ausholte: die Provokation. Die Nazis hatten mit dem Reichstagsbrand den Startschuß gegeben. Mit dem Geschrei „Die Kommunisten haben den Reichstag angesteckt“ entfesselten die braunen Brandstifter einen Feldzug gegen das eigene Volk. Die Vernichtungsmaschine rastete. Die Gefängnisse, Zuchthäuser, SA- und SS-Kasernen waren überfüllt. Konzentrationslager schossen wie Pilze aus der Erde. Die blutige Nacht des „Tausendjährigen Reiches“ brach über Deutschland herein.

DECLASSIFIED

Authority *NWD 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

„Es werden Köpfe rollen . . .“

Die faschistische Partei, die sich „national“ und „sozialistisch“ gerade deshalb nannte, weil sie weder das eine noch das andere war, erschlich sich am 30. Januar 1933 mit maßloser Demagogie und zügellosem Terror die Macht. „Der Sozialismus in unserem Programm ist nur der Leim, um die Vögel zu fangen“, plauderte Goebbels, der braune „Propagandaminister“, einmal aus der Schule.

Die Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1933 war ein günstiger Nährboden für das Hochkommen der Naziartei und das Eindringen faschistischer Lösungen in breitere Volksmassen. Die braunen Betrüger nutzten schamlos die Massenarbeitslosigkeit und die Verelendung der Bauern und des Kleinbürgertums aus. Mit dem Schlachtgeschrei „Kampf gegen Versailles“, mit den „Theorien“ über „Volk ohne Raum“ und der Legende von „Herrenrasse“ und „Untermenschen“ entfesselten sie den Nationalismus und Chauvinismus. Den Arbeitern wurde Lohn und Beseitigung der Arbeitslosigkeit versprochen, den Bauern die „Brechung der Zinsknechtschaft“, den Kleinbürgern Kampf gegen die „Plutokraten“ und Abschaffung der Warenhäuser, den Monopolen und Krautjunkern mehr Profite. Aber Terror, Krieg, Millionen Tote und die nationale Katastrophe brachten sie. Nur ein Versprechen wurde gehalten: die Unterdrückung der Arbeiterbewegung und Riesengewinne für die Bankherren und Trustgewaltigen.

Die NSDAP machte schon vor der Machtergreifung kein Hehl aus ihren Absichten. Sie kündigte ihre Terrorpolitik offen an. Meuchelmord und Straßenschlachten zeigten, daß ihr Pro-

gramm keine Utopie bleiben sollte. Hitler sagte auf der zweiten Gründungsversammlung der NSDAP am 27. Februar 1925: „Entweder der Feind geht über unsere Leiden, oder wir gehen über die seine.“ In aller Offenheit sprach er 1930 vor dem Reichsgericht der Weimarer Republik vom „Köpferollen“: „Es werden Köpfe rollen, ja es werden Köpfe rollen.“

Hitler pflegte des öfteren die Worte zu verwenden, daß es nicht eher Ruhe gehen würde, bis nicht alle Laternenpfähle voll hängen. Gleichmaßen offenbarten sich die anderen Partei-, SA- und SS-Größen, die ihrem „Führer“ in nichts nachstanden.

Ein bezeichnendes Dokument für die systematische Einplanung und Vorbereitung des grausamen Terrors gegen alle Arbeiterpartei- und -organisationen, gegen alle demokratischen und fortschrittlichen Personen ist das Tagebuch von Goebbels, das unter dem Titel „Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei“ 1935 in München erschien. Über Arbeiterfunktionäre äußerte er hier: „Dieses Gesindel muß einmal wie Ratten ausgerottet werden!“ Die Ermordung zweier Funktionäre der KPD in Königsberg kommentierte er mit den Sätzen: „Das ist das einzige Mittel, um die Roten zur Raison zu bringen; alles andere imponiert ihnen nicht mehr. Wir werden derlei Fälle in der näheren und weiteren Zukunft noch mehr erleben.“

Viele Quellen und Beweise für den wahren Charakter des Hitlerfaschismus, für die Hintergründe seiner Machtergreifung, die systematische Demagogie und den Kuhhandel zwischen NSDAP und Monopolkapital um das Schicksal des deutschen Volkes kamen erst nach der Bereinigung vom Hitlerfaschismus an das Tageslicht. Vieles war aber bereits zur damaligen Zeit bekannt. Es war die Kommunistische Partei Deutschlands, die immer wieder den wahren Charakter des Hitlerfaschismus enthüllte und mit allen Mitteln gegen ihn kämpfte. Unermüdet riefen die Kommunisten zur Einheitsfront auf und mobilisierten große Teile der Arbeiterklasse gegen die faschistischen Provokationen und Terrorakte. Auf dem XII. Parteitag der KPD 1929 wurde in der

Resolution auf die zunehmende Gefahr des Faschismus hingewiesen und erklärt: „Die Bourgeoisie greift immer mehr, immer bewußter, immer rascher zu faschistisch-diktatorischen Methoden der Verteidigung ihrer Klassenherrschaft gegen das Proletariat. Die Liquidierung der Überreste der bürgerlichen Scheindemokratie ist eingeleitet. Die Errichtung der unverhüllten, von den formal-demokratischen Schranken befreiten Diktatur des Finanzkapitals wird auf die Tagesordnung gestellt.“ Die Kommunisten entlarvten den nazistischen Schwindel von der „Volksgemeinschaft“, von „Herrnassen“ und „Untermenschen“, vom „Volk ohne Raum“ und riefen die Worte aus, die später so bittere Wahrheit werden sollten: „Hitler — das ist der Krieg!“

Am 7. Februar 1933 tagte das ZK der KPD zum letzten Male mit Ernst Thälmann. Die Sitzung mußte bereits illegal durchgeführt werden. Ernst Thälmann warnte noch einmal vor einer Unterschätzung des Faschismus und sagte: „Jeder Zweifel darüber, daß diese Regierung vor irgendwelchen Methoden des äußeren Terrors zurückschrecken würde, wäre sehr gefährlich.“

Es ist der Bourgeoisie Ernst damit, die Partei und die ganze Avantgarde der Arbeiterklasse zu zerschmettern. Sie wird deshalb kein Mittel unversucht lassen, um dieses Ziel zu erreichen. Also nicht nur Vernichtung der letzten spärlichen Rechte der Arbeiter, nicht nur Parteiverbot, nicht nur faschistische Klassenjustiz, sondern alle Formen des faschistischen Terrors; darüber hinaus: Masseninternierung von Kommunisten in Konzentrationslagern, Lynchjustiz und Mordmorde an kommunistischen Führern — das alles gehört mit zu den Waffen, deren sich die faschistische Diktatur uns gegenüber bedienen wird.“ Ernst Thälmann forderte alle Parteimitglieder auf, alles für den Kampf gegen Hitler einzusetzen, seine Regierung als Regierung des Terrors, der kapitalistischen Ausbeutung und des imperialistischen Krieges zu entlarven und die Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitern herzustellen. Ernst Thälmann wies auch darauf hin, wie

notwendig es ist, alle Schichten der Bevölkerung in den Kampf gegen den Hitlerfaschismus einzubeziehen.

Er konnte seine Worte nicht zu Ende führen, da Spitzel von dieser illegalen Sitzung des ZK Kenntnis erhalten hatten. Walter Ulbricht, der die Sitzung leitete, brach sie ab, so daß sich alle Genossen dem Zugriff der Nazis noch rechtzeitig entziehen konnten.

Es war den Faschisten wohl bewußt, daß sie in der Kommunistischen Partei Deutschlands ihren erbittertesten Gegner hatten. Die Dokumente der NSDAP triefen deshalb von Haß gegen die Kommunisten, drückten aber auch gleichzeitig die Furcht vor ihren Aktionen und ihrer Kraft aus. Die ganze Praxis der faschistischen Herrschaft, die Massendemonagie, der Gesinnungsterror, Gefängnis, Zuchthaus, Konzentrationslager und planmäßiger Massenmord, richtete sich in erster Linie gegen die aktiveren antifaschistischen Kräfte, die Mitglieder der Kommunistischen Partei Deutschlands. Goebbels hatte am 11. August 1932 in sein Tagebuch eingetragen, daß der Faschismus nur im blutigen Terror gegen die Arbeiterbewegung existieren kann: „Wenn man uns nicht die Möglichkeit gibt, mit dem Marxismus abzurechnen, dann ist unsere Machtübernahme vollkommen zwecklos.“ Diese Worte drücken die Marschrichtung der Innenpolitik der braunen Barbaren aus und zeigen den Weg der Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion.

Für die Durchsetzung dieser Zielrichtung ist die erhalten gebliebene Niederschrift über die Ministerbesprechung am 30. Januar 1933 ein bezeichnendes Dokument. Sie berichtet von der ersten Kabinettssitzung der Hitlerregierung. Hitler erwog bereits hier die Absicht, „die Kommunistische Partei zu verbieten, ihre Mandate im Reichstag zu kassieren und auf diese Weise die Mehrheit im Reichstag (zu) erreichen“. Es ging ihm hauptsächlich darum, die Mehrheit im Reichstag zu erlangen, um desto hemmungsloser seine gefährliche Politik durchsetzen zu können. Göring, dessen sämtliche Titel und Ämter eine ganze Liste aus-

füllen würden und der neben Hitler das größte Paradeferd im faschistischen Stall war, beantragte auf dieser Sitzung die Auflösung des Reichstages und Neuwahlen, in denen die Nazis einen Wahlsieg erhofften. Mit Befriedigung stellte er fest, daß die „SPD im Augenblick einen Generalstreik nicht mitmachen würde“. Gleichzeitig wurde aber von allen die Gefahr eines Generalstreiks bei einem Verbot der Kommunistischen Partei hervorgehoben, so daß die braunen Verschwörer, getrieben von der Furcht vor der Kraft der einigen Arbeitermassen, diese Absicht vertrugen.

Mit welchen Mitteln es weitergehen sollte, berichtet eine Tagebuchaufzeichnung Goebbels' vom nächsten Tage, die über eine Besprechung der Naziführer aussagt. Hier heißt es: „Vorläufig wollen wir von direkten Gegenmaßnahmen absehen. Der bolschewistische Revolutionsversuch muß zuerst einmal aufflammen. Im geeigneten Moment werden wir dann zuschlagen.“ Das war die Suche nach einem Anlaß, das war das Programm für den Reichstagsbrand. Damit sollten auch gleichzeitig die Voraussetzungen für einen Wahlsieg der NSDAP bei den Reichstagswahlen am 5. März geschaffen werden. Hitler wollte sich seine „Legalität“ beschleunigen lassen und benutzte dazu alle Mittel. „Die Vorbereitungen zum Wahlkampf lassen sich sehr gut an. Diesmal geht es auf Hauen und Stechen. Wir werden keinen Pardon geben und uns mit allen Mitteln durchzusetzen wissen“, notierte Goebbels in seinem Tagebuch. Und Gregor Strasser gab den Leitspruch: „Legal, legal bis zur letzten Leitersprosse — aber gehenkt wird doch.“

„Es ist wieder eine Lust zu leben!“

Es wurde „gehauen und gestochen“, betrogen und gebrand-
schatzt, um einen faschistischen Wahlsieg zu erreichen. Der Reichs-
tag wurde angezündet. Eine sofort einsetzende Propagandawelle
erklärte den Reichstagsbrand als kommunistisches Signal für

einen allgemeinen Aufstand. „Nun ist der entscheidende Augenblick gekommen. Göring ist ganz groß in Fahrt“, schreibt Goebbels triumphierend am gleichen Tage. Die Terrormaschine läuft. Bewaffnete SA- und SS-Band~~en~~ ziehen mit Listen durch die Straßen und verhaften Funktionäre und Mitglieder der KPD. Alles war gründlich vorbereitet: der Brand, die Massenverhaftung und das am 28. Februar 1933, also einen Tag später, verkündete Gesetz zum „Schutz von Volk und Staat“. Selbst Göring gestand bei der Vernehmung im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß, wenn er sich auch bemühte, die Schuld am Brand immer noch den Kommunisten in die Schuhe zu schieben, daß die Namen der Verhafteten schon in Listen aufgezeichnet waren. Er sagte aus: „Wir hatten die Listen vorher bereits zum großen Teil festgelegt. Diese Verhaftungen . . . sind die Verhaftungen der kommunistischen Funktionäre. Diese wären völlig unabhängig von diesem Brande ebenfalls verhaftet worden. Der Brand hat ihre Verhaftung nur beschleunigt.“ Rudolf Diels, der erste Chef der Gestapo, gibt in seinen Memoiren „Lucifer ante portas“ die Worte wieder, die Hitler vor dem brennenden Reichstag Papen gegenüber äußerte: „Das ist ein von Gott gegebenes Zeichen. Niemand wird uns daran hindern, die Kommunisten mit eiserner Faust zu vernichten.“ Zu seinen engsten Vertrauten sagte er vor der Brandstätte: „Es gibt jetzt kein Erbarmen mehr; wer sich uns in den Weg stellt, wird niedergemacht. Das deutsche Volk wird für Milde kein Verständnis haben. Jeder kommunistische Funktionär wird erschossen, wo er angetroffen wird. Die kommunistischen Abgeordneten müssen noch in dieser Nacht aufgehängt werden. Alles ist festzusetzen, was mit den Kommunisten im Bunde steht. Auch gegen Sozialdemokraten und Reichsbanner gibt es jetzt keine Schonung mehr.“ Und mit sadistischer Befriedigung, mit dem Stolz des Verbrechens am gelungenen Werk schrieb Goebbels am 28. Februar 1933, einen Tag nach der Provokation, in sein Tagebuch: „Es ist wieder eine Lust zu leben.“

Hand in Hand mit dem Reichstagsbrand war neben der Terror-

welle ein Gesetz vorbereitet worden, das die "gesetzlichen" Grundlagen für die blutige Terrorpolitik geben sollte. Einen Tag nach dem Reichstagsbrand wurde die "Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat" erlassen, in der es heißt: "Auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung wird zur Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte angeordnet: § 1. Die Art. 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Verfassung des Deutschen Reiches werden bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung, einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraf- und Fernsprechtelegraphenrecht, in das von Haussuchungen und von Beschlagnahmen sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig." Dieses Gesetz hob praktisch alle bürgerlich-demokratischen Grundrechte der Weimarer Republik auf und schuf eine Art Ausnahmezustand. Dem Hitlerfaschismus war Tür und Tor für grenzenlose Willkür und zügellosen Terror geöffnet.

Es ist mehr als notwendig, darauf hinzuweisen, daß dieses Gesetz, mit dem die Nazis ihre Unterdrückungspolitik legalisierten und auf eine "gesetzliche" Grundlage stellten, gegenwärtig eine Neuaufgabe erlebt. Der Bonner Staat, der noch mit einem klerikalen und scheindemokratischen Mäntelchen seine faschistische Bißze tarnt, hat bereits einen Entwurf zur Verfassungsänderung vorliegen, den Art. 115 a, Abs. 4 Ziff. 1, der der Bundesregierung das Recht geben soll, eine Reihe von Grundrechten außer Kraft zu setzen. Dieses Notstandsgesetz enthält im wesentlichen die gleichen Punkte, wie das Nazigesetz vom 28. Februar 1933. Der Staat, der sich auf den alten, ausgefahrenen Gleisen der finsternen Vergangenheit deutscher Geschichte bewegt, nutzt die "Erfahrungen" Hitlers bei der Unterdrückung des Volkes aus.

Die ersten Lager

Im Terrorsystem des Faschismus spielten die Konzentrationslager eine besondere Rolle. Sie waren keine zufällige Erscheinung, sondern ein fester Bestandteil des Faschismus und dienten zur Isolierung und Vernichtung der Hitlergegner sowie zur Schaffung einer Angstpsychose unter der Bevölkerung. Später traten neben diesen politischen Zielen der Konzentrationslager immer mehr die ökonomischen Belange in den Vordergrund. „Das Schwarze Korps“, das offizielle SS-Organ, bezeichnete 1933 die Konzentrationslager als „Kampfgebiete“ und schrieb: „So bilden die Konzentrationslager inselhaftige Kampfgebiete der inneren Front, Kriegsschauplätze, an denen jeweils eine Handvoll Männer Deutschland vor dem inneren Feind bewahrt.“

Die KZ-Lager waren der blutigste und grausamste Ausdruck der faschistischen Diktatur. Dennoch ist es notwendig, darauf hinzuweisen, daß die Konzentrationslager nur eine Seite des Naziterrors darstellten. Tausende Antifaschisten schmachteten in Gefängnissen und Zuchthäusern, viele wurden „auf der Flucht erschossen“ – wie der Mörder den Mord begründete –, bevor sie in ein Lager kamen, oder wurden vom sogenannten Volksgerichtshof und anderen Sondergerichten zum Tode verurteilt und mit dem Fallbeil hingerichtet. Selbst hier ging den Henkern der Mord zu langsam. Die Hinrichtung sollte maschinell betrieben werden. Deshalb wurde bereits 1934 die Henkerei mit dem Handbeil durch die Guillotine ersetzt, von der Hitler Ende 1933 „vorsorglich“ 20 Stück im Gefängnis Tegel herstellen ließ.

Die faschistische Gesetzgebung versuchte, die Konzentrationslager „rechtlich“ zu sanktionieren und „gesetzliche“ Grundlagen für die Freiheitsberaubung und Inhaftierung zu schaffen. Mit dem Gesetz zum „Schutz von Volk und Staat“ hatte sich die faschistische Diktatur diese Grundlagen für die Schutzhaft verschafft. Jede Person konnte willkürlich verhaftet und festgesetzt werden, ohne daß ihr das Recht zustand, dagegen anzukämpfen.

Die Justiz war zur Hure der braunen Diktatur geworden, war ihr gefügiger Helfer und Handlanger. Ein bezeichnendes Eingeständnis dazu machte der Reichsanwalt Parisius am 24. April 1938 aus Anlaß des vierjährigen Bestehens des "Volksgerichtshofes", als er in der Festrede sagte: "Die Aufgabe des Volksgerichtshofes ist nicht die, Recht zu sprechen, sondern die, die Gegner des Nationalsozialismus zu vernichten."

Der Plan zur Errichtung von Konzentrationslagern entstand nicht erst 1933. Bereits vor der Machtergreifung des Faschismus lassen Äußerungen führender Nazis erkennen, daß die Bildung von Konzentrationslagern eingeplant war. Gerhart S. Seger, ehemaliger Reichstagsabgeordneter der SPD, dem es gelungen war, aus dem Konzentrationslager Oranienburg zu fliehen und in die Tschechoslowakei zu emigrieren, sagte im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß aus, daß schon im Dezember 1932 der spätere Nazinnenminister Frick zu ihm äußerte: "Schon gut, wenn wir zur Macht kommen, werden wir euch Kerle alle ins Konzentrationslager stecken."

Mit den ersten Massenverhaftungswellen entstand eine ganze Anzahl von Konzentrationslagern. Neben den direkt von Göring veranlaßten und staatlicherseits eingerichteten Konzentrationslagern gab es die "wilden" Lager, die von einzelnen SA-Führern im lokalen Rahmen eingerichtet wurden. Sie befanden sich in ehemaligen Zuchthäusern und Gefängnissen, Festungen, Burgen, stillgelegten Fabriken, SA-Kasernen und Sturmlokalen. So war beispielsweise das Konzentrationslager Kemna bei Wuppertal in der ehemaligen "Wuppertaler Putzwollfabrik" untergebracht. In Königsberg wurde eine alte Fronteste aus dem 16. Jahrhundert, in Miseler bei Bremen ein stillgelegtes Schiff, in Colditz ein altes Schloß, in Sachsenburg eine stillgelegte Spinnerschleifmühle, ein altes Zuchthaus, das wegen Baufälligkeit 1928 geschlossen wurde, benutzt. In Berlin wurden SA-Kasernen (Hedemannstraße, Friedrichstraße, General-Pape-Straße, Frisenstraße usw.) als Konzentrationslager eingerichtet. Vom Gestapochef Dieckhoff gibt es

einen Bericht über die Besichtigung einer solchen Kaserne, und zwar der SA-Hölle Hedemannstraße, in dem er schreibt: „Dort waren die Fußböden einiger leerer Zimmer, in denen sich die Folterknechte betätigten, mit einer Strohschütte bedeckt worden. Die Opfer, die wir vorfanden, waren dem Hungertode nahe. Sie waren tagelang stehend in Schränke gepreßt worden, um ihnen ‚Geständnisse‘ zu erpressen. Die ‚Vernehmungen‘ hatten mit Prü- geln begonnen und gendert; dabei hatte ein Dutzend Kerle in Abständen von Stunden mit Eisenstäben, Gummiknüppeln und Peitschen auf die Opfer eingetrodden. Eingeschlagene Zähne und gebrochene Knochen legten von den Torturen Zeugnis ab. Als wir eintraten, lagen diese lebenden Skelette reihenweise mit eiternden Wunden auf dem faulenden Stroh. Es gab keinen, des- sen Körper nicht vom Kopf bis zu den Füßen die blauen, gelben und grünen Male der unmenschlichen Prügel an sich trug. Bei vielen waren die Augen zugeschwollen, und unter den Nasen- löchern klebten Krusten geronnenen Blutes. Jeder einzelne mußte auf die bereitgestellten Einsatzwagen getragen werden; sie waren des Gehens nicht mehr fähig.“

Die „wilden“ Konzentrationslager herrschten in den ersten Monaten der Hitlerdiktatur noch vor. Sie waren mehr oder weni- ger auf „private Initiative“ örtlicher SA-Führer entstanden, die darin Anfaschisten aus der näheren Umgebung inhaftierten und ihren persönlichen Rachegehlüsten nachgingen. So stand bei- spielsweise über dem Konzentrationslager Oranienburg, das in einer ehemaligen Brauerei untergebracht war: „Konzentrations- lager der Standarte 208.“ Viele dieser „wilden“ Lager wurden durch Göring aufgelöst beziehungsweise lösten sich selbst auf oder wurden als staatliche Konzentrationslager weitergeführt. Beispiele dafür sind die Lager des SA-Gruppenführers Heines in Dürrgoy bei Breslau, des Gauleiters Karpfenstein in Stettin, das auf der Burg Hohnstein, Kemna bei Wuppertal usw. Der Nazistat war auf Grund der internationalen Protestbewe- gung und der antifaschistischen Stimmung im Volke, die unter

anderem in den zwölf Millionen Stimmen für SPD und KPD bei den Reichstagswahlen am 5. März 1933 zum Ausdruck kam, gezwungen, den ganzen Terror mehr in „staatliche“ Bahnen zu lenken. Für die Häftlinge selbst änderte sich nichts. Nur die Lager kamen jetzt unter staatliche Regie. Selbst die Bewachungsmannschaften veränderten sich nicht, außer dort, wo die Polizei vorübergehend als Wachmannschaft fungierte. Aus den Bestimmungungen über die Errichtung und Verwaltung von Konzentrationslagern, die am 5. August 1933 vom Landeskriminalamt Dresden verfügt wurden, geht hervor, daß die Wachmannschaften, die nicht der Polizei angehörten, also vorwiegend SA-Leute, für die Dauer des Bestehens der Lager als Hilfspolizeibeamte zu verpflichten waren. Der SA-Terror wurde damit staatlicherseits anerkannt und die faschistischen Schläger in den Staatsdienst übernommen.

Praktisch hat es überhaupt keine Bedeutung, zwischen „wilden“ und staatlichen Konzentrationslagern zu unterscheiden. Der faschistische Terror war in allen Lagen gleichermäßen ausgeprägt.

Es ist kaum möglich, eine genaue Zahl der 1933 bestehenden Lager festzustellen. Einige der bekanntesten seien an dieser Stelle genannt:

Bad Dürtheim	Colditz
Bad Sulza	Dachau
Berlin, Columbia-Haus	Dresden, Mathildenschlößchen
Berlin, General-Pape-Str.	Dürrgoy b. Breslau
Berlin, Hedemannstr.	Esterwegen
Berlin, Volßstr.	Fuhlsbüttel
Börgermoor	Frankfurt/Main-Fechenheim
Börnide über Velten b. Berlin	Frankfurt/Main-Rödelheim
Bornim b. Berlin	Ginsheim
Brandenburg	Grundau b. Königsberg
Bremen	Grünhainichen, Sachsen
Breslau, Braunes Haus	Hainewalde, Sachsen

Künig, KZ-Skizzen

Heuberg	Ohrdruf, Thüringen
Hohnstein, Sachsen	Oranienburg b. Berlin
Kassel	Schloß Osterstein b. Zwickau
Kemna b. Wuppertal	Osthofen
Kieslau b. Brudsal	Papenburg
Königs Wusterhausen	Rastatt, Baden
Langen, Hessen	Sachsenburg
Lengsfeld	Sennelager b. Paderborn
Lichtenburg	Sonnenburg
Lippstadt, SS-Kaserne	Stettin, Vulkanwerft
Lohra	Wanne-Eickel
Moringen b. Hannover	Wiltsede, Lüneburger Heide
Mühlheim	Wittmoor
Neustadt, Pfalz	Zittau

Diese Aufstellung kann nur eine Auswahl sein. Es müßten zum Beispiel alle Gerichtgefängnisse, Zucht- und Arbeitshäuser, SS- und SA-Kasernen genannt werden, in denen Schutzhäftlinge inhaftiert waren. Das war noch 1934 der Fall, wie aus Akten der Münchener Politischen Polizei hervorgeht. Allein in Bayern waren am 13. März 1933 in Gerichtgefängnissen und Strafanstalten 2784 Schutzhäftlinge untergebracht. Heydrich - damals noch bei der Politischen Polizei Bayerns beschäftigt, später Gestapochef des ganzen Reichs - stellte eine Übersicht für den Staatsminister Wagner zusammen, wonach sich am 1. April 1934 von 2703 Schutzhäftlingen 798 in Strafanstalten, Gerichts- und Polizeigeängnissen befanden. Es wurden Proteste der Gerichts- und Polizeigeängnisse laut, daß die Gebäude mit Schutzhaftgefangenen überfüllt waren und der ordentliche Strafvollzug nicht mehr durchgeführt werden konnte. Sie verlangten eine Änderung dieser Verhältnisse. Die Schaffung von zentralen, staatlich gelenkten Konzentrationslagern war deshalb auch in der Überfüllung der Gefängnisse und Haftanstalten begründet, die für eine derartige Aufgabe nicht eingerichtet waren. Dazu schrieb die "Telegraf-Zeitung" am 20. März 1933: "Hier (in Dachau - H. K.) werden die gesamt-

DECLASSIFIED
 Authority *NWD 36822*
 By *SW* NARA Date *2/8/05*

ten kommunistischen und — so weit notwendig — Reichsbanner- und marxistischen Funktionäre, die gegen die Sicherheit des Staates gefährden, zusammengezogen, da es auf die Dauer nicht möglich ist, wenn der Staatsapparat nicht so sehr belastet werden soll, die einzelnen kommunistischen Funktionäre in den Gerichtsgefängnissen zu lassen, während es andererseits auch nicht angängig ist, diese Funktionäre wieder in die Freiheit zu lassen.“ Auch der Bericht des Regierungspräsidenten in Düsseldorf an den Minister des Innern, Berlin, vom 6. Juli 1933 bestätigt dies. In ihm wird die Schaffung des Konzentrationslagers Kemna bei Wuppertal damit begründet, daß „die Strafanstalten des Regierungsbezirks infolge der zahlreichen in Schutzhaft genommenen politischen Gefangenen sehr stark überbelegt waren und vorläufig mit einer Verminderung der Gefangenenzahl nicht geredet werden können“. Wenige Wochen Nazidiktatur und faschistischer Terror hatten genügt, um die bestehenden Gefängnisse und Zuchthäuser reslos zu füllen. Dennoch reichte das nicht. Immer neue Terrorakte folgten; Razzien und Massenverhaftungswellen lösten einander ab. Ein Netz von Konzentrationslagern überzog Deutschland.

Unabgabar Leiden mußten die Opfer der Hitlerbarbarei in den Konzentrationslagern ertragen, die zu einer festen Einrichtung, ja zu einem ganzen System, zu einem KZ-Staat ausgebaut wurden. Mit ausgeklügeltem Sadismus wurden immer neue Mittel und Methoden erfunden, um den Häftlingen das Leben zur Hölle zu machen. Grausame Quälereien, Strafexerzieren, Mißhandlungen, Essensentzug, Prügel und Totschlag waren die Tatsachen, in denen sich die von den Nazis lautstark gepriesene „unblutige nationale Revolution“ offenbarte. Als „Sport“ und „Exerzieren“ bezeichneten die faschistischen Schläger im KZ Sonnenburg beispielsweise das, worüber ein Häftling berichtete: „Einer kommandiert von ihnen nur immer ‚Antreten!‘. Ehe die Reihe zum Stehen kommt, hat er sich schon wieder gedreht. Der ganze Haufen stürzt nun auf seinen neuen Platz. So geht das ohne jede

Atempause weiter. Draußen stehen in einem Kreis die SA-Leute um uns herum. Unablässig stellen sie uns Beine, treten den Gefangenen ins Gesäß und schlagen dauernd auf sie ein. Jeder, der ihnen nicht schnell genug läuft, wird verfolgt. Langsam verandelt sich unsere Nervosität in tierische Angst. Rückwärtslos stößt einer den anderen fort. So wälzen wir uns wohl eine Viertelstunde auf dem Platze umher.

Schließlich kommt der ganze Trupp einmal zum Stehen. Aber jetzt beginnt erst das Exerzieren. Wir werden in Gruppen zu acht Mann eingeteilt und marschieren im Karree auf dem Hof. Wir sollen singen, Nazilieder, die wir wohl gehört haben, aber die natürlich niemand kann. Das wird uns als Gehorsamsverweigerung ausgelegt. Nun beginnt Laufschritt in Viererreihen. 'Hinlegen - Auf! - Marsch, marsch!' und alle Augenblicke 'Achtung' mit Front zum Kommandierenden.

Den ganzen Tag brannte die heiße Sonne. Unsere Kleider waren von Schweiß vollkommen durchweicht. Durch das Hinlegen in den Staub klebten sie vor Schmutz. Wir waren dem Wahnsinn nahe. Es war kein Hinlegen mehr, wir stürzten übereinander. Man hatte keine Aufmerksamkeit mehr hinzusehen; man ließ sich fallen wie einen Sack. Aber wenn wir nicht ausgerichtet nebeneinander lagen, so war das ein neuer Grund zur Quälerei. Ausgepumpt bis aufs letzte, hätte keiner von uns eine Steigerung dieser Qualen für möglich gehalten. Doch unsere Henkersknechte verstanden ihr Handwerk. Wir mußten 'Liegestütz' üben, wohl an die dreißig- bis vierzigmal . . . Dann wurden wir von einem Ende des großen Hofes zum anderen gejagt . . . Das geht wohl eine Stunde lang. Dann kippt langsam einer nach dem anderen um und bricht ohnmächtig zusammen."

So war es in allen Lagern, wo Antifaschisten eingekerkert wurden. Die Häftlinge wurden auch dadurch bis zur Bewußtlosigkeit gequält, daß sie Sand oder Steine Tag für Tag im rasenden Tempo von einer Ecke in die andere karren mußten, sinnlose Arbeiten, von teuflischen Gehirnen erdacht, um politische Gegner

auszurufen und den persönlichen Radgeklüsten freien Lauf zu lassen. Häftlinge wurden „auf der Flucht erschossen“, zu Tode geprügelt, von Felsen gestürzt und lebendig eingemauert wie in Hohnstein, mit Knüppeln, Peitschen und Gewehrkolben geschlagen, bis das Fleisch auf den Knochen faule, oder zum Irrsinn getrieben. Im Konzentrationslager Hohnstein war dafür eine Duschbecken benutzt worden. Darüber berichtet ein ehemaliger Häftling: „Der Gefangene mußte sich unter eine Duschbecken stellen und in strammer Haltung verbleiben. Alle 6-10 Sekunden fiel ein Tropfen auf seinen Kopf, während zwei SA-Leute mit Gummiknüppeln jede Rührung bestrafen. Viele sind dabei irrsinnig geworden und mußten in ein Irrenhaus eingeliefert werden.“

Viele bewährte Arbeiterfunktionäre und fortschrittliche Intellektuelle wurden in die Konzentrationslager geschleppt oder kamen, nachdem sie Jahre in Gefängnissen und Zuchthäusern verbracht hatten, anschließend in die Lager. Erich Mühsam, Carl von Ossietzky, Hans Litten, Paul Schneider, die noch vor Ausbruch des zweiten Weltkrieges den braunen Banditen zum Opfer fielen, folgten Ernst Thälmann, Rudolf Breitscheid, Rudi Arndt, Albert Kuntz, Walter Stoecker, Ernst Schneller, Mathias Thesen und viele andere, die, die Freiheit vor Augen, nach teilweise mehr als zehnjähriger Kerkerhaft und Konzentrationslager, ermordet wurden.

Wovor die Kommunistische Partei Deutschlands immer wieder unermüdet das deutsche Volk gewarnt hatte und was Ernst Thälmann noch auf der letzten Tagung des ZK am 7. Februar 1933 im Zuchthaus voraus sagte, war eingetroffen: Der Faschismus hatte uns Deutschland ein Land der SA-Höllen und Galgen, der Zuchthäuser und Konzentrationslager, ein Land der Kriegsvorbereitung und der nationalen Katastrophe gemacht. Bitter mußte das deutsche Volk dafür zahlen, daß es die Warnungen der Kommunisten nicht ernst genug genommen hatte.

SS und SA

Der Hitlerfaschismus war mit Demagogie und Gewalt an die Macht gekommen. Er hatte sich der SA als Schlüßergarde bedient. Bereits Ende 1933 und besonders Anfang 1934 hatte sich immer mehr die Unzufriedenheit weiter Kreise der SA und teilweise auch der SS bemerkbar gemacht. Sie betrachteten den 30. Januar 1933, die Machtergreifung des Faschismus, als noch nicht abgeschlossen und trugen sich mit dem Gedanken einer „zweiten Revolution“, glaubten an das 25-Punkte-Programm der NSDAP, an die „Brechung der Zinsknechtschaft“ und den Kampf gegen die Plutokraten. Es waren besonders die kleinbürgerlichen Elemente der SA, die ihren Anteil für die Errichtung der faschistischen Diktatur und einen guten Platz an der „nationalsozialistischen Futterkrippe“ forderten. Selbst Röhm, Stabschef der SA, war unzufrieden. Er strebte die Schaffung eines besonderen Ministeriums an, in das Reichswehr, SA, SS und alle halbamtlichen Verbände eingegliedert werden sollten. Die SA wollte er zu einem „Volksheer“ ausbauen. Dieser Eingriff in die privilegierten Rechte der Reichswehr brachte deren Feindschaft mit sich. Auch seitens der Industrie wurde eine Entscheidung verlangt. Die Forderung der SA nach Durchführung einer „zweiten Revolution“ bedrohte auch die Interessen des Monopolkapitals. Hitler mußte sich entscheiden, und er entschied sich für die Reichswehr als den „einzigen Waffenträger der Nation“.

Brutal entbedigten sich Hitler und seine getreuen Paladine ihrer jetzt unbehaglich gewordenen früheren Anhänger. Schonungslos rottete die SS, die ihre Zeit für gekommen sah, fast alle höheren SA-Führer aus. Die gestern noch so gefürchteten und allmächtigen SA-Generale fielen unter den Kugeln ihres „Führers“; damit auch keiner dabei übersehen wurde, waren vorher bereits Listen aufgestellt worden, die – die Gelegenheit war günstig – auch Namen von Zeugen und Handlangern faschistischer Schandaten und politischer Gegner enthielten. Hitler ließ bei diesem Blutbad

auch diejenigen ins Jenseits befördern, die am besten aussagen konnten, wie man einen Reichstag anzündet.

Es ist nicht uninteressant, daran zu erinnern, daß viele SA-Führer in den Orten erschossen wurden, die sie selbst als Vernichtungsstätte für ihre Gegner eingerichtet hatten. Allein in Dachau wurden 75 SA-Führer erschossen; auch das KZ Lichtenburg diente als Mordstätte. 25 Häftlinge aus der Röhm-Affäre des 30. Juni 1934 waren noch 1938/1939 in Dachau, gingen aber 1939 alle in der sogenannten Strafkompanie zugrunde.

Die Aktionen des 30. Juni 1934 wurden offen von der Reichswehr unterstützt, die Waffen, Fahrzeuge und Flugzeuge für den Transport der SS zur Verfügung stellte und die SS in Kasernen der Reichswehr unterbrachte. Bezeichnend für die Zielstellung des 30. Juni 1934 ist ein Artikel in der „Deutschen Bergwerkszeitung“, einem Organ der Schwerindustriellen, vom 5. Juli 1934, in dem es heißt: „Vor dieser Gefahr ist die Wirtschaft durch das schnelle Zupacken am 30. Juni gerettet worden. Sie wird ihren Dank dafür abstatten.“ Und der Dank wurde in Form klingender Münze abgestattet.

Der 30. Juni 1934 entschied auch die Rivalität zwischen SA und SS um die beherrschende Stellung im faschistischen Staat. Wurden 1933 die Wachmannschaften der Konzentrationslager noch überwiegend durch SA gestellt, so spielte sie Ende 1934 in dieser Frage kaum mehr eine Rolle. Alle zentral gelenkten Konzentrationslager kamen unter SS-Einfluß. In Dachau, das von Anfang an unter SS-Bewachung stand und eines der ersten Lager überhaupt war, bildete sich der spätere Prototyp des Konzentrationslagers heraus. Neben dem Lager Vulkanwerft (Stettin) war die SS 1933 nur noch in den Moorlagern beteiligt. Die Moorlager, ein System von 15 Lagern mit dem Zentrum Papenburg, wurden in den Jahren 1934-1936 wieder zu Strafvollzugsanstalten und nach Ausbruch des Krieges teilweise zu Militärstraflagern. Im Dezember 1933 wurde eine staatliche Wachmannschaft aus SA- und SS-Angehörigen gebildet. Bei der Aufstellung dieser Wachtruppe

war vorher bestimmt worden, daß nur SA-Angehörige aufgenommen werden sollten. Später kamen allerdings noch 70 SS-Leute dazu, die durch die Auflösung der Lager Brandenburg und Sonnenburg "stellungslos" geworden waren. 568 SA-Leute wurden in diese Wachtruppe aufgenommen. Durch die im April 1934 durchgeführte Einsetzung des SS-Gruppenführers Eicke als "Führer der SS-Wachbattalione und der KL" - wie sein offizieller Titel hieß - wurde die Vormachtstellung der SS im KZ-System gefestigt; außerdem war die SS, die der SA bis dahin unterstand, nach dem 30. Juni 1934 als selbständige Organisation erklärt worden. Eine der ersten Maßnahmen Eickes war die Einführung einer einheitlichen Lagerordnung, in deren Einleitung es hieß: "Toleranz bedeutet Schwäche. Den politisierenden Hetzern und intellektuellen Wühlern . . . sei gesagt, hütet euch, daß man euch nicht erwischt, man wird euch sonst nach den Hälsen greifen und . . . zum Schweigen bringen."

Arbeitertöchter wüten

In den Konzentrationslagern wurden Angehörige aller Schichten des Volkes, Arbeiter, Bauern, Intellektuelle, Künstler und Geistliche, Mitglieder der verschiedensten politischen Parteien und jüdische Bürger inhaftiert. Den größten Anteil stellen jedoch zu jeder Zeit die Kommunisten. Sie waren die ersten, gegen die sich das Wüten der SA- und SS-Banditen richtete. Sie waren die ersten, die ins Lager kamen. Und sie waren auch die ersten, die ihr Leben für die Zukunft Deutschlands gaben. Zehntausende wurden in den ersten Monaten des "Tausendjährigen Reiches" in die Lager und Gestapohöhlen verschleppt.

Der Aktion gegen die KPD in der Nacht des Reichstagsbrandes, bei der allein in Berlin 1500 kommunistische Funktionäre verhaftet wurden, folgten neue Terrorwellen nach den Reichstagswahlen am 5. März 1933. Der Nazi-Innenminister von Bayern,

Wagner, ordnete beispielsweise am 10. März 1933 an, „alle kommunistischen und Reichsbannerfunktionäre, soweit sie zu erreichen sind, in Haft“ zu nehmen. Ebenso befahl der Regierungspräsident von Potsdam am 11. März, alle gewählten kommunistischen Reichs- und Landtagsabgeordneten festzunehmen. Gibt es noch bessere Beweise für die Volkseindlichkeit und den Terror eines Regimes, wenn es die vom Volke gewählten Abgeordneten verhaften läßt? Gibt es noch bessere Beweise dafür, daß Parlament und Wahl nur noch Staffage, nur noch Attrappe einer bourgeoisen Diktatur sind? Welche Parallele zum Bonner Staat, der sich gleichfalls über den Willen des deutschen Volkes hinwegsetzt und das Parlament als Kulisse einer Scheindemokratie benutzt!

In einem geheimen Rundschreiben Leys, des Leiters der sogenannten Deutschen Arbeitsfront, vom 21. April 1933 wurde die Zerschlagung der Gewerkschaften vorbereitet und angeordnet, mit der Gleichschaltung am 2. Mai 1933 „alle Verbandsvorsitzenden, die Bezirkssekretäre und die Filialleiter der Bank der Arbeiter und Beamten A. G.“ in Schutzhaft zu nehmen. Nach dem Verbot der SPD am 22. Juni 1933 kamen auch zahlreiche Mitglieder der SPD in die Konzentrationslager.

1933 waren von den in das KZ Börgermoor verschleppten Häftlingen 70 Prozent Kommunisten und 20 Prozent Sozialdemokraten. In Dachau waren 50 Prozent der Lagerinsassen Kommunisten und 20 Prozent Sozialdemokraten. Der „Völkische Beobachter“, das zentrale Organ der Nazi-Partei, schrieb am 22. Januar 1936 offen darüber: „Den größten Stamm der Insassen der Konzentrationslager bilden diejenigen kommunistischen und sonstigen marxistischen Funktionäre, die nach den gemachten Erfahrungen in Freiheit sofort ihren Kampf gegen den Staat wieder aufnehmen würden.“

Ungeduldet des grausamen faschistischen Terrors, der Massenverhaftungen und der Bluttjustiz, unter den schweren Bedingungen der Illegalität setzte die kommunistische Partei den antifaschistischen Widerstandskampf fort. Die KPD war die einzige organi-

sierte und die führende Kraft des Widerstandskampfes gegen die Diktatur der Monopole. Die Lageberichte der Gestapo weisen immer wieder auf diese Tatsache hin. In einem Bericht des württembergischen Politischen Landespolizeiamtes vom 6. März 1936 an das Geheime Staatspolizeiamt, Berlin, heißt es dazu: "Die früheren Kommunisten und übrigen Schutzhäftlinge, die fast alle bei hohen Löhnen wieder in Betrieben untergekommen sind, sind meist weder durch geeignete Propaganda noch durch andere Maßnahmen von ihrer früheren Einstellung abzubringen." Aus einer anderen Quelle, einem Lagebericht der Staatspolizeistelle Kassel vom Januar 1936 geht gleiches hervor: "... dies ist ein Beweis dafür, daß fanatische und überzeugte Anhänger der KPD trotz aller Schutz- und Strafhafte nie zu arbeiten aufhören werden. Schutz- oder Strafhafte von 1 oder 2 Jahren nutzt gar nichts, da die illegale Arbeit sofort nach der Entlassung fortgesetzt wird und besonders in den Konzentrationslagern immer wieder die Möglichkeit besteht, vorhandene Beziehungen auszubauen, neue anzuknüpfen und für die illegale Arbeit nach der Entlassung mit neuen Weisungen versehen zu werden. Zu erstreben dürfte daher sein, sämtliche führenden Köpfe und Funktionäre der KPD für längere Zeit in besonderen Lagern unschädlich zu machen." Es geht klar aus diesen Quellen hervor, daß von einer Abschaffung der Konzentrationslager keine Rede sein konnte, wenn auch von der faschistischen Presse aus demagogischen Gründen darüber Meldungen verbreitet wurden. In einem Artikel über die Arbeit der Gestapo im "Berliner Lokal-Anzeiger" vom 10. März 1934 wurde erklärt: "Schutzhafte wird entbehrlicher. Nach einer weiteren Mitteilung des Geheimen Staatspolizeiamtes wird im Zusammenhang mit der zunehmenden innerpolitischen Beruhigung zwangsläufig auch von der Anordnung der Schutzhafte weniger Gebrauch gemacht." In einem Ministerialerlaß Görings vom 13. Februar 1934 wird davon gesprochen, die Schutzhafte "maßvoll" anzuwenden, mit dem Ziel der völligen Beseitigung der Konzentrationslager. Das war reine Zweckpropaganda, die der

Täuschung des eigenen Volkes dienen und von der weltweiten Protestbewegung gegen die Blutaten des Hitlerfaschismus ablenken sollte.

Das Gegenteil trat ein. Sowohl die Zahl der Konzentrationslager als auch die der Häftlinge stieg in den weiteren Jahren, besonders nach Ausbruch des zweiten Weltkrieges, sprunghaft an.

Die SS rüstet auf

Für die Bewachung der Konzentrationslager stellte die SS eigene Mannschaften auf, die sogenannten Totenkopfverbände. SS-Brigadeführer Eicke, dem die Konzentrationslager und Wachmannschaften unterstanden, faßte 1935 die Totenkopfverbände zu fünf Sturmabteilungen zusammen und unterstellte sie einer „Inspektion der SS-Totenkopfverbände“. Es waren die Sturmabteilung I (Oberbayern), II (Elbe), III (Sachsen), IV (Ostfriesland) und V (Brandenburg). Die Aufgaben der Totenkopf-SS waren einmal die Bewachung der Konzentrationslager und zum anderen die Ausbildung von SS-Rekruten. Die SS-Truppe wurde zu einem willigen faschistischen Instrument ausgebildet, gedrillt zum Mord und Terror, erzeugen im faschistischen Bewußtsein von der Mission eines „Herrenmenschen“ gegen das „Untermenschentum“.

Es ging der SS bei der Aufstellung der Totenkopfverbände nicht nur um die Bewachung der Konzentrationslager und die Ausbildung von SS-Leuten. Vielmehr waren diese Verbände – neben den SS-Verfügungstruppen – mit konkreten Aufgaben im Falle eines Krieges bedacht. Sie sollten bei Kriegsausbruch die Stammhundertchaften für rund 30 Totenkopfsturmbanne sein, etwa 25 000 Mann, die für die Unterdrückung des eigenen Volkes im Innern des Reiches eingesetzt werden sollten. Die SS-Totenkopfverbände wurden von den einzelnen Ländern finanziert, da die Bewachung der Häftlinge als Staatsauftrag galt. Ab 1. April 1936 gehörten sie in das Ressort des Reichsministeriums des

Innern. Im April 1937 wurden die fünf Sturmabanne zu drei Standarten zusammengefaßt, die den Namen "Oberbayern", "Brandenburg" und "Thüringen" trugen. Eine vierte Standarte wurde im Herbst 1938 in Linz unter dem Namen "Ostmark" aufgestellt. Die SS-Totenkopfverbände waren ihrem Charakter nach eine vom Staat ausgehaltene Bürgerkriegstruppe, über die Himmler selbst ein Werturteil ablegte, als er 1937 schrieb: "Ich weiß, daß es manche Leute in Deutschland gibt, denen es schlecht wird, wenn sie diesen schwarzen Rock sehen; wir haben Verständnis dafür und erwarten nicht, daß wir von allzuvielen geliebt werden."

Die SS-Verfügungstruppen umfaßten bereits März 1935 neun Sturmabanne, einen Pioniersturmbann und einen Nachrichtensturmbann. Am 1. Oktober 1936 wurden die Sturmabanne der SS-Verfügungstruppen zu Standarten zusammengefaßt. Die Gesamtstärke der SS betrug 1936 210 000 Mann. Der SS wurde 1935 zugestanden, daß je 35 Divisionen der Wehrmacht eine Division der SS zugeteilt werden konnte, der später so berühmten Waffen-SS, die als faschistische Elitetruppe unter anderem auch den kleinen französischen Ort Oradour-sur-Glane dem Erdboden gleichmachte und alle Bewohner ermordete. 642 Opfer, Frauen, Männer und Kinder, fielen dem Wüten der SS-Banditen zum Opfer. Heute ist der Ort dieses Verbrechens Nationalheiligtum.

Himmlers Ziel war es, die SS zur beherrschenden Exekutive des Staates zu machen. Nach dem Eindringen in die Gestapo - Himmler wurde am 20. April 1934 Stellvertreter der Chef der Gestapo - wurde Himmler am 17. Juni 1936 zum Chef der Deutschen Polizei ernannt. Er führte jetzt den Titel "Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei". Chef der Sicherheitspolizei und des SD wurde sein vertrautester Mitarbeiter Heydrich. Die Gestapo, ursprünglich auf Preußen begrenzt, dehnte ihr Netz auf ganz Deutschland aus. Das war die Einleitung für eine neue Etappe in der Entwicklung des KZ-Systems.

"... damit sie leben können"

Bis zu diesem Zeitpunkt bestand die Stellung des Häftlings nur darin, entweder – was rein zufällig und äußerst selten war – entlassen zu werden oder – was häufiger war – im Lager zu bleiben und auf irgendeine Weise umgebracht zu werden. Mit der Aufrüstung der SS und der allgemeinen Aufrüstung im Hitlerstaat änderte sich das. War der Häftling bis dahin – nur die Moorlager machten hier eine Ausnahme – mehr oder weniger nur ein Objekt, das zur Vernichtung in die Konzentrationslager kam, so wurde er jetzt außerdem zum Arbeitsklaven. Die SS hatte den profitaablen Nutzen des KZ-Systems erkannt. Die Zwangsausbeutung der Häftlinge hatte speziell für die SS die verschiedensten Vorteile: Die Arbeitskraft der Häftlinge war äußerst billig, stand nahezu unbegrenzt zur Verfügung und konnte bis zur physischen Vernichtung der Häftlinge ausgenutzt werden. Das Ausmaß der SS-Aufrüstung konnte durch die Schaffung von Werkstätten und Betrieben in den Konzentrationslagern der Kontrolle der Wehrmacht entzogen werden. Den staatlichen Stellen war der Einblick in das Finanzwesen der Konzentrationslager und SS-Verbände entzogen, da die Reichsmittel für die Konzentrationslager in Form einer Jahrespauschalsumme über die NSDAP zu Himmler gelangten. Die Ausnutzung der Häftlingsarbeitskraft bot die Möglichkeit, die wirtschaftliche Lage der SS zu verbessern und die Lager als ökonomische Basis der SS auszubauen.

Neben vielen sinnlosen Arbeiten, wie dem Transport von Steinen und Sand von einer Stelle zur anderen im ewigen Kreislauf, die nur dazu dienten, die Häftlinge zu quälen und physisch zu schwächen, wurden die Häftlinge im zunehmenden Maße zum Bau von neuen Lagern, von SS-Kasernen, Garagen, Betrieben, Kaserneplätzen, Sportplätzen und Wohnhäusern für die SS verwendet. Vermietungen der Häftlinge an die Privatindustrie, wie vor allem im zweiten Weltkrieg eine Massenerscheinung

waren, kamen in der Vorkriegszeit noch relativ selten vor. Ausbeutung für eigene Zwecke der SS stand im Vordergrund. Darüber sagte Himmler in einer Ansprache an das Offizierskorps der Leibstandarte-SS "Adolf Hitler" am 7. September 1934 ganz offen: "Das Wohn-Bau-Programm, das die Voraussetzung für eine gesunde und soziale Grundlage der Gesamt-SS wie des gesamten Führerkorps ist, ist nicht denkbar, wenn ich nicht irgendjemandem die Stelle her das Geld bekommen würde, das ich nicht schenken mir niemand, das muß verdient werden, das wird verdient durch die Arbeit, daß der Abschaum der Menschheit, die Häftlinge, die Berufsverbrecher, daß die positiv zur Arbeit gesetzten werden müssen. Der Mann, der nun diese Häftlinge bewacht, tut einen schwereren Dienst, wie der, der exerzieren geht. Der, der das tut und neben diesen negativsten Menschen stehen betreibt in diesen 3 oder 4 Monaten, - und das wird sich ja zeigen: Im Frieden werde ich Wachbataillone bilden und die nun abkommandieren auf 3 Monate - lernen in dieser Zeit den Kampf mit dem Untermenschtum kennen und das wird nicht eine öde Wachfähigkeit, sondern, wenn die Offiziere es richtig machen den besten Unterricht über Untermenschtum kennen und üben. Minderrassentum noch erfahren. Diese Tätigkeit ist notwendig wie ich Ihnen schon sagte, 1. um dem deutschen Volk diese negativen Menschen wegzunehmen, 2. um sie einzuspannen noch einmal für die große Volksgemeinschaft, daß sie Steine brechen und Steine brennen, damit der Führer seine großen Bauten wieder machen kann und 3. daß das, was damit ganz nützlich wird, an Geld verdient wird, das wird wieder umgesetzt in Häuser, in Grund und Boden, in Siedlungsstellen, daß unsere Männer und unsere Führer, damit sie leben können und Häuser haben, in denen sie wirklich große Familien haben können und viel Kinder."

Ein schauderhaftes Deutscht, aber im Inhalt äußerst aufschlußreich.

Ist es ein Wunder, wenn bei einer solchen Aufgabenstellung

die Zahl der Häftlinge und der Konzentrationslager stieg? Auf dem „Gesetzeswege“ wurde hier schon vorgearbeitet. Eine Entscheidung des Sondergerichts Hamburg vom 15. März 1935 bestimmte, daß sich die Verordnung vom 28. Februar 1933 nicht nur ihrem Inhalt nach gegen „die Staatsgefährdung“, die von kommunistischer Seite kommt, sondern auch gegen diejenige, „die aus anderen Kreisen kommt“, richtet. Damit war die Möglichkeit gegeben, weitere Bevölkerungsgruppen in die Konzentrationslager zu bringen und die Zahl der Häftlinge zu erhöhen. Noch war es vorwiegend die Furcht vor dem „inneren Feind“, vor dem „inneren Kriegsschauplatz“, die die Lager füllte und die bekanntesten Arbeiterfunktionäre hinter Stacheldraht brachte. Der Nazistaat trug auch dafür Sorge, daß die Entlassungen gestoppt wurden. Eine Anordnung Heydrichs vom 29. Juli 1935 besagte, daß keine Kommunisten mehr entlassen werden, daß alle irgendwie im Verdacht antifaschistischer Betätigung stehen den sofort verhaftet werden und daß alle die kommunistischen Funktionäre, die ihre Strafe verbüßt haben, grundsätzlich in Schutzhaft zu nehmen sind. Diese Regelung sollte auch auf alle übrigen „marxistischen“ Staatsgegner angewandt werden. Auch aus dieser Anordnung geht hervor, daß sich die Terrormaßnahmen des Faschismus immer wieder in erster Linie gegen die aktivsten antifaschistischen Kräfte, die Mitglieder der kommunistischen Partei, richteten.

Aktion „Arbeitscheue Reich“

Im Mai 1938 kamen plötzlich einige tausend Häftlinge neu in die Lager. Es war eine Aktion, die unter der Bezeichnung „Arbeitscheue Reich“ durchgeführt wurde. Bereits früher waren schon politischen Gegnern auch kriminelle Häftlinge in die Konzentrationslager transportiert worden. Im Rahmen dieser Aktion änderte es sich um eine Masseneinführung von vorwiegend

DECLASSIFIED

Authority *NWD 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

kriminellen Häftlingen. Aus einem Geheimbericht des SS-Oberführers Greifelt vom Juli 1938 an die Dienststelle „Vierjahresplan“ beim Persönlichen Stab des Reichsführers-SS über „Arbeitsdeute Reich“ geht hervor, daß Kriminal- und Staatspolizei gemeinsam diese Aktion durchgeführt haben. Sie richtete sich gegen „Landstreicher, Bettler, Zigeuner, Zuhälter, Personen mit Vorstrafen und Juden“, wie es im Bericht heißt. Bei letzteren handelte es sich nicht immer um Kriminelle. Mit der Verhaftung der Juden wurden andere Ziele bezweckt, über die später noch berichtet wird. Viele Personen, die im Rahmen dieser Maßnahme festgenommen wurden, waren nie mit den Gesetzen in Konflikt geraten. Sie waren Opfer persönlicher Intrigen irgendeines Nazis.

Die Hintergründe dieser Aktion, bei der etwa 11 000 Personen unter dem Begriff „Vorbeugungshaft“ in die Konzentrationslager überführt wurden, liegen tiefer, als unmittelbar zu erkennen ist. In einer Unterredung am 13. Februar 1937 teilte Himmler mit, daß er von Göring den Sonderauftrag erhalten habe, den bestehenden Landarbeitermangel von 200 000 Arbeitskräften dadurch zu beseitigen, daß alle „Arbeitscheuen“ in Lager gebracht werden, um Arbeitskräfte zu gewinnen. Im bereits erwähnten Geheimbericht des SS-Oberführers Greifelt heißt es nun, daß es sich bei dieser Aktion um „Maßnahmen zur Befriedigung des landwirtschaftlichen Kräftebedarfs“ handelte. Es ging also nicht mehr darum, Häftlinge aus politischen Gründen in die Lager zu bringen, sondern darum, Arbeitsklaven zu erhalten. Die Konzentrationslager wurden allmählich zum Sklavenmarkt.

Die Einlieferung von Kriminellen und Asozialen hatte außer der Beschaffung von Arbeitskräften noch eine Reihe anderer Gründe. Mit der Einlieferung von Kriminellen in die Konzentrationslager stellen die Faschisten politische Häftlinge und Kriminelle auf eine Stufe und wollen die politischen Häftlinge moralisch erniedrigen, wobei die SS bezweckte, Kriminelle als Spitzel, Denunzianten und Handlanger für ihre verbrecherische

Tätigkeit zu benutzen und jeden Zusammenhalt, jede Solidarität der Häftlinge untereinander zu vereiteln. Zum anderen schlachten die braunen Volketräger diese Veränderung in der Zusammensetzung der Lager insofern aus, als sie sich als Vorkämpfer gegen die Kriminalität aufspielten und gegenüber der Öffentlichkeit und dem Ausland (besonders bei Besichtigungen) mit dem Hinweis auf Kriminelle das System der Konzentrationslager zu rechtfertigen versuchten.

Die Propaganda in dieser Hinsicht sah dann so aus: Auf einem Lehrgang vor Wehrmachtsoffizieren vom 15.-25. Januar 1937 sagte Himmler: "Darüber hinaus wäre es für jeden einzelnen - einigen wenigen Herren der Wehrmacht habe ich es schon ermöglichen können - unerhört instruktiv, so ein Konzentrationslager einmal anzusehen. Wann Sie das gesehen haben, dann sind Sie davon überzeugt: Von denen sitzt keiner zu Unrecht; es ist der Abhub vom Verbrechertum, von Mißratenen. Es gibt keine lebendigere Demonstration für die Erb- und Rassegesetze, als für die Dinge, die Dr. Gütt Ihnen vortragen hat, als so ein Konzentrationslager. Das sind Leute mit Wasserköpfen, Schilde, Verwachsene, Halbjuden, eine Unmenge rassistisch minderwertigen 'Zeuge'... Ich wiederhole: So etwas an Typen werden Sie gar nicht für möglich halten. Unendlich viele Vorbestrafte sind darunter, gerade bei den politischen Verbrechern."

Mit diesen Methoden wurde versucht, die bewußten antisemitischen Kämpfer zu diffamieren, sie auf eine Stufe mit kriminellen Verbrechern zu setzen, sie als "Untermenschen" und "rassisch minderwertig" hinzustellen.

"Für den Fall eines Krieges ..."

Hektisches Wettüben, Vorbereitung eines Krieges, Ausplünderung des eigenen Volkes und der anderen Völker, blutiger Kreuzzug des deutschen Imperialismus zur Eroberung der Welt.

herrschaft unter dem Zeichen des Hakenkreuzes - das waren die Grundpfeiler der Politik, die die Entwicklung des KZ-Systems bestimmte und den Verhältnissen im Lager ihren Stempel aufdrückte. Die Konzentrationslager waren ein fester Bestandteil der Kriegsvorbereitung. Der Faschismus rechnete mit dem Widerstand des Volkes und kalkulierte ihn gleich als „vierten Kriegsschauplatz“ ein. Himmler sagte darüber 1937: „Wir werden in einem künftigen Kriege nicht nur die Front der Armee auf dem Lande, die Front der Marine zu Wasser, die Front der Luftwaffe in der Luftglocke über Deutschland haben, wie ich es nennen möchte, sondern wir werden einen vierten Kriegsschauplatz haben: Innerdeutschland.“

Die Kommunistische Partei Deutschlands hatte auf ihrer Brüsseler Konferenz im Jahre 1935 die vergangene Arbeit kritisch eingeschätzt und als wichtigste Aufgabe die Herstellung der Einheitsfront der Arbeiterklasse und die Schaffung einer breiten antifaschistischen Volksfront aller Hitlergegner zum Sturz der faschistischen Diktatur, für ein demokratisches Deutschland bezeichnet. Mit eindringlichen Worten warnte die KPD erneut vor dem imperialistischen Kriegsvorbereitungen Hitlerdeutschlands und sagte: „Die Hitlerregierung treibt mit ihrer provokatorischen Außenpolitik, die besonders gegen die Sowjetunion gerichtet ist, das Volk in einen neuen Krieg, der zu einer schweren Niederlage führen muß.“

Ungesätet der Massenverhaftungen und der Einkerkierung vieler bewährter Kader setzten die illegalen Kämpfer ihre Bemühungen fort, den Kriegsvorbereitungen Einhalt zu gebieten. Die Beschlüsse der Brüsseler Konferenz aktivierten erneut den antifaschistischen Widerstandskampf. Die Aufzeichnungen und Meldungen der Gestapo-Dienststellen spiegeln die fieberhafte Nervosität der Nazis vor dieser ernststen Gefahr für ihre Kriegspläne wider. 11 687 Personen wurden 1936 wegen „illegaler kommunistischer Betätigung“ in die Gestapohöhlen verschleppt. 8068 Personen waren es 1937. Der „Lagebericht für September

1938" berichtet von ständig weiter steigenden Verhaftungszahlen:
"Während in den Monaten Mai bis August 1938 durchschnittlich je 400 bis 500 Personen im Reich wegen kommunistischer Betätigung und ähnlicher Delikte festgenommen werden mußten, stieg die Zahl der Festnahmen... im September 1938 auf über 600 Personen."

Mit brutalem Terror, mit Massenverhaftungen und Konzentrationslager versuchte die blutige Diktatur der Monopole die Friedenssehnsucht der deutschen Bevölkerung zu unterdrücken. Die Nazis begannen vor der Entfesselung des Weltkrieges den Krieg gegen das eigene Volk.

Mit der Aufrüstung und Erweiterung der schwarzen Garde Hitlers, der SS, wurde ein Umbau der Konzentrationslager vorgenommen. Entsprechend den Standorten der drei SS-Regimenter („Oberbayern“, „Brandenburg“, „Thüringen“), wurden die Lager Dachau, Sachsenhausen und Buchenwald eingerichtet beziehungsweise erweitert. Die Konzentrationslager mußten den „Bedürfnissen eines Krieges in erhöhtem Maße Rechnung tragen“, wie es in einem Schreiben des Inspektors der KL und SS-Totenkopfverbände vom 27. Oktober 1936 an das Thüringer Ministerium des Innern heißt. Die Lager wurden im größten Umfang erbaut, um möglichst viele aufnehmen zu können. Kleinere Lager wurden aufgelöst und in die zentralen Lager überführt. Die SS rechnete mit dem Krieg. Sie plante von vornherein eine Erhöhung deräftlingzahlen bei Ausbruch des Krieges ein, um die Kriegspflicht der raubgierigen deutschen Imperialisten zu sichern. „Für den Fall eines Krieges“, erklärte Himmler 1937 auf einem Lehrgang vor Wehrmachtsoffizieren, „müssen wir uns klar darüber sein, daß wir eine recht erhebliche Anzahl unsicherer Kantonalisten hier hereinnehmen müssen, wenn wir uns nicht den Nährboden für höchst unangenehme Entwicklungen im Falle eines Krieges schaffen wollen.“

Noch vor der Entfesselung des Krieges, am 23. Juni 1939, besitz der sogenannte Reichsverteidigungsrat unter dem Vorsitz

Görings und in Anwesenheit zahlreicher führender Nazis aus Wehrmacht, Parteidienststellen, Ministerien und SS über den Arbeitseinsatz der Häftlinge und Kriegsgefangenen; auch hier wurde vorsorglich „beachtet“, daß „die Konzentrationslager . . . im Kriege stärker belegt werden“.

Nach einem Bericht der Gestapo vom 10. April 1939 befanden sich zu dieser Zeit bereits 162 734 Schutzhäftlinge wegen „politischen Vergehens“ in Haft; dazu kamen 27 369, die vor der Aburteilung durch Nazigerichte standen und 112 432 Antifaschisten, die zu Gefängnis- und Zuchthausstrafen verurteilt waren.

In seinem Bestreben, Häftlinge für die Lager zu bekommen, trachtete Himmler sogar danach, den gesamten Strafvollzug der „Hoch- und Landesverräter“ in die Konzentrationslager zu übernehmen, was aus einem abschlägigen Bescheid des damaligen Justizministers Gürtner vom 20. Dezember 1938 hervorgeht.

Mit imperialistischer Gründlichkeit wurde der Krieg vorbereitet. Gegner des Krieges kamen in die KZ oder standen auf der Liste derjenigen „unsicheren Kantonalisten“, wie Himmler sie bezeichnete, die bei Kriegsausbruch unschädlich gemacht werden sollten.

Auch die Entwicklung der Konzentrationslager beweist die systematische Vorbereitung eines neuen Völkermordens durch den deutschen Faschismus und widerlegt die westdeutschen Schreiblinge und Adenauer-Propagandisten, die nicht davor zurückschrecken, die deutschen Imperialisten von der Kriegsschuld reinzuwaschen und sie gar als Friedensengel zu preisen.

Jüdisches Blut und arisches Gold

Seit Monaten sind Westdeutschland und Westberlin zu Schauplätzen widerlicher antisemitischer Exzesse geworden. Schmieren an Häuserwänden und Synagogen, Mordhetze und faschistische Propaganda – so fing es bereits einmal an. Mit solchen

Methoden offenbart sich ein Staat, in dem die Spießgesellen Hitlers am Ruder sind. Es ist keineswegs verwunderlich, daß im Gefolge der revanchistisch-dauvinistischen Propaganda und des Antikommunismus auch der Antisemitismus im Bonner Staat wiederauflebte. In den Protesten der Weltöffentlichkeit gegen die neuen antisemitischen Aktionen wurde mit Recht an die „Reichskristallnacht“ vom 9. November 1938 erinnert.

Was war am 9. November 1938 los? Der faschistische Mob raste durch die Straßen, zerschlug Schaufenster, plünderte Warenhäuser, steckte Synagogen in Brand und terrorisierte jüdische Bürger. Etwa 20 000 Juden wurden verhaftet und in die Konzentrationslager geschleppt. Der willkommene Anlaß zu diesem Massaker war der Tod des deutschen Gesandten Rath, der durch einen jüdischen Studenten in Paris erschossen wurde. „Spontanen Volkzorn“ nannten die braunen Hintermänner diese Aktion, die sie ebenso gründlich vorbereitet hatten – der erhalten gebliebene Schriftwechsel darüber beweist es – wie den Reichstagsbrand. Demals wie heute bediente sich der deutsche Imperialismus des Antisemitismus für seine verbrecherischen Ziele.

Der Antisemitismus war einer der Hauptbestandteile der faschistischen Ideologie; er war eine der propagandistischen Methoden, deren sich das Finanzkapital zur Beeinflussung des deutschen Volkes bediente. Er sollte vom eigentlichen Hauptziel, dem Kampf gegen das kapitalistische System und die faschistischen Unterdrücker, ablenken und die Stimmung der Volksmassen durch Pogrome auf andere Ziele richten. Ebenso sollte das Kleinbürgertum durch den Antisemitismus, Chauvinismus und Revanchismus für die Interessen des Großkapitals ausgenutzt werden. Der Antisemitismus wurde zu einem ganzen System, zu einer pseudo-wissenschaftlichen Lehre von „Herrenrassen“ und „Untermenschen“ ausgebaut. Die Existenz der Sowjetunion und ihr ständiger gegenseitiger Einfluß veranlaßten die Bourgeoisie, die Wahrheit über die Sowjetunion und den Kommunismus zu verfälschen, sie zu dämonisieren und die Arbeiter-und-Bauern-Macht als „jüdisch-

bolshewistisches Chaos" abzustempeln. In diesem Propagandefeldzug gegen die UdSSR spielte der Antisemitismus eine wichtige Rolle. Durch die faschistische Rassenhetze sollten die Klassen und Klassengegensätze verwischt und aufgehoben werden. Die ganze Demagogie von der „Volksgemeinschaft“, von „Führer“ und „Gefolgschaft“ bezweckte, die Existenz der Klassen und Klassenkämpfe zu verschleiern und an ihre Stelle die pseudowissenschaftliche Lehre von „Herrenrassen“ und „Untermenschen“ zu setzen. Wenn der Faschismus von der Gefahr und von der Notwendigkeit der Vernichtung des Judentums sprach, dann meinte er Unterdrückung der revolutionären Arbeiterbewegung und Vernichtung der sozialistischen Sowjetunion. Ernst Niekisch drückte das treffend in seinem Buch „Das Reich der niederen Dämonen“ aus, als er schrieb: „Es war ein bürgerlicher Rettungsversuch: die marxistische Lehre so anrüchlich zu machen, daß sich die rebellische Masse schämte, sie zu gebrauchen. Es geschah, indem sie als jüdisch verschwörerisches Handwerkzeug gegen das ‚edle arische Blut‘ gebrandmarkt wurde. Der Marxismus beruhte auf einer nüchternen, kühl und erbarungslos eindringenden wissenschaftlichen Analyse, die der Kapitalismus zu fürchten hatte; der Kapitalismus schützte sich, indem er diese gefährliche Analyse in den Verruf brachte, eine verrucht schmutzige Spekulation zu sein, mit welcher der Jude den ehrlich geraden Sinn des arischen Mannes vergiften wollte. Galt der Marxismus als giftige Ausgeburt jüdischen Rassenhasses, dann wirkte er nicht mehr; man war Judensöldling, wenn man der kapitalistischen Ordnung mit dem marxistisch-wissenschaftlichen Seiermesser auf den Leib rückte.“

Die Finanzmagnaten des „Dritten Reiches“ und ihre Interessenvertreter, die Nazihierarchie, benutzten den Antisemitismus nicht nur als Propagandamittel, sondern auch zur Aneignung des jüdischen Eigentums (sie nannten es „Arisierung“) und der jüdischen Arbeitskraft. Die SS bereicherte sich am persönlichen Hab und Gut der jüdischen Bevölkerung, während die Monopolbetriebe die

jüdischen Unternehmen "arisieren". In allen Industriezweigen, bei Banken, Kaufhäusern und beim Einzelhandel, bei Reedereien und in der Schwerindustrie, überall gibt es Beispiele genug für die Ausplünderung jüdischer Bürger durch die deutsche "arische" Bourgeoisie.

So "arisieren" der Hamiel-Konzern und der Siemens-Trust gemeinsam mit der Deutschen und Dresdner Bank, der Bank für Deutsche Industrieobligationen und der Berliner Handelsgesellschaft das Bankhaus M. M. Warburg & Co.; das Bankhaus J. Dreyfuss & Co. wurde vom Bankhaus Merck, Fink & Co., München, "übernommen", das in enger Beziehung zum Flick-Konzern stand. Die Bankhäuser Hardy & Co. und die Dresdner Bank "arisieren" die Banken Bleichröder und Gebr. Arnold in Berlin. Die Norddeutsche Kreditbank eignete sich das Bankhaus L. Behrens & Söhne an. An Stelle des jüdischen Aktionärs Fürstenberg trat ein gewisser Herbert Göring, ein Verwandter Hermann Görings, in die Berliner Handelsgesellschaft ein. Der Mannesmann-Konzern nutzte die Judenverfolgung dazu aus, sich die acht Eisenverarbeitenden Werke der Firma Wolf, Netter & Jacobi sowie die Hahnsechen Röhren- und Walzwerke anzueignen, während der Großindustrielle Flick im Verein mit einem Bankkonzernium unter Führung der Reichskreditgesellschaft die Metallfirma Rawack & Grünfeld an sich riß. Hösch, Mannemann und die Deutsche Bank "arisieren" eine der größten Schrott- und Metallgroßhandlungen Westdeutschlands, die Firma M. Stern & C, Essen, mit 2,7 Mill. Mark Aktienkapital. Der Saarindustrielle Stumm "übernahm" die Eisengroßhandlung L. J. Ettlinger, Karlsruhe, mit 500 000 Mark Aktienkapital. Auch Krupp schloß sich an der "Arisierungs"aktion. Er eignete sich bei-
weise die Reederei Blumenfeld, KG., Hamburg, an, die er unter der Bezeichnung "Krupp Reederei und Kohlenhandlung, GmbH", weiterführte. Diese Beispiele sind Beweis genug, daß Antisemitismus gleichzeitig ein groß angelegter Raubzug deutschen Finanzmagnaten war. "Jüdisches Blut verwandeln"

sich in „arisches Gold“, schrieb Albert Norden in „Lehren deutscher Geschichte“. Auch die Kontribution in Höhe von einer Milliarde Mark, die nach der „Kristallnacht“ von der jüdischen Bevölkerung in Deutschland erpreßt wurde, bot neue Profite in Form von Rüstungsaufträgen für die Schwerindustrie.

Bis 1938 wurden zwar die verschiedensten Aktionen gegen jüdische Bürger unternommen und diese durch die Verkündung der sogenannten Nürnberger Gesetze praktisch für vogelfrei erklärt, eine Masseneinführung in die Konzentrationslager fand aber erstmalig im Frühjahr 1938 statt. Die vor dem in den Lagern festgehaltenen Juden wurden grausam mißhandelt; die meisten von ihnen kamen ums Leben.

Wie das im einzelnen bei einer solchen Massenverhaftung vor sich ging, berichtete einer der Überlebenden in der von Leopold Schwarzbild in Amsterdam-Paris herausgegebenen Zeitschrift „Das neue Tagebuch“ am 19. November 1938: „Am Morgen des 13. Juni 1938, gegen 5 Uhr, wurde ich in Berlin in meiner Wohnung von der Polizei verhaftet, nach dem Polizeipräsidentum gebracht und mir dort eröffnet, daß ich als einstmalige, vorbestrafte Jude in ‚Vorbeugungshaft‘ genommen sei und einem Konzentrationslager zugeführt werden würde. In dem überfüllten Polizeigefängnis, in das ich daraufhin gebracht wurde, traf ich bereits mehrere Bekannte. Darunter waren angesehene Leute, Kaufleute und Akademiker. Ihre Vorstrafen lagen teilweise Jahrzehnte zurück, einige z. B. waren in ihrer Jugend wegen eines Laubhuden-Unfalls bestraft worden, andere wegen Verkehrsvergehens, wegen Verstoßes gegen irgendeine Polizeiverordnung und ähnlicher Kleinigkeiten . . . In diesen Tagen, am 13. und 14. Juni 1938, wurden in Berlin sowie im ganzen Reich sämtliche männlichen Juden verhaftet, die jemals in ihrem Leben eine Vorstrafe erhalten hatten. Es waren Männer darunter, die über 70 Jahre alt waren und die man aus Altersheimen heraus verhaftet hatte. In Berlin betrug die Anzahl der Verhafteten ca. 4000, während es im Reich 10–15 000 gewesen sein mögen. Sie wurden in die

Konzentrationslager Sachsenhausen, Dachau und Buchenwald abtransportiert. Es wurde den Gefangenen gleich auf der Kriminalpolizei bedeutet, daß sie erst dann Aussicht hätten, aus dem Konzentrationslager wieder herauszukommen, wenn sie sich irgendwie Auswanderungspapiere beschafft hätten. Es handelte sich also um eine rein politische Maßnahme, die lediglich bezichtigte, die Auswanderung der Juden, die den Nazis zu langsam ging, nun auf ihre Weise zu beschleunigen." Über die Ankunft in Buchenwald heißt es weiter: "Am 15. Juni, gegen 6 Uhr morgens, empfingen uns auf dem Bahnhof in Weimar SS-Totenkopfverbände. Wir waren kaum aus dem Zuge heraus, da hagelte es auch schon die ersten Schläge. Mit Kolbenstößen, Fußtritten und Fausthieben wurden wir vom Bahnsteig in eine Unterführung getrieben. Hier wurden wir von dem damaligen Lagerleiter Rödl mit einer Ansprache begrüßt: „Hier unter euch sind Leute, die schon im Gefängnis waren. Das ist nichts gegen das, was sie hier erleben werden. Sie befinden sich im Konzentrationslager, d. h. sie sind in der Hölle. Bei dem geringsten Widerstand gegen die Anordnungen eines SS-Mannes werden sie auf der Stelle erschossen. Wir kennen hier überhaupt nur zwei Strafen: Prügelstrafe und Todesstrafe.“

Die mit dieser Aktion nach Buchenwald gekommenen 1000 Juden wurden systematisch umgebracht. Täglich wurden drei bis vier von ihnen im Steinbruch durch die Postenkette gejagt und auf der Flucht erschossen". Bis Februar 1939 kamen 800 auf diese Weise ums Leben. Nur wenigen gelang es, sich Papiere zu verschaffen und auszuwandern. Bei der Entlassung mußten sie auch das Versprechen geben, nichts über das Lager verlauten zu lassen, wobei ein SS-Führer zynisch erklärte: „Der Nationalsozialismus hat die Wahrheit nicht zu scheuen. Er will aber verhindern, daß Greuelmärchen in die Welt gesetzt werden.“ Der Begriff der „Endlösung der Judenfrage“ taucht erst später auf. Die Auswanderung, mit der sich ganze SS-Organisationen anders beschäftigten, stand noch im Vordergrund. Das be-

stätigt auch ein Runderlaß des deutschen Auswärtigen Amtes vom 25. Januar 1939 an die deutschen Auslandsvertretungen, in dem es heißt: „Das letzte Ziel der deutschen Judenpolitik ist die Auswanderung aller im Reichsgebiet lebenden Juden.“ Bis zum 31. Oktober 1941 waren auch schon ungefähr 360 000 Juden aus Deutschland ausgewandert. Erst nach Ausbruch des zweiten Weltkrieges begann der perfektionierte Massenmord; Auschwitz, Treblinka, Maidanek und Theresienstadt wurden Symbole eines vertierten Systems, das sich die Vernichtung ganzer Völker um des Profites willen zum Ziele setzte.

Zebra und Winkel

Im Jahre 1939 wurde für alle Konzentrationslager eine einheitliche Häftlingskleidung eingeführt. Es handelte sich um eine blaugestreifte „Zebra-Kleidung“. Während des Krieges wurde die Einheitlichkeit dieser Kleidung wieder unterbrochen. Rohstoffmangel und Masseneinführungen waren die Ursache dafür.

Im Jahre 1937 kam es zur Einführung der Winkel, das heißt, es wurden auf die Häftlingskleidung verschiedene Winkel aufgenäht, die den Grund der Einlieferung kennzeichnen sollten. Dieser Winkel mußte auf der linken Brustseite und an der Hose getragen werden. Die Farben der Winkel hatten folgende Bedeutung: Rot – politische Häftlinge, Grün – Kriminelle, Schwarz – Asoziale, Violett – Bibelforscher, Gelb – Juden, Blau – Emigranten, Rosa – Homosexuelle.

Juden trugen außerdem noch ein gelbes Dreieck unter dem Winkel, welches so angebracht war, daß es mit dem Winkel die Form eines Davidsternes bildete. Sogenannte Rassenständer trugen ein schwarzes Dreieck auf gelbem Grund. Dieses System wurde später noch mehr variiert. Ausländische Häftlinge wurden noch mit den Anfangsbuchstaben ihrer Nation gekennzeichnet. „Rückfällige“, das heißt solche, die vor ihrer erneuten Verhaf-

ung bereits einmal im Konzentrationslager waren, erhielten noch einen besonderen Streifen über den Winkel. Für Angehörige der Strafkompagnie gab es einen schwarzen Punkt unter dem Winkel, für „Fluchtverdächtige“ (sogenannte Fluchtpunktträger) einen roten Punkt auf Brust und Rücken. Außerdem gab es Armbinden für die verschiedenen Häftlingsfunktionen. Es muß in diesem Zusammenhang erwähnt werden, daß die Farbe der Winkel nicht immer dem tatsächlichen Grund der Einlieferung entsprach. So trugen zum Beispiel ehemalige NSDAP-Angehörige, die wegen krimineller Verfehlungen in die KZ kamen, den roten Winkel, während andererseits politische Gegner des Naziregimes, die wegen illegaler Arbeit, „Wehrkraftzersetzung“ oder aus anderen Gründen eingeliefert wurden, einen grünen oder schwarzen Winkel bekamen. Diese Differenzierungen sollten der SS die „Übersicht“ über die Häftlinge erleichtern, mit anderen Worten: Von der Farbe des Winkels hing oft das Leben ab. Für ihre sadistischen Quälereien und Mordtaten suchte sich die SS vor allem die Häftlinge mit roten und gelben Winkeln heraus. Zum anderen sollen – nach dem Motto „Teile und herrsche“ – die Häftlinge in einzelne Kategorien aufgesplittet werden, um einheitliche Aktionen der Häftlinge, eine organisierte Front gegen die SS zu verhindern. Allerdings beweist die Geschichte der Konzentrationslager, daß sich trotz aller derartiger Maßnahmen und trotz des maßlosen blutigen Terrors in den meisten Konzentrationslagern illegale Widerstandsgruppen der politischen Häftlinge herausbildeten. Die deutschen politischen Häftlinge in Buchenwald, Sachsenhausen, Mauthausen, Auschwitz usw. kämpften gemeinsam mit den ausländischen Kameraden unter den Bedingungen des KZ-Lebens gegen den Faschismus. Diese Gemeinsamkeit zeugt von der ungebrochenen Standhaftigkeit, dem Mut und der internationalen Solidarität der antifaschistischen Kämpfer.

DECLASSIFIED

Authority *NWD 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

SS als „Erzieher“

Der faschistische Propagandaapparat verbreitete immer wieder die Lüge, daß es die Aufgabe der Konzentrationslager sei, die Häftlinge umzuerziehen und zu willigen Staatsbürgern zu machen. Vor allem in den ersten Jahren der Nazidiktatur wurde viel in Zeitungen und Zeitschriften darüber veröffentlicht. So schrieb die „Bayerische Staatszeitung“ am 24. März 1933: „Man hofft, durch dieses stetige Ineinandergreifen von Arbeitszucht und geistiger Belehrung aus den fehlgeführten Anhängern der staatsverneinenden, kommunistischen Irrlehren allmählich wieder gerad denkende und aufrechte, staatsbejahende Menschen machen zu können.“

Auch die „Münchener Illustrierte Presse“, die in ihrer Ausgabe vom 16. Juli 1933 einen Bericht über das Konzentrationslager Dachau brachte, drückte ähnliches aus: „Ein Lager, in dem Menschen zur Arbeit und zur Disziplin erzogen werden. Menschen, die eines Tages, wenn sie erzogen sind, in die große Front des deutschen Nationalsozialismus eingegliedert werden sollen.“

Das KZ-System wurde durch diese Goebbels-Lügen zur Erziehungsanstalt gestempelt. Die Öffentlichkeit sollte über die wirklichen Vorgänge in den Konzentrationslagern getäuscht und womöglich noch ein humanes Ziel daraus konstruiert werden. Es ist kein Fall – außer bei norwegischen Studenten im Jahre 1944 – bekannt, daß in einem Konzentrationslager systematischer politischer Unterricht, Belehrungen im faschistischen Sinne usw. stattgefunden hätten. Die Verhältnisse in den Konzentrationslagern, Terror und Massenmord, waren keineswegs dazu angehen, die Häftlinge für das faschistische System zu begeistern. Auch nach 1942, als der Häftling nur mehr ein Arbeitsklavo war und der hundertprozentige Arbeitseinsatz an erster Stelle stand, wurde noch von „Erziehung der Erziehbaren“ gesprochen. Das war weiter nichts als ein demagogischer Trick. In einem Brief Himmlers vom 29. Mai 1942 an Pohl, dem seit 1942 alle KZ

unterstanden, kommt diese Verschleierungstaktik zum Ausdruck. Es heißt darin: „Ich glaube aber, daß doch in irgendeiner Weise betont werden müßte, daß die Fragen der Haftüberprüfung sowie der Erziehungszweck für die Erziehbaren im KL. unverändert geblieben sind. Es könnte sonst der Gedanke auftauchen, daß wir Menschen verhaften, oder wenn sie verhaftet sind, drinnen behalten, um Arbeiter zu haben. Deswegen die Betonung und Klarstellung, daß die Haftüberprüfung unverändert bleibt und unabhängig von dem wirtschaftlichen Einsatz ist. Außerdem, bei allem hundertprozentigen Vorrat der Arbeit, die wir herausholen müssen, bin ich der Ansicht, daß die Lagerkommandanten für die Erziehung der Erziehbaren sorgen müssen.“ Eine regelrechte Erziehung hat die SS nur einmal bei norwegischen Studenten, die nach Buchenwald transportiert und dort gesondert behandelt wurden, versucht. Der politische Unterricht wurde aber bald wieder aufgegeben. Es war offensichtlich, daß die faschistischen Phrasen weit weniger wirkten als die Wirklichkeit des Konzentrationslagers. Selbst Häftlinge, die später in die Wehrmacht übernommen wurden oder in Bewährungseinheiten kamen, verließen ohne Nazischulung das Lager.

Die ersten ausländischen Häftlinge

Das System der KZ-Lager, das später, nach Ausbruch des Krieges, auf ganz Europa ausgedehnt wurde, diente bereits vor 1939 schon, in den okkupierten Ländern ein Schreckenregime einzurichten und andere Nationen zu unterdrücken.

Mit dem Einfall in Österreich kam auch Himmler nach Wien und richtete sich im Hotel Imperial ein. Ihm waren bereits auf dem „Festlichen“ Wege alle Hände für den Terror freigegeben worden. So hieß es im Artikel III des „Gesetzes über die Wiedereinrichtung Österreichs“: „§ 1. Der Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern kann

die zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung notwendigen Maßnahmen auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen treffen.“ Bemerkenswert dabei ist der Passus, daß Himmler und die SS an keine gesetzlichen Grenzen gebunden waren.

Noch in der gleichen Nacht, als Himmler in Wien eintraf, begannen die Verhaftungswellen. Kommunisten, Sozialdemokraten, Geistliche und bürgerliche Politiker, darunter 165 ehemalige österreichische Regierungsbeamte, wurden in die Konzentrationslager Dachau und Buchenwald gebracht. Dazu kamen noch einige Transporte österreichischer Juden, die ab Mai 1938 in mehreren Zügen in die Lager verschleppt wurden. Nach dem Überfall auf die Tschechoslowakei kamen auch viele tschechische Juden in die Konzentrationslager.

Der Hungerwinter 1939/1940

Das Telefon klingelte. SD-Offizier Alfred Naujocks hebt den Hörer ab. Das Gespräch ist nur kurz; es gibt nicht viel zu sagen. Nur ein verabredetes Schlüsselwort fällt und der Hinweis, sich die „Konserven“ abzuholen. Halten wir fest: Der Gesprächspartner Naujocks war der Chef der Sicherheitspolizei und des SD, Heydrich. Es war mittags, am 30. August 1939.

Einige Stunden später, um 20 Uhr, wird der deutsche Sender Gleiwitz von Personen in polnischen Uniformen überfallen. Das Funkprogramm wird unterbrochen und ein Aufruf in polnischer Sprache verlesen. Einige Pistolenschüsse fallen noch, dann ist der Spuk verschwunden. Zurück bleiben „Konserven“, Männer in polnischen Uniformen – Tote. Nur wenige Tage sind seit der Ansprache Hitlers am 22. August 1939 vergangen, wo er vor der Generalität seine Kriegspläne entwickelte. Unter anderem sprach Hitler auch darüber, daß der Vorwand für den Überfall auf Polen geschaffen werden würde: „Ich werde propagandistischen Anlaß

zur Auslösung des Krieges geben, gleichgültig, ob glaubhaft. Der Sieger wird später nicht danach gefragt, ob er die Wahrheit gesagt hat oder nicht."

Der Einfall in Polen war für den 1. September 1939 vorgesehen, der "propagandistische Anlaß" für den Abend zuvor. Mit einem fingierten Überfall auf den Sender Gleiwitz und dem Zurücklassen von Toten in polnischen Uniformen wurde der zweite Weltkrieg eingeleitet. Als "Konserven" waren KZ-Häftlinge benutzt worden.

Nach einer Aussage des ehemaligen Chefs der Abteilung Abwehr II, des Generals Lahusen, erging es den an dieser Aktion beteiligten Personen nicht anders als ihren Vorgängern, den SA-Leuten, die den Reichstagsbrand inszeniert hatten: Sie wurden als "unbequeme Mitwisser" beseitigt.

Am 1. September 1939 überfiel Hitlerdeutschland Polen. Die faschistische Kriegsmaschine überrollte im Morgenrauen die Grenze und drang tief in polnisches Gebiet ein. Der deutsche Imperialismus hatte mit der Verwirklichung seiner wahrwitzigen Weltoberungspläne begonnen und den zweiten Weltkrieg entfesselt, der mit der nationalen Katastrophe Deutschlands und mit namenlosem Leid und Elend enden sollte.

Entsprechend der Ankündigung Himmlers, wurden sofort mit Kriegsbeginn die "unsicheren Kantonalisten" in die Konzentrationslager verschleppt. Die Verhaftungsmaschine lief wieder auf vollen Touren. Tausende kamen unter der Bezeichnung "Aktionshäftlinge" in die KZ, meist ehemalige Mitglieder von Arbeiterpartei und -organisationen, aber auch früherer bürgerlicher Parteien. Dazu kamen neben den Aktionshäftlingen Juden, tschechische Geiseln (sogenannte Protektorschäftlinge), tschechische Studenten und Angehörige der polnischen Intelligenz in die Lager. Eine Meldung der Gestapo berichtet darüber: "Bei Beginn der Kriegshandlungen in Polen wurden im September 1939 im Rahmen der Sicherungsvorkehrungen schlagartig alle kommunistischen Elemente, soweit auf Grund ihrer besonderen Schu-

lung und Haltung eine aktive staatsfeindliche Betätigung befürchtet werden mußte, in Schutzhaft genommen. Bei der Aktion wurden ca. 2000 Funktionäre erfaßt "

Bezeichnend für den dabei verfolgten Zweck ist eine Anweisung des Reichsicherheitshauptamtes vom 26. Oktober 1939 über die Schutzhaftvollstreckung. Es heißt darin, daß alle Schutzhäftlinge, die während der Kriegszeit in ein Konzentrationslager zu überweisen sind, einer besonderen Strafabteilung zugeführt werden. Eine "geschickt einsetzende Flüsterpropaganda", wie es in dieser Anweisung weiter heißt, sollte eine abschreckende Wirkung erzielen. Deshalb durfte die Zeildauer der Einweisung nur mit "bis auf weiteres" angegeben werden. Gerade im Kriegsfall sollte jeder Widerstandswille der Bevölkerung durch die Drohung mit dem Konzentrationslager ausgelöscht werden. Geheimnisvolles Verschwenden, plötzliches Abholen, Flüsterpropaganda über die Grausamkeiten in den Konzentrationslagern, womöglich eine Totenmeldung über einen noch vor kurzer Zeit kerngesunden Menschen - das sollte die Bevölkerung lähmen und gefügig machen.

Mit dem Kriegsausbruch veränderten sich auch die Verhältnisse in den Konzentrationslagern. Sehr rasch verschlechterten sich die Lagerbedingungen, die Sterblichkeit stieg rapide an, Epidemien brachen aus, und die Ernährung war so mangelhaft, daß den Häftlingen eine Aushungerung drohte. Über Mauthausen wird berichtet, daß die Kantinenware um 80 Prozent gekürzt, die Kartoffelrationen herabgesetzt, täglich Runkelrüben als Nahrung verabreicht wurden und alle früher verteilten Pullover und Bettbezüge wieder abgeliefert werden mußten. Über Sachsenhausen heißt es in einem Bericht des ehemaligen Häftlings Theodor Feuerlein: „Das Winterhalbjahr 1939/1940 hat große Opfer gefordert. Die Ernährung bestand aus halbverfaulten Kohlrüben ohne Fett, während die Schweine und Hunde mit hochwertigen Nahrungsmitteln gefüttert wurden, wie Roggenschrot, Käse, Haferflocken, Frischfleisch. Wollene Unterkleidung wurde abgenommen.

Frost- und Mangelkrankungen aliegen zu rapider Höhe. Bei einer Häftlingsstärke von 10 000 gab es etwa 2000 Körperschwache im Lager, die nicht arbeiten konnten und nur halbe Portionen bekamen. Der Hunger zwang diese Körperschwachen, aus dem Dreck gegrabene, verfaule Speisereste zu verschlingen. Die SS-Besien weideten sich an ihrem Erfolg, menschliche Geschöpfe zum Tier erniedrigt zu haben. Der Krankenbau mußte erweitert werden. Trotzdem konnte er nur 700 bis 800 Kranke aufnehmen. Die 500 bis 600 übrigen mußten in die sogenannten Hungerblocks und starben langsam eines qualvollen Todes. Bettruhe im Block gab es damals nicht. Jeder mußte zum Appell da sein, auch jene, die sich in der Agonie befanden. So kam es, daß Hunderte während des Appells auf dem Platze starben . . . In den ersten drei Monaten des Jahres 1940 hatte das Lager 2000 Tote."

Dieser Zeitabschnitt dauerte bis Frühjahr 1940. Im Frühjahr 1940 hatte sich die Erkenntnis vom "wehrwirtschaftlichen Wert" der KZ-Häftlings-Arbeitskraft durchgesetzt. Das machte sich in einer spürbaren Verbesserung der Lebensverhältnisse in den Konzentrationslagern bemerkbar. Darunter ist keineswegs zu verstehen, daß im Hinblick auf die Konzentrationslager von Bedingungen gesprochen werden kann, die ein menschliches Leben ermöglichten. Die Verhältnisse in den Konzentrationslagern waren zu allen Zeiten unmenschlich und grausam. Die SS hatte die Macht über Leben und Tod der Häftlinge, und sie mordete mit den verschiedensten Methoden, mit Hunger, mit Gas, mit Aufhängen, Erschießen oder auch einfach Erschlagen. Nach 1941 trat noch eine neue Methode hinzu, die "Vernichtung durch Arbeit".

"Ein Weg zur Freiheit"

Die wirtschaftliche Basis für die Ausnutzung der Häftlingsarbeitskraft waren die SS-eigenen Werkstätten in den Kon-

zentrationslagern. Die SS-Betriebe wurden noch zur Herstellung von wehrwirtschaftlich weniger wichtigen Waren benutzt. Ein direkter Einsatz in der Rüstungsindustrie ist bis 1942 noch sehr gering. Die Notwendigkeit war dazu nicht so gegeben wie ab 1942, mit dem Beginn der Kriegsniederlagen, des Arbeitskräftemangels, der Rohstoff- und Munitionsknappheit und der wachsenden Zerstörungen durch Luftbombardements.

Die Blitzkriegsstrategie und der Größenwahn des deutschen Faschismus zeigten sich auch darin, daß bereits 1940 begonnen wurde, Häftlinge als Maurer und Steinmetzen für die Errichtung der Nazihäuten auszubilden. Zu diesem Zweck wurde ein Aufruf in den Lagern zur Bekanntheit gebracht, der den Titel trug: „Ein Weg zur Freiheit“. Den Häftlingen wurde bei guter Führung und Erlernung des Steinmetzberufes die Freiheit versprochen. Außerdem wurden Halbleistungen (getrennte Unterkünfte, Erleichterungen bei Appellen und in der Freizeit, Verpflegungszulagen, Genußmittel, erweiterter Briefverkehr) während der Umschulungen zugesagt. „Sinn und Zweck dieser neuen Schulungsmaßnahmen ist, nicht Häftlinge zu behalten, sondern diese möglichst bald der freien Wirtschaft zuzuführen“, hieß es in diesem Aufruf, um die Häftlinge zu ködern. Allerdings war diese Ankündigung nur ein Lockmittel. Freilassungen erfolgten keine. Eine Ausbildung fand nur im begrenzten Maße statt und wurde nach dem Scheitern des Blitzkrieges völlig fallengelassen. Aus einem Schreiben des Reichsführers-SS vom 5. Dezember 1941 geht hervor, daß vor allem auch die SS selbst an der Ausbildung von Maurern und Steinmetzen für ihre Bauten interessiert war. Die Arbeitskraft der Häftlinge war doch so billig für die SS. „Die Schutzstaffel ist in der selten günstigen Lage, diese Arbeitskräfte aus den Häftlingen der Konzentrationslager heranzubilden und herauszuziehen“, bemerkte Himmler. Es wurde mit der Ausbildung von mindestens 5000 Steinmetzen und 10 000 Maurern in den Konzentrationslagern gerechnet.

Westdeutsche Historiker, ehemalige Hitlergenerale, faschistische Beamte und Mitglieder von Naziorganisationen versuchen heute, den organisierten Massenmord als „Folterleistung“ des Faschismus hinzustellen.

Das war keine Entgeisung, das war weder etwas Unvorhergesehenes noch eine zufällige Erscheinung. Das war systematisch, mit pedantischem Sadismus und nazistischer Gründlichkeit vorbereitet worden. Rauschning, ehemals hoher Nazi, später nach den USA emigriert, veröffentlichte seine Gespräche mit Hitler. Die Öffentlichkeit nahm seine Aufzeichnungen nicht ernst, waren sie doch so phantastisch-grauenvoll, daß kaum ein normal denkender Mensch an die Verwirklichung dieser Wahnideen glauben konnte. Hitler hatte gegenüber Rauschning einmal seine Kriegs- und Vernichtungspläne ausgeplaudert, als er sagte: „Wir müssen eine Technik der Entvölkerung entwickeln. Wenn Sie mich fragen, was ich unter der Entvölkerung verstehe, werde ich sagen, daß ich die Beseitigung ganzer Rasseinheiten im Auge habe, und das ist es, was ich durchzuführen beabsichtige, das ist in groben Zügen meine Aufgabe. Die Natur ist grausam, deshalb können auch wir grausam sein. Wenn ich die Blüte der deutschen Nation in das Fegfeuer des Krieges schicken kann ohne das geringste Mitleid über das vergossene wertvolle Blut, so habe ich natürlich das Recht, Millionen der niedrigeren Rasse zu beseitigen, die sich wie Ungeziefer vermehrt.“ Und Hitler begann diesen Plan zu verwirklichen.

Mit schamloser Unverfrorenheit versuchen die alten Nazigenerale und imperialistischen Schreiberlinge Westdeutschlands, den deutschen Imperialismus und Militarismus zu rechtfertigen, ihre Schuld an den Verbrechen gegen den Frieden und die Menschlichkeit zu leugnen und auf jede Art und Weise die schmutzigen Westen wieder reinzuwaschen. Nur gut, daß wenigstens Hitler tot ist. So haben sie die Gelegenheit, alles auf ihn abzuschieben,

ihn als „verrückt“ und „geistesgestört“ zu schildern, eine Tatsache, die sie freilich nicht hinderte, ihm jahrelang als getreue Paladine zu dienen. Nicht die Industriekapitäne und Bankherren, die Hitler finanzierten und sich des Faschismus für ihre Ziele bedienten, sind die Schuldigen, sondern – so versuchten die Bonner Ideologen es darzustellen – Hitler ist allein verantwortlich. So erklärte H. Latenser, Verteidiger des Generalstabes und des Oberkommandos der Wehrmacht im Nürnberger Kriegsverbrechensprozess: „Niemand kann aber leugnen, daß Hitler allein die Macht des Reiches in Händen hatte und damit auch die alleinige und gesamte Verantwortung.“

Hitler war nur der Handlanger und Interessenvertreter des deutschen Monopolkapitals. Es ging nicht darum, irgendeine faschistische Idee zu verbreiten oder einem „altgermanischen Mythos“ zu huldigen; es ging auch nicht um die Verwirklichung der „Vorsehung“, jener Legende, aus der man politisches Kapital zu schlagen versuchte. Rein materielle Gründe bestimmten die Politik des Hitlerfaschismus: Gier nach Profit, nach den Bodenschätzen und den Industrien anderer Länder, nach Arbeitsklaven und fremden Territorien. Die Blutaten des Nazistaates waren keine Wahnideen einer bestimmten Menschengruppe, sondern der Ausdruck einer unmenschlichen, einer verbrecherischen und überlebten Gesellschaftsordnung, die kalblütig jede Bestialität von vornherein eingeplant hatte. Sie waren feste Bestandteile einer imperialistischen Politik, die im Drang nach Weltherrschaft zu zwei mörderischen Weltkriegen führte.

Der erste Personenkreis, der auf dem faschistischen Vernichtungsprogramm stand, waren die Geisteskranken und Krüppel. Die Ankündigung einer solchen Aktion hatte Hitler schon in seinem Machtwort „Mein Kampf“ vorgenommen, wo er sich nicht schonte, sie als humanistisch zu preisen: „Die Forderung, daß defekten Menschen die Zeugung anderer ebenso defekten Nachkommen unmöglich gemacht wird, ist eine Forderung klarer Vernunft und bedeutet in ihrer planmäßigen Durchführung die

humanste Tat der Menschheit." "Rechtlich" war seit 1933 vor-
gearbeitet worden. Im „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nach-
wuchses“ vom 14. Juli 1933 heißt es darüber: „Da die Sterili-
sierung das einzig sichere Mittel ist, um die weitere Vererbung
von Geisteskrankheiten und schweren Erbleiden zu verhüten, muß
sie demnach als eine Tat der Nächstenliebe und Vorsorge für
kommende Generationen angesehen werden.“ Am 30. Januar 1934
wurde Hitler noch offener, als er im Reichstag erklärte, daß die
„Erbkranken“ eine große Belastung darstellten. Dabei bot
er einen Verzicht auf ihre Unfruchtbarmachung an, wenn die
Kirche die Pflege und den Unterhalt übernehmen würde. Hitler
sagte es nicht, aber es war klar, daß auch dieses Geld eingespart
und in den Rachen der Rüstungsindustrie geworfen werden sollte.

Durch Filme und große Propagandaaktionen wollte der Nazi-
staat die Bevölkerung zum Bejahren der Vernichtung dieser Men-
schen reif machen. Der Ausbruch des Krieges war der günstige
Zeitpunkt für Hitler, den Beginn der Vernichtungsaktion zu be-
fehlen. Im Tosen des Krieges sollte die Aktion untergehen. Der
Krieg wurde als Ablenkungsmittel benutzt, um die für die kapi-
talistische Ausbeutung wertlosen Menschen zu ermorden.

Hitler gab am 1. September 1939 den Befehl zur Vernichtung
der Geisteskranken und beauftragte Reichsleiter Bouhler und den
SS-General Prof. Dr. Brand, die Befugnisse von bestimmten
Ärzten so zu erweitern, daß diese „nach menschlichem Ermessen
unheilbaren Kranken bei kritischer Beurteilung ihres Krankheits-
bildes den Gnadenhoden“ gewähren können. Die Aktion, die bis
August 1941 vorgenommen wurde, betraf auch die Konzentrations-
lager beziehungsweise wurde nach den Protesten, besonders sei-
tens kirchlicher Kreise, seit August 1941 fast nur im Rahmen
der Konzentrationslager weitergeführt. Dem Wüten der SS-
Banditen fielen nach einer Schätzung im Nürnberger Kriegsver-
brecherprozeß mindestens 275 000 Menschen zum Opfer, die in
den „Heil- und Pflegenanstalten“ Grafenberg, Hadamar, Branden-
burg, Bernburg, Schloß Hartheim bei Linz und Pirna-Sonnen-

stein vergast wurden. Unter den harmlosen Firmenbezeichnungen „Reichsarbeitsgemeinschaft Heil- und Pflegeanstalten“, „Gemeinnützige Stiftung für Anstaltspflege“ und „Gemeinnützige Krankentransportgesellschaft“ verbarg sich der Vernichtungsapparat der SS. Der Deckname dieser Aktion – „14 f 13“ – taucht in den Akten der Konzentrationslager immer wieder auf. Ärztekommisionen der SS bereiteten die Konzentrationslager und suchten Häftlinge für die Vergasung heraus. Das geschah Ende 1941 und 1942. Ein Schreiben des Reichsführers-SS, Inspekteur der KL, vom 10. Dezember 1941 an die Lagerkommandanten kündete die Ärztekommisionen an. Es heißt darin: „Nach Abschluß der Untersuchungen ist dem Inspekteur der Konzentrationslager Bericht zu erstatten, dabei ist die Zahl der in Sonderbehandlung „14 f 13“ zugeführten Häftlinge zu melden.“ Im Rahmen des „Euthanasieprogramms“ wurden auch viele antifaschistische Häftlinge beseitigt. Ein Geheimbefehl vom Dezember 1941 des Chefs des Amts DI gab den Rat, „unerwünschte Elemente“ unter dem Decknamen „14 f 13“ auszusuchen und zu vergasen. Für das Ausmaß dieser Aktion nur einige Beispiele: In Auschwitz wurden 800 Kranke aussortiert und vergast. Am 19. und 20. Januar 1942 wurden in Groß-Rosen 214 Häftlinge „ausgemustert“, am 3. April 1942 127 Häftlinge. Am 13. und 14. Juli 1941 wurden 94 beziehungsweise 93 jüdische Invaliden zur Versuchsvergasung aus Buchenwald abtransportiert. Ende Sommer 1941 wurden aus Buchenwald mehrere Vergasungstransporte unter „14 f 13“ abgesandt. In den Konzentrationslagern erstreckte sich die Aktion „14 f 13“ weniger auf Geistesranke, als mehr auf invalide und arbeitsunfähige Häftlinge.

„Wir sind die Herren ...“

Der faschistischen Kriegsmaschine, die fast ganz Europa unter ihren Stiefel gebracht hatte, folgten die Spezialisten der Entvölkerung.

zung, die Giftgasexperten und Liquidierungskommandos. Neue Konzentrationslager wurden in den okkupierten Gebieten eingerichtet. Spezielle Lager für die Massenvernichtung entstanden. Wie eine Spinne überzog die Nazidiktatur Europa mit einem Netz von Konzentrationslagern, deren Namen noch heute Grauen und Haß hervorrufen.

Auf einer Sitzung der Lagerkommandanten der Konzentrationslager am 13. März 1940 in Polen sagte Himmler: "Die Stunde der Bewährung jedes einzelnen Deutschen rückt immer näher. Es ist daher erforderlich, daß die große deutsche Nation die Hauptaufgabe darin sieht, alle Polen zu vernichten."

Der besondere Haß des deutschen Imperialismus richtete sich gegen die Angehörigen der Intelligenz, hoffte er doch, durch deren Beseitigung die unterdrückten Völker besser beherrschen zu können. Der Plan zur Vernichtung der slawischen Intelligenz wurde bereits am 12. September 1939 in einer Unterredung zwischen Hitler, Ribbentrop, Keitel und Jodl festgelegt. Im Zusammenhang mit den Enthüllungen über die verbrecherische Vergangenheit des ehemaligen Bonner Ministers Oberländer wurde der Öffentlichkeit ein Beispiel dieser Politik bekannt. Oberländers Mordbattalion "Nachtigall" wütete nach dem Überfall auf die Sowjetunion in der Universitätsstadt Lwow. In den ersten sechs Tagen der deutschen Besetzung wurden 3000 bis 5000 Einwohner ermordet. Unter ihnen befanden sich 34 international anerkannte Geisteswissenschaftler, Gelehrte, Schriftsteller, Journalisten, Juristen; darunter auch der ehemalige polnische Ministerpräsident Professor Kazimierz Bartel.

In einer Denkschrift des Ministeriums für die besetzten Ostgebiete vom 19. August 1942 heißt es: "Die Slawen sollen für uns arbeiten. Soweit wir sie nicht brauchen, mögen sie sterben. Implantation und die deutsche Gesundheitsfürsorge sind daher überflüssig. Die slawische Fruchtbarkeit ist daher unerwünscht. Sie mögen Präservative benutzen oder abtreiben, je mehr desto besser. Bildung ist gefährlich. Es genügt, wenn sie bis 100 zählen

können. Höchstens die Bildung, die uns brauchbare Handlanger schafft, ist zulässig. Die Religion lassen wir ihnen als Ablenkungsmittel. An Verpflegung bekommen sie das Notwendige. Wir sind die Herren, wir kommen zuerst."

Dieses Dokument der Nazipolitik widerspiegelt den schrankenlosen Drang des deutschen Imperialismus nach Ausplünderung, Unterjochung und Ausrottung der anderen Völker. Die Vernichtung der slawischen Bevölkerung war ein Hauptziel des deutschen Faschismus und richtete sich besonders gegen die sozialistische Sowjetunion. "Wenn wir den Krieg einmal gewonnen haben, dann kann meinnetwegen aus den Polen und den Ukrainern Hackfleisch gemacht werden, es kann werden, was will." Diese zynischen Worte sprach der Generalgouverneur für die besetzten polnischen Gebiete Frank auf einer Sitzung der deutschen Landwirtschaftsführer am 12. Januar 1944.

Dem deutschen Imperialismus ging es nicht um ideologische Ziele, nicht um den Herrschaftsanspruch der "arischen Rasse" oder um die "Retung des Abendlandes". Diese Begriffe dienten nur zur Täuschung über die Weltherrschaftspläne des deutschen Monopolkapitals über die Aufteilung der Welt. Goebbels sprach das offen aus: "Wir kämpfen nicht um ideologische Ziele; am Bakwöl, an der Donezkohle, an der überreichen Landwirtschaft Rußlands wollen wir uns gesundstoßen." Die Ausrottung der Bevölkerung dieser Gebiete -- soweit sie nicht als Arbeitskräfte-reservoir verwendet wurde -- war ein Teil dieser imperialistischen Kolonialpolitik. In brutaler Offenheit drückte Himmler dieses Ziel aus: "Wie es den Russen geht, wie es den Tscheden geht, ist mir total gleichgültig . . . Ob die anderen Völker in Wohlstand leben oder ob sie verrecken vor Hunger, das interessiert mich nur soweit, als wir sie als Sklaven für unsere Kultur brauchen, anders interessiert mich das nicht." Dabei wurde auch nicht vor den eigenen "Volksgenossen" haltgemacht. Es war geplant, alle arbeitsunfähigen, alle Krüppel und alten Personen in Deutschland als "schädliche Esser" zu vernichten. Dachau wurde als

„Reichsinvalidenlager“ erklärt, und aus den verschiedenen Konzentrationslagern wurden alle „Invaliden“ nach Dachau gebracht. Dort sind sie dann entweder im Lager selbst ermordet oder in die Vernichtungslager zur Vergasung gebracht worden.

Der Massenmord an sowjetischen Kriegsgefangenen

Die „Kölnische Illustrierte“ brachte im Sommer 1942 eine Aufnahme von SS-Angehörigen, die in Italien gemeinsam ihren Urlaub verbrachten und mit dem Kriegsverdienstkreuz ausgezeichnet waren. Die Illustrierte machte darauf aufmerksam, daß es sich dabei um „besonders verdiente Angehörige der SS“ handelte. Sie „vergaß“, die Gründe für die Auszeichnung zu schildern. Wenige wußten es damals. Wir wissen aber heute, welche „Verdienste“ sich diese SS-Leute erworben hatten. Sie hatten nicht an der Front gekämpft, keine Menschenleben gerettet oder irgendeine andere „Heldentat“ vollbracht, sondern fern von Schützengräben und Fronten gemordet, hinterlistig gemordet. Und nicht nur einzelne, sondern Tausende. Sie waren als Massenmörder ausgezeichnet und dekoriert worden.

Es waren sowjetische Kriegsgefangene, die zu Tausenden diesen faschistischen Mordbestien zum Opfer fielen. Sie wurden erschossen, noch bevor die Vernichtungsmaschinen von Auschwitz und Maidanek angelaufen waren.

Nach einer Anweisung des OKH waren alle sowjetischen „Hohelsträger“ zu liquidieren. Der Kommissarbefehl vom 6. Juli 1941 ordnete an, alle Kommissare und politischen Mitarbeiter in der Roten Armee sofort zu beseitigen. Am 17. Juli 1941 gab das Reichsicherheits-Hauptamt einheitliche Richtlinien für die Liquidierung heraus. Im Spätsommer 1941 begann in den Kriegsgefangenenlagern eine Ausortierung aller Offiziere, Kommissare, Komsomolzen und Kommunisten, die zwecks Liquidierung in die

Konzentrationslager überführt wurden. Über die Vernichtung sowjetischer Kriegsgefangener ist zahlreicher Schriftwechsel der Konzentrationslager erhalten geblieben. So heißt es unter anderem in einem Schreiben des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD vom 9. November 1941, daß die Kommandanten der Konzentrationslager darüber Klage führten, daß 5-10 Prozent der zur Exekution überstellten sowjetischen Kriegsgefangenen schon tot oder halbtot in den Lagern ankämen.

Die Liquidierung der sowjetischen Kriegsgefangenen nahm ein großes Ausmaß an. Sie wurde bis Frühjahr 1942 durchgeführt. Zwar erfolgten auch in späterer Zeit noch Vernichtungen größerer Transporte von Kriegsgefangenen, aber nicht in einer solchen konzentrierten Aktion, wie sie vom Spätsommer 1941 bis Frühjahr 1942 in fast allen Konzentrationslagern stattfand. Die SS feierte wahre Orgien. Die Kugeln piffen, Lautsprecher überlöteten die Schreie der Opfer, und der Schnaps floß. Da der Transport der Leichen eine lange Blutspur von der Mordstätte zum Krematorium hinterließ, wurden in Buchenwald eigens dazu große Wannen gebaut, damit das Blut nicht ablaufen konnte. Es wurde nicht erst der Tod festgestellt. Viele wurden, nur verwundet, in den Krematorien verbrannt oder erst vor dem Ofen völlig totgeschlagen. Die Keule dazu ist heute noch im Lagermuseum Buchenwald aufbewahrt.

Zehntausende Sowjetbürger fielen dem Wüten der SS-Banditen zum Opfer. In Buchenwald wurden zirka 7200, in Auschwitz 8320, in Sachsenhausen 18 000, in Mauthausen 3135 meist durch Erschießen innerhalb weniger Wochen umgebracht. Wie gut diese Aktion vorbereitet wurde, wird dadurch bewiesen, daß alle Kommandanten der Konzentrationslager vorher eine Anleitung mit Probenhinrichtungen in Sachsenhausen unter der Regie von SS-Gruppenführer Eicke bekamen.

Der faschistische Staat geizte nicht, seine Henkersknechte auszuzeichnen. So wurden zum Beispiel die SS-Leute, die an der Gemickschußaktion gegen die 18 000 sowjetischen Kriegsgefange-

nen in Sachsenhausen beteiligt waren, mit dem Kriegsverdienstkreuz ausgezeichnet und durften im Sommer 1942 eine Erholungsreise nach Italien antreten. Das waren die SS-Leute, von denen die „Köhnische Illustrierte“ berichtete. Die „Kolonne 99“ von Buchenwald, die ebenfalls die Hinrichtung von sowjetischen Kriegsgefangenen betrieb, wurde gleichfalls mit Schnaps und dem Kriegsverdienstkreuz ausgezeichnet. Als „einmalige Zuwendung für Exekutionen“ wurden laut Geheimschreiben der Inspektion der KZ-Lager vom 11. November 1941 an die Lagerkommandantur des KZ Groß-Rosen 600 RM aus „Sondermitteln“ für die Mörder ausgegeben. Im Schreiben wurde extra betont, darüber „Still-schweigen zu bewahren“.

Neben den sowjetischen Kriegsgefangenen, die zur Exekution in die Konzentrationslager geschleppt wurden, kamen auch ganze Transporte als Arbeitsklaven in die Lager. Entgegen den völkerrechtlichen Bestimmungen wurden den Konzentrationslagern eigene Kriegsgefangenen-Abteilungen angeschlossen, die später völlig in das KZ eingegliedert wurden. So errichtete die SS zum Beispiel innerhalb der Konzentrationslager Flossenbürg, Sachsenhausen, Mauthausen und Buchenwald 1941 Kriegsgefangenen-Abteilungen. Im Oktober 1941 wurde in Auschwitz mit dem Bau eines 100 000 Mann fassenden Kriegsgefangenenlagers begonnen. Später kam die Anweisung, die zur Hinrichtung befohlenen Kriegsgefangenen erst in den Steinbrüchen der KZ einzusetzen und sie durch Arbeit zu vernichten.

Die sowjetischen Kriegsgefangenen wurden besonders grausam behandelt. Gegen die Sowjetunion richtete sich der ganze tierische Haß der Nazibarbaren. Ihre Wut gegen die Sowjetbürger stieg proportional mit den Niederlagen, die sie durch die Rote Armee erlitten. Mit allen Mitteln versuchten die Goebbels-Propagandisten, den ersten sozialistischen Staat der Welt zu verleumden und operierten mit dem auch heute wieder im Adenauer-Staat so beliebten „Bolschewistenschreck“. Die SS-Wachmannschaften wurden zum Chauvinismus aufgestachelt, und es wurde ihnen jegliche

Handlungsfreiheit gegen die sowjetischen Kriegsgefangenen geben.

Die Häftlinge in den KZ leben schon unmenschlich, starben an Enkräftung und verhungerten. Die sowjetischen Kriegsgefangenen bekamen nicht einmal diese winzigen Rationen. Erst später, Anfang 1942, besserte sich ihre Lage etwas. In einem Geheimschreiben vom 18. März 1942 an die Konzentrationslager wurde ausgeführt, daß die sowjetischen Kriegsgefangenen demnächst zum Arbeitseinsatz für Rüstungszwecke verwendet werden und sie deshalb die gleichen Verpflegungssätze wie die anderen Häftlinge erhalten sollten. Erst der Mangel an Arbeitskräften und nicht etwa eine menschliche Einstellung gegenüber den Sowjetbürgern brachte diese Änderung. Das kommt klar in einer Niederschrift der Kriegswirtschaftsverwaltung des OKH vom 19. Februar 1942 zum Ausdruck, in dem es heißt: "Die gegenwärtigen Schwierigkeiten im Arbeitseinsatz wären nicht entstanden, wenn man sich rechtzeitig zu einem großzügigen Einsatz russischer Kriegsgefangener entschlossen hätte . . . Es standen 3,9 Millionen Russen zur Verfügung, davon sind nur noch 1,1 Million übrig. Allein von November 1941 bis Januar 1942 sind 500 000 Russen gestorben." Noch krasser drückte es Himmler am 4. Oktober 1943 auf einem Treffen der SS-Generale in Posen aus: "Wir haben damals die Masse Mensch (im Hinblick auf die sowjetischen Kriegsgefangenen - H. K.) nicht so gewertet, wie wir sie heute als Rohstoff, als Arbeitskraft werten. Was letzten Endes, wenn ich in Generationen denke, nicht schade ist, was aber heute wegen des Verlustes der Arbeitskräfte bedauerlich ist, die Gefangenen sind nach Zehntausenden und Hunderttausenden an Enkräftung, an Hunger gestorben."

Der Einsatz der sowjetischen Kriegsgefangenen in der Rüstungsindustrie war nur als vorübergehende Maßnahme für die Kriegszeit gedacht. Die Ausrottung aller Slawen und damit auch aller sowjetischen Kriegsgefangenen war auch weiterhin das Endziel des deutschen Imperialismus.

Das Scheitern des Blitzkrieges

Am 22. Juni 1941 brach Nazideutschland heimtückisch den mit der Sowjetunion zwei Jahre vorher abgeschlossenen Nichtangriffspakt. Die Aggressionsarmeen des deutschen Imperialismus stützten sich bei diesem längst geplanten Kreuzzug gegen die sozialistische Sowjetunion auf das Rüstungspotential fast ganz Europas. In der ihm eigenen Selbstüberschätzung glaube der deutsche Militarismus, seine Siegesserie fortsetzen zu können und durch den plötzlichen Einfall die UdSSR in einem Blitzkrieg zu schlagen. Trotz heroischen Widerstandskampfes und trotz riesiger Opfer war es der deutschen Arbeiterklasse nicht gelungen, dieses größte Verbrechen gegen das eigene Volk zu verhindern.

Der zweite Weltkrieg verlief nach dem Überfall auf die Sowjetunion keineswegs so, wie ihn die Hitlerfaschisten geplant hatten. Der Generalstabschef Hilters, Halder, war schon vier Wochen nach Beginn des Überfalls gezwungen, in sein Tagebuch zu schreiben, daß „an der Front unter dem Einfluß der Veränderungen der Lage . . . die Ereignisse sich ganz und gar nicht so entwickeln, wie es in den höheren Stäben vorgesehen ist, was den Eindruck hinterläßt, als würden die Befehle des Oberkommandos des Heeres nicht ausgeführt“.

Unter der Führung ihrer Kommunistischen Partei verteidigten die Sowjetmenschen heldenhaft jeden Fußbreit sowjetischen Territoriums. Die Völker, die vom Faschismus bedroht waren oder unter dem Stiefel der Okkupanten stöhnten, schöpften neue Hoffnung angesichts des tapferen Kampfes der UdSSR gegen einen übermächtigen und heimtückischen Feind.

Vor Moskau wurde im Dezember 1941 die bis dahin als unbesiegbare gepriesene faschistische Kriegsmaschine zum Stehen gebracht und in einer Gegenoffensive unter größten Verlusten der Nazitruppen zurückgeschlagen. Der Nimbus von der Unbesiegbarkheit der Nazitruppen war zerschlagen worden. Der deutschen Ostfront drohte eine Katastrophe. Der Blitzkriegsplan war völlig auf

dem Keichthaufen der Geschütze gelandet. Es fehlten Waffen, Ausrüstungsgegenstände und Munition. Die Front zog immer mehr Arbeitskräfte ab, während andererseits der Materialbedarf des Heeres immer mehr stieg. Die faschistische Rüstungsindustrie stand vor unlösbaren Aufgaben. Bereits wenige Wochen nach dem Überfall auf die Sowjetunion heißt es in einer Aufzeichnung aus Hitlers Hauptquartier: „Der Mangel an Arbeitskräften wird zu einem immer gefährlicheren Hemmnis für die künftige deutsche Kriegs- und Rüstungswirtschaft. Die erhoffte Entlastung durch Freistellungen aus der Wehrmacht ist nach Ausmaß und Zeitpunkt unsicher, ihrem möglichen Umfang nach wird sie angesichts des großen Bedarfs den Erwartungen und Bedürfnissen keinesfalls entsprechen.“

Diese Lage mußte sich auch auf die Konzentrationslager auswirken. Die bis dahin kaum für die direkte Rüstungsindustrie eingesetzten Häftlinge waren zu einem wichtigen Arbeitskräfte-reservoir geworden. Am 25. Januar 1942, nach der Niederlage der faschistischen Armee vor Moskau, verkündete Himmler in einem Fernschreiben an den Inspekteur der Konzentrationslager, SS-Brigadeführer Glücks, daß „russische Kriegsgefangene in der nächsten Zeit nicht zu erwarten sind“. Mit dem geplanten Blitzkrieg war es aus, und Kriegsgefangene, das hatten die Nazi-strategen auf sowjetischem Territorium bereits gelernt, waren nicht zu fassen, wenn man Niederlagen hatte. Himmler schlug deshalb vor, verstärkt Juden in die Lager zu bringen. Außerdem wies er noch darauf hin, daß „große wirtschaftliche Aufträge und Aufgaben“ an die Konzentrationslager gestellt werden würden.

Klarer und in seiner Auswirkung auf die Konzentrationslager deutlicher erkennbar geht das aus einem Brief des SS-Wirtschaftsverwaltungs-Hauptamtes – der Wirtschaftszentrale der SS – an Himmler vom 30. April 1942 hervor:

„1. Der Krieg hat eine sichtbare Strukturveränderung der Konzentrationslager gebracht und ihre Aufgaben hinsichtlich des Häftlingseinsatzes grundlegend geändert. Die Verwahrung von Häft-

lingen, nur aus Sicherheits-, erzieherischen oder vorbeugenden Gründen allein, sieht nicht mehr im Vordergrund. Das Schwergewicht hat sich nach der wirtschaftlichen Seite hin verlagert. Die Mobilisierung aller Häftlingsarbeitskräfte, zunächst für Kriegsaufgaben (Rüstungssteigerung) und später für Friedensaufgaben, schiebt sich immer mehr in den Vordergrund.

2. Aus dieser Erkenntnis ergeben sich notwendige Maßnahmen, welche ein allmähliches Überführen der Konzentrationslager aus ihrer früheren einseitigen politischen Form in eine den wirtschaftlichen Aufgaben entsprechende Organisation erfordern.

3. Ich habe deshalb alle Führer der früheren Inspektion der Konzentrationslager, alle Lagerkommandanten und alle Werkleiter am 23. und 24. April 1942 versammelt und ihnen persönlich die neue Entwicklung dargelegt. Die wesentlichen Dinge, deren Durchführung vordringlich ist, damit die Aufnahmearbeit der Rüstungsindustrieller Arbeiten keine Verzögerung erleidet, habe ich in beiliegender Anordnung zusammengefaßt."

Dazu gibt es nicht viel zu sagen. Das Dokument spricht für sich und zeigt, daß sich der Schwerpunkt der Aufgabenstellung der Konzentrationslager auf die Seite der Zwangsarbeit und des Sklavenmarktes verlagert hat. Die Inspektion der Konzentrationslager, die bis dahin dem SS-Hauptamt unterstand, wurde am 16. März 1942 als Amtsruppe D dem SS-Wirtschaftskonzern unterstellt. Chef des Konzerns war SS-Gruppenführer Pohl, der für seine "Verdienste" bei der Ausplünderung und Massenvernichtung der Häftlinge später mit dem Deutschen Kreuz dekoriert wurde. Es ist derselbe Pohl, der nach 1945 wegen seiner Verbrechen zum Tode verurteilt und 1951 hingerichtet wurde. Er ist einer der Hauptverantwortlichen für die furchtbaren Verbrechen in den Konzentrationslagern. Vor seiner Hinrichtung trat Pohl mit grobem Pomp noch im Kriegsverbrechergängnis Landsberg zur katholischen Kirche über. Er konnte im bundesdeutschen Staat noch eine kleine Broschüre unter dem Titel "Credo. Mein Weg zu Gott" verfassen. Diese Broschüre, versehen mit einem Vorwort

des Oberpfarrers Karl Morgenschweiß, der Pohl als einen „Offizier vom Scheitel bis zur Sohle . . .“, in seiner inneren Haltung und äußeren Vornehmheit“, als einen „Mann voll Energie, Willenskraft und Tatkraft“, als einen „Mann von hoher Geistesbildung und Herzensbildung, aufrecht, gerade und wahrhaft“ bezeichnete, wurde in der Bundesrepublik veröffentlicht. Die katholische Kirche versuchte noch, aus dem Massenmörder einen Heiligen zu machen. Es heißt in der Broschüre unter anderem: „Er dient heute als ganzer Katholik Gott und Christus und Seiner göttlichen Liebe in der Welt.“ Bezeichnend sind die Aufzeichnungen Pohls, in denen er etwas aus seinem Leben anführt. Geffissentlich übergeht er seine Zeit als SS-General. In nur wenigen Sätzen geht er darüber hinweg und tut so, als ob ihm ein sehr großes Unrecht widerfahren sei. Bedauernd stelle dieser Hitlerknecht 1945 fest: „Mein Lebenswerk war zerschlagen.“ Auch die Hetze gegen die Sowjetunion, die er selbst als gläubiger Katholik nicht lassen konnte, rettete ihn nicht vor dem Galgen. Es war sein Verhängnis, daß er zu früh hingerichtet wurde. In der Partei des Bundeskanzlers wäre ihm noch eine große Karriere sicher gewesen; vielleicht wäre – wie aus seinen ehemaligen Kumpanen Oberländer, Globke, Seeborn, Schröder usw. – aus ihm sogar ein Minister oder Staatssekretär geworden und hätte er die Möglichkeit erhalten, sein „Lebenswerk“ fortzusetzen.

Vom Wert des Häftlings

Die Arbeitskraft des Häftlings stieg im Wert. Es war gewinnbringender für die SS und die Monopole, den Häftling nicht einfach zu liquidieren, sondern erst in der Produktion einzusetzen. An erster Stelle steht selbstverständlich der hundertprozentige wirtschaftliche Einsatz der Häftlinge für die den Konzentrationslagern gestellten Aufgaben“, ordnete SS-Brigadeführer Glücks in einem Schreiben an die Lagerkommandanten vom 24. Juni 1942 an.

KZ Sachsenhausen. Zwangsarbeit im Klinkerwerk



DECLASSIFIED

Authority *NND 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*



Frauen im KZ Ravensbrück

DECLASSIFIED

Authority *NND 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

Der besondere Vorteil der Häftlingsarbeitskraft für die Ausbeutung durch die SS und die Monopole bestand darin, daß der Häftling sehr billig war und faktisch in unbegrenzter Zahl zur Verfügung stand. Der Häftling hatte nicht einmal mehr die „Freiheit“, seine Arbeitskraft zu verkaufen. Die Arbeitskraft gehörte der SS; mit ihr konnte alles gemacht werden. Deshalb war es der SS möglich, die Arbeitskraft des Häftlings zu verkaufen. Der Häftling konnte bis zur resloosen physischen Vernichtung eingesetzt werden, ohne daß ein Einspruch seinerseits möglich war. Die Arbeitskraft des Häftlings konnte besonders gut für die Geheimwaffenproduktion eingesetzt werden, denn er wurde bewacht, kam nicht in die Öffentlichkeit und konnte nach Beendigung des Arbeitsprozesses liquidiert werden. Gerade das letztere wird bestätigt durch eine Anforderung des Industriellen Porsche, der persönlich bei Himmler vorsprach und für eine Geheimwaffenproduktion unter Tage 3500 Häftlinge verlangte.

Selbst als Leiche hatte der KZ-Insasse noch Wert. Seine Haare wurden für Industriefilze verarbeitet, aus den Knochen und aus dem Leidentfett wurden Seife und Düngemittel produziert. Zahn- gold kam in die Kassen der SS. Die Monopole waren auch schamlos genug, den Häftling noch als menschliches Versuchstier zu benutzen.

Häftlinge, Häftlinge, Häftlinge...

Der Schrei nach Arbeitskräften wurde durch das Scheitern des Blitzkrieges immer lauter. Die Rüstungshyänen und Kriegsgewinnler wollten mehr Profit schöpfen, wollten mehr Waffen produzieren und billigere Arbeitskräfte haben. Die SS wollte ihre Sklavennarbe erweitern. Die Völker der überfallenen Länder, angespornt durch das Beispiel der Sowjetunion, schufen eine starke Widerstandsbewegung im Hinterland des Feindes. Partisanengruppen banden zahlreiche faschistische Elitedivisionen, spreng-

ten Brücken und Lager, brachten Hunderte von Militärtransporten zum Entgleisen, zerstörten die Nachschubwege und Verbindungslinien des Feindes. Gegen sie richtete sich die ganze Wut einer entmenschten Soldateska. Strafexpeditionen wüteten in den Dörfern, töteten die Zivilbevölkerung oder verschleppten sie in die Konzentrationslager. Die Lager wurden zu riesigen Sklavenarsenalen und Vernichtungszentren. Immer neue Methoden erfand Himmler, um die Lager zu füllen und sein Vernichtungsprogramm durchzuführen.

Vernichtung durch Arbeit

Es war am 18. September 1942. Himmler und der Justizminister Thierack beratschlagten gemeinsam, wie man noch schneller morden konnte. In den Gefängnissen und Zuchthäusern des „Dritten Reiches“ wurde zu langsam gestorben. Deshalb übergab Thierack einen Teil seiner Strafgefangenen in die „bewährten“ Hände Himmlers „zur Vernichtung durch Arbeit“, wie es im Bericht über diese Besprechung heißt. Alle Sicherungsverwahrten, Juden, Zigeuner, Russen und Ukrainer, Polen mit mehr als drei Jahren Haft, Tschechen und Deutsche mit über acht Jahren Strafe, wurden in die KZ überführt. Gleichzeitig vereinbarten sie, daß in Zukunft Juden, Polen, Zigeuner, Russen und Ukrainer nicht mehr von den Gerichten, auch wenn es sich um Strafsachen handelte, abgeurteilt, sondern sofort der SS übergeben werden sollten. Diese Maßnahmen beweisen erneut, daß die Justiz nur noch ein der SS ebenbürtiges Terror- und Ausrottungsinstrument des Faschismus war. In einem Schreiben des Reichsministers der Justiz vom 13. Oktober 1942 an Bornmann, den Chef der Parteikanzlei, wurde seitens der Nazijustiz bedauert, daß ihre Mittel zur Massenvernichtung begrenzt seien. Es hieß darin: „Ich gehe hiervon aus, daß die Justiz nur in kleinem Umfange dazu beitragen kann, Angehörige dieses Volkstums auszurotten... Dagegen glaube ich, daß durch

die Auslieferung soldater Personen an die Polizei, die sodann frei von gesetzlichen Strafatabeständen ihre Maßnahmen treffen kann, wesentlich bessere Ergebnisse erzielt werden."

Die Rolle der Justiz im „Dritten Reich“ wird unterrichten von einer „Grundsätzlichen Richtlinien Nr. 1“ von Himmler, die bestimmte, „daß niemals ein Jurist Chef des SS-Gerichtes sein darf“.

Himmler räumte alle Gefängnisse und Zuchthäuser in Deutschland und im besetzten Gebiet aus, um für seine Konzentrationslager neuen Nachschub zu erhalten, und sicherte sich gleichzeitig neue Zugänge durch Überweisung aller „Straffälligen“ für die Zukunft direkt in die Konzentrationslager. Noch vorher hatte Himmler das Einverständnis des Justizministers eingeholt darüber, daß die Leichenschau bei „unnatürlichem Tode“ eines Häftlings nur der SS-Gerichtsbarkeit unterliegen solle. Diese „für die SS sehr günstige Regelung“ – wie der Chef des Hauptamtes SS-Gericht befriedigt feststellte – machte den Mörder noch zum eigenen Richter.

Aber nicht nur die, die in den Vollzugsanstalten der Justiz waren, sondern auch diejenigen, die dort entlassen wurden, sicherte sich Himmler. So bestätigte ein Schreiben des Reichsjustizministers an die Generalstaatsanwälte vom 21. April 1943, daß alle Polen und Juden, die aus Vollzugsanstalten entlassen werden, der Gestapo zu überstellen und auf Kriegsdauer beziehungsweise lebenslänglich in Konzentrationslagern zu inhaftieren sind.

Aus kriegswichtigen Gründen

Himmler brauchte mehr Häftlinge. Am 17. Dezember ordnete er in einem Geheimbefehl an alle Befehlshaber, Inspektoren und Kommandeure der Sicherheitspolizei und des SD an: „Aus kriegswichtigen, hier nicht näher zu erörternden Gründen hat der Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei am 14. Dezember 1942

befohlen, daß bis Ende Januar 1943 mindestens 35 000 arbeitsfähige Häftlinge in die Konzentrationslager zu überweisen sind.“ Weiter wird befohlen, daß für die Erreichung dieser Zahl alle flüchtigen Fremdarbeiter, alle „im Strafvollzug einsitzenden“ arbeitsfähigen Häftlinge in die KZ zu überweisen sind.

Im Rahmen der gesamten Aktion wurden auch 45 000 Juden aus dem Ghetto Theresienstadt und dem Bezirk Bialystok nominiert, die nach Auschwitz transportiert und dort „ausgemustert“ werden sollten. In dem betreffenden Schreiben vom 16. Dezember 1942 heißt es darüber: „... bei Anlegung eines zweckmäßigen Maßstabes fallen bei der Ausmusterung der ankommenden Juden in Auschwitz mindestens 10 000 bis 15 000 Arbeitskräfte an.“ Mit anderen Worten, von den 45 000 Juden sollten 30 000 bis 35 000 vergast werden. Der Rest, der für den deutschen Imperialismus noch „brauchbar“, das heißt, für die wirtschaftliche Ausbeutung noch zu verwenden war, wurde für die Rüstungsindustrie bereitgestellt. Gibt es noch bessere Beweise für die Willkür und Brutalität des deutschen Imperialismus? Das war es, wovon die Monopolherren und Krautjunker geträumt und was der Faschismus geschaffen hatte: ein Heer von Sklaven für den Profit des Kapitals.

Neue Masseneinlieferungen

Wie willkürlich der Faschismus mit Menschenleben umging und wie willkürlich die Einlieferung in die Konzentrationslager vor sich ging, geht aus der Verfügung über den Anschluß der Arbeitslager des Distrikts Lublin an das KZ Lublin hervor. In einem Aktenvermerk vom 7. September 1943 hieß es lakonisch dazu: „Mit der Übernahme durch das SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt (Amtsgruppe D) werden die Insassen dieser Arbeitslager Konzentrationslager-Häftlinge.“

Durch immer neue Aktionen wurde für stetigen Zugang in die Konzentrationslager gesorgt. Jede neue Niederlage der Hitler-

faechisten beantworteten diese mit blutigem Terror gegen die Bevoelkerung der Gebiete, die noch unter ihrer Herrschaft standen. Strafexpeditionen, die "Taktik der verbrannten Erde", Galgen und Massengraeber kennzeichnen den Ruckzug der Nazitruppen. Brutal wurde ein grosser Teil der Zivilbevoelkerung zur Zwangsarbeit in das Reich verschleppt. Massentransporte kamen in die Lager. Einige der wichtigsten nach 1942 waren:

Ungarische Juden: Im April 1944 wurden in Ungarn etwa 400 000 Juden in grossen Lagern konzentriert. Bis zum 30. Juni 1944 wurden sie alle nach Auschwitz transportiert. Von den 400 000 sind kaum mehr als 100 000 als Arbeitskraefte "ausgemustert" worden. Alle anderen wurden sofort vergast.

Sowjetische Zivilpersonen: Mit dem Vorruecken der Roten Armee, Mitte bis Ende 1943 und Anfang 1944, wurden noch einmal Menschenjagden in den noch besetzten Ostgebieten durchgefuehrt. Allein nach Buchenwald kamen 5394 Personen aus verschiedenen Staedten der Sowjetunion.

Polnische Zivilpersonen: Ab August 1944 - vor allem nach der Niederschlagung des Warschauer Aufstandes - kamen Transporte der zwangsrekrutierten polnischen Zivilbevoelkerung in die Konzentrationslager.

Norwegische Studenten: Nach den Unruhen an der Osloer Universitaet kamen im Januar 1944 349 norwegische Studenten nach Buchenwald. Sie erhielten dort bessere Behandlung, wurden getrennt von den anderen Haeflingen untergebracht, bekamen SS-Verpflegung und konnten ihre Zivildaeuzge behalten. Aebere dem erhielten sie "weltanschaulichen" Unterricht von SS-Instrukteuren. Da die nazistische Beeinflussung erfolglos blieb, wurden sie im Juli und Oktober 1944 zu schweren Erdarbeiten herangezogen.

Zwischenhaefte II: Ab November 1944 kam eine neue Haeflingenkategorie in die Konzentrationslager. Es handelte sich um ehemalige Wehrmachtangehoerige, die meist zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt waren und zum Arbeitseinsatz in die Konzen-

trationslager kamen. Nach Kriegsende sollten sie ihre Strafe absitzen. Deshalb auch der Begriff: Zwischenhaft II.

Dänische Polizei: Im September 1944 wurde eine große Aktion gegen die dänische Polizei gesartet, in deren Verlauf etwa 2000 dänische Polizisten vor allem nach Buchenwald gebracht wurden.

Ostarbeiter: Aus einem Telegramm des Generalgrenzinspektors an die Gestapo Nürnberg-Fürth vom 12. Februar 1944 geht hervor, daß alle wiederergriffenen geflüchteten Ostarbeiter auf Grund eines Himmler-Befehls in die Konzentrationslager zu überführen waren.

Polen aus der Widerstandsbewegung: Am 18. Dezember 1942 erließ Himmler den Befehl, 50 000 verhaftete Polen der Widerstandsbewegung in die Konzentrationslager einzuliefern. Ebenso sollten laut Anweisung des SS-Obergruppenführers von dem Bach soviel als möglich Gefangene bei der Partisanenkämpfung zur Gewinnung von Arbeitskräften für die deutsche Rüstungs- und Ernährungswirtschaft gemacht werden. Diese Anweisung widersprach an und für sich der üblichen Praxis des Terrors gegen die Partisanenbewegung. Mit den brutalsten und auch ohnmächtigsten Mitteln wollte der Faschismus den Widerstand der unterdrückten Bevölkerung niederschlagen. Himmler befahl am 10. Juli 1943, daß die bandenverseuchten Gebiete der Nordukraine und von Rußland-Mitte von jeder Bevölkerung zu räumen sind". Gauleiter Koch schlug Himmler sogar vor, einen 50 km breiten Streifen beiderseitig der Bahnlinie Brest-Litowak-Gomel von jeglicher Bevölkerung zu räumen, um die durch Partisanen ständig unterbrochenen Nachschublinien zur Front zu sichern. In den vorliegenden Schreiben wird immer wieder betont, daß diese Aktionen unter dem Gesichtspunkt der Gewinnung von Arbeitskräften durchgeführt werden sollten.

Frühlingswind: Unter dieser Bezeichnung lief 1944 eine Aktion, in deren Verlauf Massentransporte vor allem von Franzosen und Belgiern in die Konzentrationslager überführt wurden.

Meerschaum: Bei dieser Aktion, die Mitte 1943 bis Mitte 1944

stattand, handelte es sich ebenfalls um Transporte von Franzosen und Belgiern.

Nacht und Nebel: Der Nacht-und-Nebel-Erlass stammt vom 7. Dezember 1941. Er richtete sich vor allem gegen die antifaschistische Widerstandsbewegung in Westeuropa. Der Begriff „Nacht und Nebel“ sollte das spurlose Verschwindenlassen der Häftlinge versinnbildlichen. Dazu heißt es im Erläuterungsschreiben des Oberkommandos der Wehrmacht vom 2. Februar 1942: „Die abschreckende Wirkung dieser Maßnahmen liegt a) in dem spurlosen Verschwindenlassen der Beschuldigten, b) darin, daß über ihren Verbleib und ihr Schicksal keinerlei Auskunft gegeben werden darf.“ Dementsprechend wurden die NN-Häftlinge auch in den Lagern behandelt. Sie durften keine Briefe schreiben und keine Post empfangen. Vielfach übten sie nur Arbeiten innerhalb des Lagerbereichs aus. Teilweise trugen sie Ziviljacken, die mit auffälliger Farbe bemalt waren und auf dem Rücken ein großes „NN“ trugen. Diese Häftlinge wurden als Kristallisationspunkte des Widerstandskampfes angesehen und sollten durch die NN-Maßnahmen, durch ihr spurloses Verschwinden einmal den Widerstandskampf lähmen und andererseits zur Abschreckung der Bevölkerung dienen. Unter den NN-Gefangenen befanden sich viele Intellektuelle.

Aktion Gitter: Unter der Bezeichnung „Aktion Gitter“ fand eine Massenverhaftung nach den Ereignissen des Attentats auf Hitler am 20. Juli 1944 statt, bei der es sich hauptsächlich um ehemalige Funktionäre der Arbeiterparteien und -organisationen, aber auch bürgerlicher Parteien handelte. Die Aktion begann am 22. August 1944. Allein 750 Häftlinge wurden nach Buchenwald gebracht, 400 nach Neuengamme, 80 aus Hamburg nach Fuhlsbüttel und Hunderte nach Sachsenhausen. Viele wurden nur wenige Zeit festgehalten und bald wieder entlassen; viele blieben bis zum Zusammenbruch der Hitlerdiktatur im Lager.

Zuckerbrot und Peitsche

Zuckerbrot und Peitsche waren die Methoden der SS, um aus den Häftlingen soviel als möglich herauszuholen. „Die derzeitige Kriegslage zwingt dazu, die Arbeitskräfte der einsitzenden Häftlinge bis zum letzten produktiv auszunutzten“, schreibt der SS-Konzern am 3. Juni 1942 an die einzelnen Konzentrationslager.

Neben dem maßlosen Arbeitstempo bis zur physischen Vernichtung gab es Bestechungen in Form von Geldprämien und anderen Vergünstigungen. Nach einer „Dienstvorschrift für die Gewährung von Vergünstigungen an Häftlinge (Prämien-Vorschrift)“, gültig ab 15. Mai 1943, wurden Haft erleichterungen, Verpflegungszulagen, Geldprämien, Tabakwarenbezug und Bordbesuch an Häftlinge gewährt. Einige Verbesserungen, die in der oben genannten Dienstvorschrift enthalten sind, wurden schon vorher eingeführt. Auch mit solchen Dingen wurde – neben der Steigerung der Arbeitsleistung – bezweckt, die Häftlinge gegeneinander auszuspielen und Gruppen Bevorrechteter unter den Häftlingen zu schaffen. Neben diesen „Erleichterungen“ wurden auch Neuregelungen des „Strafvollzuges“ getroffen. Das war die andere Seite des Lagerlebens. In einer Anweisung an alle Lagerkommandanten vom 14. Juli 1943 wurde befohlen, daß die Prügelstrafe „an Russinnen durch Polinnen und an Polinnen und Ukrainerinnen durch Russinnen vorgenommen werden soll“. Eine alte Geschichte des Imperialismus: Aufhetzung einer Nation gegen eine andere, hier selbst im KZ praktiziert, um keine Einheit der Häftlinge aufkommen zu lassen.

Es gibt viele Beispiele kämpferischer Solidarität, die beweisen, daß sich kein Hitlergegner, kein politischer Häftling für die schmutzige Henkerei hergeben hat. Die ehemaligen Häftlinge des KZ Dora bei Nordhausen erinnern sich noch des Februar 1945. Die SS trieb alle Häftlinge auf den Appellplatz zusammen, um ihnen zur Abschreckung die Hinrichtung eines deutschen und eines sowjetischen Häftlings zu demonstrieren. Unheilrohend

stand der Galgen hinter den zwei Todekandidaten, als die SS dem Münchener Anführer und damaligen Lagerältesten Georg Thomas befehl, die Erhängung vorzunehmen. Nur kurz zögerte er und rief dann angesichts des ganzen Lagers aus: „Ich verweigere den Befehl.“ Er wurde sofort von der SS in den Bunker geworfen. Auch der Kommunist und Bergarbeiter Ludwig Szymczak verweigerte die schmutzige Arbeit. Die SS mußte selbst die Hinrichtung durchführen. Der ungebrochene Kampfgeist und die Klassensolidarität hatten über die SS einen Sieg davongetragen. Nur wenige Wochen trennten diese beiden Häftlinge noch von der Befreiung, trennten sie von dem Wiedersehen mit der Familie und von der Freiheit nach mehr als zehnjähriger Haft. Sie wußten, daß ihre Befehlsverweigerung den Tod bedeutete, und zögerten doch nicht, durch ihre selbstlose Tat allen Häftlingen neuen Mut, neue Siegeszuversicht zu geben und die Widerstandskraft des Lagers zu stärken.

Der Sonderbau

Ein Kapitel besonderer Art war die Einrichtung von Bordellen in den Konzentrationslagern. Die „Herrenrasse“, die lautstark von der „Kultur des Abendlandes“ predigte, schuf ein neues Zeugnis „arischer“ Zivilisation. Die Anordnung wurde im Sommer 1943 von zentraler Stelle aus gegeben. So kam es, daß weibliche Häftlinge aus Ravensbrück für die Lagerbordelle verwendet wurden. Fast in jedem größeren KZ wurde Ende 1943, Anfang 1944 ein solcher „Sonderbau“ eingerichtet. Das Konzentrationslager Ravensbrück stellte nicht nur für die KZ, sondern auch für Offiziers- und Soldatenbordelle Frauen zur Verfügung. Die Profitsucht der SS scheute auch davor nicht zurück, die Bordelle als Einnahmequelle zu benutzen. Aus der Dienstvorschrift geht hervor, daß die Häftlinge für den Besuch des Bordells 2 RM zu entrichten hatten. Davon bekam die Inhaberin des Bordells -,45 RM

DECLASSIFIED
Authority *NWD 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

und der aufsichtsführende Häftling -,05 RM. Der Rest in Höhe von 1,50 RM wurde an die Amtsgruppe D des SS-Wirtschaftskonzerns abgeführt. Die Einrichtung der Bordelle hatte einmal die Aufgabe, eine bestimmte Gruppe von Häftlingen zu korumpieren, um die Geschlossenheit und Solidarität der Häftlinge zu zerbrechen, und andererseits diejenige, zusätzliche Einnahmen für die SS zu erhalten. Auch sollte damit die „Arbeitsfreudigkeit“ geweckt werden. Die bewußten antisemitischen Häftlinge boykottierten den Sonderbau und lehnten den Besuch eines solchen Nazi-unternehmens ab.

Die „Endlösung der Judenfrage“

Sommer 1941. Der SS-Lagerkommandant von Auschwitz, Höß, wird plötzlich nach Berlin befohlen, wo ihn Himmler empfängt. Höß erhält den Auftrag zur größten Massenvernichtungsaktion, die die menschliche Gesellschaft je erlebte: „Der Führer hat die Endlösung der Judenfrage befohlen, wir – die SS – haben diesen Befehl durchzuführen... Ich habe Auschwitz dafür bestimmt, einmal wegen der günstigen verkehrstechnischen Lage, und zweitens läßt sich das dafür dort zu bestimmende Gebiet leicht absperrern und tarnen... Nähere Einzelheiten erfahren Sie durch Sturmbannführer Eichmann vom Reichssicherheits-Hauptamt, der in nächster Zeit zu Ihnen kommt.“

Und Eichmann, der Beauftragte für die „Endlösung der Judenfrage“, kommt. In Auschwitz sitzen die beiden Massenmörder und hecken die teuflischen Vernichtungspläne aus. Zuerst sollen Schlesien und das Generalgouvernement „judenfrei“ gemacht werden, dann Deutschland und die Tschechoslowakei, Frankreich, Belgien und Holland. Auch über die Methoden wurde gesprochen. Es herrschte Übereinstimmung darüber, daß „nur Gas in Frage käme, denn durch Erschießen die zu erwartenden Massen zu beseitigen, wäre schlechterdings unmöglich“, berichtete Höß später darüber.

DECLASSIFIED

Authority *NWD 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

Eine Sorge bereitete nur noch das richtige Gas. Die Maschinerie der Entvölkerung kam ins Rollen. Die IG Farben lieferten das Zyklon B. Sowjetische Kriegsgefangene dienten als Versuchssopfer; an ihnen wurde die erste Probevergassung unternommen. Auf Höß wirkte diese Vergassung „beruhigend“, wie er schreibt; jetzt konnte er den Auftrag Himmlers ausführen.

Die Ziele dieser Massenvernichtung waren unterschiedlich. Vor allem sollten die Menschen anderer Nationen, besonders der Sowjetunion, vernichtet und sollte die materielle Basis anderer Länder ausgeplündert werden. Damit sollte für die „Blut- und Bodpolitik“ des deutschen Faschismus Platz geschaffen werden. Die deutschen Imperialisten hofften bei den „Arisierungsgeschäften“ auf guten Profit. Im Sinne der Herrenrassen- und Germanisierungspolitik sollten alle „rassisch Minderwertigen“ ausgerottet werden. Es ging auch um die Beseitigung „unbequemer Esser“. Darüber äußerte Hans Frank, Generalgouverneur im okkupierten Polen, am 16. Dezember 1941 zu seinen Mitarbeitern: „Die Juden sind auch für uns außergewöhnlich schädliche Fresser. Wir haben im Generalgouvernement schätzungsweise 2,5, vielleicht mit den jüdisch Versippten und dem, was alles dranhängt, jetzt 3,5 Millionen Juden. Diese 3,5 Millionen Juden können wir nicht erschließen, wir können sie nicht vergiften, werden aber doch Eingriffe vornehmen können, die irgendwie zu einem Vernichtungserfolg führen, und zwar im Zusammenhang mit den vom Reich her zu besprechenden großen Maßnahmen.“

So ganz nebenbei wurde natürlich auch Wohnraum gewonnen. In einem Bericht der von Göring eingesetzten Prüfungskommission über die im Gau Franken zwischen dem 9. November 1938 und dem 9. Februar 1939 vorgenommenen „Arisierungen“ jüdischer Betriebe heißt es: „Ich machte dem Gauleiter den Vorschlag, daß man in Anbetracht der bestehenden großen Wohnungsnot am besten die Juden in eine Art Internierungslager stecke. Dann würden die Wohnungen augenblicklich frei und es könne die Wohnungsnot zum Teil wenigstens behoben werden.“

Zum Schluß wurde noch Gewinn bei der industriellen Leichten-Hedderei herausgeschlagen. Darüber wird in einem besonderen Abschnitt noch berichtet werden. Maßlos bereicherten sich die an der Massenvernichtung beteiligten Personen; Devisen wurden für den faschistischen Staat gewonnen und weitere finanzielle und materielle Mittel für die SS sichergestellt.

Auf einer Besprechung am 20. Januar 1942 über die „Endlösung der Judenfrage“ wurde festgelegt, daß alle europäischen Juden – es wurde mit elf Millionen gerechnet – nach Osten zum Arbeitseinsatz transportiert werden. Die arbeitsfähigen Juden sollten zum Straßenbau verwendet werden, wobei „ein Großteil durch natürliche Verminderung ausfallen“ mußte. Der Restbestand sollte danach „entsprechend behandelt“, das heißt vernichtet, werden. Der auf der oben genannten Besprechung gefaßte Beschluß, die Juden hauptsächlich durch Arbeit zu vernichten, wurde nur im begrenzten Maße durchgeführt. Die Hauptmethode war die sofortige Vergasung, war die Einrichtung entsprechender Vernichtungslager.

Mit sedibischer Befriedigung stellte der Rüstungsinspekteur in der Ukraine in einem Bericht an General Thomas vom 2. Dezember 1941 fest, daß durch die Massenerkutionen in der Sowjetunion einmal ein Teil der „überflüssigen Esser“ in den Städten beseitigt wurde und andererseits ein Bevölkerungsteil der Vernichtung anheimfel, der den Faschismus halfte. Doch gleich danach stellte er die Frage, wer wird „für uns“ arbeiten, „wenn wir die Juden totschießen, die Kriegsgefangenen umkommen lassen, die Großstadtbewölkerung zum erheblichen Teil dem Hungertod ausliefern, im kommenden Jahr auch einen Teil der Landbevölkerung durch Hunger verlieren werden?“

Zwar wurden auch Maßnahmen zur Verwendung der jüdischen Arbeitskraft getroffen, aber die Frage der „Endlösung“, das heißt der völligen physischen Vernichtung aller Juden, stand im Vordergrund. In einem Schreiben des Ostministeriums an den Reichskommissar für das Ostland vom 18. Dezember 1941 wird dazu Stellung genommen: „In der Judenfrage dürfe inzwischen

durch mündliche Besprechungen Klarheit geschaffen sein. Wirtschaftliche Belange sollen bei der Regelung des Problems grundsätzlich unberücksichtigt bleiben."

So „entstand eine vollkommen neue Industrie – Hauptzentren Auschwitz, Treblinka, Sobibor – und hier funktionierte das komplizierte Räderwerk mit einer Präzision, wie man sie von der deutschen Organisationsfähigkeit nicht anders erwarten konnte“, schrieb Poliakov und Wulf in ihrem Buch „Das Dritte Reich und die Juden“. Die SS gab zwar große Summen für die Einrichtung dieser Todesfabriken aus – so kostete ein Vergasungsraum in Auschwitz allein 2,4 Millionen RM – aber der Gewinn brachte das Mehrfache wieder ein.

Dem Aufbau der Vernichtungslager lagen exakte Berechnungen über die „Kapazität“ zugrunde. Die „Leistungsfähigkeit“ der größten Vernichtungszentren betrug:

Auschwitz	-	25 000-30 000 pro Tag,
Belzec	-	15 000 pro Tag,
Maidanek	-	nicht bekannt. Gesamtzahl der Toten beträgt in Maidanek 1 380 000.

Sobibor	-	20 000 pro Tag,
Treblinka	-	25 000 pro Tag,

In immer neuen Transporten wurden in den Jahren 1942-1944 Millionen Menschen vor allem Juden, in die Vernichtungslager transportiert und meist am Ankunftsstage noch vergast. Nur ein kleiner Teil – höchstens 20 Prozent – wurde ausgesucht, bei denen der Tod aber auch nur aufgeschoben wurde. Es war zum Beispiel im Lager Auschwitz üblich, mindestens jedes halbe Jahr „Ausmusterungen“ durchzuführen und die Schwachen und Kranken ebenfalls zur Vergasung zu bringen.

Zum Umfang der Massenvernichtung einige Zahlen: Von 100 000 aus „rassischen“ Gründen aus Frankreich deportierten Personen sind nur 1,5 Prozent zurückgekehrt. Von den 1933 in Deutschland befindlichen 530 000 Juden waren 1950 nur 30 000 übriggeblieben. In sechs Jahren wurde über ein Drittel aller

Juden vernichtet. In Europa lebten 1939 noch 9,5 Millionen Juden. 1945 waren es nur noch 3,5 Millionen. Es kamen ums Leben:

- 90 Prozent der litauischen Juden,
- 89,5 Prozent der lettischen Juden,
- 85 Prozent der polnischen Juden,
- 82,5 Prozent der tschechischen Juden,
- 81 Prozent der deutschen Juden,
- 80 Prozent der griechischen Juden,
- 73,3 Prozent der jugoslawischen Juden,
- 66 Prozent der österreichischen Juden,
- 60 Prozent der holländischen Juden.

Es wurden ermordet:

- Auschwitz - 4 000 000,
- Belzec - 600 000,
- Maidanek - 1 380 000,
- Sobibor - 250 000,
- Treblinka - 3 000 000.

Nüchtern sind die Zahlen der Hingemordeten, sind die Stra-
tistiken des Grauens. Wer aber kann das Leid und die Qualen
der Millionen Toten ermessen? Jeder einzelne war ein Mensch
wie du und ich, bevor er in die Hände der Ausrottungsspezialisten
einer verbrecherischen Gesellschaftsordnung fiel, die den Profik
über alles stellte.

Aus dem Tagebuch eines „Herrenmenschen“

Ein blutiges Zeugnis für den Vernichtungswahn und Sadiasmus
ist das erhaltene gebliebene Tagebuch des SS-Arztes Paul Kremer,
der mit pedantischer Gründlichkeit jede Vergasung (genannt
„Sonderaktion“) aufzeichnete, an der er teilnahm. Das Tagebuch
schildert das Leben eines faschistischen „Herrenmenschen“, das
sich zwischen Massenmord und Schnaps, Erschießungen und bul-

garischem Rotwein, Prügelstrafe und Entenleber, Menschenversuchen und Brehuhn mit Kartoffeln und Rotkraut bewegte. SS-Obersturmführer Kremer trug ein:

„31. August 1942: Verpflegung im Führerheim ausgezeichnet. Heute abend gabs z. B. saure Entenleber für 0,40 RM, dazu gefüllte Tomaten, Tomatensalat usw. Wasser ist veresucht, dafür trinkt man Selterswasser, das unentgeltlich verabfolgt wird.

2. September 1942: Zum ersten Male draußen um 3 Uhr früh bei einer Sonderaktion zugegen. Im Vergleich hierzu erscheint mir das Dante'sche Inferno fast wie eine Komödie. Umsonst wird Auschwitz nicht das Lager der Verurteilung genannt!

5. September 1942: Heute mittag bei einer Sonderaktion aus dem F. K. L. (Muselmänner): das Schrecklichste der Schrecken. Hauptstarführer Thilo, Truppenarzt, hat recht, wenn er mir heute sagte, wir befänden uns hier am anus mundi. Abend gegen 8 Uhr wieder bei einer Sonderaktion aus Holland. Wegen der dabei abfallenden Sonderverpflegung, bestehend aus einem Fünftel Liter Schnaps, 5 Zigaretten, 100 g Wurst, und Brot, drängen sich die Männer zu solchen Aktionen.

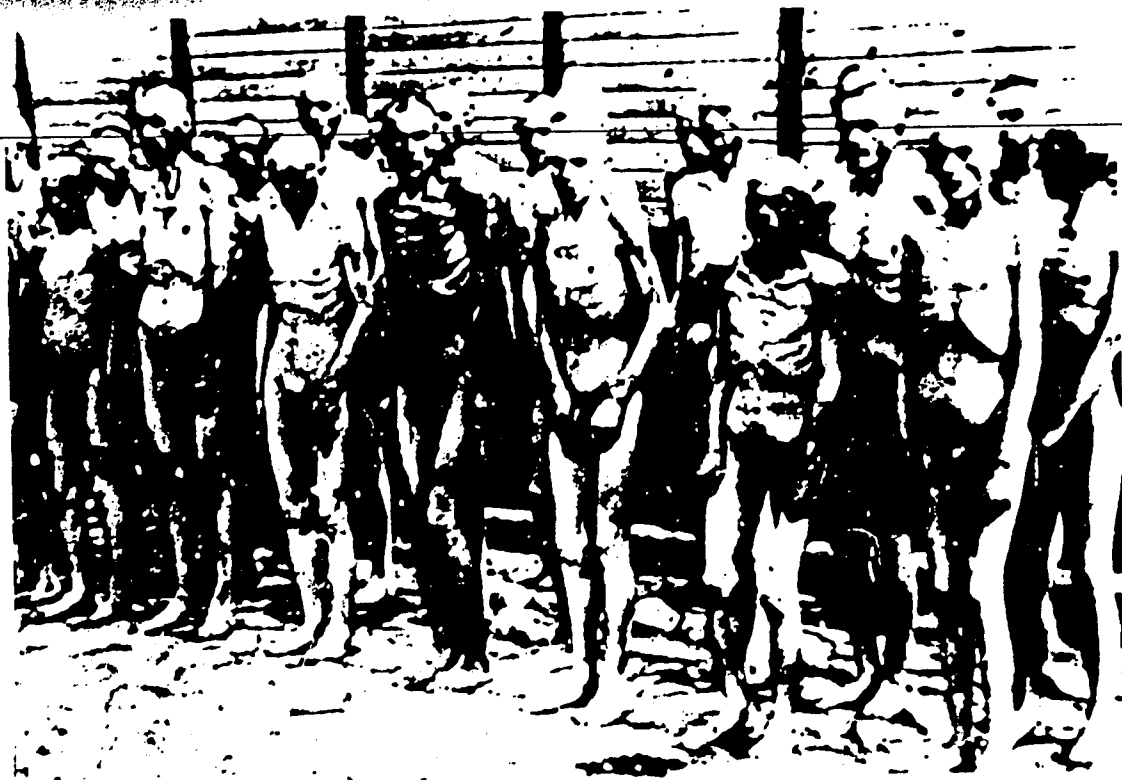
6. September 1942: Heute Sonntag ausgezeichnetes Mittagessen: Tomatensuppe, ½ Huhn mit Kartoffeln und Rotkohl, Süßpeise und herrliches Vanilleeis . . . Abend um 8 Uhr wieder zur Sonderaktion draußen.

9. September 1942: Heute früh erhalte ich von meinem Rechtsanwalt in Münster . . . die höchst erfreu-

- liche Mitteilung, daß ich am 1. d. M. von meiner Frau geschieden bin. Später als Arzt bei einer Ausföhrung der Prögelstrafe an 8 Häftlingen und bei einer Erschießung durch Kleinkaliber zugegen . . . Abends bei einer Sonderaktion zugegen (4. Mal.)
10. September 1942: Morgens bei einer Sonderaktion zugegen (5. Mal)
23. September 1942: Heute nacht bei der 6. und 7. Sonderaktion. Morgens ist Obergruppenföhrer Pohl eingetroffen. Abends um 20 Uhr Abendessen. Es gab gebackenen Hecht, soviel jeder wünschte, echten Bohnenkaffee, ausgezeichnetes Bier und belegte Brötdchen.
- 30. September 1942: Heute nacht bei der 8. Sonderaktion zugegen.
3. Oktober 1942: Heute lebendfrisches Material von menschlicher Leber und Milz . . . fixiert.
7. Oktober 1942: Bei der 9. Sonderaktion (Auswärtige und Muselweiber) zugegen.
10. Oktober 1942: Lebendfrisches Material von Leber, Milz und Pankreas entnommen und fixiert.
12. Oktober 1942: 2. Schutzimpfung gegen Typhus . . . Trotzdem in der Nacht noch bei einer Sonderaktion aus Holland (1600 Personen) zugegen. Schauerliche Szenen vor dem letzten Bunker (Hössler). Das war die 10. Sonderaktion.
13. Oktober 1942: Bei einem Strafvollzug zugegen und danach bei der Exekution von 7 polnischen Zivilisten.
17. Oktober 1942: Bei einem Strafvollzug und 11 Exekutionen zugegen. Lebendfrisches Material . . . nach Polioarpininjektion entnommen.

DECLASSIFIED

Authority *NWD 36822*
 By *SW* NARA Date *2/8/05*



KZ Mauthausen. Zeugen faschistischer Barbarei

DECLASSIFIED

Authority *NND 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

KZ Maukhäusen. Tod im Stacheldraht



DECLASSIFIED

Authority *NND 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

18. Oktober 1942: Bei naßkaltem Wetter heute Sonntagmorgen bei der 11. Sonderaktion (Holländer) zugegen. Gräßliche Szenen bei drei Frauen, die ums nackte Leben fechten.
24. Oktober 1942: 6 Frauen von der Budaer Revolte abgemipft (Klehr).
8. November 1942: Heute nacht bei 2 Sonderaktionen teilgenommen bei regnerischem trübem Herbstwetter (12. und 13.) . . . Nachmittags noch eine Sonderaktion, also die 14., die ich bisher mitgemacht habe. Abends gemüthliches Beisammensein im Führerheim, von dem nunmehrigen Hstuf. Wirths eingeladen. Es gab bulgarischen Rotwein und kroatischen Zweitschenschnaps.
13. November 1942: Lebendfrisches Material . . . von einem vorher photographierten stark atrophischen jüdischen Häftling von 18 Jahren entnommen.
15. November 1942: Vormittags bei einem Strafvolzug zu-
- gegen."
- Während der einfache Landeier, der Frontsoldat, für die Interessen des Großkapitals als Kanonenhüter diente, während Millionen deutscher Soldaten für eine verbrecherische Gesellschaftsordnung von Granaten zerfetzt wurden, schlammten und praxsten diese Nutznießer des Nazistates und ihre Handlanger im sicheren Hinterland; sie lebten in Saue und Braus, als das deutsche Volk hungerte und darbt. Für Schnaps, fünf Zigaretten und ein Stück Brot drängten sich die SS-Beisten zur Massenvernichtung. Bezeichnend und typisch ist die weitere Entwicklung dieses Tagebuchdrehers. Kremer, der mit podanischer Gründlichkeit jede "Sonderaktion" festhielt, wurde 1947 zum Tode verurteilt, später zu lebenslänglicher Haft begnadigt. Er lebt heute frei im Bonner Staat.

Eine Firma mit bewährter Praxis

Das Patentamt der Bundesrepublik gab am 5. Januar 1953 das Patent Nr. 861 731, Klasse 24 d, Gruppe 1 aus, erteilt auf die Firma J. A. Topf & Söhne, Wiesbaden. Etwas Alltägliches? Nein, ein Stück bundesdeutscher Wirklichkeit besonderer Art.

Der gleiche Firmenname - J. A. Topf & Söhne -, der heute auf der oben genannten Patentschrift erscheint, zierte auch die Öfen der Krematorien in den faschistischen Vernichtungslagern. Topf & Söhne, heute Wiesbaden, damals Erfurt - einer der Söhne setzte sich 1945 nach dem Westen ab -, bauten die Krematorien in den Konzentrationslagern, halfen beim Bau der Todesfabriken, lieferten die technische Ausrüstung dazu - und verdienten dabei. Sie können nicht sagen, daß sie nicht wußten, wofür die Öfen waren. So gigantische Anlagen konnten nur bei "Massenmord voll ausgelastet werden. Dennoch reichten die Verbrennungsöfen nicht zu. Auch das wußten die Topf & Söhne. Sie bauten die Öfen auf "Massenbetrieb" um und meldeten deshalb am 26. Oktober 1942 bereits ein Patent eines "kontinuierlich arbeitenden Leichenverbrennungs-Ofens für Massenbetrieb" an. Sie teilten sich die Profite; an den Lebenden verdienten IG Farben, Krupp und Siemens, an den Toten verdienten Topf & Söhne. Das war damals. Und heute? Heute meldet die gleiche Firma wieder ein Patent an über "Verfahren und Vorrichtung zur Verbrennung von Leichen, Kadavern und Teilen davon". Die Erfahrungen der Vergangenheit von Auschwitz werden im Bonner Staat wieder zu Geld gemacht. Wollen Topf & Söhne wieder Verbrennungsöfen für die Massenvernichtung bauen?

Industrielle Leichenflederei

Aktion Reinhard: Unter dieser Bezeichnung wurde eine unter dem SS-Gruppenführer Globocnik stehende Organisation aufgebaut, die sich mit der Erfassung der bei der

Massenvernichtung anfallenden Werte und der Ausnutzung von Arbeitskräften beschäftigt. Der Umfang der bei der „Umsiedlung“ der jüdischen Bevölkerung gewonnenen finanziellen Mittel geht aus dem „Vorläufigen Abschlußbericht der Kasse, Aktion Reinhard“ Lublin per 15. 12. 1943“ hervor: In der Zeit vom 1. April 1942 bis 15. Dezember 1943 wurde dem Deutschen Reich ein Wert von 178 745 960,59 RM in Form von Reichsmark- und Zloty-Noten und Hartgeld, sonstigen Devisen, Juwelen, Schmuck und Spinnstoffen zugeführt. Dazu kamen noch 11 889 822,54 RM an Ausgaben dieser Organisation, die in der genannten Summe schon nicht mehr enthalten waren. Außerdem fielen noch Gegenstände im Gesamtwert von 180 000 000,- RM an. Auch diese Zahl ist nur als Mindestwert zu rechnen, wobei nach SS-Angaben der Wert doppelt so hoch war und der Mangel an diesen Gegenständen im Reich außerdem noch ins Gewicht fiel. Vom bei der „Aktion Reinhard“ geraubten Bargeld wurden sofort 8 218 878,35 RM an „Darlehen für SS-Wirtschaftsbetriebe“ abgezweigt, wie aus der Aufstellung hervorgeht. Für die Verdienste, die die SS-Leute sich bei dieser Aktion errungen hatten, gab es Orden und ein Sonderlob Himmlers.

Goldsucher: Durch einen Befehl des Reichsführers-SS vom 23. September 1940 wurden allen Leichen die Goldzähne entfernt und der SS-Wirtschaftszentrale übergeben. Im Vernichtungslager Auschwitz gab es ein eigenes Kommando von Häftlingen – meist ehemalige Zahntechniker – die nur für die Gewinnung von Zahngold eingesetzt wurden. Die Zähne wurden gesäubert, zu Barren von je einem halben Kilo geschmolzen und abgeliefert. Die Ausbeute in Auschwitz betrug bis Herbst 1944 2000 kg geschmolzenes Gold. Aus dem Schriftwechsel zwischen der Lagerkommandantur Buchenwald und dem SS-WVHA geht hervor, daß Buchenwald monatlich bis zu 500 g Gold im Jahre 1944 an die Zentrale abgeliefert hat. Die „Badischen Neuesten Nachrichten“ vom 25. Februar 1947 berichteten, daß von Dachau für monatlich 30 000 Goldmark Goldzähne an die Reichsbank

geliefert wurden. Das Gewicht des von Auschwitz nach Berlin gelieferten Zahngoldes wird auf 6000 kg geschätzt.

Seife aus Leichen: Aus den bei der Verbrennung der Leichen anfallenden Menschenfetten wurden Versuche zur Gewinnung von Seife unternommen, die erfolgreich verliefen. Diese Versuche kamen im Anatomischen Institut, Danzig, zustande, wo auch im Sommer 1943 ein eigens für die Seifenherstellung aus Leichenfetten bestimmtes Gebäude errichtet wurde.

Menschenhaar: Aus den abgeschnittenen Haaren wurden Industriefilze, Haargarnfüßlinge für U-Boot-Besatzungen und Haarfilzstrümpfe angefertigt. Nach Zeugenaussagen sind allein von Auschwitz 60 000 kg Haare nach Deutschland geliefert worden; 700 kg Frauenhaare fand die Rote Armee bei der Befreiung des Lagers noch vor. Ein Schreiben der SS-Wirtschaftszentrale vom 4. Januar 1943 an die Lagerkommandanten gibt an, daß die Errichtung eines Betriebes für die Verarbeitung der abgeschnittenen Haare in einem der Konzentrationslager geplant, aber aus technischen Gründen noch nicht durchführbar war. Das gesamte Haar wurde deshalb an die Firma Alex Zink, Filzfabrik AG, Roth bei Nürnberg, zum Preise von RM -,50 je kg verkauft. Die Kapitalisten ließen sich keinen Gewinn entgehen, auch wenn es sich um die Haare vergaster Menschen handelte. Für die Firma Zink war das Schnitthaar ein billiger Rohstoff, den sie sich durch Verträge mit der SS sicherte.

Skellette, Schrumpfköpfe, Düngemittel...: Aus den Leichen der Häftlinge wurden pathologische Präparate angefertigt und Skellette, Schrumpfköpfe, Schädelansammlungen hergestellt. Aus einem Schreiben des „Ahnenerbe“, Institut für wehrwissenschaftliche Zweckforschung, vom 21. Juni 1942 geht hervor, daß Häftlinge nur deshalb getötet wurden, um ihre Skellette zum Aufbau einer Sammlung zu gewinnen. In Buchenwald wurden besonders tätowierte Häftlinge ermordet und aus ihrer Haut Laupenschrime, Etris für Taschmesser usw. hergestellt. Nach einem von Berlin geschickten Rezept wurden Schrumpfköpfe nach der Methode der

Südsee-Kopfläger hergestellt, die entweder nach Berlin gingen oder als Schreibstischschmuck Verwendung fanden. In Dachau wurde menschliche Haut geegerbt und daraus Sättel, Reihosen, Handschuhe, Hausschuhe und Damenhandtaschen produziert. Die Körper der Häftlinge wurden eigens dazu ausgewählt und je nach Bedarf "angeliefert". Selbst das Fleisch der Leichen diente noch als Nährboden für Versuche. Im Anatomischen Institut in Danzig wurden sogar Versuche zur industriellen Verwertung der menschlichen Haut unternommen. Die bei der Verbrennung anfallende Asche kam zum Wegebau und wurde als Düngemittel, die Knochenreste wurden als Fischfutter benutzt. Unverbrannte Knochen wurden zermahlen und an die "Strem-Gesellschaft" zur Herstellung von Superphosphat verkauft. Auch hier zeigt sich wieder die Zusammenarbeit zwischen SS und Industrie - und beide zogen Profite aus der Massenvernichtung.

Spenden für das „Winterhilfswerk“: Die anfallenden Gegenstände und vor allem die anfallende Bekleidung waren derart zahlreich, daß eigene Gebäude für die Unterbringung gebaut werden mußten, weil die SS mit dem Abtransport in das Reich nicht mehr nachkam. Als Beispiel sei nur eine Aufstellung vom 6. Februar 1943 genannt, die die bis zu diesem Zeitpunkt abgefahrene Menge an Textil-Albmaterial erfaßt: Nach dieser Aufstellung sind insgesamt 825 Waggons Textilien in das Reich geliefert worden. Absender waren Auschwitz und Lublin. Die Abnehmer waren die Konzentrationslager, das Reichswirtschaftsministerium (mit allein 570 Waggons), die Volkdeutsche Mittelstelle, die Reichsjugendführung (Landdienst), das Unternehmen „Heinrich“, die Organisation Todt, der Generalinspekteur des Führers für das Kraftfahrwesen und die IG-Farben-Industrie. Es war so, daß ein großer Teil der beim „Winterhilfswerk“ anfallenden Kleidungsstücke von den bei der „Endlösung“ ermordeten Juden stammte. So beschwerte sich zum Beispiel ein Gaubeauftragter für das WHW am 19. Januar 1943, daß die gelieferten Anzüge beschmutzt wären und Blutflecke hätten.

Himmler versuchte auch rüstungsmäßig bei dieser Aktion etwas für die SS herauszuholen. Für die Ablieferung der Textilien von in den Konzentrationslagern Ermordeten sollte das Reichswirtschaftsministerium ein höheres Kontingent für SS-Uniformstoffe zur Verfügung stellen. Das geht aus einer Aussage Pohls vom 15. Juli 1946 hervor. Zwischen der SS und der Reichsbank war die Vereinbarung getroffen worden, daß die aus den Vernichtungslagern anfallenden Werte (Schmuck, Gold, Devisen) bei der Reichsbank verwahrt wurden. Die Golddiskontobank errichtete dafür auf Anweisung des Wirtschaftsministers einen laufenden Fonds für die SS - der 10 - 12 Millionen Mark betrug - zur Finanzierung der SS-Betriebe.

Eine Mörderbilanz:

„Täglicher Verleihlohn durchschnittlich RM 6,—
abzüglich Bekl. Amort. RM -,10
abzüglich Ernährung RM -,60 RM -,70
durchschnittl Lebensdauer 9 M. = $270 \times RM 5,30 = RM 1431,-$

Erlös aus rationaler Verwertung der Leiche:

1. Zahngold	3. Wertsachen	RM 200,-
2. Kleidung	4. Geld	RM 1631,-
abzüglich Verbrennungskosten RM 2,-		
durchschnittlicher Nettogewinn		RM 200,-
Gesamtgewinn nach 9 Monaten		RM 1631,-
zuzüglich Erlös aus Knochen und Aechtenverwertung“		

Das ist eine Rentabilitätsabrechnung der SS. Sie zeigt die ganze Brutalität des Faschismus. Der Häftling wurde bis zur physischen Vernichtung ausgebeutet, er wurde ausgeplündert, und selbst aus der Verwertung seiner Leiche wurde noch Gewinn gezogen. Damit ist auch bewiesen, daß die SS als Handlanger und Machtorgan des deutschen Imperialismus nicht nur

in politischer Hinsicht an einer Massenverrichtung von bestimmten Bevölkerungsgruppen interessiert war, sondern daß vor allem auch ökonomische Gesichtspunkte eine Rolle spielten.

Falschmünzer am Werk

Im Sommer 1942 wurde in Sachsenhausen unter dem Decknamen „Unternehmen Bernhard“ eine gigantische Fälscherzentrale der SS aufgezogen. In den Blöcken 18 und 19 wurde, vom übrigen Lager hermetisch abgeschlossen, eine moderne Druckerei eingerichtet, in der bis zu 130 Häftlinge, ehemals überwiegend im graphischen Gewerbe tätig, arbeiteten. Das „Unternehmen Bernhard“ wurde von der Abteilung VI F 4 des Reichsicherheits-Hauptamtes unter SS-Obersturmbannführer Fritz Doerner geleitet. Als Betriebsleiter in Sachsenhausen war ein ehemaliger Druckereibesitzer aus Berlin, August Petrich, Träger des Goldenen Naziparteiabzeichens, eingesetzt. Hauptsächlich wurden in dieser Fälscherzentrale der SS falsche Pfundnoten hergestellt. Nach ersten Versuchsdrucken wurde im Frühjahr 1943 mit der Falschgeldproduktion im großen Stil begonnen. Die Gesamtproduktion wird auf einen Gegenwert von 2½ bis 3 Milliarden RM geschätzt. Verwendet werden sollte dieses Falschgeld vor allem zur Untergrabung der englischen Währung und zur Finanzierung von Spionageunternehmen. Das geht unter anderem aus der Tatsache hervor, daß die Geldscheine in Sortimenten zwischen 6000 und 10 000 Stück an die Handelsattachés der deutschen Botschaften in Rom, Ankara, Lausanne, Bern, Madrid und Lissabon gesandt wurden. Versuche zur Herstellung von falschen Dollarnoten gelangen nicht. Außer der Falschgeldproduktion wurden noch andere „Aufträge“ ausgeführt. Unter anderem wurden englische Briefmarken mit dem Aufdruck „This war is a Jewish war“ versehen. Auch Pässe wurden gefälscht. Später wurde das „Unternehmen“ nach Mauhausen verlagert. Ein Teil der Falschgeld- und

DECLASSIFIED

Authority *NWD 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

Papierwörter wurde vor dem Eintreffen der Alliierten verbrannt, ein Teil wurde in Kisten verpackt und von der SS abtransportiert. Im vergangenen Jahr wurden in Österreich diese Materialien aus dem Toplitzsee gefischt. Es handelte sich dabei um Aufzeichnungen über die Herstellung von Falchgeld, Listen von den an der Herstellung des Geldes beteiligten Personen und Überreste falscher Pfundnoten.

Der Einsatz lohnte

Der Faschismus schaffte immer größere Profitmöglichkeiten für die Monopole. Hatte er erst die Arbeiterparteien und -organisationen blutig unterdrückt, aus dem Kapitalisten einen „Betriebsführer“, aus den Arbeitern eine „Gefolgschaft“ und aus beiden eine „Volksgemeinschaft“ gemacht, so schuf er mit der Aufrüstung, dem Kriege und dem Einfall in andere Länder immer neue Möglichkeiten zur Ausbeutung und Ausplünderung sowohl des eigenen Volkes als auch der anderen Völker. Die Monopole hatten ihr Geld gut angelegt. Die finanziellen Unterstützungen, mit denen sie Hitler an die Macht geschoben hatten, kamen tausendfach wieder herein. Erinnern wir uns.

Zwischen dem englischen O.-Milliardär Deterding, einem begeisterten Nazianhänger, und der NSDAP wurde ein regelrechter Vertrag über eine geheime Finanzierung der SA abgeschlossen. Die NSDAP verpflichtete sich, als Gegenleistung Deterdings Unteressen nach der Machtübernahme zu bevorzugen. Der Ruhrindustrielle Kirdorf ließ jahrelang große Summen in die Nazikassen fließen. Das waren keine Einzelfälle. Bereits im November 1932 hatten sich die größten Monopolen und Trustgewaltigen der deutschen Industrie an den Reichspräsidenten Hindenburg mit der Forderung gewandt, Hitler als Reichskanzler einzusetzen. Sie forderten die Aufhebung des Parlaments und eine faschistische Diktatur, um – wie es in diesem Schreiben hieß – „durch Über-

windung des Klassengegensatzes die unerläßliche Grundlage für einen Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft" zu schaffen. Das Schreiben hatten unter anderen Krupp, Cuno, Schacht, Schröder, Vögler, Thyssen, Reusch, Haniel, Siemens, Bosc und Rosterg unterzeichnet. Und Hitler wurde Reichskanzler. Er erfüllte die Wünsche des deutschen Imperialismus.

Nach Hitlers Machtergreifung nahm die finanzielle Unterstützung der Faschisten durch die Monopole einen organisierten Charakter an. Die Nazis hatten sich bereits in den ersten Wochen als wahre Interessenvertreter der Monopole und als Arbeitermörder gezeigt. Massenterror, Verhaftungen, Konzentrationslager, Reichstagsbrand, Blut und nochmals Blut, das war die imperialistische Saat, mit der die Monopole ihre Herrschaft weiter ausbauen, andere Völker ausplündern und Profite ernten wollten. Hitler hatte sich als Kettenhund des Kapitals bewährt. Die Krupp, Thyssen, Vögler und Siemens dankten ihm dafür. Reichswirtschaftsminister Schmitt sprach den Dank der Industrie offen aus, als er am 13. Juni 1933 erklärte: "Haben Sie den Mut und haben Sie das Vertrauen, daß die deutsche Wirtschaft, die doch eine so stolze Geschichte hat, in ihrem Reichskanzler und in ihrem Führer einen Repräsentanten und einen Schutz hat, der von allen bewundert werden muß."

Muß es noch deutlicher sein? Angesichts der furchtbaren Gemetzeln gegen die besten Vertreter der deutschen Arbeiterklasse, gegen Kommunisten und Sozialdemokraten, gegen fortschrittliche Intellektuelle und jüdische Menschen erklärten die Industriellen Hitler als "bewundernswert", als ihren "Repräsentanten" und ihren "Schutz". Ein Kommentar ist hier wohl überflüssig!

Der Dank kam nicht nur in Worten. In einem Schreiben vom 25. März 1933 bot der Reichsverband der Deutschen Industrie Hitler seine weitere Unterstützung an, um, wie es in diesem Brief hieß, "der Reichsregierung bei ihrem schweren Werk zu helfen". Mit Befriedigung stellen die Vertreter der Monopole fest, daß durch die Hitlerdiktatur die "Störungen beseitigt sind, die sich aus

den ständigen politischen Schwankungen der Vergangenheit er-
geben und die wirtschaftliche Initiative stark gelähmt haben". Der
Kanonenkönig Krupp wurde Vorsitzender eines im Mai 1933
begründeten Kuratoriums "Adolf-Hitler-Spende der deutschen
Wirtschaft". Krupp war begeistert dabei, um, wie er in einem
Schreiben vom 29. Mai 1933 an den Reichsbankpräsidenten
Schacht schrieb, "an diesem Werk, das einen Dank für den Führer
der Nation darstellen soll, mit ganzer Kraft mitzuwirken". Über
den Reichsverband der Deutschen Industrie und die Vereinigung
der Deutschen Arbeitgeberverbände kam diese Aktion ins Rollen,
die sich bis 1945 hinzog und die Nazikassen ständig mit dem
Geld auffüllte, daß die Schloßbarone und Krautjunker aus den
Werkstätten herauspreßten. In einem von Krupp und Koettgen
unterzeichneten Rundschreiben wurde dazu aufgefordert, "schnell
und großzügig zu handeln". Als Zweck der Spende wurde die
Unterstützung der SA, SS und der anderen faschistischen Elite-
organisationen angegeben. Millionen Reichsmark flossen so jähr-
lich in die Taschen der Nazis. Die Monopole bezahlten ihre
Henker gut. Wie hoch diese Summen waren, geht daraus hervor,
daß allein das Ruhrrevier in einem Jahr drei Millionen RM an
die Nazis abführte.

Arbeitsklaven für die Monopole oder Geschenke erhalten die Freundschaft

Wie auf einem Sklavenmarkt konnten sich die Betriebe Häft-
linge selbst aussuchen, um sie als Arbeitsklaven in ihren Unter-
nehmen auszunutzen. In einem Bericht über das Frauenkonzen-
trationslager Ravensbrück wird darüber berichtet: "Auch an
auswärtige Firmen wurden die Häftlinge von der Lagerleitung
gegen entsprechendes Entgelt ausgelorgt. Jede Frau aus Ravens-
brück kennt die Szene: Die Frauen auf der Lagerstraße angetro-
ten, der Arbeitseinsatzführer und irgendein Zivilist - eine sonst

nie gesehene Gestalt im Lager -, der Vertreter der Firma, die einkauft. Und dann ging die Viehschau los. Am meisten geachtet waren die jungen, kräftigen Russinnen . . . Nach wenigen Monaten kamen diese jungen blühenden Russenmüdel zur Unmenschlichkeit verändert zurück, um im Lager zu sterben. Sie wurden durch neue ersetzt." Diese Tatsachen werden auch vom Massenmörder Höß aus Auschwitz bestätigt, der aussagte, daß monatlich ein Fünftel der bis zur restlosen physischen Vernichtung ausgebeuteten Häftlinge "zur Vernichtung von den Betrieben an die Lager zurückgeschickt wurde". Höß bestätigte weiter, daß "fortlaufend neue Häftlinge als Nachschub an die betreffenden Betriebe gesandt" wurden. Der unersättliche Rachen der faschistischen Rüstungsmaschine verschlang Tausende von jungen und gesunden Menschen, um sie als Wracks zur Vergasung an die Lager zurückzugeben. Und die SS sorgte für ständig neue Lieferungen, denn die Monopole verlangten immer mehr Sklaven.

Meist wurden jedoch die Häftlinge direkt an die Betriebe geliefert, die eigene Lager an die Betriebe angeschlossen oder den Rüstungsbetrieb direkt neben das Lager bauten und sich damit ein eigenes Konzentrationslager schufen. Die IG Farben haben sich hierbei mit Bund-Monowitz besonders hervorgetan. Sie hatten es verstanden, die Priorität über die Zuweisung von Häftlingsarbeitskräften von der SS zu erhalten. Wie der ehemalige Hauptabteilungsleiter in der SS-Wirtschaftszentrale Karl Sommer im Prozeß gegen den für den Arbeitseinsatz der Häftlinge verantwortlichen SS-Führer Maurer aussagte, hatte er von Maurer die Anweisung erhalten, erst dann andere Betriebe mit Häftlingen zu "versorgen", wenn der Bedarf der IG Farben gedeckt sei. Das war durchaus kein Zufall. Die IG Farben hatten vorgesorgt und gut "geschmiert". Sie gehörten zu den größten Finanziers Hitlers. Unter anderem "spendeten" sie

1933	3 584 070,-	RM
1934	4 020 205,-	RM
1935	4 515 039,-	RM

1936	4 960 636,-	RM
1937	5 467 626,-	RM
1938	8 156 315,-	RM
1939	7 539 857,-	RM
1940	7 471 620,-	RM
1941	8 057 982,-	RM
1942	13 436 201,-	RM
1943	8 588 650,-	RM
1944	8 402 152,-	RM.

Offen erklärten sie ihre Begeisterung über die Annexionen und über die Unterdrückung anderer Völker durch den Hitlerfaschismus. Ihr Dank war wieder in klingende Münze gekleidet. 10 000 RM spendeten die IG Farben am 22. September 1938 „für das Sudetendeutsche Hilfswerk sowie für Zwecke des Sudetendeutschen Freikorps“, der „fünften Kolonne“ des Faschismus. Eine halbe Million Reichsmark spendeten sie Hitler am 1. Oktober 1938 „unter dem Eindruck der von Ihnen, mein Führer, erreichten Heimkehr Sudetendeutschlands ins Reich“, wie es im Begleitschreiben hieß. Fünf Tage vor Ausbruch des Krieges gaben die IG Farben noch einmal 50 000 RM „im Interesse der Wehrhaftmachung des Nationalsozialistischen Fliegerkorps“. Die heutigen Bestechungs- und Korruptionskandale, wie sie im Bonner Kriegesamt an der Tagesordnung sind, haben ihre Vorbilder und sind eine direkte Fortsetzung der damaligen „Geschenke“. So, wie Adenauer Mercedes-Leihwagen fährt, so hing sich Göring die Gemälde auf, die er von den IG Farben zu seinem Geburtstag „Geschenke“ erhielt. Die Moral des faschistischen „Herrenmenschen“ Göring nahm keinen Anstoß daran, beispielsweise 1939 ein Gemälde im Werte von 38 000 RM, 1940 eine Plastik im Werte von 60 000 RM, 1942 ein Gemälde im Werte von 72 000 RM und 1943 eine Plastik im Werte von 75 000 RM als „Geburtstagesgeschenk“ von den IG Farben anzunehmen. Mit den steigenden Profiten stiegen auch die Werte der Geschenke.

Die IG Farben beschäftigten in ihren Werken Tausende von

KZ-Häftlingen. Nicht zuletzt durch den Einsatz derartig billiger Arbeitskräfte gelang es diesem Monopolbetrieb, riesige Gewinne einzustecken. Dr. Otto Ambros, einer der Direktoren, schrieb am 12. April 1941 in einem Brief an die IG-Farben-Zentrale, Frankfurt a. M.: "Anlässlich eines Abendessens, das uns die Leitung des Konzentrationslagers (Auschwitz - H. K.) gab, haben wir weiterhin alle Maßnahmen festgelegt, welche die Einschaltung des wirklich hervorragenden Betriebs des KZ-Lagers zugunsten der Buna-Werke betreffen."

Diese Worte sind bezeichnend und sprechen für sich: Für die Monopole, für die Rüstungshyänen und Kriegsgewinnler waren die Konzentrationslager "ein wirklich hervorragender Betrieb", eine unerschöpfliche Profitquelle. Die Gewinnentwicklung der IG Farben legt dafür ein beredtes Zeugnis ab:

1932 - 48 Millionen RM Gewinn,
1937 - 231 Millionen RM Gewinn,
1939 - 363 Millionen RM Gewinn,
1943 - 822 Millionen RM Gewinn.

Die Profitsucht der IG Farben schreckte auch davor nicht zurück, Häftlinge von der SS zu mieten und zu einem höheren Satz an andere Betriebe weiterzuverleihen. So wurden nach einer Aussage des Oberingenieurs Dr. Max Faust von der Bauabteilung in Buna-Morowitz für 4,- RM täglich Häftlinge von der SS gemietet und für -,80 RM pro Stunde bei 12stündiger Arbeitszeit an andere Betriebe weiterverleihen. Allein vom Monat Januar bis November 1943 (ohne Juni/Juli) zahlten die IG Farben, Buna-Werk, an Auschwitz 2 842 985,- RM für gemietete Häftlinge an die SS. Aber wieviel haben sie daran verdient?

Der IG-Farben-Konzern war zwar besonders aktiv bei der Ausbeutung der Häftlinge, er ist aber keine Einzelercheinung. Die größten deutschen Rüstungsbetriebe waren daran ebenso beteiligt wie kleinere Unternehmungen. Neben den IG Farben war es vor allem der Krupp-Konzern, der Tausende von Fremdarbeitern und KZ-Häftlingen ausplünderte. Auch bei Krupp hatte sich

die Kapitalsanlage, die er in Form von "Spenden" und "Unterstützungen" an die Nazis zahlte, gelohnt. Bis Dezember 1933 hatte Kanonenkönig Krupp bereits 1 355 207,- RM an den Hitlerfaschismus gezahlt. Diese Spenden wurden ständig fortgesetzt. Mit größeren Rüstungsaufträgen und fetteren Dividenden, mit der Zurverfügungstellung von Arbeitsklaven aus den Konzentrationslagern und mit der blutigen Niederhaltung der deutschen Arbeiterbewegung zahlte der Faschismus an seine Auftraggeber zurück. Aus einer Abrechnung der SS-Kommandantur Buchenwald über die im Monat September 1944 an den Krupp-Konzern vermieteten Häftlinge geht hervor, daß 12 326 Arbeitsklaven aus dem KZ Buchenwald allein an den Ruhrkönig verschadert wurden.

Zu den anderen Betrieben, die ebenfalls Häftlinge beschäftigten, gehörten unter anderem: Hermann-Göring-Konzern, Auerwerke AG, Rheinmetall-Borsig, Hugo Schneider AG (Hasag), Messerschmitt AG, Mauser-Werke, Dyckerhoff und Widmann AG, Siemens-Schuckert, BMW, Brabag, Volkswagen-Werke, Alpine-Montan-Union, Steyr-Daimler-Puck AG, Heinkelwerke, Alfa-Werke, Saurerwerke, Rax-Werke, Solvay-Konzern, Bayer-Lloyd, Zellwolle AG, Weser-Flugzeug-Bau, Mitteldeutsche Stahlwerke, Auto-Union, Ebro-Werke, Junkers-Werke usw. Insgesamt wurden etwa eine halbe Million KZ-Häftlinge an die Privatindustrie gleichzeitig vermietet. Die einzelnen Unternehmungen hatten bestimmte KZ, aus denen sie ihre Arbeitskräfte bezogen. In Nürnberg vor Gericht gestellt, versuchte das Mitglied des Krupp-Direktoriums Erich Müller das Streben des Krupp-Konzerns nach Maximalprofit als reine Menschlichkeit hinzustellen: "Hierbei konnte ich mir auch denken, daß es den Konzentrations-Lager-Häftlingen selbst lieber war, außerhalb des Konzentrationslagers verwendet zu werden und in ihrem Fach zu arbeiten . . . Ich habe in der Verwendung von Konzentrations-Lager-Häftlingen in den Betrieben keine Bedenken gesehen, weil es nach meiner Ansicht unerheblich war, ob sie im Lager oder im Betrieb arbeiteten."

SS im großen Geschäft

Die Gewinne, die die SS aus der Vermietung von Häftlingen zog, waren enorm. In der Regel betrug der Tagespreis für einen Facharbeiter 6,- RM und für einen Hilfsarbeiter 4,- RM. Allein das Konzentrationslager Dachau hatte eine durchschnittliche Monatsseinnahme von über zwei Millionen Mark. Von Buchenwald ist eine Aufstellung der von den Betrieben an die SS für die Vermietung von Häftlingen gezahlten Gelder erhalten geblieben. Sie besagt, daß allein Buchenwald für männliche Häftlinge im

Juni	1943	1 000 537,80 RM
Juli	1943	1 130 178,65 RM
August	1943	1 171 271,80 RM
September	1943	1 488 967,90 RM
Oktober	1943	2 192 244,20 RM
November	1943	2 695 493,35 RM
Dezember	1943	3 165 755,30 RM
Januar	1944	3 175 148,70 RM
Februar	1944	4 204 239,85 RM
März	1944	3 465 745,80 RM
April	1944	3 562 242,40 RM
Mai	1944	3 755 284,50 RM
Juni	1944	4 773 135,95 RM
Juli	1944	5 640 995,80 RM
August	1944	6 488 963,25 RM
September	1944	7 516 755,30 RM
Oktober	1944	8 354 995,10 RM
November	1944	4 876 629,- RM
Dezember	1944	4 810 094,05 RM
Januar	1945	6 066 963,66 RM
Februar	1945	5 342 286,95 RM

liche Rückgang im November 1944 ist darauf zurückzuführen, daß das unterirdische Lager Dora bei Nordhausen ein selbständiges Lager wurde. Vorher war es Außenkommando von Buchenwald.

Zu diesen Summen, die für männliche Häftlinge eingenummen wurden, kamen noch die Gelder für die weiblichen Häftlinge. Obwohl Budenwald kein Frauenkonzentrationslager war wie Ravensbrück, hatte es auch weibliche Häftlinge in den Außenkommandos, die zwischen 1-2,5 Millionen RM monatlich einbrachten. Aus einer Aussage des Mitarbeiters beim SS-WVHA Karl Sommer geht hervor, daß für die Vermietung von Häftlingen monatlich etwa 50 Millionen RM durch die SS eingenommen wurden.

Während auf den Schlachtfeldern des Krieges, an den Fronten und unter den Bombenteppichen im Reich Millionen Menschen zerfetzt wurden und eines qualvollen Todes starben, während in den Gaskammern und Folterhäusern des „Dritten Reiches“ die faschistische Vernichtungsmaschine rastete, stiegen die Profite immer höher. Aus dem Blut, dem Elend und Tod der europäischen Völker und des deutschen Volkes schöpften die Konzernherren, Bankfürsten und ihre Handlanger, die SS, unermessliche Reichtümer.

In dieser Periode wurde auch das Bestreben der SS deutlich, auf der Basis der Häftlingsarbeitskräfte einen eigenen SS-Wirtschaftskonzern aufzubauen. Damit sollte der SS eine neue ökonomische Basis gegeben werden, die sie unabhängig von der Staatskasse machte und die Aufrüstung der SS-Truppen der Kontrolle des Staates, der Wehrmacht und des Rüstungsministeriums entzog. Die Zentrale dieser Organisation war das SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamt.

Die SS eignete sich im Laufe der Zeit viele Betriebe an und errichtete in den Konzentrationslagern Werkstätten, die später zu Rüstungsbetrieben ausgebaut wurden. Unter möglichst harmlos klingenden Decknamen versteckten sich die SS-eigenen Betriebe. Zur Illustrierung seien einige dieser Betriebe genannt:

Gemeinnützige Wohnungsbau- und Heimstätten GmbH, Dachau; Haus- und Grundbesitz GmbH, Berlin; Verkaufsstelle Berliner Möbelwerkstätten, eGmbH; Deutsche Heilmittel GmbH, Prag;

Ostindustrie GmbH, Lublin; Deutsche Erd- und Steinwerke GmbH; Porzellan-Manufaktur Allach-München GmbH, Berlin; Bohemia Keramische Werke AG, Neurohau; Colleschauer-Portland-Zement AG, Colleschau O/S.; Ostdeutsche Baustoffwerke GmbH, Posen; Treuhandverwaltung Lemberg und Bialystok; Sudetenquell GmbH, Berlin; Freudenhaler Getränke GmbH, Freudenhal/Ostjudeten; Deutsche Lebensmittel GmbH, Berlin; Seldwaren- und Konservenfabrik Wolframs b. Iglau; Deutsche Ausrüstungswerke GmbH, Berlin; Deutsche Meisterwerkstätten GmbH, Prag; Forst- und Sägewerk Bachmann GmbH, Bachmanning; Deutsche Heimgestaltung GmbH, Berlin; Deutsche Versuchsanstalt für Ernährung und Verpflegung GmbH; Anton Leibl GmbH, Berlin; Gesellschaft für Textil- und Ledererzeugung GmbH, Ravensbrück; Nordlandverlag GmbH, Berlin; Völkischer Kunstverlag GmbH, Berlin; König-Heinrich-Gedächtnis-Stiftung usw. Viele dieser Betriebe sind nur Sammelbegriffe für zahlreiche, über Deutschland und die besetzten Gebiete verstreute Zweigwerke.

Über den Gesamtgewinn der SS-Betriebe ist wenig Material vorhanden. Einige Einzelbeispiele lassen aber den Umfang des Profits erkennen, den die SS aus der direkten wirtschaftlichen Ausbeutung der Häftlinge zog: Das Stammkapital der Deutschen Textil- und Bekleidungswerke war von 1 720 000 RM auf 3 000 000 RM erhöht worden. Für 1945 war eine weitere Erhöhung auf 5 000 000 RM vorgesehen. Der Umsatz desselben Werkes betrug

1940/41	575 000 RM
1941/42	800 000 RM
1942	1 214 000 RM
1943	8 214 000 RM
1944	15 500 000 RM
1945	35 000 000 RM (geplant).

Eine andere sehr wichtige Quelle ist ein Geschäftsbericht der Deutschen Ausrüstungswerke vom Jahre 1942. Wenn auch 1942

noch lange nicht der Höhepunkt der Profite dieses SS-Betriebes erreicht war, sondern die Produktion in diesem Jahr erst richtig anließ, gibt der Bericht doch einige wichtige Zahlen an: Die Deutschen Ausrüstungswerke besaßen in zehn Konzentrationslagern Zweigbetriebe. Sie beschäftigten im Jahre 1942 durchschnittlich 7400 Häftlinge gegenüber 3650 im Vorjahr. Der Reingewinn des Jahres 1942 wird mit 1 984 844,02 RM angegeben. Aus den ausgewiesenen Darlehen geht hervor, daß sich SS- und Polizeiführer mit Anteilen an den Deutschen Ausrüstungswerken beteiligt haben. So werden eine SS-Spargemeinschaft mit einem Darlehen von 1 500 000 RM und SS- und Polizeiführer mit einem Darlehen von 101 704,35 RM erwähnt. Daraus ist ersichtlich, daß die einzelnen SS-Führer auch persönlich am Gewinn der SS-Betriebe, das heißt an der maximalen Ausbeutung der Häftlinge, beteiligt waren.

Es gibt viele Beispiele darüber, wie sich die SS-Leute, besonders die SS-Offiziere, durch die Konzentrationslager maßlos bereicherten. Sie nutzten jede Gelegenheit, um die Häftlinge auszulündern oder deren Arbeitskraft für persönliche Zwecke auszunutzen. Ungeachtet der Kriegslage, fielen sie ihrem „Führer“ selbst in den Rücken und sabotierten die Kriegsproduktion, wenn es um persönliche Bereicherung ging. Kostbare Rohstoffe und Arbeitskraft wurden beispielsweise in Buchenwald dazu verwandt, riesige Metallarmleuchter, Kunstschmiedearbeiten, Feuerzeuge, Briefbeschwerer usw. herzustellen, eine Sache, die selbstverständlich von den Häftlingen unterstützt wurde, um Material und Arbeitszeit der Kriegsproduktion zu entziehen. Der SS-Oberführer Loritz, Lagerkommandant von Sachsenhausen, ließ sich Jagdwagen, Motorboote, Möbel, Luxusgegenstände und selbst ein Flugzeug von den Häftlingen bauen. Eine große Anzahl Handwerker war ständig für ihn und seine Familie tätig. In St. Gilgen am Wolfgangsee ließ er sich ein Haus bauen. Das Material dazu fuhrten Lastkraftwagen von Sachsenhausen zur Baustelle. Im gleichen Lager wurden für eine „Kaserne III“ Umsummen von Bau-

geldern verrechnet, obwohl das Objekt nur auf dem Papier existierte. Ein gleiches „Konto Lösch“ existierte in Buchenwald. Hier wurde beim Bau eines Objektes auf der Grundlage der besten und teuersten Materialien eine Vorkalkulation aufgestellt. Nach der Genehmigung wurde das Geld eingekassiert, mit dem billigsten Material gebaut und die Differenz auf das „Konto Lösch“ abgeführt, das für persönliche Anschaffungen der SS-Leute diente.

In Buchenwald wurden eines Tages die Juden zur Geldsammlung für eine Lagerbibliothek aufgefordert. 8000 RM wurden zusammengebracht. Die SS kassierte das Geld auf Nimmerwiedersehen ein. Während der Rath-Aktion 1938 wurden jüdische Millionäre ans Tor gerufen, wo Riesensummen, Abtretung von Autos usw. von ihnen erpreßt wurden. Sie mußten im Lager Löffel, Trinkbeder, Eggeschür usw. mit 10-20 RM bezahlen. Architekten, Kunstmaler, Steinmetze, Bildhauer, Kunstschnitzer, Goldschmiede und Graphiker arbeiteten in Buchenwald und anderen Lagern ausschließlich für die persönlichen Bedürfnisse der SS. Häftlinge wurden selbst für Hochstapeleien der SS-Leute ausgenutzt: So ließen sich die SS-Ärzte Hoven und Wagner von Häftlingen ihre Dissertationen schreiben. Der ehemalige Lagerkommandant von Sachsenhausen, Kaindl, sagte später aus, daß Himmler Bestechungsgelder von Fabrikanten für die Lieferung von Häftlingen erhielt. Bezeichnend ist, daß SS-Obergruppenführer Pohl, dem die KZ-Lager unterstanden, für die Einrichtung seines Gutes eine Million Mark aufbringen konnte.

Die SS war bestrebt, sich vor allem in die Rüstungsindustrie einzuschalten und sie maßgeblich zu beeinflussen. Als der Mangel an Arbeitskräften immer größer und der Einsatz von Häftlingen in der Rüstungsindustrie zur dringenden Notwendigkeit wurde, versuchte die SS, diese günstige Gelegenheit auszunutzen, und bot die Verlegung der Rüstungsindustrie in die Konzentrationslager an.

Hitler hatte befohlen, die Konzentrationslager im stärkeren

7

DECLASSIFIED

Authority *NWD 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

Maße für die Rüstungsindustrie einzusetzen. Die ersten Verhandlungen in dieser Richtung mit dem Rüstungsministerium Speer waren erfolgreich für die SS. Am 16. März 1942 wurde nach einer schon vorher von Himmler erlassenen Verordnung beschlossen, daß die Fertigung in den Lagern verbleiben sollte und die Betreuerfirmen die Produktion in die Konzentrationslager verlegen mußten, bei gleichzeitiger Bereitstellung von Ingenieuren und Meistern zum Anlernen der Häftlinge. Buchenwald und Neuengamme sollten zuerst als Musterbeispiele für die Rüstungsfertigung eingerichtet werden.

Die SS verfolgte das Ziel, auf die Produktion solcher Waffen Einfluß zu nehmen, die für ihre Bewaffnung besonders gebraucht wurden. Sie zeigte größtes Interesse an der Produktion schwerer Granatwerfer, des Maschinengewehrs 42, des 3,7-Flakgeschützes und von Nachrichtenmitteln. Außerdem plante sie die Errichtung einer Lastwagenfabrik der Firma Opel in der Nähe von Katowice, die unter der Regie der SS produzieren sollte. Speer führte am 20., 21. und 22. September 1943 Besprechungen mit Hitler, in denen er nachwies, daß es nicht möglich sei, eine Rüstungsfertigung in den Konzentrationslagern aufzuziehen, weil die notwendigen Werkzeugmaschinen fehlten, die notwendigen Baulichkeiten nicht vorhanden waren, während auf der anderen Seite die privalkapitalistische Rüstungsindustrie noch nicht voll ausgelastet sei und durch Ausnutzung der zweiten Schicht keine Neuinvestitionen erforderlich seien. Speer handelte im Auftrag der Konzernherren; die Monopole wollten selbst die billigen Häftlinge ausbeuten und das Geschäft nicht allein der SS überlassen. Hitler erklärte sich damit einverstanden, daß zur Ausfüllung der zweiten Schicht KZ-Häftlinge verwendet wurden. In seinen Aufzeichnungen darüber schrieb Speer: „Ich habe den Führer auf die Schwierigkeiten aufmerksam gemacht, die ich in der Forderung von Reichsführer-SS, Himmler, sehe, einen maßgebenden Einfluß auf diese Betriebe auszuüben. Auch der Führer hält einen solchen Einfluß für nicht erforderlich.“ Es wurde ver-

einbart, daß Himmler als Gegenleistung für die Überlassung von Häftlingen für die Rüstungsindustrie entsprechend dem Arbeitsstundenaufwand einen prozentualen Anteil (etwa 3-5 Prozent) am Kriegsgerät erhalten sollte.

„Freunde des Reichsführers-SS“

Wen wundert es angesichts der Vorteile, die die Industrie aus der SS und ihren Konzentrationslagern zog, daß Monopolherren und Bankiers sich geradezu danach drängten, in den Kreis der SS aufgenommen zu werden und sich die Gunst Himmlers zu sichern?

Von Wilhelm Keppler, der die besten Beziehungen zum deutschen Finanzkapital hatte, wurde der Kreis der „Freunde des Reichsführers-SS“ geschaffen, der jährlich etwa eine Million Mark an Himmler spendete. So wurden zum Beispiel im Jahre 1943 1 100 000 RM vom „Freundeskreis“ an die SS gezahlt, um ihr bei dem „wieder vergrößerten Aufgabenkreis“, wie es im Begleitschreiben hieß, „eine kleine Entlastung zuteil werden lassen zu können“.

Bezeichnend für die Ziele und den Charakter dieses Kreises ist ein Blick auf seine Zusammensetzung. Unter anderen gehörten dem „Freundeskreis“ führende Persönlichkeiten folgender Unternehmen an: Siemens-Schuckert-Werke AG; IG-Farben-Industrie AG; Mitteldutsche Stahlwerke AG; Deutsche Bank, Berlin; Usseder Hütte; Deutsch - Amerikanische - Petroleumgesellschaft; Oetker, Bielefeld; Reichs-Kredit-Gesellschaft AG; Dresdner Bank, Berlin; Commerz- und Privatbank AG, Berlin; Rheinmetall-Borsig; Hermann-Göring-Werke; Bosch-Werke; Kali-Werke Wintershall AG; Vereinigte Stahlwerke AG; Braunkohle-Benzin AG; Falten & Guilleaume Carlswerk AG; Mix & Genest AG; C. Lorenz AG; Gewerkschaft „Preußen“; Bankhaus Schröder; Norddeutscher Lloyd.

Wie der SS-General Pohl bestätigte, waren „die Mitglieder des Freundeskreises ausgesuchte, politisch zuverlässige und loyale Leute“, die nie eine Einladung dazu ablehnten und „sich eher zur Aufnahme in den Freundeskreis drängten in Anbetracht der Vorteile, die sie sich immerhin davon versprachen, daß sie in persönliche Beziehung zu Himmler und anderen maßgeblichen Leuten der Partei sowie Wirtschaft treten würden“. Viele der im Freundeskreis organisierten Konzerngewaltigen und Regierungsvertreter wurden mit SS-Rängen ausstaffiert. Nach dem Stände von 1939 war zum Beispiel Staatsrat Boerger, Ministerialdirektor im Reichsarbeitsministerium – SS Brigadeführer; Dr. Heinrich Buetsch, Vorstandsmitglied der IG Farben, Leiter des Leuna-Werkes – SS-Hauptsturmführer; Dr. Franz Hayler, Leiter der Reichsgruppe Handel – SS-Standardenführer; Ewald Hecker, Präsident der Industrie- und Handelskammer Hannover – SS-Oberführer; Wilhelm Keppler, Staatsrat im Auswärtigen Amt – SS-Gruppenführer; Prof. Dr. Emil Meyer, Vorstandsmitglied der Dresdner Bank – SS-Sturmabannführer; Dr. Karl Rasche, Vorstandsmitglied der Dresdner Bank – SS-Hauptsturmführer; Dr. Kurt Schmitt, Staatsrat, Vorsitzender des Vorstandes der Münchener Rückversicherungsgesellschaft – SS-Brigadeführer; Otto Steinbrink, Mitglied des Aufsichtsrates der Mitteldeutschen Stahlwerke AG – SS-Brigadeführer; Dr. Wilhelm Voss, Vorstandsmitglied der Reichswerke „Hermann Göring“ – SS-Sturmabannführer.

Es handelte sich also beim „Keppler-Kreis“ um die führenden Banken und Konzerne des deutschen Imperialismus, die damit die Politik der SS finanziell unterstützten. Der „Freundeskreis“ zeigt am deutlichsten die Verschmelzung des deutschen Imperialismus mit dem deutschen Faschismus, hier in Form seiner stärksten Stütze und Exekutive, der SS. Beide, die Nazihierarchie und das Monopolkapital, hatten gleiche Interessen. Der Faschismus war die Herrschaftsform des Monopolkapitals, und die SS war die Exekutive dieser bourgeoisen Diktatur. Der „Freundeskreis“

war nur eine Form der offenen Finanzierung des Faschismus durch die deutsche Industrie. Bankier von Schröder, selbst SS-Brigadeführer, versuchte sich im Prozeß gegen Flick damit herauszureden, daß die Spenden an Himmler zur „Linderung der sozialen Not in Deutschland beitragen“ und „daß Himmler mit dem Geld der Industriellen keinen Mißbrauch getrieben hat“. Schamloser geht's nicht!

Eine andere Einrichtung zur finanziellen Unterstützung der SS war die Organisation „Fördernde Mitglieder der Schutzstaffel“. Für diese Organisation war die Zugehörigkeit zur NSDAP keine Bedingung. Es wurde ein regelmäßiger Monatsbeitrag gezahlt, ohne daß das „Fördernde Mitglied“ der SS angehörte. Im Mitgliedsbuch hieß es: „Die FM-Organisation ist ein wesentlicher Bestandteil der gesamten SS; je mehr diese Organisation ausgebaut wird und je mehr durch sie Gelder hereinkommen, desto mehr wird die wirtschaftliche Lage der SS unter Wahrung größter Selbständigkeit gehoben und gefestigt.“

Geschäft mit dem Tode

Die SS scheute vor keiner Maßnahme zurück, wenn sich die Möglichkeit bot, Gewinn aus irgendeiner Aktion herauszuschlagen. Aus einem Schreiben des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD vom 24. November 1942 an Himmler geht hervor, daß für eine Person 100 000 Schweizer Franken hinterlegt werden mußten, unter Verzicht auf den Gegenwert, wenn der Betreffende die Genehmigung zur Auswanderung erhielt, also nicht nach Auschwitz zur Vergasung geschickt wurde. Im gleichen Schreiben wird weiter genannt, daß sechs Fälle mit 28 Juden insgesamt 1 290 000 Schweizer Franken eingebracht haben. Acht Juden mußten sich durch eine Lieferung von Ölsaaten beziehungsweise den Verkauf eines größeren industriellen Unternehmens loskaufen. Es wurde mit dem weiteren Aufkommen von 2 860 000 Schweizer Franken

gerechnet. Eine ähnliche Freikaufaktion sollte auf slowakische Juden ausgedehnt werden, um die für die Freiwilligenwerbung benötigten 30 Millionen Pengö zu erhalten.

Eine andere Aktion wurde 1944 eingeleitet. Am 14. Juni 1944 wurde den Budapestener Juden die Möglichkeit geboten, für zwanzig Millionen Franken dreißigtausend Juden freizukaufen. Dieser Betrag wurde durch Hilfsmittel internationaler jüdischer Organisationen bereitgestellt. So kam es, daß 1684 Juden von Bergen-Belsen aus in zwei Zügen am 21. August und 6. Dezember 1944 in die Schweiz transportiert wurden.

Den modernen SS-Sklavenhandel drückt noch krasser ein anderes Vorhaben aus. 1944 wurde ein gewisser Brand nach Istanbul geschickt, um dort das Leben von 700 000 ungarischen Juden gegen 10 000 Lastkraftwagen anzubieten, die in Saloniki gelandet werden sollten. Der Charakter des Faschismus kann sich kaum offener als in dieser Aktion zeigen. Der Mensch wurde zum Handelsobjekt. Die SS, deren Ziel die „Endlösung der Judenfrage“ war, ging von diesem Prinzip immer ab, wenn dabei ein gutes Geschäft in Aussicht war. Und der Handel mit dem Tode war profitabel.

Menschliche Versuchstiere

Ein besonders grausames Kapitel ist die Verwendung der Häftlinge als menschliche Versuchstiere. An diesen barbarischen Versuchen waren vor allem die Kreise der Industrie und die Wehrmacht interessiert.

Zentrale dieser Versuche war das Hygiene-Institut der Waffen-SS in Berlin, das mit Dienststellen der Wehrmacht, der chemisch-pharmazeutischen und sero-bakteriologischen Abteilung der IG Farben, den Behring-Werken in Dessau, einer Reihe von Wissenschaftlern an den Universitäten und verschiedenen anderen Privatbetrieben zusammenarbeitete.

Aus der Fülle der durchgeführten Versuche seien nur einige genannt:

In Sachsenhausen gab es eine „Schuhprüfstelle“. Es handelte sich hierbei um besonders angelegte Straßenschnitte mit Schotter, Asphalt, Sand, Wasser usw., auf denen die betreffenden Häftlinge mit Gepäck täglich 35-40 km zurücklegen mußten. Dabei wurden neue Schuhe, neue Sohlen und auch die Wirkung von Schlafabletten ausprobiert. Weiterhin gab es in Sachsenhausen Versuche mit Todesspritzen, Kastrations- und Sterilisationsversuche, Versuche mit Wundinfektionen, Typhus und Cholera, Ausprobierung neuer Waffen und Fallschirme. Mittels Giftinjektionen wurde die Schnelligkeit des Todes festgestellt.

In Natzweiler-Schirmeck wurden Häftlingen Körperteile mit Säure eingerieben und dann Heilungsversuche unternommen. Neue Gase wurden an Häftlingen ausprobiert.

In Ravensbrück wurden bei Frauen Knochenenteile entfernt, Wundinfektionen durchgeführt, bei lebendigem Leibe das Gehirn geöffnet, Versuche mit Abreibungen und künstlichen Befruchtungen unternommen. Massenblutentnahmen dienten der „Blutspende“ für die Front. Mander „arische“ Frontsoldat wurde so mit dem Blut jüdischer Häftlinge aus den Konzentrationslagern am Leben erhalten.

In Buchenwald wurden bis Ende 1944 24 Fleckfieberversuchsreihen mit einer wechselnden Personenzahl zwischen 4 und meist 40-60 (einmal 145) Häftlingen durchgeführt. Außerdem wurden Versuche mit Gelbfieber, Pocken, Cholera, Diphtherie, Kampfgasgiften, verschiedenen anderen Giften, Phosphor-Kautschuk-Brandbomben, vergifteter Munition und alen Blutkonserven durchgeführt.

In Dachau weist die Liste der Versuche auf: Magenoperationen an 20 gesunden Häftlingen; Malaria-Versuche an etwa 1200 Häftlingen (Ausprobierung von Salvarsan und Pyramidon); Versuche mit wechselndem Luftdruck an 4-500 Personen; Unterkühlungsversuche an 300 Personen; Leber-Punktions-Ver-

suche an etwa 175 Personen; Phlegmone-Versuche an 6-800 Personen; Salzwasser-Versuche an 60-80 Personen. Die meisten der Häftlinge, die derartigen Versuchen unterworfen wurden, starben einen qualvollen Tod.

In Auschwitz wurden neben einer ganzen Reihe anderer Versuche vor allem Sterilisierungsversuche durchgeführt. Himmler war sehr interessiert an der Sterilisierung der Juden, Tschechen und Polen. In einem Schreiben an Clauberger bat er um Mitteilung, wieviel Zeit zur Sterilisierung von 1000 Jüdinnen notwendig wäre.

Es war den blutbesudelten SS-Henkern, die sich „Wissenschaftler“ nannten, nicht möglich, alle Dokumente ihrer Bestatigungen zu vernichten. So ist ein ganzer Aktenvorgang über die Anfertigung einer Schädel- und Skelettsammlung „jüdisch-bolschewistischer Kommissare“ erhalten geblieben. Mit einer für menschliche Begriffe unfabbaren Brutalität wurde im geschäftsmäßigen Ton über die Ermordung von Menschen gesprochen, nur um ihre Schädel für eine Sammlung zu erhalten. Es hieß in einem Schreiben des Reichsgeschäftsführers des „Ahnenerbe“ vom 9. Februar 1942 an SS-Sturmabführer Dr. Brandt:

„Nahzu von allen Rassen und Völkern sind umfangreiche Schädelensammlungen vorhanden. Nur von den Juden stehen der Wissenschaft so wenig Schädel zur Verfügung, daß ihre Bearbeitung keine gesicherten Ergebnisse zuläßt. Der Krieg im Osten bietet uns jetzt die Gelegenheit, diesem Mangel abzuhelfen... Die praktische Durchführung der reibungslosen Beschaffung und Sicherstellung dieses Schädelmaterials geschieht am zweckmäßigsten in Form einer Anweisung an die Wehrmacht, sämtliche jüdisch-bolschewistischen Kommissare in Zukunft lebend sofort der Feldpolizei zu übergeben. Die Feldpolizei wiederum erhält Sonderanweisung, einer bestimmten Stelle lautend den Bestand und Aufenthaltsort dieser gefangenen Juden zu melden und sie bis zum Eintreffen eines besonderen Beauftragten wohl zu behüten. Der zur Sicherstellung des Materials Beauftragte (ein der Wehrmacht oder sogar der Feldpolizei angehörender Jungarzt oder

Medizinstudent, ausgerüstet mit einem PKW (nebst Fahrer) hat eine vorher festgelegte Reihe photographischer Aufnahmen und anthropologischer Messungen zu machen und, soweit möglich, Herkunft, Geburtsdatum und andere Personalangaben festzustellen. Nach dem danach herbeigeführten Tode des Juden, dessen Kopf nicht verletzt werden darf, trennt er den Kopf vom Rumpf und sendet ihn in eine Konservierungsflüssigkeit gebettet in eigens zu diesem Zwecke geschaffenen und gut verschließbaren Blechbehältern zum Bestimmungsort."

Diese Versuche wurden in der Universität Strabburg durchgeführt.

Es sind Fälle bekannt, bei denen die SS an die Privatbetriebe Häftlinge für Versuchszwecke direkt verkaufte. Bezeichnend dafür ist ein erhalten gebliebener Schriftwechsel zwischen einem chemischen Betrieb und dem Lager Auschwitz. Es heißt darin:

"Bezüglich des Vorhabens von Experimenten mit einem neuen Schlafmittel würden wir es begrüßen, wenn Sie uns eine Anzahl von Frauen zur Verfügung stellen würden."

"Wir erhielten Ihre Antwort; jedoch erscheint uns der Preis von RM 200,- pro Frau zu hoch. Wir schlagen vor, nicht mehr als RM 170,- pro Kopf zu zahlen. Wenn Ihnen das annehmbar erscheint, werden wir Besitz von den Frauen ergreifen. Wir brauchen ungefähr 150 Frauen..."

"Wir bestätigen Ihr Einverständnis. Bereiten Sie für uns 150 Frauen im bestmöglichen Gesundheitszustand vor und sobald Sie uns mitteilen, daß Sie soweit sind, werden wir diese übernehmen."

"Erhielten den Auftrag für 150 Frauen. Trotz ihres abgekehrten Zustandes wurden sie als zufriedenstellend befunden. Wir werden Sie bezüglich der Entwicklung der Experimente auf dem laufenden halten..."

"Die Versuche wurden gemacht. Alle Personen starben. Wir werden uns bezüglich einer neuen Sendung bald mit Ihnen in Verbindung setzen."

Gewissenlos nutzten die Monopole den Vorteil aus, der ihnen in Form des KZ-Systems durch die SS geboten wurde. Schamlos mordeten sie Häftlinge um des Profits willen, liebten sie unter unvorstellbaren Qualen sterben, um neue Produkte ihrer Werke auszuprobieren. Ein Versuch an Menschen war im Nazistaat billiger als ein Tierversuch.

Der blutige Ausgang

Lange Elendszüge wälzten sich seit Ende 1944 in das Innere Deutschlands. Vor dem Ansturm der siegreichen Roten Armee und der Armeen der Westmächte zog sich das geschlagene Raubtier in die Flühe zurück. Die Konzentrationslager im Osten und Westen wurden geräumt und die Häftlinge entweder verladen und in offenen Güterwaggons bei stärkstem Frost evakuiert oder auf den Todesmarsch geschickt. Es waren nicht viele, die die Todes-transporte und Hungermärsche überlebten. Ihr Weg war gezeichnet durch Leiden. Jeder schwache und zurückbleibende Häftling wurde erschossen. Wer die Strapazen und Qualen nicht aushiel, fiel den Kugeln der SS-Henker zum Opfer.

Reitlinger schreibt in seinem Buch „Die SS“, daß ein Geheimbefehl Hitlers vom Februar 1945 existierte, nach dem kein Konzentrationslager ganz und kein Häftling lebend dem Feind in die Hände fallen sollte. Einige Lager wurden geräumt, wie Groß-Rosen, Lublin und Auschwitz. Das Lager Bergen-Belsen wurde mit mehr Toten als Lebenden befreit. Das Grundziel war immer, so wenig wie möglich Häftlinge am Leben zu lassen. Es sollten keine Zeugen für die Verbrechen des Hitlerfaschismus übrigbleiben. Viele Vernichtungspläne sind bekanntgeworden. So war befohlen, daß Dachau, Mauhausen und Theresienstadt mit den Häftlingen in die Luft gesprengt werden sollten. Nach einer Aussage des ehemaligen Gaustabsamtsleiters von Oberbayern Gertus Gerdes vom 20. November 1945 in Nürnberg

sollten im Auftrag Hitlers Dachau und die beiden jüdischen Arbeitslager Landsberg und Muhlhorn unter dem Decknamen „Wolke A 1“ restlos liquidiert werden. Himmler hatte noch am 14. April 1945 an die Lagerkommandanten von Dachau und Flossenbürg geschrieben: „Die Übergabe kommt nicht in Frage. Das Lager ist sofort zu evakuieren. Kein Häftling darf lebendig in die Hände des Feindes fallen.“ Der SS-Kommandant von Mauthausen, Zieris, gab den Befehl, 30 000 Häftlinge aus Gusen in Stollen zu treiben und in die Luft zu sprengen. Der Lagerkommandant von Sachsenhausen, Kaindl, sagte später aus, daß er am 1. Februar 1945 den Befehl erhielt, alle Häftlinge von Sachsenhausen und den Außenkommandos zu vernichten. Am 18. April 1945 bekam Kaindl den Befehl, alle Häftlinge auf Schleppkähne zu verladen und im Meer zu versenken.

Es gelang der SS nicht, ihre Ausrottungspläne voll zu verwirklichen. Der Hitlerfaschismus brach schneller zusammen, als die braunen Bestien morden konnten. Die Standhaftigkeit und der Mut der Häftlinge, die sich in vielen Fällen gegen die Vernichtungspläne der SS zur Wehr setzten, vereitelten die Aktionen der SS und retteten Tausenden von Häftlingen noch in letzter Minute das Leben.

Dennoch geschah Grauenhaftes in den Tagen des Zusammenbruchs der Nazidiktatur. Zehntausende kamen auf den Todesmärschen und -transporten um, Zehntausende starben an Hunger und Entkräftung. Tausende wurden auf Schiffe verladen und ertranken in den Fluten der Ostsee. Der Name „Cap Arcona“ ist für immer mit einem der furchtbarsten Ereignisse der KZ-Geschichte verbunden. 11 000 Häftlinge des Lagers Neungamme, die Überlebenden des Todesmarsches, wurden auf die Schiffe „Cap Arcona“, „Thillbeck“, „Athen“, „Deutschland“ und kleinere Boote verladen. Sie sollten mit ihrer lebenden Fracht versenkt werden. Die Häftlinge waren unter Deck, so daß von dem englischen Beobachterflugzeug aus, das die Schiffe überflog, nur SS und Marinesoldaten gesehen wurden. Am 3. Mai 1945, fünf Tage

vor der Kapitulation der Naziwehrmacht, wurde dieser kleine Schiffsverband bombardiert. 8000 Häftlinge kamen in der Neustädter Bucht ums Leben. Viele Häftlinge, denen es noch gelang, aus den brennenden und sinkenden Schiffen auszubrechen, wurden durch MG-Salven ermordet. Nur wenigen gelang es, sich zu retten.

In Daxau fand man nach der Befreiung 50 Waggons Leichen auf einem toten Gleis, Häftlinge, die aus anderen Lagern evakuiert und ihrem Schicksal überlassen worden waren. In Gardelegen wurde eine Scheune mit 1000 Häftlingen von der SS mit Benzin übergossen und in Brand gesetzt. Wer den Flammen entkam, wurde von SS-Kugeln ermordet. In Abnandorf bei Leipzig waren es 350 Häftlinge, die bei lebendigem Leibe verbrannt wurden. Der rasche Sieg der Anti-Hitler-Koalition bewahrte Tausende anderer Häftlinge vor einem gleichen Schicksal.

Der Plan für ein KZ-Europa

Der zweite Weltkrieg lobte. Unter dem Joch der faschistischen Eroberer stöhnte fast ganz Europa. Hitler überfiel die Sowjetunion, um das stärkste Hindernis, auf dem Weg zur Weltherrschaft des deutschen Imperialismus zu beseitigen. Noch hatte er in den ersten Tagen Erfolge. Geblendet von den schnellen Siegen über die anderen Völker Europas und die eigenen Kräfte maßlos überschätzend, traf der Faschismus bereits Vorkehrungen für Siegesparaden in Moskau. Posten und Funktionen wurden verteilt, und natürlich wurde auch großzügig geplant, wie man am besten und schnellsten ausrotten und ausplündern konnte.

Es war 1941, wenige Tage nach dem heimtückischen Überfall auf die Sowjetunion, als Himmler am 2. Juli ein Schreiben an die einzelnen Lagerkommandanten schickte, in dem es hieß: „Um mit den Vorbereitungen für den friedensmäßigen Ausbau der Konzentrationslager (Massivbau) beginnen zu können, ist nach

Mitteilung des Chefs des Amtes II - Bauten - eine Verstärkung des Personals in den Büros der SS-Baudienststellen unerlässlich."

Die „Isar-Post“ vom 12. Dezember 1947 schreibt über eine Zeugenaussage des Ingenieurs Plaskura im Prozeß gegen die SS-Leute von Auschwitz in Krakau, daß er Gelegenheit hatte, in einen Plan der SS Einsicht zu nehmen, in dem unter dem Namen „Himmlerstadt“ eine Erweiterung des KZ Auschwitz vorgesehen war, die zusätzlich 60 000 Menschen Platz schaffen sollte.

Auch für Sachsenhausen existierte ein „Generalliniplan“ für den Ausbau nach dem Kriege, der vor allem eine Erweiterung der Krematorien vorsah. Neben dem Häftlingslager sollte nach dem Kriege in Dachau die modernste und größte Textilfabrik der Welt errichtet werden.

Die in den Plänen vorgesehene Erweiterung der Krematorien und Vergesungsräume deuten auf die beabsichtigte Fortsetzung und Ausweitung der Massenvernichtungsaktion hin. Der Hitlerfaschismus wollte nach dem „Erdstöß“ die Vernichtung aller Juden, Polen und Slawen sowie der anderen „Staatsfeinde“ fortsetzen beziehungsweise die Konzentrationslager als Arbeits-sklaven-Reservoir weiter ausbauen. Das KZ-System sollte zu einer ewigen Einrichtung im Rahmen des „Tausendjährigen Reiches“ werden. Die Zerschlagung des deutschen Faschismus rettete die Völker Europas vor einer noch größeren Ausbreitung des Nazi-terrors.

Statistik des Grauens

Es wird wohl kaum möglich sein, annähernd richtige Zahlen über die Entwicklung des KZ-Systems zu erhalten und die genaue Zahl der in den Lagern ermordeten Häftlinge zu ermitteln. Die SS hat den größten Teil ihrer Akten vor der Befreiung noch vernichtet. Nur Reste sind erhalten, die allerdings sehr unvollständig sind. Demgegenüber wurden Millionen ermordet, ohne

daß sie je in die Akten der SS aufgenommen wurden. Die Ver-
easungstransporte nach Auschwitz wurden nicht registriert; die
Namen der Toten standen in keiner Lagerkartei. Teilweise nur
gibt es von einzelnen Aktionen und Lagern recht genaue Zahlen,
die ein einigermaßen konkretes Bild über den Umfang des KZ-
Schaates, die Zahl der Häftlinge und der Toten zulassen.

Aus den monatlichen Aufstellungen der mehr als sieben Tage
„einsitzenden“ Häftlinge der Gestapo-Zentrale, die an Göring ge-
richtet waren, geht hervor, daß allein in Preußen am 10. Sep-
tember 1934 715, am 10. Oktober 1934 588 und am 10. Novem-
ber 1934 595 Schutzhäftlinge inhaftiert waren. Davon befanden
sich zwischen 54 und 66 Prozent in Konzentrationslagern. Der
Rest war in verschiedenen Gefängnissen. Während 1933 die Zahl
der Häftlinge noch sehr hoch war, ging sie 1934 vorübergehend
zurück. Ende 1933 wurde ein großer Teil derjenigen Häftlinge,
die in den ersten Monaten der Hitlerdiktatur verhaftet wurden,
freigelassen. Sie reiheten sich nach der Entlassung aus dem Kon-
zentrationlager wieder in den antifaschistischen Widerstands-
kampf ein. Viele von ihnen wurden erneut verhaftet.

Anderer Zahlen liegen über Bayern vor. Es handelt sich dabei
um Berichte des Polizeikommandeurs der Politischen Polizei
Bayerns an den Staatsminister. Danach befanden sich in Bayern
am 1. November 1933 3907 Personen, am 1. Dezember 1933
4263 Personen und am 1. April 1934 2703 Personen in Schutz-
haft. Davon waren 62-70 Prozent in Konzentrationslagern. Der
Rest war in Strafanstalten, Gerichts- und Polizeigefängnissen.
Gegenüber Preußen sind die Häftlingszahlen von Bayern sehr
hoch. Die Ursache bestand vor allem darin, daß sich Himmler,
damals Politischer Polizeikommandeur von Bayern, dagegen
wehrt, KZ-Häftlinge zu entlassen.

Bei Betrachtung der zahlenmäßigen Entwicklung einzelner
Konzentrationslager zeigt sich ein annähernd klares Bild über
Wachstum und Zielrichtung, Aufgabenstellung und Charakter des
KZ-Systems.

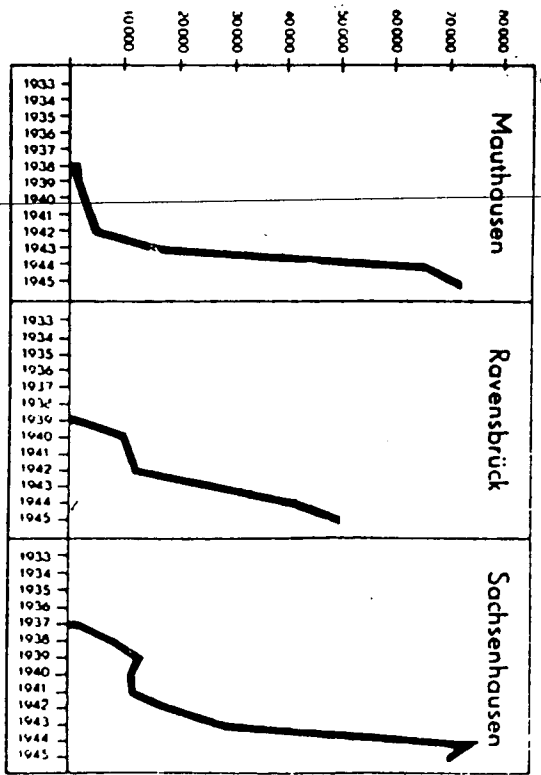
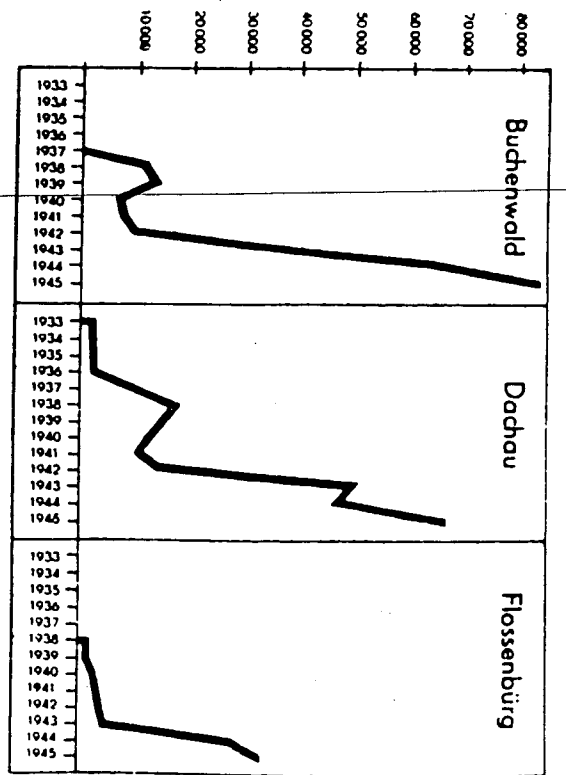
Lagerstärke in:

	Buchenwald	Dachau	Flossenbürg	Mauthausen	Ravensbrück	Sachsenhausen
1933		2 405				
1934		2 105				
1935						
1936		2 400				
1937	2 561					2 523
1938	11 028	18 000	1 800	1 010		8 309
1939	11 807		1 800	2 772	867	12 168
1940	7 440		2 800	3 047	10 000	10 577
1941	7 911	10 000	3 400		12 000	10 709
1942	9 517	14 000	3 600	5 775	14 000	16 577
1943	37 319	50 000	4 500	16 812	26 000	28 224
1944	63 048	47 000	28 900	66 328	42 000	75 000
1945	80 436	67 000	31 170	71 089	50 000	70 000

Diese Zahlen sind nur relativ zu werten, aber sie vermitteln einen Einblick in die Entwicklung der einzelnen Lager. Eine graphische Darstellung dieser Zahlen veranschaulicht die zahlenmäßige Entwicklung einiger KZ-Lager am konkreten Beispiel noch besser (siehe Skizze).

Die Lagerstärke in den ersten Jahren ist gering. Mit der zunehmenden ökonomischen Aufgabenstellung des KZ-Systems läuft parallel eine zunehmende Häftlingsstärke. Der Höhepunkt des Wachstums wird nach 1942 erreicht. Sprunghaft schnellen die Zahlen in die Höhe, verursacht durch die Masseneinführungen im Rahmen des Arbeitskräfte-Beschaffungsplanes der SS zur Erreichung ihrer gestellten ökonomischen Aufgaben und zur Durchführung ihres totalen Krieges. Die Gesamtzahl der Häftlinge geht 1944 noch über die Millionengrenze, und das KZ-System schafft ein riesiges Sklavenarsenal.

Am 15. August 1944 berichtet die Amtsgruppe D (Konzentrationslager) der SS-Wirtschaftszentrale an die Amtsgruppe B die



Zahlenmäßige Entwicklung einiger KZ-Lager

Stärke der Häftlinge und die nächsten Zugänge. Aus diesem Schreiben geht hervor, daß sich im August 1944 379 167 männliche und 145 119 weibliche Häftlinge in den Lagern befanden. An Zugängen wurde mit 612 000 Personen gerechnet (90 000 ungarische Juden, 60 000 aus dem Gefängnis und Ghetto von Litzmannstadt [Lodz], 15 000 Polen aus dem „Generalgouvernement“, 10 000 Sowjetbürger, 17 000 polnische Offiziere, 400 000 Polen aus Warschau und 20 000 Franzosen). Es ist also keineswegs übertrieben, wenn die Zahl der Häftlinge in dieser Zeit auf eine Million geschätzt wird. Insgesamt wurden etwa 18 000 000 Menschen aus allen Schichten der Bevölkerung und allen Nationen Europas in die Konzentrationslager getrieben; davon wurden 11 000 000 besaßlich umgebracht. Neben den reinen Massenvernichtungslagern, in denen Millionen Menschen den Tod fanden (Auschwitz 4 000 000, Treblinka 3 000 000, Maidanek 1 380 000, Belzec 600 000 usw.), gab es die vielen anderen großen Lager, denen mitunter bis zu 100 Außenlager und -kommandos angegeschlossen waren. Von den nach Buchenwald verschleppten 240 000 Personen starben 56 000, von den 335 000 in Mauthausen eingelieferten 122 767. In Ravensbrück fanden 92 700 Frauen von 130 000 den Tod. Nach Sachsenhausen kamen etwa 200 000 Häftlinge, von denen über 90 000 ermordet wurden.

Das sind nur einige der bekanntesten Lager.

Der Kampf ging weiter

Es wäre falsch, die faschistischen Konzentrationslager nur als eine Stätte unermeßlicher Qualen, der Leiden und des Sterbens von Millionen Menschen anzusehen, die in die Klauen einer rasenden Vernichtungsmaschine geraten waren. Die nazistischen Folterstätten sind gleichzeitig eine Stätte heroischen und selbstlosen Kampfes der Häftlinge gegen eine schwerbewaffnete, blutdürstige Bestie, der alle Mittel zur Verfügung standen und

die vor keinem zurückschreckte. Tausendfach sind die Beweise ungebrochenen Kampfeswillens und internationaler Solidarität, sind die Beweise des gemeinsamen Kampfes von Menschen aus allen Ländern Europas inmitten einer von Chauvinismus und Rassenhetze erfüllten Atmosphäre, inmitten eines Lebens, bei dem jeder Schritt den Tod bedeuten konnte.

Es ist schon an anderer Stelle gesagt worden, daß die SS selbst in den Häftlingen noch eine ständige Gefahr für ihre Sicherheit sah und daß sie aus diesem Grunde bestrebt war, unter den Häftlingen Zwietracht zu säen, ihre Einheit zu zerstören und ein System von Spitzeln aufzuziehen. Mit Vermischung aller möglichen Häftlingskategorien, vor allem der von politischen Häftlingen mit Kriminellen, mit dem Durcheinanderwürfeln von Angehörigen der verschiedensten Länder sollte ein Zusammenhalt der Häftlinge von vornherein unterbunden werden. Die SS gegen ihre Spitzel und Provokateure aus den "Grünen", aus Kriminellen, und benutzte sie für die schmutzigsten Handlangerdienste. In einem Rundschreiben der SS-Wirtschaftszentrale vom 31. März 1944 an die Konzentrationslager werden die Lagerkommandanten direkt dazu aufgefordert, "die Häftlinge in den Lagern durch geeignete Mißhäftlinge (Spitzel) überwachen" zu lassen, um - wie es in diesem Schreiben weiter heißt - "nicht eines Tages von größeren unliebsamen Ereignissen überrascht zu werden". Dadurch hatten in der Anfangsperiode der Lager kriminelle Elemente fast alle Schlüsselpositionen in den Lagern inne. In vielen KZ entspann sich unter den Häftlingen ein erbitterter Kampf um die Schlüsselpositionen, denn von ihrer Besetzung hing das Leben und Sterben Tausender Häftlinge ab. Es war entscheidend, ob ein krimineller Häftling im Dienste der SS als skrupelloser Handlanger fungierte oder ob ein politischer Häftling diesen Posten innehatte und dadurch in der Lage war, geplante Aktionen der SS zu vereiteln, die Genossen zu warnen und einen ständigen tagtäglichen Kleinkrieg für die Rettung der Häftlinge und für die Erhaltung ihres Lebens zu führen.

In Buchenwald war es den politischen Häftlingen gelungen, die wichtigsten Positionen der Häftlingsselbstverwaltung in ihre Hände zu bekommen und den Einfluß der kriminellen Häftlinge fast vollkommen auszuschalten. Dieser Erfolg war entscheidend für die Rettung Tausender Häftlinge. So war es möglich, bedrohte Häftlinge „sterben“ zu lassen, das heißt, sie verschwandten aus dem Gesichtskreis der SS und lebten unter dem Namen eines Toten weiter. Ständig wurden für die schwächsten Häftlinge zusätzliche Lebensmittel besorgt, wurden sie von Arbeitsplätzen genommen, wo sie unweigerlich zugrunde gegangen wären.

In den Lagern war ein Grundprinzip des Kampfes gegen die SS der gemeinsame Kampf deutscher Antifaschisten mit Häftlingen aus allen Ländern Europas. Die Häftlinge spürten, daß es nicht nur ein SS-Deutschland gab; die deutschen politischen Häftlinge retteten auch im KZ die Ehre der deutschen Nation und gaben den Angehörigen der anderen Völker die Gewißheit, daß das deutsche Volk mit der Naziclique nichts gemeinsam hatte.

Die deutschen Kommunisten, die bereits über jahrelange Erfahrungen im Kampf gegen den Faschismus verfügten, stellten in den Lagern die Verbindung zu ausländischen Häftlingen her und arbeiteten mit ihnen in gemeinsamen Widerstandsgruppen. Sie bewiesen, daß die Idee des proletarischen Internationalismus unter der deutschen Arbeiterklasse noch lebte. Die ausländischen Kampfgefährten dankten den deutschen Antifaschisten beim Abschied.

Holländische Kameraden aus Buchenwald schrieben: „Wir danken und gedenken insbesondere der deutschen Kameraden, die unter Einsatz ihres Lebens für die Selbstverwaltung ihres Lagers kämpften, wodurch Tausenden von Antifaschisten das Leben gerettet werden konnte.“ Jugoslawische Häftlinge erklärten beim Abschied: „Die deutschen Kameraden als älteste Antifaschisten im Lager, die mit allen wesentlichen Lageraufgaben und Kampfmethoden besonders vertraut waren, haben uns in die

internationale antifaschistische Front eingeschlossen. Sie waren die Initiatoren und Organisatoren des Kampfes auf dem internationalen Plan.“

Es waren deutsche politische Häftlinge, die wegen einer Solidaritätsaktion für die ersten sowjetischen Kriegsgefangenen, die zerlegt, abgerissen, ausgehungert und enkräftet im Konzentrationslager Buchenwald eintrafen, mit 25 Stockhieben und Arbeit in der Strafkompagnie bestraft wurden. Das ganze Lager bekam für diesen selbst unter den faschistischen Bedingungen des Konzentrationslagers nicht verschütteten Ausdruck der Lebendigkeit des proletarischen Internationalismus einen Tag Essenzentzug. Die Absicht der SS, damit das Lager zu spalten, scheiterte. Im Laufe des weiteren illegalen Kampfes bildete sich ein geheimes internationales Lagerkomitee heraus, dessen Vorsitzender, Walter Bartel, ein Deutscher war. Diese Tatsache ist einer der augenscheinlichsten Beweise dafür, welches Vertrauen die Häftlinge aus den verschiedensten Nationen zu den deutschen politischen Gefangenen hatten. Unter der Leitung erfahrener kommunistischer Kader wurden internationale Kampfgruppen aufgestellt, Waffen beschafft, Kampfausbildung durchgeführt, Funkapparate gebaut und politisch-ideologische Aufklärungsarbeit geleistet. Am 11. April 1945, noch bevor amerikanische Panzerspitzen das Lager erreicht hatten, stürmten die Häftlinge die Wachtürme, besetzten die Umgebung des Lagers und verteidigten sie bis zu dem Zeitpunkt, an dem amerikanische Truppen eintrafen.

Über die Solidarität, Standhaftigkeit und den proletarischen Internationalismus deutscher Antifaschisten im Lager Auschwitz berichtet der ehemalige sowjetische Häftling A. Löbedew in seinem Buch „Soldaten des kleinen Krieges“: „Deutschland und Nazismus – diese Begriffe identifizierten wir oft. Aber wir hatten verschiedene Deutschland gesehen: die Henker mit dem schweren Blick ihrer trüben Augen und den Gedanken neuzeitlicher Barbaren und den kleinen hellen Punkt in der nächtlichen Finsternis – die Kommunisten, Franz Dahlem, Ernst, Ludwig, Bruno,

Rudi, Hermann . . . Eine Generation von Helden, die ihr Leben der Zukunft opferten.

Als Milkämpfer Thälmanns haben sie viele Jahre in KZ's verbracht, das ganze Grauen der Foltern in Dachau, Buchenwald, Mauthausen durchgestanden und sind den großen Ideen des proletarischen Internationalismus treu geblieben. In den schweren Jahren ihres Aufenthaltes in den Vernichtungslagern haben die deutschen Genossen ein ausgezeichnetes, unverwundbares System für die Konspiration und die illegale Arbeit ausgearbeitet. Entsprechend diesem System wurden die Teilnehmer an der Bewegung in Auschwitz geschult. Sie halfen, Tausende Leben zu retten. Ohne ihre Hilfe hätten wir, russische Häftlinge, keinen einzigen Tag überlebt.

Diese Menschen sind die Hoffnung und die Zukunft des deutschen Volkes."

Im Herbst 1941 fanden in fast allen Konzentrationslagern Massaker unter den sowjetischen Kriegsgefangenen statt. Allein in Sachsenhausen wurden 18 000 ermordet. Mit ohnmächtiger Wut mußten die deutschen politischen Häftlinge diesem Gemetzel zuschauen. Sie suchten nach Wegen, die Öffentlichkeit davon zu benachrichtigen. Viele Berichte über die Verbrechen in den Konzentrationslagern wurden bei Neubauten mit eingemauert. Nach 1945 wurde eine aus dem KZ Sachsenhausen abgesandte Flaschenpost gefunden, ein Zeugnis des Widerstandes der Häftlinge: "Heute ist der 19. September 1941. Eben erfahren wir, daß ins große Lager wieder 400 Rotgardisten zur Ermordung eingeliefert wurden", lautet die Flaschenpost. "Wir stehen alle unter dem erschütternden Eindruck dieser Massenmorde, die die Zahl ein-tausend bereits überschritten haben. Wir sind vorläufig außer-stande, ihnen zu helfen . . . Die Stimmung bei den Genossen ist zuversichtlich."

Einen Auftrieb erhielt die illegale Widerstandsbewegung der Häftlinge von Sachsenhausen durch ihren Einsatz bei Aufäu-mungsgarbeiten im zerbombten Berlin. Eine Gruppe mußte in der

Gestapozentrale Prinz-Albrecht-Straße arbeiten. Dabei gelang es, aus dem Fonds der beschlagnahmten Bücher einige marxistische Werke wie "Fragen des Leninismus" zu "organisieren" und in das Lager zu schmuggeln. An Hand dieser Literatur wurden dann theoretische Schulungskurse unter den politischen Häftlingen durchgeführt. Unglaubliches wurde an illegaler Arbeit in der Gestapozentrale geleistet. Durch einen Nachschlüssel gelang es den Häftlingen, an das Knie einer Rohrpostanlage heranzukommen. Der Hamburger Antifaschist Mokry öffnete die ankommenden Posttuben und leitete die Informationen an die Widerstandskämpfer weiter. Durch eine Reinmachefrau, die im Reichsicherheits-Hauptamt tätig war, wurden sogar kranke Häftlinge mit Tee aus den Beständen des Chefs des Reichsicherheits-Hauptamtes versorgt. Auch konnte das erste Dienstsiegel des RSHA in die Hände der Häftlinge gelangen, die mit echten Formularen "echte" Papiere für die Flucht von Häftlingen herstellten.

Eine wichtige Informationsquelle waren die Berichte des Nationalkomitees "Freies Deutschland", die über den Moskauer Sender ausgestrahlt wurden. Illegale Rundfunkempfänger ermöglichten den Empfang der Sendungen im Lager. Durch viele Verbindungen über die Außenkommandos waren Kontakte zur Bevölkerung und zu Widerstandsgruppen hergestellt worden. Dadurch war es auch möglich, Richtlinien für die weitere politische Arbeit nach Sachsenhausen zu bringen und eine Stellungnahme der im Lager befindlichen Genossen dazu zu erhalten. Diese Richtlinien waren von der Leitung der illegal arbeitenden Organisation, den Kommunisten Georg Schumann, Anton Saefkow, Franz Jacob, Bernhard Bästlein und Dr. Theo Neubauer, ausgearbeitet worden.

Die Faschisten spürten, daß ihnen im Lager eine organisierte Front gegenüberstand. Die Widerstandsbewegung innerhalb Deutschlands erstarke immer mehr. Sachsenhausen, das sich in der Nähe Berlins befand, drohte zu einer Gefahr für die Faschisten in Berlin zu werden. Im Sommer 1944 kam eine Gestapo-Sonderkommission ins Lager, die mit Hilfe von Spitzeln, Prügel

und Provokationen eine Anzahl Häftlinge festnahm. Mehr als 150 Häftlinge wurden vom Lager isoliert. Am 11. Oktober 1944 wurden 27 Häftlinge ausgesucht und im Industriefhof, der Erziehungssstätte von Sachsenhausen, ermordet. Unter den Opfern befanden sich so hervorragende Arbeiterfunktionäre wie Ernst Schneller, Mathias Thesen und Gustl Sandiner.

Auch die Frauen im Konzentrationslager Ravensbrück ließen sich nicht willenslos abschlagen. Von bewußten antifaschistischen Kämpferinnen aus vielen Ländern Europas wurden nationale Widerstandsgruppen gebildet. Unter ihnen gab es Kommunistinnen, Sozialdemokratinnen und Frauen aus bürgerlichen Kreisen, Christen und Religionslose, die sich im gemeinsamen Haß gegen den gemeinsamen Feind vereinigten. Gegenseitig informierten sie sich über die neuesten Nachrichten und schöpften Mut zum Durchhalten, organisierten das Abhören von Auslandsendungen und brachten selbst Flugblätter ins Lager. Sowjetische Frauen führten einen illegalen Schulungskursus über die Geschichte der KPdSU durch. Die internationale Solidarität der Häftlinge untereinander böigte den Frauen, die besonders schwer unter den menschenunwürdigen und erniedrigenden Zuständen in den Konzentrationslagern zu leiden hatten, neuen Mut, neues Vertrauen in den Sieg und die Befreiung ein. Die Frauen nahmen sich besonders der Kinder im Lager an, verschafften ihnen Kleidung und zusätzliche Nahrung, wenn es ihnen auch nicht möglich war, sie vor Vergasungstransporten zu schützen. In dem Buch „Die Frauen von Ravensbrück“ sind zahlreiche Beweise für die tägliche Kleinarbeit dieser Frauen angeführt, die das Leben vieler Häftlinge retteten, indem sie durch die Lagerküche zusätzliche Rationen organisierten, heimlich Strohsäcke und Decken aus der Kleiderkammer besorgten, Hilfe für Schwache und Gefährdete gaben, Verbandzeug und Medikamente beschafften. Häftlingsärztinnen fälschten Fieberkurven und Krankenblätter, um Frauen vor der Vergasung zu retten.

Einen harten und schweren Kampf fochten die Häftlinge des

Vernichtungslagers Auschwitz. Im Schatten der Krematorien und Vergasungsräume, beim täglichen Anblick der Ermordung Tausender Menschen und bei dem Gestank verbrannten Fleisches, der sich über die ganze Gegend ausbreitete, galt es, den Häftlingen neuen Lebensmut und die Hoffnung zu geben, daß ein Herauskommen möglich ist. Im Widerstand gegen die SS schöpften die illegalen Kämpfer Vertrauen in die Zukunft. Eine ihrer wichtigsten Aufgaben war, Maßnahmen gegen die ständigen „Selektionen“, das heißt die Vergasung und Abspritzung der sich im Lager befindlichen Häftlinge, oder gegen eine Gesamtvernichtung des Lagers zu treffen. Aus Vertretern mehrerer Nationen wurde eine militärische Leitung geschaffen, die sich auf ein Netz kleiner Gruppen stützte. Waffen, Werkzeug und Sprengstoff wurden organisiert. Im Teilager Birkenau war das „Sonderkommando“ untergebracht, das für Arbeiten in den Krematorien und Vergasungsräumen verwendet wurde. Diese Häftlinge waren Todeskandidaten, da die SS in regelmäßigen Zeitabständen das Kommando vergaste. Auch unter ihnen gab es eine Widerstandsorganisation, die relativ gut bewaffnet war. Nachdem eine größere Vergasungsaktion vorbei war, wurde ein Teil des Kommandos vergast. Die übrigen Häftlinge, den Tod vor Augen, beschlossen, loszuziehen. Das Krematorium wurde angezündet und 600 Häftlinge durchbrachen die Postenkette. Es gelang ihnen, sich sechs Kilometer vom Lager zu entfernen, bevor sie von einer größeren SS-Einheit angegriffen wurden. Bis auf wenige kamen fast alle Häftlinge um, aber sie starben kämpfend und ließen sich nicht willenslos abschlachten. Mit Hilfe des polnischen Genossen Cynkiewicz, des heutigen Vorsitzenden des Ministerrates der Volksrepublik Polen, gab es eine ständige Verbindung mit der Außenwelt, über die regelmäßig Materialien und Berichte aus dem Lager Auschwitz in die Öffentlichkeit drangen.

Eine tapfere Rolle spielten die weiblichen Häftlinge in Auschwitz. Es waren Frauen, die Sprengstoff organisierten; es waren auch Frauen, die als „Verdächtige“ verhaftet wurden. Acht weib-

liche Häftlinge wurden grausam mißhandelt — sie verrieten nichts und wurden wieder in das Lager entlassen. Vier Mädels im Alter von 18-22 Jahren wurden anschließend „vernommen“. Auch sie schwiegen, obwohl es der SS gelungen war, sie des „Sprengstoffdiebstahls“ zu überführen. Alle vier wurden erhängt. Eine von ihnen schrie den Henkern noch ins Gesicht: „Wir werden gerächt werden!“

Häftlinge nahmen auch aktiv an der Sabotage der faschistischen Rüstungsmaschine teil und konnten dabei bedeutende Erfolge erringen. Im unterirdischen Konzentrationslager Dora bei Nordhausen wurden V-Geschosse produziert, eine der von Goebels so gepriesenen Wunderwaffen. Von den V-1-Geschossen, die in Richtung England losgeschickt wurden, erreichten nur 2400 ihr Ziel. 800 kamen unterwegs schon herunter, während 2000 kurz nach dem Start abstürzten. Die Anzahl der Fehlschläge wuchs immer mehr an. Das war durchaus kein Zufall. Die Häftlinge des Lagers hatten unter der Leitung eines illegalen internationalen Widerstandskomitees den V-Geschossen systematisch Störungen und Schäden zugefügt.

In den Budenwalder Gusstieß-Werken wurde die Produktion nie mehr als zu 40 Prozent ausgelastet, eine Folge der aktiven Sabotagearbeit der illegalen Widerstandsgruppen. Vom Karabiner G 43 wurden teilweise monatlich nur 600 Stück geliefert, obwohl die Auflage 55 000 Stück pro Monat betrug. Die Heeresabnahmestelle stellte auch diese von den Häftlingen gelieferten Karabiner wegen Unbrauchbarkeit „wieder zur Verfügung“. Eine andere Form der Sabotage war die Vergendung und Verschwendung von kostbaren Rohstoffen. Darüber heißt es in einem Bericht: „... niemand kam in einen Konflikt mit seiner eigenen politischen Vergangenheit, wenn er seine handwerklichen Fähigkeiten voll einsetzte. Es gab auch kaum Bedenken, wenn dann in der nachfolgenden Periode des ‚Kunsthandwerks‘ eine Unzahl von eisernen Kronleuchtern, kunstgeschmiedeten Kamminggeräten, kunstvollen Fenstergittern, Truhenbeschlägen und großen Schreib-

zeugen, Aschenbedern, Brieföffnern und Briefkästen angeliefert wurde. Hier waren dem Tatendrang und Erfindergeist der Häftlinge keine Grenzen gesetzt. Es wurden Schreibzeuge gemacht, an denen begabte Handwerker zu zweit monatelang arbeiteten und etwas zustande brachten, was ihrem Können alle Ehre machte, den SS-Leuten mächtig imponierte und mitten im Kriege wehrpolitisch der denkbar größte Unsinn war. Denn draußen jammerte man schon nach Fachleuten, deren Begabung hier sinnlos vertan wurde, und behauptete, jedes Kilo Eisen sei wichtig, während man hier zentnerschwere Kronleuchter nach wochenlanger Arbeit in die Ecke stellte, weil der Architekt einer Führervilla beim Anblick des fast fertigen Werkes erst merkte, daß er sich bei der Bestellung eine falsche Vorstellung gemacht hatte. Dann wurde eben von den verschnitzten lächelnden Häftlingen ein neuer Kronleuchter begonnen.“ Die SS verspürte selbst ihre Ohnmacht gegenüber der Kampfkraft der Häftlinge und ordnete deshalb am 11. April 1944 an, daß „in allen Fällen nachgewiesener Sabotage“ die Todesstrafe erteilt werden sollte, wobei die Hinrichtung als „Abschreckungsmittel“ vor allen Häftlingen durchzuführen war.

Ungezählt sind die Beispiele des ungebeugten Kampfes der Häftlinge des „Dritten Reiches“, ungenannt sind die Namen vieler, die in diesem Ringen gegen einen übermächtigen Feind das Leben ließen. Der illegale antifaschistische Widerstandskampf in den Konzentrationslagern Hitlendeutschlands ist eines der hervorragendsten und heroischsten Kapitel des Befreiungskampfes der Völker gegen die Hitlerdiktatur.

Der illegale Kampf in den faschistischen Konzentrationslagern ist untrennbar mit den Namen hervorragender Vertreter aus vielen Nationen Europas verbunden. In Sachsenhausen waren es der Held der Sowjetunion, General Korbyshew, General Sotow und Antonin Zápotocký, der spätere Präsident der Tschechoslowakischen Republik, die dem internationalen Führungszentrum an gehörten. Im KZ Dachau gab es eine unterirdische Militärabtei-

Jung aus Vertretern vieler Nationen unter der Leitung des sowjetischen Generals S. W. Wischnewski. Dem illegalen Internationalen Lagerkomitee Buchenwalds gehörten so bekannte Repräsentanten wie Domenico Ciuffoli (Italien), Henri Glineur (Belgien), Otto Horn (Österreich), Emil Hrsel (CSSR), Jan Izydorczyk (Polen), Nikolai Kjung (Sowjetunion), Frédéric Manhes (Frankreich), Alois Neumann (CSSR), Marcel Paul (Frankreich) und Rudi Supek (Jugoslawien) an. Seite an Seite mit ihnen kämpften deutsche Antifaschisten und gaben ihr Leben im Kampf gegen den Hitlerfaschismus. Namen wie Ernst Thälmann, Rudolf Breitscheid, Ernst Schneller, Theo Neubauer, Albert Kuntz, Mathias Thesen, Gustl Sandner, Georg Schumann, Martin Weise, Bernhard Bästlein, Anton Saefkow und Robert Abshagen sind Symbole ungebrochener Standhaftigkeit deutscher Patrioten, die selbst unter den Bedingungen der Konzentrationslager nicht kapitulierten. Der gemeinsame Kampf von Kommunisten, Sozialdemokraten, christlichen und parteilosen Häftlingen legte den Grundstein für die 1946 in einem Teil Deutschlands verwirklichte Aktionseinheit. Das Vermächtnis der Toten, der Opfer eines unmenschlichen Systems, wurde auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik erfüllt. Unter der Arbeiter-und-Bauern-Macht gibt es keinen Platz mehr für Faschisten, Imperialisten und Militaristen. Ihnen wurde für immer der Boden entzogen, auf dem ihre Verbrechen gediehen.

Die Mörder sind wieder da!

Mancher brave Bundesbürger rieb sich erschreckt die Augen über das, was sich im Jahre 1959 in dem kleinen Städtchen Hameln an der Weser abspielte, und fühlte sich in die Jahre des "Tausendjährigen Reiches" zurückversetzt. Es war Anfang September. 16 000 SS-Leute marschierten auf. Das Wort ergiff der SS-General Meyer, genannt Panzer-Meyer, vom französischen Bei-

fallsgebill der SS-Leute begrüßt. Brutal und kaltschnäuzig rief er nach einem neuen „Führer“: „Sollte eines Tages die Zeit reif sein und uns die große Erlösung vom Übel anzeigen, ein Weiser aufstehen, der die Situation zu meistern wüßte, dann würden wir ohnehin alle glücklich seine Maxime befolgen.“ In alter Manier, im Ton des faschistischen Herrenmenschen rechtfertigte er nachträglich die SS-Verbrechen und legte ein Bekenntnis zum Mord ab, als er schrie: „Wir glaubten uns am rechten Platz. Wir waren ohne Zweifel, daß unser Tun gut und anständig, sauber und nötig sei. Ich bedauere keinen einzigen Tag, den ich in euren Reihen draußen an der Front erlebt habe.“ Bald zu offen charakterisierte er den Bonner Staat als den Staat der SS: „Jawohl, meine Kameraden, diese Bundesrepublik Deutschland ist unser Staat.“ Peinlich, Herr Adenauer, wo Sie doch so scheinheilig beteuerten, daß Sie ein „absoluter Gegner des Nationalsozialismus“ seien und daß es im Bonner Staat keinen Antisemitismus und keinen Faschismus gebe!

Das SS-Treffen in Hameln ist weder ein Zufall noch eine Ausnahme, sondern das Spiegelbild bundesdeutscher Wirklichkeit. Ehemalige führende Nazis, vom prominenten Regierungsbeamten bis zum faschistischen Schläger, sitzen wieder in allen Ämtern des Bonner Staates, auf Ministersejeln, auf dem Richterstuhl, auf dem Kommandostand der Bundeswehr und am Schalthebel der Wirtschaft. Ein braunes Netz, getarnt mit dem politischen Klerikalismus, überzieht Westdeutschland. Auf's neue droht größte Gefahr für Deutschland und die Welt. Noch sind es einzelne Morde, wie die vielschichtige Erschlagung des DDR-Bürgers Otto Krahnmann; aber in die Hände der unverbesserlichen Blitzkriegstrategen und Revandepolitiker sind bereits Atomwaffen gelangt. Ungeschohen laufen die SS-Henker, die Giftgaspezialisten, die Techniker der Entvölkerung, die Rüstungsgewinnler und KZ-Schlächter in Westdeutschland herum. Ist es ein Wunder, wenn ein SA-Mann wie Schröder Innenminister ist, daß sich fast die gesamte ehemalige Lagerführung des Konzentrationslagers Sach-

senhausen auf freiem Fuß befindet? Ist es ein Wunder, wenn ein Hitlergeneral und Chef der Operationsabteilung der Naziwehrmacht wie Heusinger Generalinspekteur der Bundeswehr ist, daß sich viele SS-Generale mit Bonner Staatsgeldern sanieren und mit fetten Pensionen von den "Strapazen" ihrer anstrengenden Tätigkeit während der Nazizeit erholen? Ist es ein Wunder, wenn ein Propagandist des Antisemitismus wie Globke Staatssekretär ist, daß die hitlerischen Blutrichter und Henker aufs neue "Recht" sprechen?

Nehmen wir einige Beispiele. Zeigen wir an ihnen, daß die Mörder wieder da sind, daß die braune Pest wieder gefährliche Pläne schmiedet, daß die blutbedeckten Handlanger des Faschismus im Bonner Staat "ihren" Staat gefunden haben.

SS marschiert im Bonner Tritt

Seit jeher dienten die militaristischen Soldaten und Traditionsverbände der Pflege chauvinistischer und aggressiver Traditionen des deutschen Militarismus und Imperialismus. Sie sind von jeher eine der stärksten ideologischen Stützen und beeinflussen vor allem die Jugend im Sinne des Rassen- und Völkerhasses, im Sinne militaristischen Ideengutes und nationaler Überheblichkeit.

Mit der zunehmenden antidemokratischen und klerikal-militaristischen Entwicklung in Westdeutschland, mit der Aufrüstung des Bonner Staates schlossen - wie sollte es auch anders sein - die militaristischen Traditionsverbände wie Pilze aus der Erde. Auch die SS sammelte sich wieder. Hitlers treue Garde schloß sich in SS-Traditionsverbänden zusammen. 1958 gab es bereits 34 verschiedene Vereinigungen ehemaliger SS-Angehöriger in Westdeutschland.

SS-Leute aller Dienstgrade bevölkern die Ämter und Behörden des Bonner Staates, sitzen in wichtigen Schlüsselpositionen des Staates, der Wirtschaft und der Bundeswehr.

In Düsseldorf, Parkstraße 55, lebt der Kaufmann Albert Konrad Gemmecker und geht bieder seinen Geschäften nach. Wer ist Gemmecker? Ein Mörder. Dieser Kaufmann war SS-Obersturmführer und Kommandant des Judensammellagers Westerbork, ein „hervorragend qualifizierter Beamter, der die ihm übertragenen Aufgaben zu (r) ... vollsten Zufriedenheit erledigt hat“, wie es in einer Beurteilung des Inspektors der Sicherheitspolizei und des SD aus dem Jahre 1940 heißt. Er war der Verantwortliche für die Zusammenstellung der Vergasungstransporte nach Auschwitz, nach Bergen-Belsen und Theresienstadt.

Über den Massenmörder Oberländer gibt es nicht mehr viel zu sagen. Seine Vergangenheit ist bereits als die eines notorischen Faschisten und üblen Massenmörders entlarvt worden. Der internationale Entrostungssturm über seine Verbrechen fegte ihn vom Ministersessel. Er steht jedoch nicht allein. Mit ihm saßen und sitzen noch andere führende Nazis in der Regierung. Zu ihnen gehört beispielsweise Dr. Hans Globke als heutiger Staatssekretär des Bundeskanzleramtes, der auf der alliierten Kriegsverbrecherliste unter der Nr. 101 steht. Er beteiligte sich als einer der Kommentatoren zu Hitlers Judengesetzen an den Verbrechen des Faschismus.

Oberregierungsrat im bayerischen Arbeitsministerium ist Dr. Fritz Köllner, ehemals stellvertretender Nazigauleiter, SA-Brigadeführer und NSDAP-Reichstagsabgeordneter. Er war Träger des Goldenen Ehrenzeichens der Naziartei.

Der Judenmörder Bräutigam dient heute der Bonner Regierung als Generalkonsul in Hongkong und wurde kürzlich mit dem Großen Verdienstkreuz der Bundesrepublik ausgezeichnet. Der frühere Beamte im Reichssicherheits-Hauptamt Dr. Felix Gaerte ist heute Legationsrat in der Rechtsabteilung des Bonner Auswärtigen Amtes. SS-Gruppenführer Dr. Werner Best, stellvertretender Chef des Sicherheitsdienstes, der wegen seiner Verbrechen 1946 zum Tode verurteilt, aber 1951 bereits auf freien Fuß gesetzt wurde, lebt heute als Justiziar.

Ebenfalls auf freien Fuß gesetzt wurde der Chef der Reichskanzlei und SS-Obergruppenführer Hans Lammers, 1949 zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt, 1951 entlassen. Der Leiter der Lagergestapo Buchenwald, Leclaire, wurde 1958 in Düsseldorf wegen "Geringfügigkeit der Delikte" und "Verjähmung" freigesprochen. Er ist jetzt Kriminalkommissar in Düsseldorf. Der General der Waffen-SS Gottlob Berger "macht wieder in Politik" und nutzt heute seine Erfahrungen als Leiter des SS-Führungsamtes in seiner Funktion als Mitarbeiter der Zeitschrift "Nation Europa" aus. SS-Obergruppenführer Erich von dem Bach-Zelewski, der sich heute als Antifaschist aufspielt und nie jemandem ein Haar gekrümmt haben will, war verantwortlich für die Massaker gegen die Parisenbewegung.

Während der Chef des SS-WVHA, SS-Obergruppenführer Oswald Pohl, 1951 seine verdiente Strafe fand und gehenkt wurde, lebte der Beauftragte für die "Endlösung der Judenfrage", SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann, als Vertreter westdeutscher Konzerne im Emirats von Kuweil. Bis 1950 befand sich dieser millionenfache Mörder unbehelligt in Westdeutschland. Im Mai dieses Jahres wurde er von israelischen Sicherheitsbehörden festgenommen.

Braune Roben schützen den Bonner Staat

Am 22. Juli 1943 wurde der Sozialdemokrat Eduard Zacherl hingerichtet. Die Vollzugsmeldung berichtet, daß die Hinrichtung nur 14 Sekunden gedauert habe. Unterzeichnet ist diese Meldung mit "Lautz", der auch die Urteilsbegründung gab: "Der Angeklagte Eduard Zacherl hat durch einen anonymen Brief versucht, den Willen des deutschen Volkes zur wehrhaften Selbstbehauptung zu lähmen. Er wird wegen öffentlicher Wehrkraftsetzungen zum Tode und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt." Derselbe Lautz, ehemals Oberrichtsanwalt

DECLASSIFIED

Authority *NWD 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

beim faschistischen Volksgerichtshof, stellte nach 1945 im Bonner Staat den Antrag auf Pension. Sie wurde ihm bewilligt, bewilligt vom damaligen Finanzminister Schleswig-Holsteins, Waldemar Kraft. Bedarf es noch eines weiteren Kommentars, wenn man erfährt, daß dieser Waldemar Kraft SS-Hauptsturmführer war? Rund 1400 DM zahlen die westdeutschen Steuerzahler monatlich an einen der berühmtesten hitlerischen Blutrichter.

Auf der Kriegsverbrecherliste der CSSR steht unter der Nr. A - 38/61 der Name Dr. Albrecht, ehemals Landgerichtsrat in Prag. Er war ein treuer Helfer seines Führers. Viele tschechische Bürger wurden von ihm zum Tode verurteilt. Heute ist Albrecht Mitglied der Partei seines Kanzlers und CDU-Abgeordneter im saarländischen Landtag.

Einer der größten Blutrichter Hitlers war Dr. Ernst Kanter, Richter am Reichskriegsgericht, verantwortlicher Mitarbeiter im Oberkommando des Heeres und im Oberkommando der Wehrmacht, Chefrichter im okkupierten Dänemark, Generalrichter der Naziwehrmacht. Seine Tätigkeit trug dazu bei, die Existenz der faschistischen Terrorherrschaft bis fünf Minuten nach zwölf zu verlängern. Auf sein Konto kommen nach bisherigen Ermittlungen 498 Hingerichtete und Ermordete. Nach 1945 trat Kanter als Chef des politischen Sonderensats des Bundesgerichtshofes und oberster politischer Richter in Westdeutschland auf. Er urteilte wieder Kommunisten, Sozialdemokraten, fortschrittliche Menschen aus allen Schichten des deutschen Volkes, die für den Frieden und die Einheit Deutschlands eintraten, ab.

Der Ausschuss für Deutsche Einheit veröffentlichte die Namen von über 1000 Naziblutrichtern, die heute wieder im Bonner Staat Recht sprechen. Sie sitzen in den höchsten Stellen des Justiz- und Staatsapparates. Das Verbot der KPD, die Schandurteile gegen Friedenskämpfer, die Freisprechung von faschistischen Massenmördern und die Rehabilitierung der Naziverbrechen beweisen, daß sie die gleichen geblieben sind.

Nazis im Bonner Polizeiapparat

Am 2. Januar 1945 beförderte der „Reichsführer-SS“ Heinrich Himmler den Kriminaldirektor im Reichssicherheits-Hauptamt Dr. Walter Zirpins zum Oberregierungsrat. Zirpins war im Personalamt für die Nachwuchsausbildung und die Sonderschulen der SS verantwortlich. Das Adenauer-Regime setzte diese „be-währte“ Fachkraft als Oberregierungsrat und Leiter der Kriminalpolizei von Niedersachsen ein.

Als Chef der Kriminalpolizei von Düsseldorf fungiert heute der ehemalige SS-Obersturmbannführer und Kriminalkommissar einer Einsatzgruppe des Amtes V des Reichssicherheits-Hauptamtes, Mitglied der Nazi-Partei seit 1931, Dr. Bernhard Wehner. SS-Hauptsturmführer Josef Hirl ist Polizeioberinspektor in Wiesbaden. Leiter der Kriminalpolizei in Dortmund und im Range eines Kriminaloberrates ist der ehemalige Regierungs- und Kriminalrat im Amt V des RSHA, SS-Sturmbannführer Dr. Josef Mende. Der Nazi-Polizeioberleutnant Paul Harmsen ist jetzt Polizeirat in Bonn. Ein ebenfalls bewährter Faschist, SS-Sturmbannführer Dr. Hans Maly, Mitarbeiter im Sicherheitsdienst der SS, avancierte im Bonner Staat zum Kriminaloberrat und Leiter der Kriminalpolizei in Bonn. SS-Sturmbannführer Karl Kühne fungiert als Leiter der Kriminalpolizei in Köln. Leiter der Kripo in Krefeld und Polizeihauptkommissar ist der ehemalige SS-Sturmbannführer Dr. Barthmann.

Faschistische Zustände herrschen in der Westberliner Polizei. Jeder dritte Polizist ist ein ehemaliger Nazibeamter. Leitender Beamter der Politischen Polizei ist der frühere Offizier des Sicherheitsdienstes und Angehöriger der Leibwache Himmlers, Hans Jüterbog. Weitere leitende Mitarbeiter im Landeskriminalamt sind Heinz Müller und Bruno Reichert, beide ehemals SS-Hauptsturmführer, und Kriminaldirektor Togozev, Leiter der Mordinspektion, war SS-Sturmbannführer. Der frühere SS-Hauptsturmführer im „Führerbegleit-Kommando“ Karl Schulz ist Leiter des

Einsatzkommandos der Inspektion Tiergarten. Der frühere SS-Offizier im KZ Dachau Boosfeld ist heute Kommissar zur besonderen Verwendung.

So könnte man die Liste beliebig erweitern. Eingefleischte Nazis, führende SS-Offiziere stehen heute an der Spitze des Bonner Polizeiapparates, der Innenminister Schröder, einem früheren SA-Mann, untersteht.

Hitlers Generalstab kommandiert die Bonner Armee

Am 3. Oktober 1934 wurde ein Brief an Göring abgesandt, der folgenden Wortlaut hatte: „Gestatten Sie mir, Ihnen zu berichten, daß entsprechend Ihren Anweisungen die Vorbereitung des Unternehmens ‚Teutonenstern‘ bereits abgeschlossen wird. Ich habe mit Herrn Vanco Mihajlow eingehend alle vorhandenen Möglichkeiten besprochen. Wir haben beschlossen, das Unternehmen in Marseille durchzuführen; dort treffen sich die beiden in Frage kommenden Personen. ‚Wlado der Chauffeur‘ ist vorbereitet.“

Aktion „Teutonenstern“? Es war die Vorbereitung zur Ermordung des jugoslawischen Königs Alexander I. und des französischen Außenministers Barthou, die am 9. Oktober 1934 erfolgte und deren Ausführung mit diesem Schreiben angemeldet wurde. Der Brief trägt die Unterschrift von Speidel. Der Name Speidel tauchte in der Nazizeit noch mehrmals auf, als Gehilfe des deutschen Militärattachés in Paris, als Chef der Abteilung „Fremde Heere (West)“ im Generalstab, als Chef des Stabes des deutschen Militärbefehlshabers in Paris, als Generalstabschef der 8. Armee im Krieg gegen die Sowjetunion, als Generalstabschef der Heeresgruppe B in Frankreich und im Zusammenhang mit den Ereignissen des 20. Juli 1944. Es ist derselbe Speidel, der 1950 wieder als militärischer Berater Adenauers auftrat und heute als Befehlshaber der NATO-Landsstreitkräfte in Mitteleuropa die Söhne derjenigen kommandiert, die unter seinem Befehl während des zwei-

ten Weltkrieges als „Geiseln“ erschossen wurden. Speidel ist einer der übelsten Vertreter des deutschen Militarismus, der führend an den Verbrechen des Hitlerfaschismus beteiligt war, als Geheimagent und bezahlter Mörder Hitlers arbeitete und die Pläne für den Überfall auf andere Länder vorbereitete.

Eine „Geheime Kommandosache“ zur Vorbereitung des Überfalls auf Holland, Luxemburg und Belgien trägt die Unterschrift von Heusinger, dem heutigen Generalinspekteur und Chef des Führungsstabes der Bundeswehr. Heusinger war es, der vor dem Nürnberger Gericht die faschistische Ausrottungspolitik rechtfertigte und aussagte: „Es war schon immer meine persönliche Ansicht, daß die Behandlung der Zivilbevölkerung im Operationsgebiet und die Methoden der Bandenbekämpfung im Operationsgebiet der obersten politischen und militärischen Führung eine willkommene Gelegenheit boten, ihre Ziele durchzuführen, nämlich die systematische Reduzierung des Slawen- und Judentums.“

Er hat sich nicht geändert. Heute spricht er bereits wieder vom Vernichten. 1957 erklärte er in Bonn: „Der gemeinsame Feind der freien Welt ist der imperialistische Kommunismus, den man niemals ändern, sondern nur zerstören kann.“ Auch seine Grundsätze blieben dieselben, wie er in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 30. September 1958 zum Ausdruck bringt: „Führen wir die alten Grundsätze, die wir früher gehabt haben, auch in Zukunft wieder durch.“ Heusinger, der auf der internationalen Kriegsverbrecherliste steht, war als Generalleutnant und Chef der Operationsabteilung des Nazigeneralstabes des Heeres hauptverantwortlich für die Überfälle auf die Völker Europas. Auch er fand im Bonner Staat wieder Verwendung in seinem Spezialgebiet, der Kriegsvorbereitung.

Als Stellvertretender Stabschef für Planung und Politik im NATO-Hauptquartier ist ausgerechnet der ehemalige Nazigeneralleutnant und Chef des Generalstabes der Heeresgruppe Kurland tätig. Generalleutnant Friedrich Foertsch ist abgeurteilter Kriegsverbrecher. Er war Spezialist der „Taktik der verbrannten Erde“.

arbeitete persönlich Pläne und Befehle zur Zwangsevakuierung der sowjetischen Bevölkerung aus, verschleppte Sowjetbürger, gab Anweisungen zur Durchführung von Strafexpeditionen und war Herr über Kriegsgefangenenlager, in denen Tausende zu Tode gefoltert, ausgehungert und erschlagen wurden. Adenauer holte Foertsch, der 1955 aus der Sowjetunion entlassen wurde, sofort als „Ostexperten“ in die Bonner Armee.

Am 10. Mai 1940 wurde als erste deutsche Stadt Freiburg im Breisgau bombardiert; bombardiert vom deutschen Kampfschwader „Edelweiß“, dessen Kommandeur Kamnhuber hieß. Dieser provokatorische Luftangriff, dem 57 Personen zum Opfer fielen, diente Hitler als Vorwand für die Eröffnung des totalen Luftkrieges. Heute ist Kamnhuber Inspekteur des Führungsstabes der Luftwaffe im Bonner Kriegsministerium.

Wenn wir den heutigen Bonner Generalstab in seiner Gesamtheit betrachten, dann ist es erschreckend, feststellen zu müssen, daß 75 Prozent der Generalität aus dem faschistischen Generalstab kommen. Der Ausschuß für Deutsche Einheit stellte fest:

„1. Sämtliche Generale und Admirale, die heute die Bundeswehr kommandieren, sind ehemalige hohe und höchste Hitleroffiziere. Es gibt nicht einen einzigen Bonner General oder Admiral, der unter Hitler nicht zumindest den Dienstgrad eines Oberstleutnants hatte. Mindestens 71 Bonner Generale dienten den verbrecherischen Führern des „Dritten Reiches“ als Generalstabsoffiziere oder als leitende Mitarbeiter des Oberkommandos der Wehrmacht, 45 standen bereits unter Hitler im Generalsrang, 7 Generale und Admirale der Bundeswehr sind abgeurteilte Kriegsverbrecher oder stehen auf alliierten Kriegsverbrecherlisten.“

2. Sämtliche Generale und Admirale der Bundeswehr haben während an Hitlers heimtückischen Überfällen auf Deutschlands Nachbarn und die anderen europäischen Völker teilgenommen oder persönlich die Überfallpläne ausgearbeitet und unterzeichnet. Keiner von ihnen scheute davor zurück, in neutrale Länder einzufallen und das Völkerrecht mit Füßen zu treten.

3. Sämtliche Generale und Admirale dienen dem deutschen Imperialismus und Militarismus seit Jahrzehnten. Die meisten machten durch Hitlers Machtantritt Karriere, folgten ihm bis zum Ende und wurden dafür mit höchsten faschistischen Orden belohnt.

4. Es gibt kaum einen General oder Admiral der Bundeswehr, der nicht persönlich für eines der folgenden Verbrechen verantwortlich wäre: Bombardierung offener Städte, Massendeportationen der Zivilbevölkerung in deutsche Zwangsarbeitslager, Ermordung und Mißhandlung von Kriegsgefangenen, Erschießung von Geiseln, Plünderung fremden Eigentums, Vernichtung der jüdischen Bevölkerung, Organisation der 'Taktik der verbrannten Erde' auf dem Rückzug vor der siegreichen Sowjetarmee.

5. Kein Bonner General oder Admiral hat seine Gesinnung gewandelt oder sich von seiner verbrecherischen Vergangenheit distanziert."

Die Tatsachen beweisen, daß der deutsche Militarismus erneut zu einer Gefahr für die Völker Europas und der Welt geworden ist. Die Enthüllungen der Blitzkriegspläne des Bonner Generalstabes offenbaren erneut die Gefährlichkeit des deutschen Militarismus.

SS-Ärzte praktizieren wieder

SS-Sturmabannführer Dr. H. D. Ellenbeck beschäftigte sich im Konzentrationslager Buchenwald damit, aus den Fleckfieber-Rekonvaleszenten der Versuchsstation, Block 46, für die SS Serum zu gewinnen. Unter seiner Leitung wurde Hunderten Häftlingen Blut abgezapft, um Blutkonserven für die SS-Lazarette zu erhalten. Auftragsgeber war der Chef des Hygiene-Instituts der SS, Mrugowsky, der 1948 wegen seiner Verbrechen gehängt wurde. Ellenbeck aber, der seine Befehle ausführte und unter anderem auch an Giftgasversuchen mit Häftlingen beteiligt war, besitzt heute eine gutgehende Arztpraxis in Hilden bei Düsseldorf.

In Siegburg praktiziert Prof. Dr. Otto Bickenbach. Auch er ist

kein Unbekannter. Für seine Tätigkeit als SS-Arzt in den Konzentrationslagern Natzweiler und Struthoff wurde er in Lyon zu zwanzig Jahren Haft verurteilt, aber bald wieder freigelassen.

SS-Oberführer Dr. Helmut Poppendiek war Chef des persönlichen Büros des Reichsarztes SS und leitender Arzt im Rassen- und Siedlungs-Hauptamt der SS. Für seine Verbrechen wurde er mit zehn Jahren Haft bestraft. Vom Bonner Staat erhielt er „Heimkehrerentschädigung“ und eine Arztpraxis in Oldenburg.

Ob die Patienten des Elisabeth-Hospitals in Isertlohn wissen, daß an den Händen, die ihnen helfen sollen, Blut klebt? Als Arzt fungiert dort ein gewisser Dr. Heinz Baumkötter. Von der Sowjetunion wurde er 1956 als Nichtammestierter übergeben. In Westdeutschland wurde er sofort auf freien Fuß gesetzt und mit 6000 DM „Spätheimkehrhilfe“ bedacht. Seine Vergangenheit kennzeichnet ihn als einen der übelsten SS-Henker. Im KZ Sachsenhausen ermordete er Häftlinge durch Versuche mit demischen Präparaten.

Herta Oberheuser war eine der gehabtesten SS-Ärztin im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück. Sie sprach die Häftlinge nur mit „menschliche Laus“, „Schmuckstück“ und „rote Sau“ an; sie war es, die sich an den Versuchen mit Häftlingen beteiligte; sie war es, die die Lischen der zwangsoperierten Frauen zusammenstellte; sie war es, die an den Sterilisierungsversuchen teilnahm. Und sie ist es auch, die heute in Schleswig-Holstein wieder als Arzt zugelassen ist.

Bonn bezahlt die Mörder

Es ist unglaublich, aber es ist wahr! Während die Opfer der Naziverbrechen und ihre Hinterbliebenen entweder mit einer mehr als spärlichen Rente abgespeist werden oder ihnen wegen ihres Eintretens für den Frieden und gegen die Faschisierung Westdeutschlands die Rente entzogen wurde, erhalten die ehemaligen faschistischen Würdenträger und ihre Witwen Riesenpensionen und „Entschädigungen“ von Millionen von Mark. Mit fetten Pen-

sionen und guten Positionen in Wirtschaft und Staatsapparat dankt der Bonner Staat den Henkern des „Dritten Reiches“. Nehmen wir einige Beispiele, die für andere sprechen:

SS-General Paul Körner, Mitglied der SS seit 1931, also einer der „alten Kämpfer“, Adjutant und Mitarbeiter Görings, seit 1933 Staatssekretär und Stellvertreter Görings, in Nürnberg zu 15 Jahren Haft verurteilt, aber bald entlassen, erhält eine monatliche Pension zwischen 1500 und 2000 DM.

SS-Oberführer Hans Hinkel, Abteilungsleiter im Goebbelschen Propagandaministerium, Ministerialdirektor, Leiter des Jugenddezernats und Vizepräsident der Reichskulturkammer, bezieht heute eine fette Pension als Oberregierungsrat.

SS-Oberführer Erich Gritzbad, persönlicher Referent Görings und Presseschef des preußischen Staatsministeriums nach 1933, Verfasser eines Propagandabuches über Göring, war von 1950 bis 1953 im Sinnes-Konzern mit einem Jahreseinkommen von 25 240 Westmark beschäftigt und erhält heute eine Pension von monatlich 1293,36 Westmark.

SS-Standartenführer Anton Käbber vom Konzentrationslager Sachsenhausen erhielt eine „Heimkehrerentschädigung“ von 6000 Westmark. Der Ausrottungsspezialist für Belgien, SS-Gruppenführer Eggert Reeder, ehemals Regierungspräsident von Köln, erhielt eine „Nachzahlung“ von 26 000 DM und wird mit einer Pension von 1400 Mark monatlich belohnt. Dr. Hellinger, der sich besonders für die Goldzähne der KZ-Häftlinge interessierte, erhielt eine Sonderunterstützung von 10 000 Westmark. Der berühmte KZ-Arzt Eisele, bekannt als „Abspritzer“ im KZ Budenwald, dem die Bonner herrschenden Kreise die Flucht ins Ausland ermöglichten, wurde mit 4000 DM und einer „Aufbauhilfe“ von 25 000 DM bedacht. Der Massenmörder Krumei, SS-Obersturmbannführer, erhielt provokatorisch, als die polnische Regierung seine Auslieferung verlangte, vom Bonner Staat 14 000 DM zur Eröffnung einer Drogerie und eines Sportartikelgeschäfts in Korbach/Hessen. Krumei ist verantwortlich für die Verschleppung

der Kinder von Lidice und für die Vergasung von 500 000 jüdischen Bürgern aus der Tschechoslowakei, aus Polen, Ungarn und Österreich. Auch an die führenden Vertreter des deutschen Militarismus wurde gedacht. So erhalten 1551 Generale der Naziwehrmacht oder deren Witwen monatlich 2000 Mark und mehr Pension.

Die Monopole wieder im Rüstungsgeschäft

Noch am 12. Oktober 1945 veröffentlichte die amerikanische Armeezeitung in Deutschland, die „Allgemeine Zeitung“, 42 Namen führender deutscher Großindustrieller und erklärte dazu: „Die Tatsachen machen diese Industriellen einwandfrei mitschuldig an den von den Nationalsozialisten in ihrer Sucht nach Weltherrschaft gegen die Völker der Erde verübten Verbrechen.“ In der Liste waren unter anderen Hermann Bücher, Friedrich Flick, Alfred Hugenberg, Philipp Reemtsma, Hermann Röding, Kurt von Schröder, Hermann von Siemens, Hugo Sinnes, Robert Pferdenges, Dr. Ernst Poensgen, Krupp von Bohlen und Halbach, Fritz Thyssen, Wilhelm Zangen und Hermann Schmitz angeführt. Diese Liste könnte beliebig erweitert werden. Wir haben in den vorbetrohenden Abschnitten viele Industriebetriebe aufgeführt, die Hitler unterstützten, die Riesenprofite aus der Zwangsausbeutung und Massenvernichtung der Konzentrationslager-Häftlinge zogen. Nur wenige dieser eigentlichen Drahtzieher und Nutznießer des Hitlerfaschismus wurden vor Gericht gestellt. Und die Abgeurteilten kamen nach kurzer Zeit wieder frei. Mit Unterstützung des USA-Imperialismus wurde der deutsche Imperialismus wieder hochgepöppelt und erneut zu einer Gefahr für die Völker Europas und für das deutsche Volk. Heute bestimmen wieder die Monopole die bundesdeutsche Politik und sind erneut in das Rüstungsgeschäft eingestiegen. Sehen wir uns nur einen an: Friedrich Flick. 1931 beschloßen eine Reihe Ruhrindustrieller unter dem Vorsitz Kindorfs, der Nazi-partei je verkaufte Tonne Kohle

fünf Pfennig abzuführen. Das klingt nicht viel, brachte aber jährlich fünf bis sechs Millionen Mark in die Nazikassen. Unter diesen Industriellen befand sich auch Friedrich Flick. Er war auch einer derjenigen, die Hitler bei seinem Auftreten im Industrieklub Düsseldorf Beifall spendeten und sich an der anschließenden Sammlung beteiligten. Thyssen erklärte später, daß Flick allein 1932 1,5 Millionen RM an Hitler zahlte. Er durfte auch nicht bei der Unterzeichnung des Schreibens an Hindenburg fehlen, das die Einsetzung Hitlers als Reichskanzler forderte. Für Flick und seinesgleichen begann 1933 das große Geschäft. Flick nutzte es 1934 erhielt er Rüstungsaufträge über Bomben und Granaten, und gegen Ende des Krieges stellte er allein 30 Prozent aller Panzer der faschistischen Kriegsmaschine. Flick breitete sich aus, erweiterte seine Werke, erwarb neue, „arisierte“ für sich die Hochöfenwerke Lübeck und wurde schließlich Wehrwirtschaftsführer und Mitglied des Rußlandausschusses der deutschen Wirtschaft. Seine „Spenden“ flossen auch in die Kassen des Reichsführers-SS, der ihm dafür KZ-Häftlinge zur Verfügung stellte. 40 000 Häftlinge wurden in den Flickschen Betrieben ausgebeutet und zu Tode geschunden. Unter den Räubern des deutschen Kapitals in den okkupierten Gebieten war er einer der größten. Sein Vermögen stieg auf drei Milliarden Mark, geschöpft aus dem Blut der Völker, aus dem Leid und Elend ganzer Nationen. 1947 zu sieben Jahren Haft verurteilt, wurde er 1950 bereits entlassen. Er hatte sich gut erholt im Gefängnis, wo seine Zelle als komfortables Arbeitszimmer eingerichtet wurde. Er durfte sogar Vorstandsitzungen seines Konzerns im Gefängnis abhalten. Flick war nicht aus der Übung gekommen; er stieg wieder in das Rüstungsgeschäft ein, auch in das Atomrüstungsgeschäft.

Selbst die Giftgasproduzenten der SS tauchten wieder auf. Hermann Schmitz, der ehemalige Chef des IG-Farben-Trustes lebt heute in Heidelberg von seinen Aktienpaketen, die ihm im Jahre 1956 schon eine runde Summe von 570 000 Mark einbrachten, und fungiert als Ehrenvorsitzender der Rheinischen Stahlwerke

und Aufsichtsrat der Deutschen Bank. Auf Schloß Falkenhof im Odenwald lebt Carl Krauch, früherer Wehrwirtschaftsführer und Aufsichtsratsvorsitzender der IG Farben, von einer „IG-Ehrenrente“ in Höhe von 300 000 Mark. Nicht anders ist es mit den übrigen IG-Farben-Direktoren, die heute von fetten Dividenden leben und durchweg vielfache Aufsichtsräte sind.

Der IG-Farben-Direktor Dr. Otto Ambros hatte am 12. April 1941 an die Zentrale nach Frankfurt geschrieben, daß „sich unsere neue Freundschaft mit der SS sehr segensreich“ auswirkt. Das Massenvernichtungslager Auschwitz bezeichnete er als „wirklich hervorragenden Betrieb“. Er hatte auch allen Grund dazu, denn Auschwitz lieferte die Arbeitsklaven für IG Farben. Dieser Ambros ist heute mehrfaches Aufsichtsratsmitglied in Unternehmen mit einer halben Milliarde Aktienkapital.

Der Rüstungsindustrielle und Kriegsverbrecher Alfred Krupp von Bohlen und Halbach sagte in Nürnberg aus: „Als ich über die antijüdische Politik der Nazis befragt wurde und was ich davon wüßte, sagte ich, daß ich nichts von der Ausrottung der Juden gewußt habe und weiterhin daß: Wenn man ein gutes Pferd kauft, muß man ein paar Mängel hinnehmen.“

Der Faschismus war das gekaufte Pferd, und die paar Mängel, das waren die Konzentrationslager, das waren die Massenvernichtung und der zweite Weltkrieg. Er vergaß zu sagen, daß gerade „die paar Mängel“ die größten Profite abwarfen. Der Krupp-Konzern, großgeworden und gewachsen durch die Profite zweier Weltkriege, durch die Ausplünderung des eigenen Volkes und der anderen Völker, hatte Tausende Zwangsarbeiter und Häftlinge in seinen Werken beschäftigt. Mit Empörung nahm die Welt Kenntnis davon, daß Krupp, der seinen Mammulkonzern wieder vorsteht, mit einem Griff in die Westentasche seine Schuld sühnen will. Er erklärte sich bereit, sechs Millionen Mark für die Opfer seiner Verbrechen zu zahlen.

Die ganze Meute der Nazikriegsgewinnler produziert wieder für den Krieg. Sie siegen selbst in das Geschäft der Atom-

rüstung ein und gründeten zu diesem Zwecke die sogenannte „Physikalische Studiengesellschaft“, eine Tarnbezeichnung für ein Riesenmonopol auf dem Gebiet der Kernenergie. Bereits 1954 (!) wurde sie gegründet. Ihre Hauptträger sind beispielsweise Friedrich Krupp, Essen; Farbenfabriken Bayer AG, Leverkusen; Farbwerke Höchst AG, Frankfurt (Main); AEG, Berlin; Degussa, Frankfurt (Main); Gelsenkirchener Bergwerke AG, Essen; Klöcknerwerke AG, Duisburg; Rheinische Stahlwerke AG, Essen; Siemens-Schuckertwerke AG, Berlin; MAN, Nürnberg; Industrie-Kreditbank AG, Düsseldorf usw.

Wie ehemals produzieren die Profityäger zweier Weltkriege, denen auf dem Boden der Deutschen Demokratischen Republik für immer das Handwerk gelegt wurde, für einen dritten Weltkrieg: H. C. Stübben Sohn, Hamburg, baut Zerstörer und Geleitboote; die Kieler Howaldtwerke AG bauen U-Boote; F. Lüssen, Bremen, Schnellboote; Yacht- und Bootswerft Burmeister, Bremen, Minensuchboote; Henschel-Werke, Rhein Stahl-Hanomag und Klöckner produzieren Schützenpanzerwagen; Flick, Ford, Henschel, Klöckner, Krupp und Borgward bauen Militärfahrzeuge verschiedenster Art; die Weser-Flugzeugbau GmbH, Bremen, die Hambürger Flugzeugbau GmbH, Dornierwerke GmbH, Blohm & Voß, Daimler-Benz AG, BMW, Heinkel, Junkers, MAN usw. sind wieder im Flugzeugbau tätig. Riesenprofite fließen bereits jetzt in die Taschen der Konzerne.

Die im Kreis der „Freunde des Reichsführers-SS“ Himmler genannten Namen sind heute wieder feste Begriffe in der westdeutschen Geschäftswelt geworden. Die blutbesudelten Monopole sitzen wieder im Sattel des Weltüstens und der Kriegsvorbereitung. Sie sind die Stützen des Adenauer-Staates und diejenigen Kräfte, die die unheilvolle Politik des deutschen Imperialismus und Militarismus fortsetzen. Sie waren die Drahtzieher der verbrecherischen faschistischen Politik und ihre Nutznießer, und sie sind heute wieder die Drahtzieher der aggressiven, chauvinistischen und revanchistischen Hetze in Westdeutschland.

Literaturauswahl

- Hefte von Auschwitz. Hrsg. vom Lagermuseum in Auschwitz, Auschwitz 1959 (Heft 1 und 2), 1960 (Heft 3).
- Bartel, Walter*: Deutschland in der Zeit der faschistischen Diktatur 1933-1945, Berlin 1956.
- Baum, Bruno*: Widerstand in Auschwitz, Berlin 1957.
- Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitlerterror, Basel 1933.
- Buchenwald. Berichte des Internationalen Lagerkomitees, Bd. I, Weimar 1949.
- Buchenwald. Mahnung und Verpflichtung, Berlin 1960.
- Hellwig, Joachim / Günther Deike*: Ein Tagebuch für Anne Frank, Berlin o. J.
- Kraus, Ota / Erich Kulka*: Die Todesfabrik, Berlin 1957.
- Der Nürnberger Prozeß. Aus den Protokollen, Dokumenten und Materialien des Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Ausgewählt und eingeleitet von Prof. Dr. P. A. Steiniger, 2 Bde., Berlin 1958.
- Die Frauen von Ravensbrück, Berlin 1959.
- Sehn, Dr. Jan*: Konzentrationslager Oświęcim-Brzezinka (Auschwitz-Birkenau), Warszawa 1957.
- SS im Einsatz. Eine Dokumentation über die Verbrechen der SS, Berlin 1957.
- Ulbricht, Walter*: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1955.
- Zur Geschichte der neuesten Zeit. Die Niederlage Hitlerdeutschlands und die Schaffung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1955.
- Winzer, Otto*: Zwölf Jahre Kampf gegen Faschismus und Krieg. Ein Beitrag zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands 1933 bis 1945, Dietz Verlag, Berlin 1957.

Inhalt

Brandstifter	5
„Es werden Köpfe rollen . . .“	7
„Es ist wieder eine Lust zu leben!“	11
Die ersten Lager	14
SS und SA	22
Arbeitermörder wüten	24
Die SS rüstet auf	27
„ . . . damit sie leben können“	29
Aktion „Arbeitswache Reich“	31
„Für den Fall eines Krieges . . .“	33
Jüdisches Blut und arisches Gold	36
Zebra und Winkel	42
SS als „Erzieher“	44
Die ersten ausländischen Häftlinge	45
Der Hungerwinter 1939/1940	46
„Ein Weg zur Freiheit“	50
„Aktion 14 f 13“	51
„Wir sind die Herren . . .“	55
Der Massenmord an sowjetischen Kriegsgefangenen	57
Das Scheitern des Blitzkrieges	61
Vom Wert des Häftlings	64
Häftlinge, Häftlinge, Häftlinge . . .	65
Vernichtung durch Arbeit	66
Aus kriegswichtigen Gründen	67
Neue Massenschlieferungen	68
Zuckerbrot und Peitsche	72
Der Sonderbau	73
Die „Endlösung der Judenfrage“	74

DECLASSIFIED

Authority *NWD 36822*
By *SW* NARA Date *2/8/05*

Aus dem Tagebuch eines "Herrenmenschen"	78
Eine Firma mit bewährter Praxis	82
Industrielle Leichenbedderei	82
Falschmünzer am Werk	87
Der Einsatz lohnte	88
Arbeitsklaven für die Monopole oder Geschenke er-	
halten die Freundschaft	90
SS im großen Geschäft	95
"Freunde des Reichsführers-SS"	101
Geschäft mit dem Tode	103
Menschliche Versuchstiere	104
Der blutige Ausgang	108
Der Plan für ein KZ-Europa	110
Statistik des Grauens	111
Der Kampf ging weiter	115
Die Mörder sind wieder da!	125
SS marschiert im Bonner Tritt	127
Braune Roben schützen den Bonner Staat	129
Nazis im Bonner Polizeiapparat	131
Hitlers Generalstab kommandiert die Bonner Armee	132
SS-Ärzte praktizieren wieder	135
Bonn bezahlt die Mörder	136
Die Monopole wieder im Rüstungsgeschäft	138
Literaturauswahl	142
<i>Illustrationen</i>	
KZ Sachsenhausen. Zwangsarbeit im Klinkerwerk	nach 64
Frauen im KZ Ravensbrück	vor 65
KZ Mauthausen. Zeugen faschistischer Barbarei	nach 80
KZ Mauthausen. Tod im Stacheldraht	vor 81
Zahlenmäßige Entwicklung des KZ-Systems	114

DECLASSIFIED

Authority *NWD 36822*
 By *SW* NARA Date *2/8/05*